

Stenografisches Protokoll
- Endgültige Fassung* -

der 29. Sitzung
des 2. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 13. September 2012, 10 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Sebastian Edathy, MdB

Tagesordnung

	Seiten
Vernehmung von Zeugen:	1 – 120
- Kriminaloberrat Axel Mögelin	1
- Erster Staatsanwalt Christoph Meyer-Manoras	58
- Regierungspräsident Johannes Schmalzl	99
- Günter S.	73

*Hinweis:

Die Korrekturen und Ergänzungen der Zeugen KOR Axel Mögelin (Anlage 1), EStA Christoph Meyer-Manoras (Anlage 2) und Regierungspräsident Johannes Schmalzl (Anlage 3) wurden in das Protokoll eingearbeitet.

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses

Donnerstag, 13. September 2012, 10:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
CDU/CSU			
Binninger, Clemens	Hahn, Florian
Schipanski, Tankred	Heinrich, Frank
Stracke, Stephan	Schön (St. Wendel), Nadine
Winkelmeier-Becker, Elisabeth	Schuster (Weil am Rhein), Armin
SPD			
Edathy, Sebastian	Gleicke, Iris
Högl, Eva, Dr.	Kolbe (Leipzig), Daniela
Rix, Sönke	Özoguz, Aydan
FDP			
Tören, Serkan	Kurth (Kyffhäuser), Patrick
Wolff (Rems-Murr), Hartfrid	Schulz, Jimmy
DIE LINKE.			
Pau, Petra	Petermann, Jens
BÜ90/GR			
Wieland, Wolfgang	Ströbele, Hans-Christian
Schmidt, Ulrik STROBEL, THOMAS			

Stand: 17. Juli 2012

Tagungsbüro / Referat ZT 4 - Logistik - Luisenstr. 32-34 Telefon 227-32659

2/

2. Untersuchungsausschuss

Donnerstag, 13. September 2012, 10:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

SPD

FDP

DIE LINKE.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Weßig

SPD

J. Weßig

Vrenbeck

SPD

Vrenbeck

Noeget

SPD

Noeget

Dubiel

FDP

Dubiel

U. Wappler-Kunze

SPD

U. Wappler-Kunze

2. Untersuchungsausschuss

9/1

Donnerstag, 13. September 2012, 10:00 Uhr

	<u>Fraktionsvorsitzende:</u>	<u>Vertreter:</u>
CDU/ CSU
SPD
FDP
DIE LINKE.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

HEYER	SPD	Heyer
HAWWELL	SPD	Hawwell
Boogher &	SPD	Boogher
REICHEL	SPD	Reichel
Hagenjunker	FDP	Hagenjunker
Lange	FDP	Lange
VON DIEB	FDP	Von Dieb
Yves Wipf	Linke	Wipf
Kent	Grüne	Kent
Lehmann	LINKE	Lehmann
D. Wiers	SPD	D. Wiers
A. Oer	CDU/CSU	A. Oer
Pr. Molsbeyer	CDU/CSU	Molsbeyer
van Cossel	u	van Cossel
Scharlau	FDP	Scharlau

Donnerstag, 13. September 2012, 10:00 Uhr

Ministerium bzw. Dienststelle (bitte Druckschrift)	Name (bitte Druckschrift)	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Unterschrift
BMV	BECKER	DL	
BTM	Herrndorff	DL	
BVNG	Bednarek	Ref	
BmV	FOMBERG	Ref	
BMJ	Schneebach	UK	
GBA	Christleit	StAb. B6H	
BMJ	Dr. Freudenj	RILK	
BML	Schaf	KOP	
BMI	SEINBERG	ROl'm	
BMI	SCHULDT	Pl.	
BMI	Reinold	MNR	
BW	SCHNEIDER	KOR	
BMI	Watz	RO	
BKA	Egff	RL	
"	HEERDANN	ORRin	
"	Reinmann	RD	
BVA	Aubach	KOK	
BVA	Bergner	UK	

Bundesrat: (bitte Druckschrift)	Unterschrift	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Land
Fahrme		Baumg	BZ
Keil		i.	BW
Ammburdt		RO	NW
Falk		RR	SK
Schmitt		BR	HE
BERNER		ORR'in	HT
PROSCH		ML	Ni
Dr. Roth		ORR	BY
Müllerbach		RD'in	TH

(Beginn: 11.23 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die heutige Sitzung des laufenden Untersuchungsausschusses, die in Form einer Zeugenvernehmung stattfinden wird.

Wir kommen damit zum **einzigen Punkt der Tagesordnung:**

Vernehmung von Zeugen:

- Kriminaloberrat Axel Mögelin
- Erster Staatsanwalt Christoph Meyer-Manoras
- Regierungspräsident Johannes Schmalz
- Günter S.

Uns interessiert heute, welche Maßnahmen auf den Weg gebracht worden sind nach dem Mord, der sich 2007 in Heilbronn an der Polizeibeamtin Kiese Wetter ereignet hat, bzw. was an Versuchen der Aufklärungsarbeit an den Tag gelegt worden ist nach dem Mordversuch an ihrem Kollegen, Herrn Arnold.

Ich begrüße heute auf den Besuchertribünen unter anderem Herrn Martin Kiese Wetter, einen Cousin des Mordopfers. Ich begrüße zudem den Vorsitzenden des Zentralrats der Deutschen Sinti und Roma, Herrn Romani Rose.

Erster Zeuge des heutigen Tages ist Kriminaloberrat Axel Mögelin, der von August 2010 bis November 2011 die in Baden-Württemberg eingerichtete Sonderkommission mit dem Namen „Parkplatz“ geleitet hat.

Ich stelle fest, dass die Kamerteams den Saal bereits verlassen haben, darf darauf hinweisen - das gilt auch für die Besucher und die Presstribüne -, dass Ton- und Bildaufnahmen während der gesamten öffentlichen Beweisaufnahme unzulässig sind. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen führen, sondern auch gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Weil die Gefahr einer Aufzeichnung - auch einer Tonaufzeichnung - bzw. einer Übertragung dessen, was hier besprochen wird, durch aktivierte Funktelefone nach außen nicht ausgeschlossen werden kann, besteht auch ein Verbot der Benutzung von Handys während der gesamten Sitzung. Ich

möchte Sie daher bitten, Ihre Handys nun auszuschalten.

Nachtragen darf ich noch, dass wir besonders herzlich die Kollegin Dorothea Marx aus dem Untersuchungsausschuss des Landtages von Thüringen begrüßen, die heute der Zeugenvernehmung beiwohnen wird.

Vernehmung des Zeugen Axel Mögelin

Ich begrüße Herrn Mögelin. Herr Mögelin, ich darf Sie zunächst darauf hinweisen: Es wird seitens der Verwaltung des Deutschen Bundestages eine Tonbandaufnahme Ihrer heutigen Vernehmung gefertigt. Diese dient allerdings ausschließlich dem Zweck, die Erstellung des Stenografischen Protokolls zu erleichtern. Das heißt, wenn das Protokoll fertiggestellt ist, wird die Aufnahme gelöscht.

Das Protokoll selber wird Ihnen in vorläufiger Fassung zugestellt, und Sie haben dann die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen den Text zu überprüfen, gegebenenfalls Ergänzungen oder Korrekturen vorzunehmen.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Mögelin hat die Ladung am 23. Juli erhalten. Zwischenzeitlich liegt eine Aussagegenehmigung vor. Diese wurde mit dem Datum vom 4. September 2012 versehen und ist herausgegeben worden durch das Innenministerium des Landes Baden-Württemberg.

Herr Mögelin, vor Ihrer Aussage habe ich Sie zunächst formal zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf etwaige strafrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige nämlich, der vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersu-

chung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann, in eingestufte Sitzung etwaig zu tagen.

Haben Sie zu dem von mir bisher Vorgetragenen Nachfragen, Herr Mögelin?

Zeuge Axel Mögelin: Nein, habe ich nicht. Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Sie zunächst bitten, sich dem Ausschuss mit vollständigem Namen, Alter und Berufsangabe vorzustellen und uns ergänzend mitzuteilen, ob die für Ihre Ladung verwendete Anschrift nach wie vor aktuell ist.

Zeuge Axel Mögelin: Mein Name ist Axel Mögelin. Ich bin 38 Jahre alt, Kriminaloberrat, verheiratet, und meine ladungsfähige Anschrift ist das Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Taubenheimstraße 85, 70372 Stuttgart.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Herr Zeuge, Sie haben die Möglichkeit, nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes sich vor Ihrer Befragung einleitend im Zusammenhang zum Gegenstand der Vernehmung zu äußern. Ich habe Sie bereits vor Eintritt in die Sitzung gefragt, ob Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen wollen. Sie haben das bejaht. Insofern erteile ich Ihnen jetzt das Wort für die Einleitung.

Zeuge Axel Mögelin: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Kurz zu meinem dienstlichen Werdegang: Nach dem Aufstieg in den höheren Dienst war ich von 2006 bis 2009 im Innenministerium Baden-Württemberg als Zeitreferent im Landespolizeipräsidium, Referat 32, in den Bereichen der allgemeinen Kriminalität und politisch motivierten Kriminalität tätig.

Bereits in dieser Funktion hatte ich die Arbeit der Sonderkommission „Parkplatz“ im Blick.

Im Herbst 2009 wechselte ich zum Landeskriminalamt Baden-Württemberg und übernahm dort die Leitung der Inspektion 420; das ist die Gemeinsame Ermittlungsgruppe Schleuser.

Am 1. August 2010 wurde ich darüber hinaus mit der Leitung der Inspektion 430 - Organisierte Kriminalität - und der Leitung der Sonderkommission „Parkplatz“ betraut. Ich war somit der dritte Leiter der Sonderkommission nach Kriminalrat Huber von der Polizeidirektion Heilbronn und Kriminalrat Schäfer vom Landeskriminalamt.

Bevor ich auf die Ermittlungs- und Auswerteschwerpunkte in meiner Zeit als Verantwortlicher bei der Sonderkommission eingehe, ist aus meiner Sicht von Bedeutung, Ihnen einige Rahmenbedingungen zur Tat und den Tatumständen darzustellen. Dies ermöglicht Ihnen allen eine Einordnung der Ermittlungen und zeigt grundlegende Schwierigkeiten auf.

Am 25. April 2007, gegen 14 Uhr, wurde Polizeimeisterin Kiesewetter auf der Theresienwiese in Heilbronn erschossen und ihr Streifenpartner schwer verletzt. Dabei haben folgende Umstände die Ermittlungen wesentlich erschwert:

Trotz des Aufbaus des Frühlingsfestes in Heilbronn und der Tat auf einem öffentlichen Platz hatten wir zwar viele Leute, die etwas gesehen haben wollten, eine Konkretisierung der Tat oder ein stimmiges Bild ergab sich daraus jedoch nicht. Keine Zeugenaussage - bis auf Geschossknallzeugen - konnte der Vortatphase, der Tat selbst oder der Nachtatphase zweifelsfrei zugeordnet werden.

Bis zum 3. November 2011 hat die Sonderkommission 5 017 Einzelspuren verfolgt, 335 Maßnahmen durchgeführt und 1 032 Hinweise bearbeitet. Dabei ergaben sich eine Fülle von Ermittlungsrichtungen und -daten, die aber nie insgesamt in Deckung zueinander gebracht werden konnten. Wir hatten praktisch viele Puzzleteile, die nicht passten oder in wechselnden Kombinationen zusammengesteckt werden konnten. Ein für uns schlüssiges Bild ergab sich trotz all der Wege, die wir beschritten haben, leider nicht.

Auch im objektiven Bereich gelang es mit den gesicherten Spuren, wie beispielsweise DNA oder Handflächenabdrücken, nicht - weder durch Direktvergleich mit Personen noch durch Datenbankrecherchen -, einen Durchbruch bei den Ermittlungen zu erzielen.

Diese Umstände erforderten zum Zeitpunkt meiner Übernahme einen flexiblen Ermittlungsansatz und erschwerten die Bildung einer primären Tat-/Täterhypothese; sprich: Wir sind vielen Hinweisen und Ansatzpunkten - und seien sie noch so weit hergeholt - nach bestem Wissen nachgegangen.

Zudem müssen wir einräumen, dass die Feststellung der Kontamination der zur Spurensicherung benutzten Wattestäbchen mit Fremd-DNA im Frühjahr 2009 ein bitterer Rückschlag für die Ermittlungen war. Die Gewissheit, dass es sich bei der sogenannten uwP-Spur um eine Trugspur handelte, machte im Jahr 2009 eine Überprüfung der bisherigen Ermittlungen notwendig.

Nach meiner Übernahme der Leitung der Sonderkommission war es deshalb ein Ziel, in enger Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft die bislang vorliegenden Erkenntnisse einem umfassenden Controlling zu unterziehen, um so neue Ermittlungsansätze zu finden oder vorhandene auszubauen.

Dies haben wir unter anderem in zwei mehrtägigen Klausurtagungen unter punktueller Einbeziehung der Staatsanwaltschaft und der Operativen Fallanalyse umgesetzt; eine fand zu Beginn meiner Tätigkeit und eine nach einem Jahr statt. So wollten wir sicherstellen, dass wir alle Ansätze prüfen und jeder der Beteiligten seine Sichtweise mit einbringen kann.

Im Folgenden werde ich Ihnen einige Schwerpunkte der Arbeit der Sonderkommission unter meiner Leitung in den Bereichen Kriminaltechnik und den Bereichen Auswertung, Analyse - und das ist der Bereich, wo die ganzen Informationen in so einer Sonderkommission aufbereitet werden - und Ermittlungen darstellen.

Im Bereich Kriminaltechnik war es unser Ziel, die objektive Spurenlage nochmals zu analysieren. Es wurden daher erneut alle Spuren auf weitere Untersuchungsmöglichkeiten geprüft. Bei der Auswertung und Analyse hatten wir folgende Schwerpunkte: Die Operative Fallanalyse, OFA - landläufig bekannt als Täterprofiler -, hat auf Grundlage des am 29. Mai 2009 vorgelegten Tatortbefundberichts ihre bisherigen Annahmen zu Motivstruktur und Täterprofil überprüft und nochmals bestätigt.

Weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit war die Überprüfung des Opferumfeldes der Kollegen Kiesewetter und Arnold. Es wurden in diesem Zusammenhang Einsätze analysiert,

Kolleginnen und Kollegen sowie das familiäre Umfeld befragt. Darüber hinaus haben wir eine detaillierte Auswertung der Aussagen aller Personen aus dem näheren Tatortbereich, die glaubten, etwas im Zusammenhang mit der Tat gesehen zu haben, durchgeführt. Wir wollten auf diese Weise Gemeinsamkeiten herausarbeiten, die auf den ersten Blick nicht auffielen, da die Aussagen bislang in der Gesamtschau kein schlüssiges Bild ergaben.

Darüber hinaus haben wir verschiedene Sonderauswertungen aus den Daten durchgeführt. Dies waren beispielsweise Analysen über blutverschmierte Personen. Hier haben wir alle diesbezüglichen Aussagen analysiert, grafisch aufbereitet. Das Gleiche haben wir mit Aussagen gemacht, wo zum Beispiel drei Männer vorkamen; hier gab es verschiedenen Aussagen. Hier haben wir auch probiert, Gemeinsamkeiten in einer Analyse herauszuarbeiten, um eventuell weitere Ansätze zu finden. Bei diesen Maßnahmen ging es insgesamt darum, zusätzliche Ermittlungsansätze zu entwickeln und zu priorisieren.

Des Weiteren war die Auswertung damit betraut, eine detaillierte Analyse des vorliegenden Videomaterials vorzunehmen. Bei der Sonderkommission lagen sichergestellte Videobänder, beispielsweise von Tankstellen, Cafés, vom Tatortbereich, der Trauerfeier und des Grabes von Frau Kiesewetter - leider ohne dass uns das weitergebracht hat.

Darüber hinaus haben wir ab dem Jahr 2010 die elektronische Erfassung der Kennzeichen der Ringalarmlisten optimiert und verfeinert. Ein tragfähiger Ermittlungsansatz konnte aus diesen über 30 000 Kennzeichen vorerst nicht gewonnen werden. Grundsätzlich muss festgestellt werden, dass die Erfassung eines Fahrzeuges bei einer Durchfahrtskontrolle, zum Teil über 20 km entfernt vom Tatort, allein noch keinen ausreichenden Ermittlungsansatz bietet.

Im Bereich der Ermittlungen wurden während meiner Tätigkeit bis zum 04.11.2011, dem Auffinden der Opferwaffen nach dem Banküberfall in Eisenach, folgende Schwerpunkte gebildet:

In einem 40-Tage-Ansatz wurden alle Spuren aus den ersten 40 Tagen, dem Auftreten der sogenannten uwP-Spur, nochmals überprüft. Der Ansatz wurde dann auf die weiteren Spuren bis rund zur Zahl 2 100 ausgeweitet. Auch die Funkzellendaten wurden einer detaillierten Analyse unterzogen. Wir haben hier nach verdächtigen Kommuni-

kationsmustern oder Personen gefiltert. Es konnten trotz umfangreicher Ermittlungen in diesem Bereich keine weitergehenden Ermittlungsansätze gefunden werden.

Bei der Analyse der bei der Sonderkommission vorliegenden Vernehmungen wurde zudem festgestellt, dass sich der überlebende Polizeibeamte im Laufe der Vernehmungen konkreter an das Tatgeschehen erinnern konnte. Es wurde nach Rücksprache mit einem Experten am 2. November 2010 der Versuch einer Phantombilderstellung unternommen, der zunächst erfolgreich verlief. Mit dem vermeintlichen Phantombild des Täters wurde auf Weisung der sachleitenden Staatsanwaltschaft zunächst nur verdeckt und polizeiintern gearbeitet.

Nachdem dies nicht zu neuen Ansätzen im vorliegenden Fall führte, wurde seitens der Sonderkommission eine Veröffentlichung des Bildes angestrebt. Da es noch weitere sehr unterschiedliche, nicht veröffentlichte Phantombilder gab, wurde seitens der Sonderkommission bei der Staatsanwaltschaft Heilbronn der Antrag gestellt, mit drei Phantombildern - darunter das vom überlebenden Polizeibeamten gefertigte - eine Öffentlichkeitsfahndung einzuleiten.

Aufgrund eines von der Staatsanwaltschaft Heilbronn in Auftrag gegebenen Gutachtens war das mithilfe des Streifenpartners von Michèle Kieseewetter erstellte Bild aber nicht verwertbar und daher nicht veröffentlichungsfähig. Auch die Veröffentlichung der anderen Bilder wurde aufgrund aus Sicht der Staatsanwaltschaft fehlender Voraussetzungen zunächst abgelehnt.

Als weiterem Ermittlungsschwerpunkt ist die Sonderkommission den Ermittlungshinweisen der Operativen Fallanalyse nachgegangen. Es wurden mehrere Personen aus dem polizeilichen System herausgefiltert, die unterschiedlichen Rastern entsprachen. Der These der OFA, dass die Täter einen örtlichen Bezug nach Heilbronn haben könnten und eine Vorbeziehung - zum Beispiel eine persönlich empfundene Demütigung durch die Polizei - eine Rolle gespielt haben könnte, wurde nachgegangen.

Darüber hinaus haben wir viele weitere Ermittlungskomplexe, denen Hinweise auf Personen oder Personengruppen mit teilweise Bezügen zur organisierten Kriminalität oder zur örtlichen kriminellen Szene zugrunde lagen. Diese Hinweise machten zum Teil Ermittlungen im europäischen Ausland

erforderlich. Ihnen wurde mit großem Aufwand nachgegangen.

Belastbare Hinweise, dass die Tat in Heilbronn Teil einer Serienstraftat war, gab es während meiner Zeit bei der Sonderkommission bis zum November 2011 nicht. Trotzdem wurde die Möglichkeit immer in Betracht gezogen und daher Kontakt mit Sonderkommissionen aufgenommen, die Verbrechen bearbeiteten, die der Vorgehensweise entsprachen oder andere Verbindungen, wie zum Beispiel vermutete Tätergruppen, haben konnten.

Aus diesem Grund standen wir auch in Verbindung mit dem Bundeskriminalamt, der dortigen Einheit SO 11, und haben uns immer wieder mit den dortigen Kollegen ausgetauscht. Die Kontakte gingen bis nach Russland, wo wir nach einem Polizistenmord mit vergleichbarem Modus Operandi über das Bundeskriminalamt Ermittlungersuchen gestellt haben.

Aus meiner Sicht und der anderer im Jahr 2010 bis 2012 beteiligter Kollegen stand die von der BAO „Bosporus“ bearbeitete Mordserie nicht im Fokus dieser Überlegungen. Gründe waren bei der zu diesem Zeitpunkt vorhandenen Informationslage, dass das verbindende Element der Tatwaffe nicht vorhanden war, die Opfer keine Gemeinsamkeiten aufwiesen und die Vorgehensweise der Täter unterschiedlich war.

Das Ziel der Sonderkommission „Parkplatz“ war es, alle polizeilichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Tat zu klären. In der Sonderkommission des Landeskriminalamts waren vier Jahre nach der Tat immer noch 16 Beamtinnen und Beamte tätig. Jede Sonderkommission wird sich auf das konzentrieren, was einen erkennbaren Bezugspunkt zum Tatgeschehen hat. Es können angesichts der verfügbaren Mittel und Personalressourcen nicht alle theoretisch denkbaren Ansätze völlig losgelöst von der jeweiligen Hinweislage verfolgt werden.

Wir haben uns von innen nach außen vorgearbeitet, von den vorhandenen objektiven Spuren über Hinweise, die auf eine Person oder eine Gruppe hindeuten, über Massendatenauswertungen bis hin zu eigenen Analysen. Wir sind dabei aus unserer Sicht allen belastbaren Hinweisen nachgegangen und haben auch Theorien von Nachrichtenzeitschriften oder Buchautoren mit negativem Ergebnis überprüft.

All das erfolgte in enger Abstimmung mit der sachleitenden Staatsanwaltschaft in

Heilbronn. Unsere Ermittlungen waren am 4. November 2011, dem Auffinden der Opferwaffen, noch nicht abgeschlossen. Die Arbeit der Sonderkommission lief noch.

Aufgrund der sehr guten Reaktion der Kollegen in Thüringen auf die Fahndung nach den entwendeten Waffen unserer Kollegin Kiesewetter und ihres Streifenpartners wurden noch am Tag des Banküberfalls erste Kontakte geknüpft. Bereits am 5. November hatte das Landeskriminalamt Baden-Württemberg einen Einsatzabschnitt „Thüringen“ gebildet und die dortigen Kollegen mit Ermittlern, mit Kriminaltechnikern und anderen Fachleuten unterstützt. Die Ermittlungen wurden dann in Folge in Kooperation mit den sächsischen Kollegen ausgedehnt.

Nachdem sich im Laufe der weiteren Ermittlungen die Dimension des Verfahrens und die Bezüge zu einer bis dahin unbekanntem rechten Terrorgruppe und der Mordserie zum Nachteil ausländischer Gewerbetreibender abzeichneten, wurden die Ermittlungen wenige Tage später vom Bundeskriminalamt und vom Generalbundesanwalt am 11. November 2011 übernommen und in der Folge eng abgestimmt. Ab diesem Zeitpunkt arbeiteten wir als sogenannter regionaler Ermittlungsabschnitt der BAO „Trio“ des Bundeskriminalamts.

Die Sonderkommission „Parkplatz“ hat mit aller Kraft durch ihre Ermittlungen und Analysen versucht, den Mord an unserer Kollegin Kiesewetter und den versuchten Mord an ihrem Streifenpartner aufzuklären. Wir haben in verschiedene Richtungen ermittelt. Belastbare Hinweise auf einen rechtsextremistischen Hintergrund gab es nicht.

Und glauben Sie mir, dass es für uns besonders bitter ist, dass wir den Fall nicht früher aufklären konnten. Sie können versichert sein - und da spreche ich auch für die Kolleginnen und Kollegen aus Heilbronn -, dass jedes Mitglied der Sonderkommission sich bis an seine Belastungsgrenze - und einige auch darüber hinaus - für dieses Verfahren eingesetzt hat. Wir sind in manche Sackgasse gerannt und haben zum Teil herbe Rückschläge hinnehmen müssen, aber aufgegeben hatten wir nicht.

Wir waren angetrieben von der Suche nach höchstgefährlichen Tätern und der Frage nach dem Motiv, die uns immer wieder auch bei Kontakten mit der Familie tief bewegt hat. Nahe Angehörige haben uns immer wieder gesagt, dass nicht das Wer das Entscheidende für sie ist, sondern warum

Michèle Kiesewetter sterben musste. Leider konnten wir insbesondere darauf bislang keine befriedigende Antwort finden.

Dies gilt auch in der Rückschau unter Berücksichtigung des heutigen Wissens. Die Erkenntnis, dass nach allem, was wir bislang wissen, die Mörder von Michèle Kiesewetter keine weiteren Tötungsdelikte begangen haben, lässt das bittere Gefühl, in diesem Verfahren nicht schnell einen Durchbruch erzielt zu haben, ein kleines bisschen erträglicher erscheinen.

Es tut uns insbesondere für die Angehörigen leid, dass wir ihnen bisher keine ausreichenden Antworten auf die noch offenen Fragen geben konnten.

Vielen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank, Herr Mögelin, für die einleitenden Worte. - Ich will hier auch noch für die Kollegen sagen, die gestern bei dem Gespräch mit dem Cousin von Frau Kiesewetter nicht dabei waren, dass Herr Kiesewetter ausdrücklich gesagt hat, dass er und auch seine weiteren Familienangehörigen sich gut betreut gefühlt hätten, gerade auch namentlich durch Sie, Herr Mögelin, gut unterrichtet gefühlt hätten, gut eingebunden gefühlt hätten. Das sollte man vielleicht - auch vor dem Hintergrund, dass vielleicht die eine oder andere kritische Frage noch an Sie gerichtet wird - hier doch auch öffentlich bekannt machen, dass das nicht untergeht.

Herr Mögelin, ich gehe davon aus, es werden sehr, sehr viele Kolleginnen und Kollegen hier in dem Ausschuss Fragen an Sie haben. Deswegen will ich mich auf einige wenige Fragen beschränken, auf zwei grundsätzliche Fragen und auf drei bis vier Teilaspekte.

Wenn Sie sich die Tätigkeit der von Ihnen geleiteten Sonderkommission noch mal vor Augen führen und auch an die Zeit davor denken, also direkt die Monate und Jahre nach dem Mord bzw. dem Mordversuch, aus heutiger Sicht und vor dem Hintergrund Ihrer geleisteten Arbeit. Das, was uns beschäftigt, auch die Öffentlichkeit beschäftigt, ist ja unter anderem die Frage: War Frau Kiesewetter als Person ein Zufallsopfer, oder ist sie gezielt als Opfer seitens der Täter ausgewählt worden?

Können Sie uns dazu - über das vielleicht, was wir in den Akten haben lesen können - eine persönliche Einschätzung geben?

Zeuge Axel Mögelin: Ich denke, als Leiter einer Sonderkommission werde ich mich an die Fakten halten. Und wir haben in über 200 Vernehmungen im gesamten Umfeld von Frau Kiesewetter - - Wir haben nach dem 04.11. noch mal gezielt das Umfeld in Thüringen als Einsatzabschnitt des Bundeskriminalamts wirklich eingehend untersucht; wir haben gemeinsame Schülerlisten erhoben; wir haben das ganze Umfeld, Hinwendungs-orte von Frau Kiesewetter - - Wir haben keinerlei Hinweise gefunden, dass die Familie oder Frau Kiesewetter irgendwelche Kontakte in die rechte Szene gehabt haben oder haben. Wir haben keinerlei Hinweise gefunden, dass Frau Kiesewetter oder Familienangehörige selber der rechtsextremen Szene angehört haben oder angehören.

Und wir haben keinerlei Hinweise gefunden in der ganzen Tätigkeit, dass es ein gezielter Anschlag, wenn man so sagen darf, auf die Person Michèle Kiesewetter oder eben den überlebenden Polizeibeamten gegeben hat. Es gab darauf keine Hinweise. Wir haben in, wie gesagt, über 200 Vernehmungen das gesamte Umfeld abgeklärt.

Und soweit es meinen Kenntnisstand betrifft, hat ja auch der parallel arbeitende Einsatzabschnitt „Thüringen“ des BKA diesbezüglich - zumindest während meiner Tätigkeit - auch keine Hinweise gefunden, die ein derartiges zielgerichtetes Vorgehen des NSU nachweisen können.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wenn wir uns die Akten anschauen, gibt es ja verschiedene Expertisen zu der Frage der Größe des Täterkreises. Es gibt ja Kollegen von Ihnen, die sagen: Wir halten es für sehr wahrscheinlich, es waren zwei. Es gibt aber auch durchaus eine Bewertung, aus der hervorgeht, es könnten mehr als zwei gewesen sein. Können Sie uns zu dieser ja auch nicht unwichtigen Frage etwas sagen?

Zeuge Axel Mögelin: Das ist, was ich vorhin in dem Eingangsstatement gesagt hatte, dass je nachdem, welcher Hypothese Sie folgen oder wie Sie es zusammensetzen, sich der Täterkreis verändert. Wir hatten eine Theorie. Da ging es um verschiedene Fluchtbewegungen, die im Wertwiesenpark runter waren. Wenn man diese - da ging es um verschiedene Zeugenhinweise; das waren drei Zeugenhinweise, die man kombinieren konnte -, ganzen Tatverdächtigen zusammengezählt hätte - wobei es teilweise auch

Phantombilder gab -, dann kam man auf eine Beteiligtenzahl von vier. Dann haben einige Kollegen noch eine weitere Zeugenaussage als relevant erachtet. Dann war man bei sechs.

Also von daher konnte man das kombinieren. Man wusste nie richtig, wie es zusammenpasst. Deshalb haben wir die Ermittlungsstränge getrennt, haben dann probiert, diesem Ansatz zu folgen, nach diesen kombinierten Zeugenaussagen.

Dann wiederum - ich habe es bereits einleitend gesagt - gab es verschiedene Aussagen, die auf drei Männer hindeuteten. Der sind wir dann auch nachgegangen, wobei immer nicht klar war: Handelt es sich um Wahrnehmungsfehler? Haben die Sachen überhaupt etwas mit der Tat zu tun? Sondern wir waren immer darauf angewiesen, dass wir von Hypothesen und Wahrscheinlichkeiten ausgehen, und das hat praktisch zur Folge, dass Sie in den Akten viele verschiedene Ansätze mit vielen verschiedenen Hypothesen finden und sich praktisch kein durchgehend schlüssiges Bild findet, auf was wir uns selber auch festgelegt haben.

Also es lässt sich jetzt daraus nicht ableiten, weil in einer Spur oder einer Hypothese von sechs oder vier Tatverdächtigen die Rede ist, dass es auch so viele gewesen sein müssen, sondern es können eben auch durchaus zwei gewesen sein, wobei zwei mindestens der Fall ist, weil nach den Aussagen der Kriminaltechniker - und das geht aus den Akten hervor - ist die Tat durch einen Einzeltäter so, wie sie durchgeführt wurde, nach der objektiven Spurenlage wohl nicht möglich gewesen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das heißt aber auch, eine abschließende Bewertung, ob es zwei oder mehr waren, ist auch Ihnen nicht möglich?

Zeuge Axel Mögelin: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nach wie vor nicht möglich?

Zeuge Axel Mögelin: Nein, das kann man aus unserer Sicht abschließend nicht sagen. Aber es ist auch so, dass all die Ermittlungen, die wir nach dem 04.11. gemacht haben - also Wahllichtbildvorlagen bei den entsprechenden Zeugen -, nicht zu weiteren Erkenntnissen geführt haben. Also die Zeugen, die im Tatortbereich waren, haben die

Mitglieder - die im Moment identifizierten Mitglieder - des NSU nicht wiedererkennen können.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Mögelin, Sie haben ja Ihre Tätigkeit im August 2010 aufgenommen. Das war ja schon über drei Jahre nach dem Mord und dem Mordversuch. Das ist jetzt fast eine rhetorische Frage: Aber darf ich davon ausgehen, dass Sie, um sich einzuarbeiten, alle Unterlagen, die vorher angefallen sind - im polizeilichen, möglicherweise auch im staatsanwaltschaftlichen Bereich - intensiv studiert haben?

Zeuge Axel Mögelin: Sie müssen es so sehen: Es ist eine laufende Sonderkommission gewesen. Das, was man von den mehreren Hundert Aktenordnern lesen konnte, habe ich natürlich in der Zeit probiert zu lesen und habe mich dabei auf die wesentlichen Spuren konzentriert. Darüber hinaus, hatte ich ja in dem Statement gesagt, haben wir eine Klausurtagung gemacht. Das heißt, es war ja eine Kontinuität gewährleistet, weil ja der Leiter der Ermittlungen und der Hauptsachbearbeiter gleich geblieben sind. Das heißt, hier war eine Kontinuität.

Und in dieser Klausurtagung sind wir die wesentlichen Komplexe dann noch mal durchgegangen. Jedes Mitglied der Sonderkommission hat die Akten noch mal selber studiert, hat eigene Ideen eingebracht. Und gemeinsam sind wir dann - zum Start praktisch meiner Arbeit - noch mal in die Klausur gegangen, um zu gucken: Haben wir unsere Arbeit richtig ausgerichtet? Nicht, dass wir irgendwo was übersehen haben. Zu dem Zweck auch die Operative Fallanalyse noch mal eingeladen, um sicherzustellen, dass wir hier nicht irgendwo in die falsche Richtung laufen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ist Ihnen denn zur Kenntnis gebracht worden, als Sie da Ihre leitende Tätigkeit in der Sonderkommission übernommen haben im August 2010, dass es bereits seitens der Soko „Parkplatz“ am 3. Mai 2007 eine Zeugenvernehmung gegeben hat, und zwar die Vernehmung eines Polizeibeamten, der zugleich Patenonkel des Mordopfers gewesen ist?

Zeuge Axel Mögelin: Das von der Vernehmung selber - - Ich kann mir vorstellen,

auf was Sie jetzt anspielen. Es ist so, dass die Vernehmung oder die Aussage des Patenonkels von Michèle Kiesewetter, dass er sich vorstellen könnte, dass die Tat einen Zusammenhang haben könnte mit der Mordserie zum Nachteil ausländischer Gewerbetreibender - - Diese Aussage ist mir das erste Mal nach dem 04.11. so bekannt geworden - da, als wir noch mal explizit alle Vernehmungen angeschaut haben. Davor habe ich diese Passage so konkret nicht in Erinnerung.

Ich muss aber auch sagen, dass die Fakten, die dort genannt werden, nämlich das gleiche Kaliber der Waffen, was nachweislich nicht stimmt - - Plus, ich glaube, wenn ich mich richtig erinnere, wird in der Vernehmung gesagt, dass Radfahrer eine wesentliche Rolle gespielt haben in Heilbronn, was nach meinem Aktenstudium auch nicht der Fall war. Kurz nach dem Mord an Michèle Kiesewetter wurden zwei Fahrradfahrer, wenn ich mich richtig erinnere, als Zeugen gesucht, aber nicht als Täter.

Insoweit haben diese Rasterkriterien objektiv nach der nachträglichen Wertung keine Relevanz für uns besessen. Und der Onkel wurde auch noch mal nachvernommen und hat sich dementsprechend auch noch mal geäußert.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wobei, Herr Mögelin, meine Befragung richtete sich schon auf das Wissen, was Sie damals hatten, also vor dem Auffliegen der sogenannten Zwickauer Terrorzelle. Also Ihnen ist nicht Erinnerung, dass Sie von Kollegen darauf hingewiesen worden wären, dass es einen Hinweis gegeben hat eines als Zeugen vernommenen Polizeibeamten, der sich bezog auf einen möglichen Zusammenhang zwischen dem Mord in Heilbronn und dem Mordversuch und der Serie von neun Morden an Gewerbetreibenden mit Migrationshintergrund?

Zeuge Axel Mögelin: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich will den Vorhalt kurz machen, weil sich für mich die Frage schon stellt, warum man Ihnen diesen Hinweis nicht gegeben hat, denn so viele konkrete Hinweise auf Zusammenhänge zwischen dem Geschehen in Heilbronn und weiteren Verbrechen hat es ja nun in der Gesamtschau nicht gegeben.

Das ist die Quelle GBA-4/15 g, Blatt 202. Das ist also die Zeugenvernehmung, angefertigt durch die Soko „Parkplatz“ in Heilbronn, und die Vernehmung betrifft einen M. W., Patenonkel von Frau Kiesewetter und gleichzeitig selber Polizeibeamter. Und da heißt es auf der letzten und dritten Seite der Vernehmung - also wörtliche Äußerung des Vernommenen -:

Meiner Meinung nach besteht auch aufgrund der verwendeten Kaliber und der Pistolen, die ich aus den Medien kenne, ein Zusammenhang mit den bundesweiten Türkenmorden. So viel ich weiß, soll auch ein Fahrradfahrer bei den Türkenmorden eine Rolle spielen. Ich sage nicht, dass ein Zusammenhang besteht. Ein Kollege von der KI 1 hat mich nur angesprochen, dass ein Zusammenhang bestehen könnte.

Vielleicht können Sie uns kurz helfen.
KI 1: Was ist das?

Zeuge Axel Mögelin: Also ich kenne jetzt die Polizeistrukturen in Thüringen, muss ich jetzt sagen, nicht grundlegend. Aber es ist so: In Baden-Württemberg, wären das jetzt Kapitaldelikte, heißt das die zuständige Inspektion Kapital- und Morddelikte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also die Frage, die ich jetzt habe, ist: Was ist denn daraufhin veranlasst worden? Also Sie haben bzw. damals die Verantwortlichen in der Soko „Parkplatz“ am 3. Mai - also sehr zeitnah zu den schrecklichen Geschehnissen in Heilbronn - den Patenonkel, selber Polizeibeamter, von Frau Kiesewetter vernommen, der sagt: Meiner Meinung nach besteht ein Zusammenhang mit den - wie er es nennt - bundesweiten Türkenmorden. Und er sagt: Ein Kollege von der KI 1 hat mich angesprochen, dass ein Zusammenhang bestehen könnte.

Jetzt wäre es - ich bin selber nicht Kriminalist - aber doch nicht ganz fernliegend gewesen, zwei Dinge zu machen: einmal zu klären, wer der Informant des Patenonkels gewesen ist von dieser KI 1, der sagte, es könnte einen Zusammenhang geben, und zweitens mal zu recherchieren: Was ist denn mit dieser Mordserie an, wie es da etwas undifferenziert heißt, Türken, was da erwähnt wird?

Ist Ihnen bekannt, ob aus dieser Aussage des Patenonkels des Mordopfers irgendwel-

che Schlussfolgerungen in diesen beiden Hinsichten gezogen worden sind?

Zeuge Axel Mögelin: Nein, das ist mir nicht bekannt. Also mir ist jetzt aus den Akten nicht bekannt, was daraufhin veranlasst wurde oder ob daraufhin was veranlasst wurde.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Haben Sie das jetzt im Nachhinein, also nach dem Auffliegen der Zelle 2011 noch mal überprüft?

Zeuge Axel Mögelin: Also das haben wir nachher im Nachhinein noch mal überprüft. Der Zeuge wurde noch mal nachvernommen und hat aus seiner Erinnerung nicht sagen können, dass er das überhaupt gesagt hat, kann sich im Nachhinein das nur so erklären, dass das ein Hinweis eben von dem Kollegen, den er da namentlich nennt, gewesen sein könnte und dass er den nur wiedergegeben hat. In dem Sinne, von dem Zeugen - von dem damaligen - selber war aber jetzt mehr an Substanz nicht da.

Soweit ich das weiß - aber die Vernehmung selber liegt mir nicht vor - sollte der Kollege von der KI 1 noch vernommen werden oder wurde noch vernommen vom Bundeskriminalamt. Die Vernehmung liegt mir aber nicht vor.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber alles nach dem Auffliegen der Zelle?

Zeuge Axel Mögelin: Alles nach dem 04.11.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nicht damals, 2007, oder in den Folgejahren, als es den Hinweis gegeben hat?

Zeuge Axel Mögelin: Ja, soweit ich das weiß. Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich halte es für relativ plausibel, dass der Zeuge sich auch so geäußert hat, also der Vernommene - durch die Soko „Parkplatz“ Vernommene -, weil er es ja auch selber mitgezeichnet hat, das Protokoll, nicht nur der Vernehmungsbeamte.

Ein anderer Punkt, der ins Auge fällt - Sie haben ihn selber eben angesprochen -, das ist die Frage der Auswertung von festge-

stellten Kfz-Kennzeichen. Also, wir finden in den Akten Hinweise darauf, dass eine der Kontrollstellen, die am Tattag bestanden haben, das Kennzeichen eines Wohnmobils erfasst hat, angemietet in Chemnitz auf den Namen Holger G., der auch Beschuldigter ist, was die Generalbundesanwaltschaft betrifft.

Diese Auswertung ist damals nicht zeitnah vorgenommen worden. Wie können Sie das erklären? Also, wenn Sie im Zusammenhang mit einem Kapitalverbrechen eine Erfassung betreiben von Kennzeichen von Kraftfahrzeugen, warum erfolgt dann nicht eine Auswertung?

Zeuge Axel Mögelin: Wir haben natürlich eine Auswertung vorgenommen, und - ich habe es ja in meinem Eingangsstatement gesagt - im Jahr 2010 haben wir die nochmals verfeinert. Das Vorgehen bei sogenannten Massendaten wie jetzt zum Beispiel Durchfahrtskontrollen ist das, dass die Halter erhoben werden. Und Sie müssen sich jetzt vorstellen: Das sind 30 000 Kennzeichen und damit 30 000 Halter. Aus unserer Sicht und kriminalistisch ist es unverhältnismäßig, jeden davon zum Verdächtigen zu machen bzw. in Bezug zu einer Tat zu bringen.

Deshalb werden diese Datenbestände benutzt. Und wenn ein Mehr hinzukommt, also zum Beispiel ein Zeugenhinweis auf eine Person, dann nimmt man zum Beispiel - geht man rein und guckt: Aha, da haben wir den schon mal in der Ringalarmliste. Das heißt, wenn da ein Mehr dazu kommt, nutzt man diesen Datenbestand dann, um den Verdacht anzureichern.

Oder man hat bestimmte Hinweise nach einem Fluchtfahrzeug; zum Beispiel nehmen Sie den Mosbacher Audi. Dann filtern Sie gezielt zum Beispiel aus den Listen Mosbacher Audis oder andere Fahrzeuge vielleicht mit Mosbacher Kennzeichen raus. So werden diese Datenbestände genutzt. Weil Sie müssen ja sehen: Wir haben nicht nur die Massendaten, sondern wir haben ja zum Beispiel auch noch Funkzellendaten, wo Sie Anschlussinhaber haben. Und die können Sie nicht alle verdachtsunabhängig überprüfen. Das wäre aus unserer Sicht unverhältnismäßig.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das heißt also, Sie würden auch im Nachhinein das damalige Verhalten für vertretbar erachten?

Zeuge Axel Mögelin: Das ist unsere kriminalistische Vorgehensweise gewesen. Wir sind von innen nach außen vorgegangen, hatten konkrete Hinweise und eben die Massendatenanalyse, aber eben nur nach konkreten Filtern und nicht alle Massendaten per se. So würden wir auch weiter vorgehen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich will einen dritten Aspekt einleitend ansprechen. Wir finden in den Akten - das ist MAT A GBA-4/18, Blatt 431 - einen Hinweis darauf, dass im Mai 2007 die Soko „Parkplatz“ Heilbronn festgestellt hat, es gibt einen Hinweis auf eine private E-Mail-Adresse des Mordopfers. Dann heißt es in dieser Unterlage - also Betreiber der Seite war die Firma Yahoo - wörtlich:

Von der Stellung eines Rechtshilfeersuchens wurde abgesehen, da keiner der bis dahin befragten Personen im privaten und beruflichen Umfeld die E-Mail-Adresse bekannt war.

Sind Sie über diesen Vorgang informiert worden, als Sie die Leitung der Soko übernommen haben?

Zeuge Axel Mögelin: Über den Vorgang explizit informiert worden bin ich nicht. Und die Stellung des Rechtshilfeersuchens - wenn ich es aus den Akten richtig weiß - wurde ja auch mit Einverständnis der Staatsanwaltschaft nicht gestellt. Insofern sind solche dann, sage ich mal, abgehakten Entscheidungen - Über jede Entscheidung ist es nicht möglich, in einem drei Jahre laufenden Mordermittlungsverfahren mit, als ich übernommen habe, bestimmt schon mehreren Tausend Spuren jeden Sachverhalt dann zu übergeben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das wundert mich jetzt doch ein bisschen, die Aussage. Man hat doch über Jahre hinweg sehr intensiv, sehr akribisch alle möglichen Spuren verfolgt. Das würden Sie doch für sich in Anspruch nehmen? - Und dann stellt man fest, ganz offenkundig, aufgrund einer Mitgliederliste eines Vereins, dem Frau Kiesewetter angehörte, wurde Frau Kiesewetter eine private E-Mail-Adresse - Die will ich jetzt nicht nennen, aber: xxx@yahoo.com.

Und man hat ja unter anderem auch geprüft: „Wie ist das mit dem Umfeld von Frau Kiesewetter?“ und dann mit dem Argument,

diese E-Mail-Adresse sei dem Umfeld von Frau Kiesewetter, soweit es identifiziert werden konnte, nicht bekannt, darauf verzichtet, die Inhalte des Kontos sich anzuschauen bzw. ein entsprechendes Rechtshilfeersuchen zu stellen, dass diese Einsichtnahme erfolgen kann.

Also, wenn ich mir die Akten durchlese, fällt mir das auf, dass das eigentlich sehr naheliegend wäre. Und vor allen Dingen, wenn das offenkundig eine E-Mail-Adresse ist, die jetzt dem näheren Bekanntenkreis von Frau Kiesewetter unbekannt ist. Dann ist doch zumindest der Ansatzpunkt durchaus interessant, zu schauen: Was ist über diese E-Mail-Adresse für Korrespondenz geführt worden? - Wir haben es ja immerhin mit einem Mord zu tun.

Zeuge Axel Mögelin: Es ist so, dass wir im Nachgang, als wir das Umfeld von Frau Kiesewetter noch mal überprüft haben - also vor dem 04.11. -, diese Diskussion noch mal hatten und zu dem Zeitpunkt meiner Übernahme im Jahr 2010 und dann noch mal in Absprache mit der Staatsanwaltschaft zu dem Ergebnis gekommen sind, dass jetzt die Stellung eines Rechtshilfeersuchens nach dem Zeitablauf von drei Jahren keinen Sinn macht.

Darüber hinaus muss noch darauf hingewiesen werden, dass ein Teil der Bewertung auch sein kann, dass der Laptop bei Frau Kiesewetter nicht internetfähig war und dass nach den Aussagen ihres Umfeldes das Umfeld von Frau Kiesewetter eigentlich eher mit SMS damals kommuniziert hat und zumindest in dem Ganzen, was wir wissen, eine E-Mail- oder Internetkommunikation zwischen dem gesamten Umfeld und Frau Kiesewetter nicht stattgefunden hat.

Aber zu der damaligen Bewertung - da war ich eben noch nicht zuständig - kann ich Ihnen auch nicht sagen, vor welchem Hintergrund das mit der Staatsanwaltschaft so abgeklärt wurde.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber hätten Sie das damals zu entscheiden gehabt, würden Sie dann auch sagen, man kann darauf verzichten, sich die Inhalte eines solchen E-Mail-Kontos anzuschauen? Also, ich sage mal, gerade im Verhältnis zu den ganzen anderen Maßnahmen, die auf den Weg gebracht worden sind: Das ist doch eine sehr naheliegende gewesen eigentlich.

Ich frage Sie jetzt nicht nach Ihrer persönlichen Verantwortung. Das ist mir schon klar: Als Sie da eingestiegen sind in die Soko, gab es das Konto schon nicht mehr. Da war das schon längst gelöscht, weil es offenbar nicht mehr genutzt worden ist - aus naheliegenden Gründen, wie wir heute wissen. Aber zum damaligen Zeitpunkt hätte man ja durchaus dort noch Erkenntnisse daraus ziehen können.

Fachlich gesehen: Halten Sie die Entscheidung Ihrer damaligen Kollegen, auf die Möglichkeit, sich die Inhalte dieses Kontos anzuschauen, zu verzichten, für angemessen?

Zeuge Axel Mögelin: Also, fachlich gesehen, muss ich sagen: Ich weiß nicht, ob die - - Der Verzicht auf die Stellung eines Rechtshilfeersuchens obliegt ja auch mit der Staatsanwaltschaft. Und ich denke, zur Vollständigkeit, wenn ich das so sagen darf, sollte man bei einem Kapitaldelikt - - hätte man das machen müssen, um das einfach komplett rund zu machen, um eben solche Fragen, die sich jetzt stellen - was war da drin? - nicht zu haben. Das hätte man tun sollen. Hat man aber aus den dargelegten Gründen nicht gemacht. Eine - sagen wir so - Bewertung dieser damaligen Bewertungen, wie die zustande gekommen sind, die Hintergründe, kann ich jetzt nicht für mich bewerten, sondern das ist eine allgemeine Aussage.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich habe dann einen letzten Punkt, den ich gerne ansprechen möchte. Wir finden in den Akten - das ist MAT A GBA-4/10 b, Blatt 104 - einen Hinweis darauf, dass bereits am 27.04.2007 Gegenstände in Nähe des Tatortes in Heilbronn sichergestellt worden sind, unter anderem fünf Taschentücher mit Blut- antragungen und eine Zigarettenkippe, ein Ohranhänger, ein Herrenhemd, ein Paar Wollsocken.

Und wir finden in den Akten, dass eine molekulargenetische Nachuntersuchung dieser gefundenen Gegenstände erst am 14. Mai 2009 veranlasst worden ist, das heißt zwei Jahre nach dem Datum der Tat.

Können Sie uns das erläutern? Weil ich vermute doch mal, dass die Frage Spurensicherung, Auswertung von Spuren, gerade physischer, am Tatort, in der Nähe des Tatortes, sicherlich auch noch eine Rolle gespielt haben wird, als Sie selber im Bereich

der Sonderkommission Verantwortung übernommen haben.

Zeuge Axel Mögelin: Gut, wie Sie ja richtig gesagt haben, wurde es ja 2009 - - Also zu dem Zeitpunkt, wo ich Verantwortung übernommen habe, war es ja analysiert. Der Zeitraum, bis es analysiert wurde - - Es ist so - wenn Sie sich jetzt den Tatort vergegenwärtigen, wo das Fahrzeug am Trafohäuschen stand -: Es gibt immer einen näheren Tatortbereich - diese Asservate sind dann immer mit TO bezeichnet - und einen weiteren Tatortbereiche - diese Asservate sind dann immer, soweit ich das in Erinnerung habe, mit SO bezeichnet.

Und DNA-Analysen sind wahnsinnig aufwändig, und man sammelt praktisch erst mal alles ein. Und dann wird zunächst aus dem engeren Tatortbezug alles natürlich molekulargenetisch und auf Spuren und auf Fasern untersucht. Das ist selbstverständlich.

Aber, soweit es mir erinnerlich ist, waren diese Taschentücher jetzt nicht nahe am Tatort, sondern, wenn man die Örtlichkeit kennt, sind es, glaube ich, mehrere Hundert Meter entfernt vom Neckarufer, sodass zum damaligen Zeitpunkt eine Tatrelevanz nicht zwingend gegeben war.

Es hat sich dann im Jahr 2009 erst ein Zeuge gemeldet. Der hat eine Aussage gemacht, und im Zusammenhang mit der Aussage wurden dann die aufgefundenen Taschentücher eben wieder tatrelevant. Und darauf hat man sie dann natürlich sofort molekulargenetisch untersucht und hat die entsprechenden Spuren genommen und hat die in die Datenbank eingestellt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, wobei beispielsweise die blutverschmierten Taschentücher - - Ich weiß ja nicht, wenn ich hier in Berlin spazieren gehen würde, wie oft ich solche finde in einem Umkreis von 300, 400 Metern. Ich glaube, die Zahl wird sich in Grenzen halten - meine Mutmaßung aus eigener Lebenserfahrung.

Also wenn ich da bereits im April 2007 blutverschmierte Taschentücher finde und offenkundig sicherstelle, und das ja nicht irgendwie um - - offenkundig ja im Rahmen dienstlicher Tätigkeiten und nicht auf freier Stadtreinigung: Warum wird dann erst zwei Jahre später eine Analyse vorgenommen? Das erschließt sich mir nicht.

Zeuge Axel Mögelin: Das war damals die Entscheidung der Sonderkommission. Und ich denke eben auch - Sie müssen eben auch eines sehen; ich habe es eingangs erwähnt -: Man wähnte sich ja auch eine Zeit dabei, einen DNA-Treffer zu haben. Ich meine, das kann man bei der ganzen Untersuchung nicht ausblenden. Zu dem Zeitpunkt war die uwP noch nicht als Trugspur entlarvt. Ob das dann eine Rolle gespielt hat insgesamt bei der Bewertung, kann ich Ihnen jetzt aus der Rückwärtsbetrachtung nicht sagen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann will ich abschließend fragen, weil Sie es gerade ansprechen: Gehen Sie davon aus, dass das Fixieren auf die Suche nach einem Phantom aufgrund der verschmutzten Wattestäbchen davon abgehalten hat, andere Aspekte in gebotener Intensität zu betrachten, wie zum Beispiel blutverschmierte Taschentücher in der Nähe des Tatortes?

Zeuge Axel Mögelin: Es ist so: Wenn eine Sonderkommission natürlich eine priorisierte Spur verfolgt, dann werden da natürlich Personal- und Sachressourcen gebunden. Nichtsdestotrotz bin ich der Meinung - und das weiß ich auch -, dass die Sonderkommission „Parkplatz“ in der Zeit auch andere Spuren verfolgt hat. Inwieweit das jetzt konkret auf die Taschentücher - - damit zusammenhängt, kann ich Ihnen nicht sagen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gut, den Akten ist jedenfalls zu entnehmen, dass man ja sogar außerhalb der Bundesrepublik aufgrund einer, wie wir im Nachhinein wissen, falschen DNA-Spur sehr umtriebig gewesen ist bei Recherchen und Ermittlungen. Aber ich kann das nur so feststellen, wie es sich aus den Akten ergibt: Man findet auf dem Neckaruferweg fünf Zellstofftücher mit Blut, stellt das sicher im April 2007 und veranlasst am 14. Mai 2009 eine Untersuchung.

Wir kommen jetzt zur Befragung, Herr Mögelin, durch die Fraktionen. - Es beginnt aufgrund der Stärkeverhältnisse die Unionsfraktion, und das Wort hat der Kollege Binniger.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Herr Mögelin, wir haben 23 Minuten zusammen - das ist unser Zeitkontingent in der ersten Runde -, und ich will mit Ihnen noch mal versuchen, vom Tatgeschehen selber her am Tag, wo ich ein paar Fragen an Sie habe,

auch nach außen zu gehen zu Fahndungsmaßnahmen über die Laufe der Jahre und Dinge, die uns eben in den Akten aufgefallen sind.

Wenn Sie sich diesen Tatort noch mal vor Augen halten und das, was Sie, auch mit dem Wissen von heute - aber weil es mich einfach interessiert -, über die Tat haben: Was würden Sie mir sagen? Was kann man als gesichert ansehen, was wir über die Täter, über ihr Aussehen, über die Begehungsweise, über entwendete Gegenstände, über verwendete Waffen oder Fluchrichtungen wissen? Also wo man wirklich sagen kann: Das ist Fakt, belegt durch eine Spur oder - im Beispiel der Dienstwaffen natürlich - belegt durch das Entwenden oder Auffinden der Tatwaffe? Was gibt es sonst, wo man sagen kann: Da haben wir gesicherte Fakten - und seien sie noch so rudimentär - über das Tatgeschehen oder eben das Aussehen der Täter und die Fluchrichtung?

Zeuge Axel Mögelin: Gesicherte Fakten haben wir die Tatwaffen, die mittlerweile sichergestellt wurden und wo es einen, soweit ich weiß - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Darf ich kurz, weil Sie immer - - Wir haben gestern mit Herrn Christleit vom GBA vereinbart, dass es schon wechselnd sein kann, also dass es sich auch manchmal auf laufende Ermittlungen bezieht, unsere Fragen - das lässt sich nicht ganz vermeiden -, und er, wenn es ihm zuviel wird und er Sorge hat, eingreift, sodass Sie, solange Sie nichts hören von Ihrer linken Seite, unbesorgt aussagen können.

Zeuge Axel Mögelin: Gut. - Also, es ist so, dass die Tatwaffen sichergestellt wurden. Das ist, soweit ich weiß, per vorläufigem Gutachten auch bestätigt vom BKA. Dann haben wir die Opferwaffen, die eindeutig sichergestellt wurden in dem Wohnmobil, bei den Banküberfällen. Wir haben Ausrüstungsgegenstände, verschiedene, die mit Individualnummern gekennzeichnet wurden, die bei den jetzt vermeintlichen Tätern gefunden wurden in der Unterkunft oder an der Wohnadresse. Daraufhin haben wir noch einen Ausrüstungsgegenstand, der zwar nicht eindeutig identifizierbar ist, aber der baugleich ist.

Dann zum näheren Tatgeschehen, zur Fluchrichtung haben wir noch ein Wohn-

mobil, von dem wir mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sagen würden, dass es von einem Mitglied des NSU angemietet wurde, und mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nach den Ermittlungen sagen könnten, dass es am 25.04. wohl noch im Besitz der Anmieter war und in einer Ringalarmliste in einer Kontrollstelle aufgetaucht ist.

Das war in meiner Zeit, als ich Leiter der Sonderkommission bin, alles, was wir jetzt als, sagen wir, gesicherte Fakten, wenn ich das mal aus dem Kopf zusammentragen kann, haben. Wenn Sie mich jetzt so fragen: „Der nähere Tatablauf, also wie ist die Tat konkret - - also wie kamen die Täter an in Heilbronn? Wie ist dann die Tat abgelaufen? Können Sie dann noch, was die Schussrichtungen und Schusskanäle angeht - - Da können Sie noch, was die Annäherung, die Kopfhaltung der Opfer“: Das kann man in dem Kriminaltechnikbericht nachlesen. Das lässt sich dann auch noch relativ gut sagen, weil wir da eben die objektiven Spuren haben.

Aber ansonsten wissen wir vom konkreten Tatgeschehen in Heilbronn und von der Flucht im Nahbereich, wie die genau abgelaufen ist, gesichert nichts.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Mir fiel auf im Bericht der Kriminaltechnik - vielleicht können Sie das noch mal bestätigen, wenn meine Bewertung so zutrifft -, dass dort geschrieben wird: Bei der Abgabe des Schusses auf Michèle Kiesewetter, die im Dienstwagen auf dem Fahrersitz ja saß, war die Beifahrertüre auf, weil aufgrund des Schusskanals, der hinten am Trafohäuschen einschlägt, die Beifahrertüre eigentlich hätte beschädigt sein müssen, wenn sie zu gewesen wäre. Da sie aber überhaupt nicht beschädigt war, heißt das: In diesem Moment der Tat war dort schon die Türe auf.

Weiß man, ob die vorher schon auf war, weil es eine Pause war? Oder war das Täterhandlung?

Zeuge Axel Mögelin: Ja, das ist, sagen wir so, eine große Frage noch. Wir haben in dem Zusammenhang noch mal ein zweites Gutachten machen lassen, das auch in den Akten ist, was sagt: Bei einem gewissen Schussfenster ist die Schussabgabe auch möglich, wenn die Tür zu ist. Dann muss der Schuss aber sehr hoch angesetzt sein beim geöffneten Fenster. Das heißt, eine Schuss-

abgabe und eine Tötung von Frau Kiese-wetter ist auch bei geschlossener Beifahrer-tür möglich, sodass wir letzten Endes nicht sagen können, ob das Aufreißen der Fahr-ertür praktisch stattgefunden hat vor Schussabgabe oder ob die Schussabgabe bei geöffneter Tür gefunden hat. Die Ge-richtsmediziner, soweit ich es weiß, gehen aber davon aus, dass wegen der Haltung es eher wahrscheinlich ist - aber da muss ich mich auf die Gutachter verlassen -, dass die Tür wohl geöffnet war.

Wenn Sie auf Pausensituation - - Das ist das, was wir von der, was Zigarettenkippen angeht - - Also von der Situation Rauchen, von Speiseresten oder so gehen wir von einer Pausensituation aus. Die Schließver-hältnisse von der Beifahrertür können nicht als gesichert genommen werden.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Würden Sie mir zustimmen, wenn ich Ihre präzise Faktenschilderung, was Sie heute sicher belegen können - also entwendete Waffen, eingesetzte Waffen, Wohnmobil wohl festge-stellt - - man noch zwei Punkte hinzufügen kann, nämlich, dass aufgrund der - entweder war es - Gutachten, Kriminaltechnik oder OFA als ziemlich sicher angenommen wird, dass sich beide Täter beim Entwaffnen der Opfer - einer massiv, der andere leicht - im Oberkörper-, im Armbereich mit Blut be-schmiert haben müssen? Ist das gesichert, oder ist das zu vage?

Zeuge Axel Mögelin: Also, hier hat ja die OFA in ihrem ersten Bericht als sehr wahr-scheinlich das beschrieben. Aber wir hatten ja noch mal die Klausurtagung, und da hat die OFA ein Video mitgebracht von einer Überwachungskamera. Da geht es um einen - ich weiß nicht mehr, ob es ein Raub-mord oder ein versuchter Raubmord war - - wo ein Täter mit heller Täterbekleidung mehrfach auf ein Opfer einsticht in einem Vorraum von einer Bank und dann flüchtet. Man sieht die Flucht auf der Überwachungs-kamera. Der Täter hat sehr helle Kleidung an und ist praktisch nach dieser sehr brutalen Messerattacke kaum mit Blut befleckt. Also man sieht auf der hellen Kleidung gar nichts.

Die Botschaft der OFA an uns war: Wir sollen uns nicht nur auf die Blutverschmier-ten konzentrieren, es kann durchaus auch sein, dass wir Personen suchen mit wenig Blut oder kaum sichtbar Blut. Hier hat die OFA praktisch ein wenig gesagt: „Ihr müsst

auch eure Denkrichtung in andere Richtun-gen öffnen“, sodass wir einfach sagen kön-nen: Im ersten Bericht für wahrscheinlich, es kann aber auch durchaus sein, dass die Ver-schmutzung mit Blut geringer war, als man zunächst angenommen hat.

Das hat in der Klausurtagung die OFA uns noch mal dargestellt, um zu verhindern, dass wir uns praktisch - - dass wir Ermitt-lungsfehler machen, indem wir uns zu sehr auf Leute konzentrieren, die massiv mit Blut verschmiert waren.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Wobei durch das Entwaffnen - so lesen wir ja - und das Hineinbeugen ins Fahrzeug und durch die stark blutenden Wunden es doch wahr-scheinlich sein müsste. Das müssten doch eigentlich die Kriminaltechniker besser be-antworten können als die Profiler.

Zeuge Axel Mögelin: Soweit ich weiß, ist diese Aussage nicht im Kriminaltechnik-bereich, sondern die Erstaussage auch im OFA-Bereich. Also die kommt auch aus dem Bereich. Das sind die einzigen Aussagen, die ich kenne. Ich weiß nicht, ob im Kriminal-technikbericht so eine Aussage auch ist, sodass es offen ist für mich.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Und der letzte Fakt: Zwei Täter - zu sagen: „einer geht fast nicht“, das schließt man aus -, die dann nach der Tat, jeder mit zwei Waffen, einer Handschelle und einem Reizstoff-sprühgerät, den Tatort verlassen müssen. Also vier Waffen müssen ja wegtransportiert werden, die zwei Tatwaffen und die zwei Opferwaffen. Kann man das auch als ge-sichert - - Das muss man ja ansehen.

Zeuge Axel Mögelin: Die Hypothese muss man ansetzen, zumal man ja auch dann alles gemeinsam gefunden hatte. Also von daher muss man auch davon ausgehen, dass alles dann wieder mitgenommen wurde und nicht irgendwo entsorgt wurde. Also von daher muss es so sein.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Wie er-klären Sie sich, dass man nachmittags in Heilbronn, 14 Uhr - jetzt blutverschmiert oder nicht -, mit zwei großkalibrigen Faustfeuer-waffen durch die Gegend läuft und keinem einzigen Zeugen fällt irgendwo eine Person auf, der sagt: Der hatte ein Waffe - entweder

ausgebeult in der Hose oder unter dem Hemd stecken - oder zwei ja sogar? Gibt es dafür eine Erklärung Ihrerseits?

Zeuge Axel Mögelin: Wir haben dafür keine Erklärung. Das ist ja das, was ich zu Anfang gesagt habe: Dieser Mangel an Zeugenaussagen überhaupt, die wir zuordnen können, die auch zum Teil widersprüchlich sind - die einen sehen zwei Männer, eine Frau, die einen sehen drei Männer -, konnten wir uns nie erklären, zumal ja das Frühlingsfest aufgebaut wurde, zwei Radwege sich an der Sache kreuzen und es ja eigentlich ein jetzt zumindest nicht unbelebter Platz ist. Aber ich kann Ihnen nur sagen: Die Fakten sind eben genau so. Eine Erklärung dafür habe ich auch nicht.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Die Theresienwiese wird immer als Pausenplatz der Bereitschaftspolizeikräfte beschrieben. Jetzt habe ich mir aber mal alle Vernehmungen angesehen der Bereitschaftspolizeibeamten, die auch zum Teil nach dem 4. November oder nachdem Sie übernommen hatten, durchgeführt wurden. So sicher ist das gar nicht, fiel mir auf. Also die Mehrheit der vernommenen Beamten der Bereitschaftspolizei - die Heilbronner sowieso nicht; die machen auf ihrem Revier eine Pause, haben dort einen Sozialraum -- Die große Mehrheit der vernommenen Beamten der Bereitschaftspolizei - dieser beiden Einheiten - sagt entweder „Theresienwiese kenne ich gar nicht als Pausenplatz“ oder „Würde ich nie nehmen“ oder „Habe ich noch nie Pause gemacht“, und es gibt, glaube ich, gerade mal drei oder zwei Kolleginnen, die sagen: „Ja, kenne ich, da habe ich schon auch ab und zu Pause gemacht“, sodass diese These, man muss sich nur einen halben Vormittag oder Mittag an der Theresienwiese aufhalten, dann trifft man zwangsläufig auf ein Polizeiauto, an dem Tag gestimmt hat, weil Frau Kiesewetter vormittags schon mal dort war zur Pause und nachmittags wieder; aber ansonsten finde ich da wenig Stütze.

Gibt es da etwas anderes, was diese These nährt: Die Theresienwiese war ein regelmäßiger, von vielen genutzter Pausenplatz?

Zeuge Axel Mögelin: Ja, also da gibt es einen ganzen Ermittlungsteil, in einem Bericht, der auch in den Akten ist. Wir haben

das minutiös aufbereitet, insbesondere auch vom 16. dann bis zum 25. Und bis auf das Wochenende - ich kann Ihnen jetzt nicht genau sagen -- Vom 16. bis 25. stand täglich -- Praktisch vom 16. bis 25.04. stand täglich zu der Zeit ungefähr ein Streifenwagen an der Theresienwiese; das hat man nacherhoben.

Also das heißt, im April - wenn Sie Vermietzeitraum, Anmietzeitraum Wohnmobil, 16. - stand praktisch vom ersten Anmiettag bis zum 25. bis auf zwei Tage jeden Tag ein Auto zu der gleichen Zeit an der Theresienwiese, und auch im April haben wir es erhoben. Also es gab zwei Einheiten. Die Einheit von der Frau Kiesewetter: Die haben das eher nicht so genutzt. Der andere Zug aus Böblingen: Die haben das schon häufiger frequentiert und im April sehr häufig. Das haben wir nacherhoben. Da gibt es ein ganzes Ermittlungsergebnis, wo mir minutiös gucken: „Wann steht das Auto da?“, sodass wir sagen können: Für Leute, die sich im April in Heilbronn aufhalten, die können schon den Eindruck gehabt haben, dass das immer wieder zur gleichen Zeit - der Ablauf der Bereitschaftspolizei war dann immer ähnlich -- so um die Zeit steht ein Polizeiauto an den Tagen auf -- Zu dem Schluss kann man schon kommen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Wie ist es zu erklären, dass der Mietvertrag für dieses Wohnmobil, das hinterher in der Ringfahndung notiert wurde, ursprünglich nur bis 19. April bestand und wohl am 19. April der Mietvertrag, der eigentlich dort auslaufen sollte, dann auf unbestimmte Zeit verlängert wurde? Gibt es dafür eine Erklärung?

Zeuge Axel Mögelin: Erklären kann ich Ihnen das auch nicht. Soweit ich das erinnerlich habe, war bei dem Banküberfall in Eisenach ein ähnliches Vorgehen der Täter; da haben sie es ähnlich gemacht. Warum die Täter das so gemacht haben - ob sie das öfter gemacht haben, ob das eine Verschleierung war -, ist Spekulation. Ich kann Ihnen nur sagen: Bei dem Banküberfall in Eisenach - nach meiner Erinnerung - war das Vorgehen der Täter gleich. Warum in Heilbronn und auf welche Weise der Mietvertrag verlängert wurde, kann ich Ihnen nicht sagen - und den Grund auch nicht.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Gibt es noch unbekanntes DNA-Spuren? Über diese

Trugspur haben wir jetzt einiges gehört. Man kann wahrscheinlich sagen, diese Trugspur hat den Fall komplette zwei Jahre gekostet an Konzentration auf andere Dinge und auch viel Personaleinsatz. Gibt es über diese Spur hinaus andere DNA-Spuren im Dienstfahrzeug, die man nicht irgendjemandem zuordnen kann?

Zeuge Axel Mögelin: Also, wenn ich es richtig im Kopf habe, haben wir noch sechs offene DNA-Spuren: zwei Vollmuster und vier Recherchespuren.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was ist ein Vollmuster?

Zeuge Axel Mögelin: Also, Vollmuster heißt, das, was Sie komplett nach allen - es gibt ja bestimmte, ich glaube acht, sogenannte Allelwerte - - dass Sie es komplett in die Datenbank einstellen können; das heißt, alle Werte sind vorhanden. Und dann gibt es sogenannte Recherchespuren. Die sind zwar nicht vollständig, sind aber so gut, dass Sie in der Datenbank damit recherchieren können. Und wenn Sie dann einen Treffer haben, dann muss der Gutachter eben noch mal - das muss er sowieso - gucken, ob das trifft.

Dies sind, soweit ich mich erinnere, drei Stück an der Fahrzeugaußenseite und zwei Stück an der Bekleidung vom überlebenden Polizeibeamten.

Nun ist es so, dass diese DNA-Spuren - - Wenn man Fasern sichert bei der Polizei, dann nimmt man so Art Tesafilm und klebt das drauf, sodass die Fasern hängen bleiben. Und aus diesen Klebebändern hat man dann praktisch retrograd dann noch probiert - weil man wenig DNA-Spuren hatte -, die Hautpartikel, die lose anhaftenden Hautpartikel, zu nehmen. Das heißt, die Tatrelevanz dieser Spuren ist eingeschränkt, weil das praktisch - - Wir konnten zwei DNA-Spuren Fahrzeugnutzern zuordnen, also Kollegen, die das Auto genutzt haben, die sich einfach halt hingesetzt haben. Dann hat sich die Frau Kiesewetter oder der Herr Arnold hingesetzt, und da hat sich die Hautschuppe eben übertragen.

Von daher haben wir noch offene Spuren. Ob die tatrelevant sind, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Dann verlassen wir mal den engen Tatortbereich, gehen noch mal zurück an den Tattag.

Mir fiel auf, dass die Theresienwiese eine Viertelstunde nach der Tat und dann ganz lange mehr werdend - - sich alles irgendwie dort getroffen hat, was Polizeiauto oder Ähnliches hatte. Also war das sehr geschickt gewählt, und was war der Grund, dass alles zur Theresienwiese fährt? Ich meine, die erste Regel wäre eher, zu sagen: Wir sperren den Tatort ganz schnell und so großräumig als möglich ab, und da hat außer der Spurensicherung und einer Kehrmannschaft niemand was verloren. Aber da sind ja alle irgendwie rumgeturnt.

Wissen Sie noch, was da die Ursache war dafür, dass da so viel - auch ja dann Bereitschaftspolizeikräfte - - Alles war irgendwie auf einmal auf dieser Theresienwiese.

Zeuge Axel Mögelin: Den Grund dafür kann ich Ihnen nicht sagen. Wer was da einsetztechnisch - - oder was der Grund dafür war und ob es da einen - - Das wäre reine Spekulation von mir, und das, glaube ich, ist an der Stelle nicht angebracht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber es wäre eigentlich klüger gewesen nach einem so schlimmen Verbrechen und man weiß, eine Kollegin tot, der andere kommt in die Klinik, zu sagen, man sperrt den Tatort ab, weil in dem Moment dort eigentlich niemand mehr nützen kann, sondern nur Spuren vernichten kann?

Zeuge Axel Mögelin: Ich denke, das kann ich jetzt fünf Jahre später - - Ich war in der Einsatzsituation nicht. Das ist jetzt schwer für mich, das jetzt so zu beurteilen. Ich weiß nicht, ob andere Treffpunkte in Heilbronn überprüft wurden und ob es da eben, aus welchen Gründen auch immer, keine Abstellmöglichkeiten gab. Ich kann Ihnen das einfach - - Die Grundlage für diese Entscheidung des Polizeiführers zu dem Zeitpunkt, die kenne ich nicht, und deshalb kann ich darüber sehr schwer urteilen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sehr schnell wird eine Ringalarmfahndung ausgelöst, und da gab es diesen Kontrollpunkt in Oberstenfeld. Das wurde ja vorher vom Vorsitzenden schon kurz angesprochen. Von der Fahrtrichtung her ist das für die Ortskundigen ein bisschen unlogisch, weil, wer schnell auf

die Autobahn A 81 will, um wieder Richtung Nürnberg und dann Thüringen oder Sachsen zu fahren, nimmt eigentlich diese Autobahnauffahrt nicht. Oder täusche ich mich da? Wenn man aus dem Stadtgebiet Heilbronn kommt, fährt man anders auf die Autobahn, wenn es schnell gehen soll. Man fährt nicht - - Oberstenfeld war ja ein Kontrollpunkt außerhalb der Autobahn, nehme ich an.

Zeuge Axel Mögelin: Der war außerhalb der Autobahn. Also sagen wir so: Vom schnellsten Weg können Sie da nicht sprechen. Aber die Beweggründe, warum die vermeintlichen Täter diesen Weg genommen haben, kann ich Ihnen nicht sagen. Es ist Fakt: Sie wurden dort kontrolliert.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Notiert.

Zeuge Axel Mögelin: Notiert, Entschuldigung, also Durchfahrtskontrolle. - Entzieht sich meiner Kenntnis.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Man hat mal mit der Streifenbesatzung gesprochen, die dieses Kennzeichen notiert hat. Konnten die jemals was - wahnsinnig schwierig bei vielen Autos - - Haben die sich an die Situation noch erinnert, oder haben Sie halt nur gesagt: Wir haben alles aufgeschrieben, was kam, weil wir ja nicht wussten, nach was wir suchen?

Zeuge Axel Mögelin: An die Situation konnten sie sich noch erinnern. Leider konnten sie sich weder an das Wohnmobil konkret erinnern noch - - Für uns war ja interessant: -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wer sitzt drin?

Zeuge Axel Mögelin: - Wer sitzt drin? Wir haben darüber hinaus auch die befragt, die davor oder danach die Kontrollstelle passiert haben. Die hat man auch vernommen, um zu gucken: Haben die vielleicht noch was mitgekriegt? Gab es da was? Wir haben sämtliche Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen noch mal gezielt - also auch vor, seit 16.09. [sic!] - - Alle Autobahnen nach Baden-Württemberg, von Baden-Württemberg: Wir haben alles probiert, um Bilder, Fotos, um irgendwie was mehr hinzukriegen, um zu

gucken: Wer saß in dem Wohnmobil? - Haben wir alles gemacht - leider ohne Erfolg.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Auf die Geschwindigkeitskontrollanlagen, die Sie überprüft haben, komme ich vielleicht gleich noch mal oder in der zweiten Runde. Aber Sie hatten das Kennzeichen. Sie haben vorhin gesagt: 30 000 Kennzeichen können wir nicht alle unter einen Verdacht stellen und überprüfen. - Aber ich frage mich: Was macht man da überhaupt? Das Erste, was man doch macht, ist eine Halterfeststellung.

Zeuge Axel Mögelin: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und wissen Sie, ob man - - Dann kann man die Halter abfragen aus dem polizeilichen Informationssystem. Dort, wo aber eher eine Firma eingetragen ist, muss man irgendwie nachfragen: Wer war mit dem Auto unterwegs? Wissen Sie, ob jemals bei dieser Autoverleihfirma in Chemnitz nachgefragt wurde: Auf wen war denn das Auto gemietet an diesem Tag?

Zeuge Axel Mögelin: Vor dem 04.11. nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wurde nicht gemacht?

Zeuge Axel Mögelin: Nein, haben wir nicht gemacht. Das ist - - Wir sind ja bei - - Ich habe das gesagt: Das sind bei den 30 000 Kennzeichen - - Die werden eben automatisiert eingelesen. Und wenn Sie jetzt - - Sie müssen ja nicht nur bei einer Firma - - Sie wissen ja auch bei einem Halter nicht, wer der Fahrer ist. Sie müssten dann ja alle 30 000 fragen: Wer ist an dem Tag gefahren? Und das ist ein immenser Aufwand. Das müssten Sie dann auch bei den mehreren Hunderttausend Anschlussinhabern machen von den Funkzellen, um sicherzustellen: Wer hat ein Handy an dem Tag gehabt? Und das alles ohne einen konkreten Tatverdacht.

Und das ist auch unverhältnismäßig, weil das sind ja auch unbescholtene Bürger, die einfach irgendwo nach Ludwigsburg wollten und eben dann kontrolliert wurden. Die kann ich nicht alle generell mit polizeilichen Maßnahmen überziehen. Von daher - -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Dann stellt sich aber die Frage, wozu ich sie überhaupt erfasse.

Zeuge Axel Mögelin: Also aus unserer Sicht ist es ja ein Mehr. Wenn Sie jetzt zum Beispiel - ich hatte es vorher gesagt - einen Hinweis haben auf - - Wenn jetzt jemand kommt und sagt: „Ich habe einen Hinweis auf Person X, der hat sich komisch verhalten und der hat auch mal was gegen Polizisten geäußert“, dann gehe ich ins System rein und finde: Aha, der X war in der Ringalarmliste. Und dann habe ich natürlich schon was, wo ich sagen kann: Der Tatverdacht ist mehr. Dann kann ich mehr polizeiliche Maßnahmen - - oder mehr in die Richtung gehen.

Oder ich nehme eben spezielle Raster und sage: Okay, was suchen wir? - Ein Zeuge hat ein rotes Auto gesehen. Dann kann ich über die Kennzeichen gucken: Wie viele rote Autos sind durch die Kontrollstelle gefahren? Welche Form hat es? Welcher Typ? Also ich brauche irgendwelche Raster - -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Gab es nicht mal einen Hinweis auf ein Wohnmobil, das auf der Theresienwiese am Tag vor der Tat geparkt hat, im Laufe der Ermittlungen, auch vor dem 04.11.?

Zeuge Axel Mögelin: Es gab einen Hinweis auf ein Wohnmobil von einem anwesenden Schausteller. Der hat - - Am Tag vor der Tat war linksseits vom Trafohäuschen ein Wohnmobil geparkt.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Da wo später auch das Streifenfahrzeug stand?

Zeuge Axel Mögelin: Nein, auf der anderen Seite -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Auf der anderen, der rechten, ja.

Zeuge Axel Mögelin: - war ein Wohnmobil geparkt. Der Zeuge hat weder Personen beobachtet rund um das Auto noch weiß er genau, wann das Wohnmobil wieder weggefahren ist. Er weiß nur, dass es am Abend des Tattages nicht mehr da war. Und andere Zeugen - also andere Schausteller, die in dem Bereich waren - haben die Beobachtung nicht gemacht.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Aber trotzdem ist ja auch nicht ganz - trifft jetzt Sie wieder nicht in Ihrem Verantwortungsbereich; das war in den ersten zwei Jahren - uninteressant, wenn mir - - Weil Sie gerade gesagt haben: Wenn man dann einen ergänzenden Hinweis bekommt, dann könnte man diese Kennzeichenliste abschichten - sei es auf ein rotes Kennzeichen - - Und jetzt sage ich halt: Es gab eine Zeugenaussage auf ein Wohnmobil am direkten Tatort - nur auf der anderen Seite von diesem Häuschen - am Abend vor der Tat. Dann wäre es doch auch Ihrer eigenen Logik folgend, die Sie mir gerade erklärt haben, nachvollziehbar gewesen, zu sagen: Ich schaue mal nach: Wie viele Wohnmobile finden sich unter diesen vielen Tausend notierten Kennzeichen?

Zeuge Axel Mögelin: Das obliegt eben der Bewertung der Tatrelevanz. Sie haben ja bei der Beobachtung kein Kennzeichen. Es wurde eben damals so eingeschätzt. Sie müssen wissen: Auf der Theresienwiese war damals der Aufbau des Frühlingsfestes. Das heißt, wir hatten viele Wohnmobile. Das heißt, auf der Theresienwiese - ich war mehrfach am Tatort -, da stehen auch immer mal wieder eben einfach Wohnmobile, sodass man einfach es anders bewertet hat und einfach gesagt hat: Das ist für uns keine verdächtige Wahrnehmung. Sie bietet insoweit keine weiteren Ermittlungsansätze in dem Sinne. Die Bewertung war zu der Zeit so, und der Rest ist dann Spekulation.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ich frage deshalb nach, weil wir ja aus den Akten entnehmen, dass Ihre Kollegen oder auch Ihre Vorgänger einen ungeheuren Aufwand betrieben haben - quer durch Europa -, jedem noch so abstrusen Hinweis manchmal aus dem OK-Bereich nachgegangen sind mit Auslandsermittlungen, auch bei der uwP-Spur, aber wenn es darum geht: „Wie kann ich aus gewonnenen Massendaten etwas generieren?“, man dann sagt: Der Aufwand ist zu hoch. Da tue ich mich ein bisschen schwer damit.

Weil - Sie werden mir recht geben - hätte man bei dieser Wohnmobilmfirma angefragt, hätte ja der Umstand: „Hier kommt immer einer aus Niedersachsen und mietet seit Jahren ein Wohnmobil bei mir - und wenn man den abfragt, ist er auch noch polizeibekannt -“, ja einiges ausgelöst wahrscheinlich. Da stimmen Sie mir zu, oder?

Zeuge Axel Mögelin: Das weiß ich nicht, weil das für mich Spekulation ist, was die Dame von der Vermietfirma ja antwortet. Das kann auch sein - - Das ist reine - - Ich weiß nicht, was rausgekommen wäre, wenn man das alles überprüft hätte. Das, glaube ich, ist an der Stelle nicht angebracht, darüber zu spekulieren. Fakt ist: Man hat es nicht getan. Man hat diese Antworten. Aus den Gründen gehen wir damit anders um.

Und was dann passiert wäre - - An welcher Stelle man dort angerufen hätte oder nicht, das kann ich Ihnen einfach nicht sagen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Letzte Frage - und ich glaube auch, die Zeit ist für die erste Runde vorbei - noch mal abschließend zum Wohnmobil - Herr Christeleit, Sie greifen sofort ein, wenn es zu viel des Guten ist -: Hat man dieses Wohnmobil, das am Tattag, wohl gemietet von Böhnhardt, etwa 37 Minuten nach der Tat den Großraum Heilbronn verlassen hat, grob Richtung südöstlicher Richtung, nach dem 04.11. noch sicherstellen können, und konnte man noch etwas damit anfangen, um es mal ganz vorsichtig zu formulieren?

Zeuge Axel Mögelin: Also wir haben das Wohnmobil noch ermitteln können. Wir haben es auch sicher - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): War es noch in dem Besitz dieser Firma?

Zeuge Axel Mögelin: Nein, es war nicht mehr im Besitz der Firma. Es war im Besitz von - - Es wurde verkauft, aber da haben wir es auch noch ermitteln können. Das Wohnmobil wurde auch sichergestellt, und die Kriminaltechniker haben es von oben bis unten - - nach allen Regeln der Kunst Spurensicherung betrieben, jegliche Art der Spurensicherung. Über das Ergebnis: Also mir ist nicht bekannt, dass es Treffer gab. Aber das BKA ermittelt ja weiter. Es werden immer wieder Asservate - - Es kommen neue dazu.

Zu meiner Zeit, als ich Verantwortung hatte, gab es zumindest keine DNA-Treffer, die mir erinnerlich wären. Daran hätte ich mich erinnert, weil das wäre noch mal ein guter Treffer gewesen, eine gute Zuordnung. Wobei unsere Techniker von Anfang an skeptisch waren. Es war ein Verleihfahrzeug. Wir kommen fünf Jahre nach der Tat. Ich kann Ihnen nicht sagen, wie viele Leute das

Wohnmobil dann benutzt haben. Also man hat uns schon vor der Sicherung gesagt, dass - - Die Techniker haben nicht mit viel gerechnet, haben aber tagelang daran gearbeitet. Soweit ich weiß, ist aber nichts bei rausgekommen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Vielen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur SPD-Fraktion. Das Wort hat die Kollegin Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Herzlichen Dank. - Schönen guten Tag, Herr Mögelin! Ich möchte noch mal ganz kurz das bekräftigen, was Herr Vorsitzender auch zu Beginn Ihrer Befragung hier ausgeführt hat, dass wir nämlich gehört haben, dass Sie sich insbesondere bei Ihren Ermittlungen und auch jetzt danach sehr um die Angehörigen von Michèle Kiesewetter bemüht haben und auch die Informationen ausreichend weitergegeben haben.

Ich sage das deswegen noch mal, weil ich noch eine weitere Bemerkung dazu machen möchte: dass wir uns das, was Sie gemacht haben im Fall der Angehörigen und des Umfelds von Michèle Kiesewetter, auch bei den anderen Opfern gewünscht hätten, was teilweise leider nicht der Fall war in der bundesweiten Mordserie.

Und ich will auch noch eben vorausschicken - das ist uns allen hier ja bewusst -, dass unsere Fragerichtung natürlich bei dem Mord an Michèle Kiesewetter auch in eine andere Richtung geht, weil der Fall anders liegt - der Mord an Michèle Kiesewetter - als bei den anderen neun Morden in der bundesweiten Mordserie, wo wir ja insbesondere darauf fokussieren: Warum wurde ein rassistisches Mordmotiv nicht gesehen? Das liegt hier natürlich anders. - Das wollte ich noch mal vorausschicken.

Ich habe eine Frage, die ich fast allen Zeugen stelle hier im Untersuchungsausschuss, und das interessiert mich auch bei Ihnen: Als Sie gehört haben, dass die Zwickauer Terrorzelle den Mord an Michèle Kiesewetter begangen hat - das muss Sie doch auch umgehauen haben -: Was war denn da Ihre Reaktion?

Zeuge Axel Mögelin: Na ja, gut, ich hatte ja ein bisschen mehr Zeit, mich darauf vor-

zubereiten. Das ging ja praktisch bei uns in Stufen.

Dr. Eva Högl (SPD): Genau, ja.

Zeuge Axel Mögelin: Wir hatten ja erst mal die Opferwaffen. Und wenn Sie vier Jahre - ich¹ ja nicht so lang - an so einem Fall arbeiten und dann gibt es einen doch entscheidenden Ermittlungshinweis in Thüringen, dann bringt das natürlich eine wahn-sinnige Dynamik in die Sache. Wir haben natürlich die Sonderkommission dann sofort verdoppelt. Da sind sehr viele Ermittlungen angelaufen.

Und dann bin ich ja selber auch in Sachen gewesen. Und was man dann da zutage gefördert hat, hat dann auch mir die Möglichkeit gegeben, mich dann langsam darauf einzustellen, weil es kamen ja erst Hinweise auf die gesamte Serie, die die BAO „Bosporus“ bearbeitet hat. Da hat man schon gedacht: Also wenn das jetzt noch dazukommt, dann ist das einmalig, dann wissen wir ja gar nicht mehr, wie wir das bewerten sollen; so was gab es noch nie. Bis dann hin gegen später, kurz bevor - das BKA hat dann noch - diese DVD aufgetaucht ist - - Und das war dann auch für uns alle erst mal nicht fassbar, dass es so was überhaupt geben kann oder gegeben hat.

Aber sagen wir so: Durch die Dynamik der Einsatzlage hatte ich da relativ wenig Zeit, über meine Gefühlslage zu reflektieren. Da ist ziemlich viel auf uns eingeströmt.

Dr. Eva Högl (SPD): Können Sie sich daran erinnern, ob Sie da schon sich irgendeine Vorstellung gebildet haben, was das Mordmotiv gewesen sein könnte? Das ist ja was, was weiter ein Rätsel aufgibt bei allen Morden, aber hier natürlich auch noch mal zusätzlich Fragen produziert, und solange wir das Mordmotiv nicht wissen, ja dies auch letztendlich ein ungeklärter Mordfall bleibt. Hatten Sie irgendeinen ersten Gedanken, wie Sie eine Verbindung zur Zwickauer Terrorzelle und Michèle Kiesewetter herstellen konnten?

Zeuge Axel Mögelin: Nein, hatten wir nicht. Für uns hat das nicht in das Raster gepasst und von den Opfern ja auch vorher nicht.

Und das konkrete Motiv: Da gibt es ganz viele Spekulationen. Aber ich will mich an die Fakten halten, und von den Fakten her kann

ich kein konkretes Motiv finden. Die genauen Beweggründe der Täter sind mir nicht bekannt, und von daher haben wir in dem Fall schon so viel spekuliert - auch im Vorfeld -: „Welches Motiv?“, sodass ich sagen muss: Bis ich es nicht irgendwo entweder durch eine Aussage einer vielleicht Beteiligten oder Mitwisserin, die es mir vielleicht noch sagen könnte, erfahre oder irgendwelche Fakten das BKA bei der Beweissicherung noch zutage fördert, denke ich, wird das einfach ungeklärt bleiben.

Dr. Eva Högl (SPD): Genau. Wir hoffen darauf, dass Beate Zschäpe sich entsprechend einlässt, weil das ja auch zur Verarbeitung wichtig ist.

Ich möchte ganz gerne noch mal ansetzen bei dem Wohnmobil, was Herr Binninger ja eben auch gefragt hat. Ich kann das absolut nachvollziehen, dass Sie sagen, Sie konnten nicht 30 000 Autokennzeichen überprüfen, sondern haben das anlässlich weiterer Hinweise gemacht und dann die Autokennzeichen überprüft. Trotzdem bleibt noch eine Frage, und da habe ich eben das bei der Befragung nicht ganz verstanden: Erkennt man denn überhaupt Wohnmobile - verzeihen Sie, wenn ich da dusselig bin - am Autokennzeichen? Also hätte man überhaupt aus den 30 000 Wohnmobile rausfischen können?

Zeuge Axel Mögelin: Das kommt jetzt darauf an, wie es genau beim Kraffahrt-Bundesamt hinterlegt ist und was da der Fahrzeugtyp ist und ob der Kollege in der Kontrollstelle was dazu schreibt. Also, das kann man so - - Also, manche sind erfasst als Wohnmobile, bei manchen kann bestimmt beim KBA - - Also, man kann danach schon recherchieren. Ich kann Ihnen aber jetzt nicht sagen aus dem Kopf, welche Information - - ob bei jedem Kennzeichen oder ob da mal Sonder-Kfz dann rauskommt, ob das immer zuordenbar ist, ob Wohnmobil. Kann ich Ihnen jetzt aus dem Stehgreif nicht sagen.

Dr. Eva Högl (SPD): Wissen Sie noch, ob das bei dem Wohnmobil zuordenbar war?

Zeuge Axel Mögelin: Soweit ich weiß, aus der Erinnerung heraus, hat man das recherchieren können, ja.

¹ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 1)

Dr. Eva Högl (SPD): Okay.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Binninger hätte eine Zwischenfrage, Frau Dr. Högl - mit Ihrer Zustimmung natürlich nur.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, ich stoppe meine Zeit.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nach meinem Kenntnisstand hat der Kollege in der Kontrollstelle Oberstenfeld neben dem Kennzeichen wohl hingeschrieben: „Wohnmobil“.

Zeuge Axel Mögelin: Das war recherchierbar, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Dann will ich noch mal ganz kurz nachfragen - Herr Binninger hat auch das schon angesprochen -, damit wir das aber auch noch mal klären: die Hinweise des Schaustellers Lagerin (?) auf das Wohnmobil.

Und ich habe mir den Tatort auch mal angesehen, und wenn man sich dann noch vorstellt, dass das Maifest aufgebaut wird, dass da mehrere Wohnmobile sind: Mir leuchtet aber nicht ganz ein, warum dem nicht noch mehr nachgegangen wurde. Vielleicht können Sie uns das noch mal darlegen, was Sie wissen - Warum? War der Zeuge unglaubwürdig? Oder wurde das an die Seite gelegt? Oder war das tatsächlich wegen der Fülle der Wohnmobile? -, sodass wir das noch mal ein bisschen besser umkreisen.

Zeuge Axel Mögelin: Also, ich kann es Ihnen nur aus der Aktenlage sagen. Es ist so, dass bei der Aussage von dem Zeugen er keine Personen dort beobachtet hat, also er hat keine Personen an dem Fahrzeug gesehen. Er weiß nicht genau, wann das Fahrzeug - - Also, es kann auch sein, das Fahrzeug ist eben am 25. in der Früh weggefahren. Und man hat es eben so bewertet, dass die Tatrelevanz dann - - hat man eben gesagt: Es dürfte keine Rolle spielen.

Und wir wissen ja auch bis heute nicht, ob es eine Rolle gespielt hat. Also, das kann

man auch heute nicht definitiv sagen. Das heißt, wir haben natürlich auch nach dem 04.11. den Zeugen aufgesucht, und da sind wir aber auch nicht zu einem eindeutigen Ergebnis gekommen, bzw. er hat das Wohnmobil nicht hundertprozentig erkannt. Er hat Ähnlichkeiten festgestellt.

Also von daher gibt es einfach viele Fragezeichen in dem Fall. Und es wurde damals einfach so bewertet, und das ist der Fakt. Nur ich bitte auch eines einfach noch mal zu beachten: Wir wissen natürlich jetzt, dass wir ein Wohnmobil suchen.

Dr. Eva Högl (SPD): Klar.

Zeuge Axel Mögelin: Jetzt habe ich natürlich auch dann die Wohnmobils pur. Das passt natürlich jetzt retrograd alles wunderschön zusammen. Nur man muss einfach auch mal für die Kollegen sagen, dass die natürlich nicht wussten, dass sie ein Wohnmobil suchen. Also das muss man einfach bei der Beurteilung der Fakten - - Ich weiß, das fällt schwer, aber das wollte ich an der Stelle einfach noch mal einwerfen. Und das macht dann von der Ex-ante-Betrachtung die Bewertung dann vielleicht etwas verständlicher.

Dr. Eva Högl (SPD): Absolut. Deswegen wollte ich es aber hier auch noch mal klarstellen, dass man nicht verlangen kann, dass da aus den 30 000 Daten ein Wohnmobil herausgefischt worden ist. Aber es gab einen Hinweis, und deswegen müssen wir das hier auch noch mal aufarbeiten.

Und es ist natürlich besonders tragisch, weil wir wissen, dass der Hinweis auf ein Wohnmobil letztendlich zur Ergreifung der Täter bzw. dann zu deren Suizid geführt hat. Also das ist natürlich dann besonders sensibel zu betrachten, wenn es so einen Hinweis auf ein Wohnmobil gab und man das gegebenenfalls hätte herausfinden können. Aber ich ordne das richtig ein, und das ist richtig angekommen. Ich will mich da jetzt auch nicht festbeißen mit Ihnen gemeinsam. Aber das ist tragisch, dass dem nicht intensiver nachgegangen worden ist.

Vielleicht noch mal eine Frage zu den Zusammenhängen mit der Mordserie. Wir haben die Aussage des Patenonkels von Michèle Kiesewetter. Wir haben das schon richtig bewertet: Das war auf keiner Tatsachengrundlage, sondern eine Vermutung. Sie haben dargelegt, warum es keine Paral-

lelen zur bundesweiten Mordserie gab. Sie haben gesagt: ein anderes Opfer, also keine Zusammenhänge mit den anderen neun Mordopfern, und andere Waffen.

Nun gibt es doch eine Sache, die vergleichbar ist, nämlich die Kopfschüsse. Und so oft haben wir ja nicht Morde, die uns in Aufregung versetzen; glücklicherweise ist das so. Kopfschüsse ist ja eine ganz eindeutige Parallele. Ist darüber mal irgendwie nachgedacht worden, oder ist das zumindest mal in Erwägung gezogen worden? Können Sie sich an irgendwas erinnern aus den Gesprächen mit Ihren Kollegen oder den Akten?

Zeuge Axel Mögelin: Es ist so, dass jetzt zu meiner Zeit die Serie ja auch schon aufgehört hatte. Also weil man sie ja nicht zuordnen konnte, dann praktisch vor der Tat an Frau Kiesewetter - - Wir hatten eben die Kriterien, dass eben gerade das Kaliber - - Das war ja das - - Ich kann jetzt nicht sagen - - Das war das verbindende Element eben gerade der Serie davor. Und das war eines der Hauptkriterien.

Und Sie müssen sehen: Wir haben schon eine Fülle von doch auch Kapitaldelikten auch im europäischen Ausland - und in den Dimensionen müssen wir denken -, auch von vergleichbaren Tätergruppen, wo es so Tötungsdelikte gab. Wir haben einige Sonderkommissionen gehabt, mit denen wir auch Abgleiche gefahren haben, und es ist einfach nicht möglich.

Und das ist einfach eine Bewertungsfrage. Wir haben uns dann, sagen wir, für drei oder vier Sonderkommissionen entschieden, zum Beispiel als, wenn ich es richtig im Kopf habe, Regensburg - - Der Anschlag auf die zwei Polizeibeamten in Bayern: Haben wir uns natürlich sofort mit der Sonderkommission auch in Verbindung gesetzt. Und wir haben uns eben für die entschieden, wo wir nach unseren Rastern Gemeinsamkeiten finden, weil ich einfach nicht leisten kann, dass ich alle Tötungsdelikte, die es gab in Deutschland - - Alles mit allem vergleichen: Das kann ich nicht leisten in der Sonderkommission.

Von daher haben wir uns entschieden: Wir nehmen die, die uns als wahrscheinlich erscheinen vom Opfer, von der Vorgehensweise, und aus den vorher geschilderten Kriterien haben wir eben die Serie eben außen vor gelassen. Wobei jetzt auch vom Bundeskriminalamt, wo ja alle Informationen zusammenfließen - - auch jetzt von der Seite

nie der Hinweis kam, zu sagen: Jetzt müsst ihr da aber mal gucken.

Und darüber hinaus ist es ja so: Daten aus der Mordserie der BAO „Bosporus“ waren ja in bundesweiten Polizeisystemen eingestellt, und die haben wir ja immer wieder abgefragt mit unseren Erkenntnissen. Also, es ist ja nicht so, dass kein Datenabgleich stattgefunden hat, sondern mit diesen bundesweiten Polizeidaten, wo ja das BKA sehr viel auch eingestellt hatte in dieses bundesweite System, haben wir ja unsere Daten auch immer wieder abgefragt. Von daher gab es da ja auch keine Quertreffer, sonst hätten wir das ja auch gemerkt. Das ist hier schon so, dass wir diese Systeme eben bedienen und eben auch hier uns unsere Personen - - und dann eben abfragen. Aber Sie können da nicht jedes Datum mit jedem vergleichen, sondern das sind eben ausgewählte Daten, die da eben gespeichert sind und die man dann abgleicht.

Von daher: Im Vergleich des bundesweiten Datenabgleichs haben wir das gemacht, aber jetzt eben nicht gezielt eben mit der Serie.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja. - Gab es mal einen Kontakt mit der BAO „Bosporus“? Also Herr Geier hat das hier ausgeführt, als er Zeuge war, der Leiter, dass er Kontakt aufgenommen hat zu Ihnen. Können Sie sich daran erinnern, dass es da mal ein Gespräch gab oder ein Telefonat oder eine Nachfrage?

Zeuge Axel Mögelin: Also mit mir nicht. Also kann sein, dass der Herr Geier vor meiner Zeit mit irgendjemand mal Kontakt aufgenommen hat. Aber ich kann mich zumindest nicht daran erinnern.

Dr. Eva Högl (SPD): Okay. - Dann gibt es ja so unglaublich viele Merkwürdigkeiten rund um den Mord an Michèle Kiesewetter, die ja nicht nur Sie abgelenkt haben bei Ihrer Ermittlungsarbeit, sondern uns bei unserer Aufklärungsarbeit hier im Untersuchungsausschuss ja auch gehörig ablenken. Können Sie irgendetwas noch mal beitragen zu diesem Stichwort Ku-Klux-Klan-Mitgliedschaft von Kollegen von Michèle Kiesewetter?

Zeuge Axel Mögelin: Es ist ja so: Nach dem 04.11. haben wir ja noch mal praktisch alle, das ganze Umfeld, auf Bezüge zum Rechtsextremismus eben intensiv befragt.

Bei diesen Befragungen ist es auch so, dass ein Kollege der Bereitschaftspolizei sich daran erinnern konnte: Da gab es mal einen Vorfall.

Wir haben dann das ermittelt, sind dann darauf gestoßen, dass es eben disziplinarrechtliche Vorermittlungen in der Bereitschaftspolizei gab und eben die Mitgliedschaft von zwei Angehörigen der Bereitschaftspolizei in dieser Sektion des Ku-Klux-Klan Baden-Württemberg, haben aber dann in der Gesamtschau der Ermittlungen - und da muss man wissen: das waren die Ermittlungen nach dem 04.11. unter Federführung des BKA - - und haben dann in Abstimmung mit dem GBA und dem BKA gesagt: Wir haben keine Tatrelevanz gefunden bezüglich des Polizistenmords in Heilbronn.

Ursache oder - sagen wir es so - ein Bewertungskriterium unter anderem waren einfach die Zeitläufe. Die Kollegen sind 2002 selbstständig eben wieder aus dem Ku-Klux-Klan ausgetreten. Frau Kiesewetter ist erst 2003 in die Polizei Baden-Württemberg eingetreten, ist da erst in die Ausbildung gekommen, und dieser ganze Ableger des Ku-Klux-Klan in Baden-Württemberg hat sich 2003, 2002/2003, Entschuldigung, in Baden-Württemberg aufgelöst. Also, wir haben hier keine nachweisliche - also auch am Tatgeschehen oder da - Verbindung zum Polizistenmord finden können.

Und mein Kenntnisstand ist: Das BKA ermittelt aber in der Spur noch weiter. Wie da der Kenntnisstand ist, das kann ich Ihnen leider nicht sagen. Da müssten Sie dann beim GBA oder beim BKA noch mal nachfragen.

Dr. Eva Högl (SPD): Genau. - Herr Christeleit passt ja auch auf, aber ich habe noch mal eine Frage: Die beiden Beamten, die dort Mitglied waren im Ku-Klux-Klan, wie standen die in Beziehung zu Michèle Kiesewetter? Wir hatten mal gehört, dass das ein Vorgesetzter war. Können Sie das noch mal sagen?

Zeuge Axel Mögelin: Ja, es ist so, dass der eine Kollege am Einsatztag - - Also, es ist nicht der etatmäßige Vorgesetzte gewesen, wie ich es aus der Erinnerung weiß. Der ist in der gleichen Einheit gewesen, aber nicht der etatmäßige, sondern er war nur an diesem Einsatztag eben dann der zuständige Vorgesetzte oder Gruppenführer. Er war aber nicht involviert in die Einsatzplanung, son-

dern die Einsatzplanung haben die Beamten praktisch selber gemacht, also: Wer fährt mit wem, und wohin fahren die? Das war ein Konzeptionseinsatz von Heilbronn.

Das heißt, er hatte keinen Einfluss darauf, a) mit wem Michèle Kiesewetter fährt. Weil wir müssen ja auch immer sehen: Wir haben ja zwei Opfer. Also wir haben zwar eine örtliche Nähe von Frau Kiesewetter mit der Herkunft der mutmaßlichen Täter, aber ich habe ja noch einen überlebenden Polizeibeamten. Von daher, auch auf den hatte niemand Einfluss. Die haben sich praktisch beide selber entschieden, zusammen zu fahren. Und auch wohin sie fahren, hatte er praktisch in der Funktion keinerlei Einfluss genommen, und hat eben auch keine Möglichkeit gehabt, den zu nehmen.

Das waren alles Kriterien, warum man das gemacht hat. Also die gleiche Einheit: Ja. Der etatmäßige Vorgesetzte, der jetzt also immer nah an ihr dran war: Nein. Also, die waren jetzt nicht ständig eng beieinander, sondern er gehörte auch jetzt nicht zum näheren Umfeld.

Und jetzt muss man auch eines wissen: Nach einer Aussage - da gibt es auch widersprüchliche - hat Frau Kiesewetter auch erstmals im April 2007 jetzt die Theresienwiese wohl aufgesucht - da gibt es eine Aussage -, sodass das jetzt auch nicht überall bekannt ist, dass jetzt die Frau Kiesewetter jetzt an dem Platz immer Pause macht. Also das war jetzt auch nicht ihr angestammter Platz seit Jahr und Tag, sondern das hat sich auch relativ da bei ihr erst in 2007 entwickelt.

Dr. Eva Högl (SPD): Meine Fragezeit ist um. - Vielen Dank, Herr Mögelin.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht geht über zur FDP-Fraktion. Herr Kollege Tören hat das Wort.

Serkan Tören (FDP): Ja, ich möchte erst mal mit zwei allgemeinen Fragen beginnen, und dann leite ich weiter auf Herrn Kurth. Sie sind ja nun der dritte Leiter in den Mordermittlungen seit August 2010. Würden Sie jetzt rückblickend sagen, dass Sie, wenn Sie von Anfang an die Ermittlungen geleitet hätten, irgendwas anderes gemacht hätten, besser gemacht hätten?

Zeuge Axel Mögelin: Wissen Sie, das kann man jetzt in der Retrospektive jetzt so nicht sagen, weil Sie in der jeweiligen Situa-

tion nicht drinstecken. Aber natürlich werden wir das, wenn die Ermittlungen abgeschlossen sind, auch vom GBA und vom BKA - so machen wir es bei jedem großen Verfahren - - auch in Baden-Württemberg hinsetzen und immer gucken, was man besser machen kann, und werden das intern auch aufbereiten. Aber ich denke, das kann ich hier auf die Schnelle jetzt einfach so nicht machen, sondern das muss man sich genau anschauen, muss gucken, was jetzt bei den Ermittlungen am Ende dann rausgekommen ist, und dann kann man sich genau angucken, wo man nächstes Mal besser werden muss.

Solche Dinge gibt es immer, und die wird es auch in dem Fall geben. Und das werden wir dann in Baden-Württemberg so machen, das dann auch intern umzusetzen, damit die Erfahrungen dann eben auch nicht verloren gehen.

Serkan Tören (FDP): Jetzt will ich noch mal zurück zu dieser berühmten Suche nach der uwP - unbekanntes weibliches Person -, die zwischen 2007 und 2009 ja stattgefunden hat. Würden Sie sagen, dass durch diese Fokussierung dort vielleicht irgendwelche Tatmittel oder Ermittlungen irgendwie gestört worden sind? Wären Sie vielleicht an bestimmte Spuren besser rangekommen? Ist da in den Ermittlungen irgendwas dann dadurch vielleicht nicht berücksichtigt worden?

Zeuge Axel Mögelin: Das kann ich Ihnen jetzt so nicht sagen. Es ist einfach so, dass man ja nach 2009, nach der Feststellung der uwP, noch mal die ganzen Ermittlungen - - Als der Wechsel ins LKA gekommen ist, hat man das alles noch mal angeschaut, hat das unter dem Fokus eben alles noch mal angeguckt, hat alle Spuren noch mal angeschaut. Und als ich die Sonderkommission 2010 übernommen habe, haben wir das Gleiche noch mal gemacht und haben noch mal ein umfassendes Controlling gemacht.

Also wir haben alles getan, damit dem eben nicht so ist. Aber ich habe jetzt keine Hinweise darauf, dass es so ist.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Herr Zeuge, ich habe eine Fachfrage; vielleicht können Sie uns helfen. Die Ringfahndung wurde eingeleitet. Es hieß: „... Ringalarmfahndung (Ring 30) ...“. - Ich beziehe mich hier auf MAT A GBA-4/19, Blatt 42 - für das Protokoll. Was heißt denn „Ringalarmfahndung (Ring 30)“? Wissen Sie das?

Zeuge Axel Mögelin: Ja, ich weiß, was das heißt, aber das sind natürlich - - Jetzt geht es hier in polizeiliche Details. Also, das möchte ich jetzt hier nicht genauer ausführen. Ich denke, bei den Kontrollen und so, wo wir waren, ja, aber jetzt näher in polizeiliche Einsatztaktiken: Möchte ich jetzt eigentlich nicht noch nähere Ausführungen machen als das, was wir eh schon gesagt haben.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Würde das mit einschließen, wenn ich jetzt frage: Gibt es da bestimmte Routinen, wann das ausgelöst wird? Oder gibt es erst Gespräche, wann man so was auslöst?

Zeuge Axel Mögelin: Da gibt es - - Das sind listenmäßig vorbereitete Sachen, die dann von den Einsatzzentralen so vorbereitet durchgeführt werden.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also bei Delikt A folgt sofort Ringalarmfahndung B? Kann man sich das so vorstellen?

Zeuge Axel Mögelin: So kann man sich das vorstellen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also mutmaßlich Polizisten angeschossen, erschossen: Ringalarmfahndung? - Als Beispiel.

Zeuge Axel Mögelin: Das ist ein polizeiliches Mittel, was man da wählen kann, ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Jetzt wurde - - Um 14.12 Uhr hat der Taxifahrer - jetzt beziehe ich mich auf die gleiche Akte, also MAT A GBA-4/19, Blatt 38 - - Um 14.12 Uhr wurde die Polizei verständigt durch den Taxifahrer. Das heißt, kurz vorher hat der Radfahrer da was gesehen und hat den Taxifahrer gebeten, anzurufen. Um 14.16 Uhr sind die ersten Polizeikräfte eingetroffen am Tatort und machten einen ersten Bericht um 14.18 Uhr. Die Ringalarmfahndung wurde aber bereits um 14.15 Uhr, also vor Eintreffen der Polizei, ausgelöst. Ist das typisch?

Zeuge Axel Mögelin: Das kann ich Ihnen jetzt so aus der Ferne nicht sagen. Es ist so, dass die Bestätigung - - Vielleicht hat der Kollege vor Ort einfach gesagt - ohne Bestätigung -: Ich löse das einfach schon mal aus.

Wobei ich auch sagen muss: Es gab in den Uhrzeiten - drei Minuten -: Da gab es verschiedene Displays, Ableseprobleme bzw. unterschiedliche Uhrzeiten von den Funkuhren. Das ist im Ermittlungsbericht auch dargelegt. Warum das jetzt in dem Fall so war, kann ich Ihnen nicht sagen. Also da bin ich jetzt wirklich fünf Jahre nach der Tat sehr weit weg, und das wird in der Einsatzzentrale ausgelöst. Was den zu welchem Zeitpunkt bewogen hat, kann ich Ihnen nicht sagen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Na ja, nachdem die uWP, die unbekannte weibliche Person, ja sich anders darstellte, geht man ja wahrscheinlich - - oder haben Sie ja noch mal den Fall noch mal aufgerollt, haben gesagt: So, jetzt fangen wir noch mal von vorne an. Was haben wir übersehen? - Da kann man doch auch solche Dinge noch mal richtigstellen: „Was ist denn wann geschehen zum genauen Tatzeitpunkt?“, vor allen Dingen dann, wenn es relativ unklar ist, was wann geschehen ist. Haben Sie das noch mal aufgearbeitet?

Zeuge Axel Mögelin: Ich verstehe jetzt die - - Wann ist was geschehen? Das ist im Ermittlungsbericht aufbereitet. Da ist auch minutiös drin, wann was geschehen ist.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Na, aber wenn unklar ist, zu welcher Uhrzeit es tatsächlich geschehen ist, wenn die Beamten vor Ort eine andere Uhrzeit haben als der Beamte vielleicht in der Zentrale?

Zeuge Axel Mögelin: Ja, das ist aber im Ermittlungsbericht dargelegt, und so kann man das wunderbar nachvollziehen. Also das ist dargelegt und ausermittelt.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Na, also kann man das nachvollziehen, ob die Ringalarmfahndung vorher - -

Zeuge Axel Mögelin: Das kann man nachvollziehen. Aber das kann ich Ihnen aus dem Kopf einfach nicht sagen. Da müsste man mir die Akten jetzt - - Das ist einfach jetzt ein Detail, das habe ich einfach nicht im Kopf. Das kann ich Ihnen so nicht sagen. Aber das lässt sich natürlich nachvollziehen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja. Das lässt sich anhand Ihrer Akten noch mal

nachvollziehen? Weil das ist ja offensichtlich - - Hier stellt sich ja eine Frage: Wie ist denn dann vor Ort sofort gehandelt worden?

Zeuge Axel Mögelin: Das müsste sich nachvollziehen lassen, ja. Ich habe das jetzt so nicht im Kopf.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Jetzt traf die Notärztin auch um 14.16 Uhr ein. Wer hat die verständigt? Wissen Sie das?

Zeuge Axel Mögelin: Das kann ich Ihnen nicht sagen, nein. Das habe ich jetzt nicht im Kopf.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Weil ich habe noch mal nachgeschaut. Das nächstgelegene Krankenhaus ist fünf Minuten Fahrzeit entfernt. Also das kommt ungefähr hin. Die muss aber quasi gerufen worden sein mit der Erstmeldung: Da ist was geschehen. - Und die Erstmeldung muss ja so gelaufen sein: Irgendwas ist da. Genau weiß er es nicht, der Radfahrer.

Dass da sofort eine Notärztin gerufen worden ist, ist löblich. Sie war auch sehr schnell da - ist auch nicht immer so gewöhnlich -, in dem Fall sehr, sehr schnell da. Haben Sie das noch mal überlegt, warum das so war?

Zeuge Axel Mögelin: Nein, habe ich keinen Anlass dafür gesehen. Ist mir jetzt auch so - - Ich sehe da jetzt auch keine - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Na ja, man kann ja auch lobend hervorheben: Die schnelle medizinische Hilfe hat in dem Fall sehr gut funktioniert.

Zeuge Axel Mögelin: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): So, und dann ist, nachdem die Ringalarmfahndung ausgelöst worden ist, 15 Minuten später in Oberstenfeld das Auto registriert worden. Können Sie noch mal sagen - weil ich weiß das ja nicht; viele wissen es nicht -: Wie funktioniert das? Also die Ringalarmfahndung: Die Polizeistreifen kriegen eine Meldung, und die schreiben sich dann vorbeifahrende Autos auf einen Notizblock auf?

Zeuge Axel Mögelin: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Und in dem Fall ist also dieses Auto auffällig gewesen, aber die Übermittlung dieser und anderer Kennzeichen ist an dem Tag noch nicht erfolgt, sondern erst deutlich später? Oder ist an dem Tag schon irgendetwas - -

Zeuge Axel Mögelin: Wann die Übermittlung der einzelnen Ringalarmlisten jetzt im Detail - - Sie müssen sehen: Das sind ja 30 000 Kennzeichen. Also, Sie können sich jetzt vorstellen, wie viele Listen das sind. Die werden dann irgendwann zusammengeführt und erfasst. Aber wann da die einzelne Liste wo und in welchem Ding erfasst wird, das kann ich Ihnen jetzt hier von hier aus nicht sagen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Und dann ist dieses Auto also um 14.30 Uhr da durchgefahren. Jetzt haben wir ja schon ein paar Mal die Frage gehabt - - Oder: Es passiert ein Mord, die Leute fahren los. Also, laut Routenplanung sind die Leute an einem Nachmittag - an einem Mittwochnachmittag - dort gefahren. Laut Routenplanung würde das, je nachdem, wie man fährt - - Wenn man über Norden rausfährt, also über die Autobahn, 31 Minuten, nach Westen, über Weinsberg, 30 Minuten oder über Land, nur auf der Straße, nach Untergruppenbach usw., auch 30 Minuten - -

Das heißt also wirklich: Abfahrt Theresienwiese, Ankunft Oberstenfeld: In 30 Minuten sind Sie dort, an einem Mittwochnachmittag? Haben Sie den Umstand noch mal geklärt? Sind Sie darauf noch mal eingegangen?

Zeuge Axel Mögelin: Ja, wir haben also eine Weg-Zeit-Berechnung noch mal gemacht, eine detaillierte, auch auf mehreren Wegen. Jetzt müssen Sie so sehen: Dieses 14.30 Uhr: Das ist in verschiedene Blöcke eingeteilt. Also es gibt einen Block „14.30 Uhr“, und dann gibt es einen Block „14.40 Uhr“. Das Wohnmobil ist der relativ letzte Eintrag im Block „14.30 Uhr“, sodass die kontrollierenden Beamten - so steht es in den Akten auch drin - eher davon ausgehen, dass das Wohnmobil 14.37 Uhr, wahrscheinlich also nach 14.30 Uhr, weil es das siebte oder achte Auto war, die Kontrollstelle passiert hat.

Es ist eines der letzten im Block „14.30 Uhr“ und eben eines kurz vor dem Block „14.40 Uhr“. Sie müssen nach der Tatzeit -

die angenommenen 14 Uhr - dann noch gewisse Wegnahme- und Fluchthandlungen einkalkulieren, sodass wir von unserer Weg-Zeit-Berechnung dazu gekommen sind: Wir haben zwischen 21 und 27 Minuten. Wenn Sie jetzt noch verkehrstechnische Ungeheimheiten einrechnen, ist es durchaus möglich, das zu erreichen.

Und darüber hinaus ist es uns ja auch nicht klar, ob die den direkten Weg genommen haben oder ob die mal umgekehrt sind, ob die - - was die bewegt hat. Jedenfalls ist es möglich, zu der Zeit an dem Punkt zu sein. Das haben wir in verschiedenen Berechnungen nachvollzogen und haben es uns auch angeguckt; also, das funktioniert.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Haben Sie dadurch auch ausschließen können, was die Täter offensichtlich nicht nutzen konnten oder vielleicht doch auch nutzen konnten, zum Beispiel ein Fahrrad verpacken, in ein Wohnmobil hinein und losfahren? Das braucht ja auch Zeit. Denn selbst wenn man 14.39 Uhr nimmt - - Sind Sie auch diese Varianten durchgegangen: mit einem Fahrrad zum nächstmöglichen Abstellplatz, einpacken?

Zeuge Axel Mögelin: Also, sagen wir mal so: Es ist möglich, aber wo die jetzt - - ob die jetzt mit einem Fahrrad gefahren sind: Sie können das zu dem Zeitpunkt erreichen. Fakt ist: Sie sind zu dem Zeitpunkt gewesen. Aber wo fange ich an, wo höre ich auf? Also, wir haben die Möglichkeit - - Dass es möglich ist, haben wir eruiert, auch mit einem gewissen zeitlichen Puffer. Darüber hinaus alle denkbaren Varianten sind wir dabei natürlich nicht durchgegangen. Da gibt es bestimmt auch Varianten, die funktionieren dann nicht mehr.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kurth, die Fragezeit ist schon deutlich überschritten.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Herzlichen Dank. Sie haben zur Aufklärung in diesem Fall jetzt hier beigetragen. Das wollte ich damit sagen. Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur Linksfraktion. Das Wort hat die Kollegin Pau.

Petra Pau (DIE LINKE): Ja, danke schön. - Und guten Tag!

Zeuge Axel Mögelin: Guten Tag!

Petra Pau (DIE LINKE): Ich habe erst mal eine allgemeine Frage. In einem sehr frühen Stadium der Ermittlungen wurde eine Ermittlungsrichtung zunächst ausgeschlossen, die sich im Rückblick als richtig erwiesen hätte. In einem Schreiben des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg an das BKA lesen wir:

Anbei erhalten Sie nach Rücksprache mit KOR ein Schreiben der Soko „Parkplatz“ in Heilbronn mit der Bitte um Weitersteuerung an den Vertreter des BND und an die Poststelle des Bundesamtes für Verfassungsschutz mit Bitte um Weiterleitung an die Landesämter.

Usw.

Derzeit liegen keine Verdachtsmomente in Richtung Phänomenbereich Terrorismus/Extremismus vor. (?)

Wissen Sie, wie das LKA Baden-Württemberg damals zu dieser Einschätzung gekommen ist, und wie wirken sich eigentlich solche Ausschlüsse von Motivationen oder Ermittlungsrichtungen am Anfang von Ermittlungen nach Ihrer Erfahrung auch für die Ermittlungen vor Ort aus?

Zeuge Axel Mögelin: Also, wie man zu der Einschätzung gekommen ist, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich kenne den Hintergrund des Schriftstücks nicht. Und ich denke, eine Soko arbeitet immer nach Hinweisen orientiert, das heißt, Sie haben immer Hinweise, Sie haben Spuren, und anhand der orientiert bauen Sie ja Ermittlungsgebilde auf. Das heißt, ich denke, von vornherein ausgeschlossen hat man auch in dem Fall nichts, sondern es gab eben keinerlei Hinweise darauf. So interpretiere ich das.

Und Sie haben ja immer - - Entweder kommen Zeugenhinweise oder Hinweise. Sie haben Fahrzeuge, Sie haben andere Sachen, und daraus leiten sich Ihre Ermittlungen ab, sodass Sie im Vorhinein eigentlich mal grundsätzlich nichts ausschließen per se.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut. - Wenn ich Sie vorhin richtig verstanden habe, haben

Sie von der Mitgliedschaft im Ku-Klux-Klan durch zwei Polizisten mindestens, die in der Nähe von Frau Kiesewetter eingesetzt waren, erst nach dem November 2011 erfahren. Ist das richtig?

Zeuge Axel Mögelin: Das ist richtig, ja.

Petra Pau (DIE LINKE): Haben Sie Kenntnis darüber, dass es weitere Polizisten im Dienst des Landes Baden-Württemberg gab oder gibt, die Mitglied des Ku-Klux-Klan waren bzw. sind?

Zeuge Axel Mögelin: Nein.

Petra Pau (DIE LINKE): Danke. Zu dem kommen wir vielleicht nachher noch mal in der zweiten Runde zurück.

Ich habe Fragen zu einem ganz anderen Bereich, den wir heute noch nicht gestreift haben. In einem Anschreiben zur Akte MAT A BW-4/1 heißt es unter Punkt 3.1 - das Ganze ist unpaginiert -, dass das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg vonseiten der Soko um Unterstützung im Bereich Sinti und Roma gebeten habe. Schließlich habe das Landesamt für Verfassungsschutz am 17. Juni 2009 mitgeteilt, dass es keinerlei dienliche Anhaltspunkte gebe.

Für mich ergibt sich jetzt aus diesem Aktenfund die Frage: Wie lange wurde insgesamt in Richtung Sinti und Roma ermittelt? Sind sie, da sie ja nach den Akten ja gleich nach der Tat ins Blickfeld gelangten und offensichtlich auch europaweit ermittelt wurden - - Mit welchen Hypothesen oder Zielen wurde dort eigentlich ermittelt?

Zeuge Axel Mögelin: Jetzt muss man unterscheiden. Wir haben ja einmal Zeugen. Auf der Theresienwiese waren ja verschiedene Schausteller. Wir haben alle Personen, die ihr Auto da abgestellt haben, ermittelt. Und unter anderem ist es eben auch so, dass auf der Theresienwiese zur Tatzeit Angehörige reisender Familien anwesend waren. Die hat man dann - - Sechs Stück, sechs Personen hat man ermitteln können.

Man hat dann nach der Tat weitere Zeugen gesucht, und das hat man überall gemacht. Das machen wir ohne Ansehen von Person, Nationalität. Man hat dann probiert, weitere Zeugen zu ermitteln, und hat dann letztlich 32 Personen ermitteln können, die

noch in Heilbronn waren, und die hat man eben nach sachdienlichen Hinweisen gefragt.

Und darüber hinaus gibt es natürlich Hinweise auf Personen oder Personengruppen. Die können verschiedenste Nationalitäten haben, und diesen Hinweisen geht man nach. Das heißt, wir ermitteln nicht gegen Gruppen - nicht gegen linksextremistische, rechtsextremistische -, sondern wir gehen konkreten Hinweisen nach.

Und das ist den Akten zu entnehmen: Es gab - ich kann es aus dem Kopf nicht sagen - ein paar Hinweise, wo Personen betroffen waren, die dort die Bezüge hatten in die Richtung, und diesen Hinweisen ist man gezielt nachgegangen. Das heißt, man hat sich konkret auf die Hinweise bezogen, auf bestimmte Personen. Und diesen Personen - -

Petra Pau (DIE LINKE): Können Sie die Richtung einfach mal für uns ein bisschen deutlicher machen? Also Bezüge zu Personen ist ja das eine, aber - -

Zeuge Axel Mögelin: Ja, es gab einen Hinweis auf eine Person, dass in einem Zusammenhang mit einem Rip-Deal eben dieses Tötungsdelikt eben stattgefunden hat, dass die bei einer Übergabe in einem Wohnwagen oder Wohnmobil gestört wurden. Die Person wurde konkret benannt, und dann hat man das ausermittelt, zum Teil mit operativen Maßnahmen, bis sich eben keine weiteren Ermittlungsansätze geboten haben.

Darüber hinaus gab es Hinweise auf eine Einbrecherbande. Das haben wir dann genauso ausermittelt.

Also das sind ganz - -

Petra Pau (DIE LINKE): Nach unseren Akten - das findet sich in MAT A BW-4/1, Seite 42 - wurde unter anderem auch der BND eingeschaltet. Was erwartete man denn von ihm in dieser Richtung?

Zeuge Axel Mögelin: Das kann ich Ihnen jetzt - - Ich habe das - - Das war wahrscheinlich vor meiner Zeit. Ich nehme an, das ist immer, bei jedem Hinweis - - Wenn man Hinweise hat, dann kann man ja - - gibt es ja Informanten und Quellen - ob es im Linksextremismus, Rechtsextremismus ist -, und dann kann man eben fragen, ob es bei den entsprechenden Diensten Quellenhinweise eben gibt zu verschiedenen Themen.

Petra Pau (DIE LINKE): Nun ist mir aufgefallen, dass in der öffentlichen Berichterstattung zu den Ermittlungen die Ermittlungen in Richtung Sinti und Roma einen wirklich überproportional großen Platz eingenommen haben. Im Übrigen nicht nur mit Blick auf die Hinweise, die Sie jetzt eben benannt haben, sondern auch bei den Ermittlungen zur - wie wir ja heute wissen - falschen DNA-Spur war dann öffentlich von einer eventuellen Zugehörigkeit zu einem Clan von „Zigeunern“ - ich setze das ausdrücklich in Anführungsstrichen - die Rede.

Was hat man vonseiten der Ermittlungsbehörden dagegen getan, dass die öffentliche Berichterstattung sich eine lange Zeit nur in diese Richtung und in die Richtung der Minderheit richtete?

Zeuge Axel Mögelin: Also ich denke, es ist weder Aufgabe noch können wir als Sicherheitsbehörden die öffentliche Berichterstattung beeinflussen, weil ich denke, die Unabhängigkeit der Presse ist, glaube ich, ein hohes Gut in Deutschland, und wir geben unsere Information raus, wie wir sie sehen. Die sind sachorientiert, und wir haben es nicht in der Hand, aus welchen Quellen sich die Informationen der Presse und Medien speisen. Und was die dann, die Medien, machen, das entzieht sich unserer Einwirkungsmöglichkeit, und das ist, glaube ich, auch gut so.

Petra Pau (DIE LINKE): Ich will es mit einer Frage deutlicher machen, was ich meine: Würden Sie der Einschätzung des Präsidenten des ... (akustisch unverständlich)

Offensichtlich geht meine Sprechhilfe nicht mehr. - Doch. Entschuldigung, ich hatte hier ein technisches Problem. Ich habe auch bloß noch eine Frage, Herr Vorsitzender, bin sofort fertig.

Entschuldigung; ich setze noch mal an: Also, würden Sie der Einschätzung des Präsidenten des Bundeskriminalamtes Ziercke zustimmen, der sagt:

Es wäre ... besser gewesen, die Behörden hätten

- damals -

die „hohe Bandbreite der Ermittlungen und Spurenlagen“ offensiver kommuniziert, womit der in den Medien entstandene Eindruck

„möglicherweise frühzeitiger relativiert“ worden wäre ...

dass genau die Minderheit hier als einzige Tätergruppe infrage kommt? Ich lese das in der taz vom 12. Mai 2012.

Zeuge Axel Mögelin: Ich kenne das Zitat jetzt nicht in dem ganzen Zusammenhang, und mir ist jetzt auch nicht jede Veröffentlichung, die damals war - - Ich kenne nicht die gesamte Presseberichterstattung vom Jahr 2007, sodass ich jetzt auf der Faktgrundlage die Einschätzung vom Herrn Ziercke nicht bewerten kann.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Mögelin, im Anschluss noch mal an die Fragen der Kollegin Pau: Es fiel schon auf, dass also durchgängig durch Vernehmungen Fragen auftauchen: Waren während der Tat in Heilbronn viele Zigeuner nahe des Tatortes? Frage: Wer war von den Zigeunern schon da? Frage: Was wird in den Zigeunerkreisen über den Mord geredet? Also eine relativ wahllose Benutzung des Begriffes „Zigeuner“, auch von „Sippe“. Dass so was dann irgendwann mal in den Medien ist, ist ja wohl kein Wunder.

Ich sage aber fairerweise auch dazu, dass nunmehr in den Akten die Formulierung „Angehörige reisender Familien“ auftaucht, und nehme es als Lernschritt sozusagen, dass man hier auch nach Aufklärung der rechtsextremen Hintergründe dieser Taten in diesem Bereich sensibler ist. Sehe ich das richtig so?

Zeuge Axel Mögelin: Also grundsätzlich ist es so, dass die Begriffe, wie Sie sie vorher gesagt haben, eigentlich kein Sprachgebrauch innerhalb der Polizei sein sollten und grundsätzlich eigentlich so auch nicht verwendet werden sollen. Normalerweise und grundsätzlich tauchen solche Begriffe eigentlich nur auf, wenn sie eben Teile von Hinweisen sind, Teile, wo Zeugen - - und wörtlich zitiert wird.

Wenn in den Akten so was eben von Polizeibeamten verwendet wird, dann ist das - - sollte das so nicht sein und - Sie haben ja selber gesagt - haben wir auch drauf gedrungen oder sieht man ja, dass der offizielle

Sprachgebrauch eingehalten wurde, zumindest jetzt bei dem neuen Aktenberg.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Jahre 2012.

Zeuge Axel Mögelin: Genau. Da wird man auch drauf dringen, und das tun wir immer wieder, die Kollegen dann darauf hinzuweisen, aber grundsätzlich ist das bekannt. Aber bei über 900 Aktenordnern habe ich natürlich auch nicht jedes Stück Papier dementsprechend filtern können. Das obliegt - - Das kann ich nicht schaffen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, erwarten wir auch nicht. - Ganz andere - -

Zeuge Axel Mögelin: Aber insgesamt haben Sie recht. Aber grundsätzlich wird das nur in Zitaten oder - - verwendet, und so soll es eigentlich sein.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Herr Mögelin, ich will Ihnen fairerweise noch mal zu dem Vorhalt, den der Vorsitzende machte, wo es um die bundesweiten Türkenmorde geht, die beiden Sätze davor vorhalten. Da heißt es nämlich:

Aufgrund meiner Berufserfahrung muss ich sagen, dass es für mich aussieht wie aus dem Bereich der organisierten Kriminalität und dort im Bereich russisch oder georgisch. Das entnehme ich dem skrupellosen Vorgehen.*

Das heißt, auch der Onkel von Michèle Kiesewetter ging zunächst oder ging wie so viele von der Spur „organisierte Kriminalität“ aus. Ich sage es deswegen, weil sehr oft in den Medien gesagt wird: Na, der Onkel hat doch gesagt: Das waren Nazis. - Auch er war auf der Spur „organisierte Kriminalität“.

Jetzt kommt aber erst meine Frage. Ich habe mich dann gewundert, warum im Jahr 2010, als LKA und BKA zusammensaßen, man festgestellt hat, dass gar keine Überprüfung des Umfeldes des Opfers durchgeführt wurde. Zitat:

Bisher erfolgte zu keiner Zeit der Ermittlungen eine intensive Prüfung der These von einer Beziehungstat,

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A GBA-4/15 g, Blatt 204.

was bedeutet, dass gängige Umfeldüberprüfungen der OP nicht durchgeführt wurden. So erfolgte z. B. bisher kein Gespräch mit der Mutter des OP Kieseewetter ...

Und dann kommt: Herr Mögelin wird das nachholen in der 41. Kalenderwoche. - Aber nach ein paar Jahren. Wie ist das möglich?

Wir sind uns nun auch einig und haben es ja auch am Anfang gesagt gegenüber den Verwandten hier, dass der Begriff „Beziehungstat“ erklärungsbedürftig ist, nicht heißt: „Es gab je eine Beziehung im landläufigen Sinn zwischen Täter und Opfer“, sondern: Es gibt Bezugspunkte. - Und Frage: Warum erst so spät das gemacht?

Zeuge Axel Mögelin: Also, man kann das auch aus den Akten entnehmen. Es gab drei Phasen der Umfeldermittlungen. Es gab eine erste Phase von 2007 bis 2009 - ich kann Ihnen die genaue Anzahl der Vernehmungen nicht sagen; die wurden von der PD Heilbronn gemacht -; da wurde das berufliche Umfeld und, soweit ich weiß, das familiäre Umfeld nicht sehr tiefgreifend befragt zu der Motivation.

Als die Ermittlungen dann 2009 zum LKA kamen - - In der Phase 2009 bis zum 04.11. haben wir über 100 Vernehmungen durchgeführt im Umfeld, im Kollegenkreis. Ich war selber in Thüringen bei der Familie. Also, wir haben das deutlich - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Moment! Dieser Vermerk ist von Oktober 2010, und bis dahin war noch nicht mal die Mutter vernommen - - und sie dann erst in der 41. Kalenderwoche angekündigt.

Zeuge Axel Mögelin: Ja, ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Axel Mögelin: Ich habe es ja übernommen 2010. Und 2009 hat man es intensiviert, und die saßen 2010 zusammen und haben gesagt: Man will da noch mal Kontakt mit der Mutter. - Ob die Mutter nicht vernommen war, das kann ich Ihnen nicht sagen; das müsste ich im Vernehmungsordner nachgucken. Ich kenne den Vermerk jetzt aus einem Grund nicht.

Wir haben jedenfalls das ganze Umfeld gründlich ausermittelt und haben das noch mal intensiviert, als ich die Sonderkommission übernommen habe.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt habe ich eine Frage, die ich erst seit gestern stellen kann, weil ich mich da noch mal vorbereitend in die neuen Akten stürzen musste. Und das hat mich nun wirklich etwas sehr überrascht, dass man jetzt bei Umfeldermittlungen festgestellt hat, dass jene Polizistin, die jahrelang suspendiert war, weil sie in Thüringen aus dem Polizeicomputer Dinge abgezapft haben soll illegal, und die nunmehr verheiratet ist mit einem Mann mit Kontakten in die rechte Szene, mit Michèle Kieseewetter gemeinsam Urlaub gemacht haben soll im Jahre 2003 und dass sie früher die Partnerin des Onkels gewesen sein soll. Wäre da nicht eine frühzeitigere Umfeldüberprüfung möglicherweise sehr sinnvoll gewesen?

Zeuge Axel Mögelin: Wissen Sie, Sie müssen ja gucken, nach was Sie suchen. Das nähere Umfeld in Thüringen hat man ja deshalb nach dem 04.11. gezielt - - Beziehungen Rechtsextremismus - - weil wir jetzt gezielt nach eben rechtsextremistischen Verbindungen gesucht haben.

Und das Zweite ist eben, dass natürlich durch die Herkunft der jetzt Tatverdächtigen aus Thüringen natürlich der Fokus noch viel stärker in Thüringen lag, als das bei der Bewertung vor dem 04.11. der Fall war. Da hatte man keinerlei Hinweise auf Spuren, die überhaupt in den Thüringer Raum oder in die neuen Bundesländer geführt haben. Es gab keinerlei Anhaltspunkte, dass das familiäre Umfeld - - Frau Kieseewetter war praktisch nur noch alle sechs, sieben Wochen in Thüringen, seit sie bei der baden-württembergischen Polizei war. Es gab keine Anhaltspunkte darauf.

Man hat das in dem Rahmen - - das Umfeld in Baden-Württemberg ausgeleuchtet, und es gab zu der Zeit, vor dem 04.11. - und so hat man sich eben damals entschieden -, von der Intensität keinen Grund, das weitere familiäre Umfeld in Thüringen abzuklären, weil es keine Hinweise darauf gab, dass die Tat ein gezielter Anschlag auf das Leben von Frau Kieseewetter war, und deshalb hat man das zu der damaligen Zeit bei der damaligen Bewertung nicht gemacht.

** Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BKA-2/40, Blatt 146.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Sie denn darüber informiert, wie man das heute sieht, nach dem aktuellen Stand der Ermittlungen?

Zeuge Axel Mögelin: Nein, darüber bin ich nicht informiert.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Frage, die uns doch alle umtreibt und die wir möglicherweise auch nicht beantworten können, aber sie treibt uns um: Warum gerade sie? Wenn ich irgendeine Polizistin, irgendeinen Polizisten - der Kollege Arnold war ja auch Opfer - in Deutschland ermorden will, warum dann gerade in Heilbronn? Warum gerade sie? Kann ein Zufallsoffer sein; davon geht die Familie aus; Zufall nicht im Sinne „Polizistin - Zufall“, sondern dass es gerade sie war.

Aber die Frage, ob es nicht möglicherweise doch eine Racheaktion oder anderes war, wegen dieser Thüringen-Bezüge, steht doch noch im Raum. Oder sehen wir hier alle Gespenster?

Zeuge Axel Mögelin: Ich kann Ihnen nur sagen: Die Ermittlungen des Bundeskriminalamts und des Landeskriminalamts Baden-Württemberg als Teil des Bundeskriminalamts haben darauf keine Hinweise gegeben.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die laufen ja wohl noch.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut. Herr Vorsitzender, wir werden irgendwann eine Beratungssitzung machen müssen, nehme ich an, wegen dessen, was Sie da auch lesen, *Stern Online*. Das hilft ja nichts. Frage ist, ob wir es nach dem Zeugen machen oder ob wir es gleich machen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Eine Beratungssitzung? Zu welcher Fragestellung?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Laut *Stern Online* sollen beim Bundesamt Akten geschreddert worden sein im Februar dieses Jahres betreffend eine Person, die uns sehr interessiert, über die

heute Morgen sogar im Umfeld des Ausschusses die Rede war. Also, wenn das stimmt, dann müssen wir da reagieren. Ich will es nicht jetzt gleich machen, aber irgendwann müssen wir es machen. Ich dachte, die gewisse Aufregung bei Ihnen kommt daher.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Mein Vorschlag ist, dass wir die Befragung des Zeugen zunächst fortsetzen, bevor wir dann die Mittagspause machen, wenn gewünscht, eine Beratungssitzung erfolgen lassen. Sind Sie damit einverstanden? - Dann fahren wir jetzt fort und kommen in die zweite Berliner Runde. Das Fragerecht hat erneut die Unionsfraktion. Der Herr Kollege Binniger möchte das - habe ich richtig verstanden? - verbinden mit einer optischen Präsentation?

(Die nachfolgenden Ausführungen erfolgen mithilfe eines projizierten Stadtplanausschnitts)

Clemens Binniger (CDU/CSU): Herr Mögelin, ich kann schon mal einleiten, während hier noch ein bisschen der Stadtplan von Heilbronn auf dem Schirm zu erkennen ist. Mir geht es um die Akte MAT A GBA-4/10 b und da die Anlage 12.1 (?), also um die verschiedenen Zeugenaussagen zu blutverschmierten Personen, die sich vom Tatort entfernt haben kurz nach der Tat. Ich bin da auch über diesen Satz, den Sie heute Morgen bei Ihrer Einführung ja schon selber gesagt haben, gestolpert. In diesem Vermerk, in dieser Fundstelle, wie ich sie angegeben habe, werden die Zeugen durchaus als glaubwürdig sich ergänzend beschrieben, und dann taucht ja auch der Satz auf:

Sollten sämtliche beobachteten Personen an der Tat beteiligt gewesen sein, wären insgesamt sechs Personen an der Tat beteiligt gewesen.

Darüber gab es ja jetzt wohl auch - darauf will ich nachher hinaus - einen Konflikt mit dem Staatsanwalt, den ich nachher dazu auch fragen werde.

Was mir jetzt aber wichtig ist, da Sie auch das Thema „blutverschmiert“ wieder relativiert haben: ob wir hier gemeinsam, auch für die Kollegen - - Ich fahre ein bisschen mit der Maus, dann sehen es alle gleichermaßen. Da, wo jetzt der Mauszeiger ist, ist die Theresienwiese. Dieser Stadtplan findet sich ja auch so als Bestandteil der Akte. Wir haben

ihn hier nur zur Visualisierung - - quasi noch mal versucht, etwas optisch ähnlich darzustellen, aber der Stadtplan ist ja sogar mit Phantombildern auch in der Akte.

Also hier, wo der Mauszeiger ist: Tatort Theresienwiese, und wenn Sie uns jetzt einfach sagen könnten - von Nord nach Süd ist das, glaube ich - - haben wir hier die erste Zeugenwahrnehmung einer blutverschmierten Person. Sie können es ja auch jetzt gern im Zusammenhang vortragen, wie Sie diese Zeugenaussagen, die hier ja der Reihe nach entstanden - - Die erste 14 Uhr, hier oben, und dann weitere Zeugen bis hier unten hin. Ob Sie uns dazu noch mal etwas sagen könnten, was sich hinter diesen Zeugenaussagen verbirgt, und eben auch die Wahrscheinlichkeit, ob hier Zeugen einzelne Täter oder wen auch immer gesehen haben oder warum Sie heute mit Ihrem Wissen vielleicht sagen: Alles Zufall, hat nichts miteinander zu tun.

Wenn wir vielleicht oben beginnen: Also unterhalb - - Tatort hier. Hier haben wir diese Otto-Konz-Brücke, die immer genannt wird. Hier geht es zur Theresienwiese rein. Was ist hier passiert bei dieser ersten Zeugin? Das war ja eine Dame, die, ich glaube, Schüsse hört und an der Ampel steht.

Zeuge Axel Mögelin: Wenn Sie erlauben, Herr Binninger, würde ich diese eine Theorie zusammenhängend darstellen, würde dann in der Darstellung immer auf die jeweilige Kennzeichnung - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und dann zeige ich es, ja.

Zeuge Axel Mögelin: Weil nämlich die Zeugin W. ist ja die, die wir dann, also bei der konkreten Theorie, nicht richtig zuordnen konnten und wo ja dann auch der letzte Satz herrührt.

Also, es ist so: Der Zeuge M. war mit seinem Fahrrad eben unterwegs. Das müsste dann das mit „1“ Bezeichnete sein, wobei ich nicht weiß - - Ich nehme an, die Örtlichkeiten haben Sie übernommen. Die habe ich jetzt - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die haben wir so in etwa übernommen aus der Originalakte, vielleicht nicht ganz so schön.

Zeuge Axel Mögelin: Der hat eben, als er mit seinem Fahrrad unterwegs war, eine Personengruppe gesehen, zwei Männer - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hier etwa, ja?

Zeuge Axel Mögelin: Genau. „M 1“ müsste dann ja der -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das ist der hier.

Zeuge Axel Mögelin: - da oben sein. - Er hat gesehen zwei Männer und eine Frau, wobei der Mann - nach seiner Wahrnehmung: ein Mann - sich Blut von den Händen im Neckar abgewaschen hätte. Er ist dann auf die oben am Weg Stehenden - - Also, der ist runtergegangen zum Neckar. Man muss wissen: Das ist so eine Böschung. Das heißt, der eine Mann war abgesetzt. Hat dann gefragt, ob was passiert ist, und hat dann diese Gruppe erst mal aus dem Blick verloren, nachdem die gesagt haben, nein, es sei alles in Ordnung und sei alles wunderbar.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber der war denen Auge in Auge gegenüber?

Zeuge Axel Mögelin: Ja, der hat die - - Der hat mit denen gesprochen. Ist weitergefahren, hat dann Pause gemacht und hat weiter unten - das müsste dann wahrscheinlich Ihr „M 2“ sein -, als er mit seinem Fahrrad umgekehrt ist, die Gruppe noch mal gesehen. Und dann ist was passiert, was er nicht einordnen konnte, nämlich: Die Gruppe hat sich schlagartig getrennt. Einer von der Gruppe ist die Neckarböschung runtergehüpft, und zwei sind irgendwo nach links weggerannt, also, wenn man sich es vorstellt, einer hin zum Neckar und die anderen beiden Richtung Wertwiesenpark.

Korrespondierend gab es dann ein Ehepaar K., was eine flüchtende Person gesehen hat, die beim Hubschrauber oder Anblick des Hubschraubers - so kam es zumindest den Zeugen vor - praktisch über liegende Personen gesprungen ist und durch den Wertwiesenpark gerannt ist.

Und unten sieht man einen vertraulichen Zeugen; der hat ein wartendes schwarzes Auto gesehen, wo eine Person reingesprungen ist, und das Auto ist dann, wie er sagt,

schnell gewendet oder quietschende Reifen und ist dann über die Brücke weggefahren.

Und wenig später oder nach der Tat, weit, hat sich ein anonymes Rentner - so hat er sich selber bezeichnet - gemeldet, der gesehen hat, wie eine Person - er sagt irgendwo, könnte eine Frau gewesen sein; steht in dem Schreiben drin - von einem Auto aufgenommen wird, von einem dunklen, wo schon hinten einer saß und vorne einer.

Wenn man das jetzt anguckt - so war eine Hypothese -, könnten diese Zeugenaussagen zusammengehören. Das heißt, da, wo sich die Gruppe trennt, sieht man einmal: Einer der Trennenden rennt weg, wird dann unten von dem Auto aufgenommen, springt rein. Die Frau wird auch irgendwann später von dem Auto aufgenommen. Das heißt, zwei hätten wir untergebracht. Wo dann der Dritte wäre, weiß man nicht. Das war eine Theorie, dass man sagt, das könnten korrespondierende Aussagen sein, wo man sich dann praktisch Hypothesen gebildet hat.

Und der Zeuge M. hat dann noch eine Ähnlichkeit erkannt bei einer Wahllichtbildvorlage. Die Ähnlichkeit hat die Staatsanwaltschaft mit uns aber nicht geteilt. Sie haben gesagt: Das reicht nicht aus für einen konkreten Tatverdacht und für weitere Maßnahmen.

Jetzt ist es so, dass dieses - -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Aber für Sie waren diese Zeugen - so habe ich es zumindest den Akten entnommen - auch im Jahr 2011, vor dem 04.11., schon noch mal das Interessanteste, was Sie überhaupt hatten in den gesamten schon vielen ausermittelten Spuren, oder?

Zeuge Axel Mögelin: Mit das Interessanteste. Es war eine Hypothese, der wir nachgehen wollten, die wir auch für vernünftig und glaubwürdig gehalten haben, also jede für sich. Der Zusammenhang war natürlich eine Hypothese von uns - so ist es auch bezeichnet -, weil natürlich jeder Zeuge nur eine Beobachtung gesagt hat, und wir haben aber gesagt: Diese Zeugenaussagen könnten korrespondieren.

Wobei man auch sagen muss, dass wir parallel natürlich auch Fluchtbewegungen und Beobachtungen hatten, die nach Norden gingen, von drei Männern. Das war dieses Widerstreitende, was wir ja immer hatten: Wenn ich mir eine Hypothese angeguckt habe, war die in sich schlüssig. Wenn ich

dann aber die sechs anderen Zeugenaussagen genommen habe - -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Kann nur eine stimmen.

Zeuge Axel Mögelin: Die hat dann drei Männer flüchten sehen, und die sind nach Norden gerannt. Dann passen natürlich zwei Männer und eine Frau nach Süden wieder gar nicht. Also haben wir das eben in Ansätze unterteilt und sind dann jedem Ansatz gesondert nachgegangen. Das war schwierig für uns, weil sich eigentlich die Ansätze auch zum Teil ausgeschlossen haben. Die Staatsanwaltschaft hat dann die Ähnlichkeit so nicht gesehen, hat das als Tatverdacht nicht geteilt.

Im Nachhinein müssen wir sagen, jetzt nach dem 04.11.: Die Zeugen haben keinen der jetzt tatverdächtigen Mörder von Michèle Kiesewetter identifizieren können, also bei einer Wahllichtbildvorlage, und die Beschreibung, auch vom Zeugen M., passt auch auf keinen der zumindest im Moment bekannten Mitglieder des NSU. Das sind andere Beschreibungen. Die gehen Richtung polnischer Akzent oder Richtung Osteuropa. Die passen jetzt eben nicht auf die im Moment im Fokus der Ermittlungen Stehenden.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Was ist Ihre Bewertung dann daraus? Die haben was anderes gesehen, oder?

Zeuge Axel Mögelin: Ich kann es nach den Ermittlungen nicht zuordnen. Fakt ist: Sie haben uns das gesagt. Die Bewertung ist reine Hypothese. Wir haben es faktisch nicht zum Polizistenmord jetzt hinzuermitteln können. Also, wir haben einfach keine Verbindung gefunden. Wir haben alles gemacht, zusammen mit dem Bundeskriminalamt oder unter Führung des Bundeskriminalamts, was uns dazu eingefallen ist. Es war nicht möglich, das zu verifizieren, dass diese Beobachtungen mit der Tat in Zusammenhang stehen. Aber ausschließen - ausschließen kann ich gar nichts bei dem Wissensstand, den ich habe. Ich kann es nur eben nicht sagen, dass es so ist.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Warum war der Staatsanwalt - ich werde ihn auch selber fragen -, nachdem Sie mit Ihrer Hypothese noch mal vorstellig wurden und das

ja auch sicher plausibel beschrieben haben, a) nicht bereit? Er sah es einfach anders, aber er muss es ja auch ein bisschen begründen, warum er anderer Auffassung ist als die Polizei. Und b): Warum war er nicht bereit, seine ablehnende Haltung zu begründen?

Er war ja - - Das entnehme ich den Akten, dass, glaube ich, sogar Sie selber gesagt haben: „Der Staatsanwaltschaft sagt Nein; schriftlich begründet wird es nicht“ und Sie dann vor lauter - ich will jetzt nicht sagen: Verzweiflung, aber - Beweisnot sich eine Notiz über das Gespräch gemacht haben, weil es eben sonst schriftlich nichts gegeben hätte, warum Sie hier nicht weiterermitteln. Es war ja immer noch vor dem 4. November. Es war ja nicht geklärt; es war ja gar nichts da. Warum?

Zeuge Axel Mögelin: Das muss man kurz trennen. Bei dem Fall gab es eine schriftliche Ablehnung der Staatsanwaltschaft. Das, was Sie ansprechen, war im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Phantombilder. Da gab es keine schriftliche Ablehnung, da gab es einen telefonischen - - Hier gibt es eine mehrseitige Ablehnung der Staatsanwaltschaft; die findet sich in den Akten.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was sagt er?

Zeuge Axel Mögelin: Wenn ich das richtig erinnerlich habe, geht es ihm darum, dass er die Glaubwürdigkeit der Zeugen anders einschätzt als wir, insbesondere hinten des vertraulichen Zeugen. Seine Prämisse ist eine geplante Tat. Er sagt, er geht eher von einer geplanten Tat aus, und deshalb sind Fluchtbewegungen - - So flüchtet man nicht, wenn man was plant. Von daher hält er das Ganze für nicht tatrelevant und hat die Alibis der Verdächtigen anders eingeschätzt als wir.

Das heißt, er hat einfach gesagt, aufgrund der Beweislage kann man gegen die als Lichtbild ähnlichen, der Rauschgiftszene angehörigen Personen keine operativen Maßnahmen treffen. Das muss man als Polizei dann so akzeptieren, wenn die sachleitende Staatsanwaltschaft das so bewertet, und dann ist das so.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Könnten Sie noch was sagen zu der Zeugenaussage hier ganz oben an der Brücke?

Zeuge Axel Mögelin: Zeugin W.?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hier oben nimmt ja die Zeugin etwas wahr, dass sie sagt, sie fährt über die Brücke, hört zwei Schussgeräusche, denkt, das Frühlingsfest ist eröffnet, guckt nach links, das Riesenrad dreht sich noch nicht, und da muss sie an der Ampel halten, also eine gute Beobachtungsposition.

Zeuge Axel Mögelin: Hier ist es so, dass die Zeugin beobachtet, wie eben ein Mann, von dem sie der Meinung ist, dass er Blut- antragungen hat, von einem Auto aufgenommen wird - in der ersten Vernehmung ist es ein dunkles Auto, in der zweiten Vernehmung ist es dann ein helles Auto -, und sieht dann das Auto eben wegfahren.

Mit der Zeugin wurden zwei Phantombilder erstellt, eins, glaube ich, 2007, und wir haben mit ihr noch mal eins dann erstellt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also Fazit für Sie: kein weiterer Ansatz aufgrund der Zeugenaussagen. Es war eine durchaus interessante Hypothese, aber mehr kann man nicht daraus machen.

Zeuge Axel Mögelin: Also, wir haben mit dem BKA alles gemacht, um da noch zu gucken: „Ist da noch was?“, haben den Zeugen - - Und mehr kann man nicht machen, als dann die Bilder vorzulegen und zu sagen: Erkennst du da jemanden? Wenn dann der Zeuge Nein sagt, dann gibt es keine weiteren polizeilichen Ermittlungsansätze, da einfach weiterzumachen.

Von daher ist es auch so: Man weiß jetzt nicht: Haben die Zeugen was beobachtet, was tatsächlich stattgefunden hat? Gibt es hier einen einfachen Wahrnehmungsfehler? Oder haben auch Zeugen gelogen? Das hatten wir auch; das ist aber nicht die Mehrheit. Oder ist es auch erklärbar? Wir hatten zum Beispiel einen Blutverschmierten - das hat man dann ermittelt - ,

Clemens Binninger (CDU/CSU): Schlägerei.

Zeuge Axel Mögelin: - der hatte schlicht und ergreifend Nasenbluten. Der wurde dann kontrolliert. Das war eine Spur; das war ein Riesending.

Aber unter welche Kategorie jetzt eine jede dieser Aussagen fällt, das lässt sich jetzt von meiner Stelle leider nicht mehr bewerten. Es wäre aus meiner Sicht wichtig, um damit auch das eine oder andere - - Hypothesenbildung praktisch den Raum zu nehmen, aber ich kann es leider nicht.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Okay. - Dann können wir den Bildschirm wieder hochfahren; ich frage aber noch weiter.

Herr Mögelin, mir fiel auf - das war heute Morgen schon mal ganz kurz Thema -, dass - das hätte ich jetzt noch zeigen können - im gesamten Umfeld des Tatortes, der Theresienwiese, es eine ganz Reihe von Videoüberwachungskameras gibt, in privaten Geschäften, Gebäuden, also Bäckerei, am Bahnhof, wo auch immer. Die hat man alle nach der Tat gleich sichergestellt. Ist das richtig?

Zeuge Axel Mögelin: Ja.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Aber ausgewertet hat man sie erst 2009 oder 2010?

Zeuge Axel Mögelin: Ich kann Ihnen nicht sagen - - Ich glaube, sie wurden punktuell schon früher ausgewertet, wenn es Hinweise gab. Mit der Komplettauswertung, wenn ich mich richtig erinnere, hat man aber erst 2010 begonnen, und das hat man unter der Übernahme meiner Leitung dann noch mal intensiviert. Wir haben dann Lichtbildmappen angelegt von jeder Person, die auf den Bildern ist, jedes Kennzeichen wurde rausgearbeitet und - - hat das dezidiert einfach aufbereitet. Aber das - -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Was ist der Grund für Sie - - Ich meine, wenn ja etwas auch interessant ist und bei Ermittlungen weiterhelfen kann, dann sind es ja Videoaufnahmen. Klar weiß man nicht: Ist irgendwas Relevantes drauf? Aber wenn man sie sich gar nicht strukturiert und umfassend anguckt und drei Jahre im Regal liegen lässt - - Also, warum? Wissen Sie das? Es war vor Ihrer Verantwortung. Aber gab es eine Begründung Ihrer Vorgänger dafür?

Zeuge Axel Mögelin: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Sie müssen sehen: Das wird priorisiert. Es ist einfach so, dass man nach Priorität - -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Was ist wichtiger als eine Videoaufnahme in Tatortnähe?

Zeuge Axel Mögelin: Die damalige Entscheidung, auf was die fußt, kann ich nicht sagen. Sie müssen ja aber auch - - Sie können es ja auch mal andersherum sehen: Die Polizei hat dann ein umfassendes Controlling gemacht und hat eben geguckt: Wo haben wir noch was? Was haben wir noch falsch oder wo haben wir anders priorisiert? Wo kann man besser priorisieren? Was können wir noch tun? Und dann haben wir es getan. Von daher haben wir es minutiös aufbereitet; wir haben es analysiert.

Der Grund, warum es erst 2010 gemacht wurde und nicht schon früher: Soweit ich mich erinnern kann, wurde es punktuell dann immer angeguckt. Auch bei einer Aussage von einem Blutverschmierten erinnere ich mich aus den Akten, dass dann die Videoauswertung punktuell angeguckt wurde, wenn ein spezieller Hinweis kam, wo man eben was gucken konnte.

Ansonsten ist mir nicht erinnerlich, dass sie umfassend ausgewertet wurden, sondern das haben wir dann initiiert.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Sie sind der erfahrene Kriminalist. Wäre es nicht eigentlich zwingend gewesen - Sie haben es dann wohl gemacht nach Übernahme 2009 und dann 2010 -, dass man bei so einem Mordfall strukturiert eben alles, was man hat, zunächst mal so abschließend und umfassend ermittelt, dass man nicht immer wieder von Neuem anfangen muss?

Also, punktuell Videoaufnahmen anzuschauen, ist doch wie eine Lotterie. Ich glaube, es waren erst Sie, der dann auch die Berufskollegen umfassend vernommen hat. Da wurden, glaube ich, auch nicht viele Vernehmungen gemacht in den ersten Jahren. Trifft das zu?

Zeuge Axel Mögelin: Die Umfeldermittlungen - ich hatte es gesagt - waren drei Phasen, und dann nach Übernahme - aber das war etwas schon vor meiner Zeit; 2009 wurde damit begonnen - wurden die Umfeldermittlungen noch mal intensiviert, weil man

sich eben mit dieser Möglichkeit - - Da muss man immer aufpassen - der Abgeordnete hat es schon gesagt -: Beziehungstat, da geht es darum, auch was Einsätze angeht, also eine berufliche Vorbeziehung, also: Was gab es an Einsätzen? Das hat man noch mal verstärkt einfach, auch unter meiner Führung, in den Fokus genommen und hat dann da eben noch mal nachgeschaut.

Aber es ist einfach so, dass in der Zurückschau die Entscheidungen der einzelnen Soko-Leiter oder Polizeiführer - - Ich kenne die anderen Bewertungen nicht; ich kenne die Hintergründe nicht. Wir haben entschieden, als ich das übernommen habe, dass das unbedingt sein muss - - dass das noch nicht gemacht wurde. Das haben wir gemacht, mit aller Akribie, und so sind wir über alle Facetten dieses Verfahrens drübergegangen, und ich denke, wir hatten dann eine gute Grundlage und haben da insgesamt sehr gut gearbeitet.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ich muss noch mal auf das Umfeld kommen. Falls die Frage schon gestellt wurde, als ich kurz draußen war, bitte ich um Nachsicht; dann ziehe ich sie auch zurück.

Der Patenonkel, der ja sehr früh einen Zusammenhang vom Hörensagen mit der Ceska-Mordserie hergestellt hat, war 2007 im Rauschgiftbereich eingesetzt. Davor war er aber im Staatsschutzbereich eingesetzt. Ist das zutreffend, und wussten Sie das?

Zeuge Axel Mögelin: Aus meiner Erinnerung ja. Aber ich kann es Ihnen jetzt nicht so - - Ich weiß, dass er beim Staatsschutz - - Aber mit dem Rauschgift bin ich mir jetzt persönlich nicht sicher.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Also, Rauschgift war 2007; das sagt er selber in der Vernehmung. Aber davor war er beim Staatsschutz. War es für Sie - weil es ja immer darum ging: könnte es nicht doch auch ein Racheakt für irgendwas sein? - noch mal relevant, zu überprüfen, mit wem er da in seiner Staatsschutzzeit dienstlich zu tun hatte? Hat man das mal gemacht?

Zeuge Axel Mögelin: Nein, das hat man, soweit ich das weiß, in der - - Man hat das Umfeld - - die ganzen Ermittlungen gemacht, was Hinwendungsorte von Frau Kiesewetter - - die ganzen Beziehungen, aber wenn wir jetzt praktisch von Personen, die ihr na-

hestehen, auch noch das komplette Umfeld - - Das haben wir nicht gemacht, weil wir absolut keine Hinweise gefunden haben.

Sie müssen sich einfach überlegen: Wir haben insgesamt über 200 Vernehmungen durchgeführt. Wenn wir konkrete Hinweise gehabt hätten, dass es hier um eine zielgerichtete Tat geht, dann hätte man das sicher noch gemacht, aber im Detail kann ich mich daran jetzt nicht erinnern.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Aber Sie wissen jetzt auch nicht, ob es nach dem 04.11. noch mal gemacht wurde durch den regionalen Abschnitt in Thüringen?

Zeuge Axel Mögelin: Das weiß ich natürlich nicht. Ich weiß das, was wir gemacht haben, und wir haben uns auf das Umfeld von Michèle Kiesewetter konzentriert und haben natürlich auch den Onkel öfter vernommen. Aber es gab in den ganzen Vernehmungen keine Hinweise darauf, dass das damit zu tun hätte. Und man muss sich auch immer überlegen: Da gibt es auch aus Sicht eines dann ja wohl thüringischen Bürgers auch einfachere Orte als Heilbronn, um dann, sage ich mal, seinen Rachegefühlen freien Lauf zu lassen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Das gilt für die ganze Tat. Wenn es eine Waffenbeschaffung hätte sein sollen, hätte man sie überall irgendwo machen können. Dazu muss man keine 370 Kilometer fahren. Das bleibt ja das Unerklärliche: Warum Heilbronn? Warum dieser Tatort? Warum eine Polizistin?

Ich habe Sie jetzt so verstanden, dass wir auf diese Fragen, die uns ja alle bewegen, auch heute noch keine Antworten geben können.

Zeuge Axel Mögelin: Nein. Ich zumindest nicht.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Jetzt möchte ich noch zu einem Bereich kommen, der in der Presse immer mal eine Rolle gespielt hat, der Sie nicht direkt betrifft, aber ich will Sie fragen, ob Sie im Rahmen Ihrer Ermittlungen, auch nach dem 04.11., noch mal damit konfrontiert waren. Es geht um diese, wie ich finde, mehr als kühne Behauptung: Lief zufällig parallel auf der Theresienwiese eine nachrichtendienstliche Operation,

spricht: Observation? Es gab ja dann den *Stern*-Artikel, der ja im Vorwurf sehr gewaltig war, wo wir eigentlich gesagt haben: „Das muss eine Fälschung sein“, weil wir uns das alles nicht vorstellen konnten.

Waren Sie mit dieser Frage „Lief da noch was anderes?“ mal befasst im Rahmen der Ermittlungen, auch nach dem 04.11.?

Zeuge Axel Mögelin: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hat man das noch mal überprüft, diesen Vorwurf oder diesen, ja, ungeheuren Verdacht, dass hier Sicherheitsbehörden in Tatortnähe gewesen waren und was auch immer?

Zeuge Axel Mögelin: Also, wir sind dem Verdacht umfassend nachgegangen, haben auch diese Behauptungen alle überprüft. Wir konnten keine objektiven Hinweise darauf finden, dass das so zutrifft. Es gibt allerdings ein paar offene Punkte; die hat das Bundeskriminalamt von uns mit übernommen im April 2007 [sic!]. Die waren noch offen. Darunter ist ein erfasstes Kennzeichen auf einer Autobahn. Der Ermittlungsstand ist mir aber nicht bekannt, weil das Bundeskriminalamt hat da die weiteren Ermittlungen. Da müsste man dort nachfragen.

Als wir die Spur abgeschlossen haben, im April 2012, war es so, dass es - - Alle objektiv in dem Magazin genannten Sachen konnten wir nicht nachweisen. Das ging hin von Geldeinzahlungen, wir konnten Personenverbindungen nicht nachweisen, und die Behörden, die angeblich daran beteiligt sein sollten, haben gesagt, sie waren an so einer Observation nicht beteiligt bzw. haben einen Mord nicht beobachtet.

Darüber hinaus - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Mehr Möglichkeiten haben Sie dann auch nicht.

Zeuge Axel Mögelin: Mehr Möglichkeiten haben wir nicht. Bis hin darauf, dass Angehörige, die in einem parallelen Hinweis, der reinkam, der amerikanischen Behörden - - sagen wir mal so: das dargestellte Observationsprotokoll eher kritisch betrachtet haben, was Formalien angeht, was die englische Sprache angeht und was gewisse Feinheiten angeht. So haben es die vernommenen amerikanischen Offiziellen angegeben.

Das in der Gesamtschau hat einfach keinen objektiven Beleg für diese These gegeben, und mit dem Stand haben wir es zum BKA abgegeben. Soweit ich weiß, stehen da aber noch zwei, drei Informationen offen; den Stand müsste man da nachfragen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Können Sie was sagen zu diesem gemessenen Auto da, wo das war?

Zeuge Axel Mögelin: Ich kann Ihnen nur sagen, dass es auf einer Autobahn war. Es ist jetzt nicht - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): In der Nähe von Heilbronn, oder?

Zeuge Axel Mögelin: In der Nähe. Ich meine, die A 6 - - Wenn es mir richtig innerlich ist, ist es die A 6. Das ist natürlich jetzt nicht gerade ums Eck. Es ist schon nicht im unmittelbaren Tatortbereich, sage ich mal so.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die A 6 führt an Heilbronn vorbei.

Zeuge Axel Mögelin: Ja. Aber jetzt im weiteren Tatortbereich, jetzt für uns. Aber wo da genau, kann ich Ihnen nicht sagen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Christeleit, darf ich ihn fragen, wem das Auto gehört? Es geht gerade darum: nachrichtendienstliche Operationen. Und der Zeuge hat uns gesagt, dass ja als einen offenen Punkt, den man auch dem BKA übergeben hätte, es um ein Fahrzeug geht, das da am Tattag geblitzt wurde bei einer automatischen Geschwindigkeitsmessanlage auf der A 6 in der Nähe Heilbronn. Ich habe jetzt aber noch nicht gefragt, wem dieses Auto gehört. Darf ich das?

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sicher! Dann frage ich es! - Heiterkeit - Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ob der Zeuge antworten darf, das ist die Frage!)

- Fragen kann man immer stellen. Aber ich will es ja von ihm hören.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Notfalls gibt Ströbele die Antwort! Das können wir auch so machen! - StA Andreas

Christeleit (BMJ) berät sich mit
OStA Guido Zöller (BMJ)

Wir können es ja auch umschreiben, wenn die Halterbeschreibung Probleme macht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Christeleit, darf der Zeuge antworten?

Clemens Binniger (CDU/CSU): Auf eine Frage, die ich noch nicht gestellt habe. - Sonst stellen wir es auch mal zurück. Wir wissen jetzt einfach: Da wurde ein Auto geblitzt in der Nähe von Heilbronn am Tattag. Das müsste man zumindest mal noch überprüfen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann stellen wir es zurück und rufen es später auf.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Dann ziehe ich die Frage mal zurück. Wenn es dann auch übergeben ist ans BKA, sind das ja noch laufende Dinge. Dem will ich dann auch nicht vorgeifen.

Aber einen zweiten Punkt will ich mit Ihnen noch mal besprechen, weil wir das heute noch - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: In der nächsten Runde, bitte.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Das trifft mich jetzt hart.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das klang aber von der Einleitung her nicht so, als ob es jetzt 30 Sekunden dauern würde, Herr Binniger. Das klang länger.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ja, in Ordnung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bevor ich Frau Dr. Högl das Wort gebe, darf ich hier für die Kollegen, die es noch nicht registriert haben, bekannt geben, dass gerade bekannt gegeben wurde, dass der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt vorzeitig in den Ruhestand versetzt wird aufgrund von Aktenfunden gestern, die etwas zu tun haben mit Herrn Mundlos und dem MAD, wenn man den Agenturmeldungen vertrauen darf.

Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Herzlichen Dank. - Wir haben hier immer einen Aufreger nach dem anderen, aber das soll uns jetzt nicht ablenken von unserer weiteren Befragung.

Herr Mögelin, ich bin selbst keine Polizeibeamtin, und ich sehe es auch hier nicht als unsere Aufgabe an, die besseren Polizeibeamten zu sein, aber wir wollen doch noch mal ein paar Merkwürdigkeiten rund um den Mordfall an Michèle Kiesewetter hier möglichst ausräumen - das hatte ich ja vorhin schon gesagt - und auch noch ein paar Dinge miteinander klären. Aber ansonsten ist unser Fokus ja drauf: Lief offensichtlich etwas falsch? Das müssen wir hier klären.

Deswegen will ich noch mal eine Sache ansprechen. Wir haben heute auch noch den Zeugen Stengel. Das ist ja auch eine Merkwürdigkeit in dem Zusammenhang, dass ein Zeuge dann im Nachhinein kommt und sagt: „Ich habe damals schon darauf hingewiesen“ bzw.: „Mir ist das gesagt worden.“ - Sind Sie damit befasst worden, und können Sie vielleicht uns ein bisschen was sagen, was uns auch hilft nachher bei der Befragung des Zeugen?

Zeuge Axel Mögelin: Ich war damit befasst, aber ich muss wieder nach links schauen, was der Herr -

Dr. Eva Högl (SPD): Was Herr Christeleit sagt.

Zeuge Axel Mögelin: - Christeleit sagt zum Komplex Stengel.

(StA Andreas Christeleit (BMJ)
nickt)

Dr. Eva Högl (SPD): Keine Bedenken. - Dann freue ich mich auf Ihre Antwort, Herr Mögelin.

Zeuge Axel Mögelin: Wir hatten einen Zeugen, einen ehemaligen Mitarbeiter vom Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, der hat sich gemeldet bei uns bzw. erst beim Bundeskriminalamt und hat gesagt, ihm ist erinnerlich, dass ein Informant, der über einen Pfarrer irgendwie an ihn ran - - dass der zu drei Komplexen was gesagt hätte, einem Mord in Stuttgart, Mossad-Aktivitäten und eben zu, wenn ich recht erinnere, rechtsextremistischen Organisationen, und da seien die Begriffe gefallen

„Mundlos“ und, wenn ich mich richtig erinnere, „NSU“.

Das war natürlich für uns höchst interessant. Wir haben den Hinweisgeber aufgesucht, haben ihn vernommen, haben dann mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit oder nach eigenem Bekunden diesen Informanten ermitteln können. Das heißt, wir haben die Quelle, und wir haben den Informanten vernommen. Ich muss sagen: Die Vernehmung war jetzt wenig erhellend. Also, der Informant hat gesagt: Also, zu den Begriffen, zu Rechtsextremismus kann er nichts sagen; er könnte was zum Untergang der Estonia sagen, zu Olof Palme, zum Fall Barschel.

(Sönke Rix (SPD): Das ist auch interessant!)

Und an die anderen kann ich mich nicht mehr erinnern. - So war die Vernehmung.

Es war etwas schwierig, aber zu dem substanziiell, hat er gesagt, hätte er auch nichts gesagt. Er hätte auch keine Beziehungen nach Thüringen. Er wüsste auch nicht, was das ist. Er hat aber gesagt, er sei derjenige gewesen, der über den Pfarrer vermittelt wurde, sodass wir relativ sicher sind, dass wir beim richtigen Informanten sind.

Wir haben dann noch die Akten beim Landesamt für Verfassungsschutz - - haben dort angefragt, haben eine schriftliche Antwort bekommen, dass in diesem Vorgang diese Begriffe nicht auftauchen und dass Rechtsextremismus - - bei dem Hinweisgeber auch nach Aktenlage des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg diese Begriffe nicht auftauchen. Soweit ich weiß, waren auch noch zwei unserer Beamten drüben beim Landesamt. Das ist bei uns im Nachbarhaus.

Also, wir konnten diesen Hinweis nicht verifizieren. Wir sind an die Ursprungsquelle herangegangen. Die wusste davon nichts, und damit war für uns der Ermittlungsweg beendet. Unterlagen im LfV haben das nicht beinhaltet. Somit war für uns das ausgeräumt, und so haben wir die Spur dann auch dem GBA übergeben bzw. dem BKA.

Dr. Eva Högl (SPD): Danke schön, Herr Mögelin. Zu dieser Frage, inwieweit die Aktenlage mit dem tatsächlichen Geschehen übereinstimmt, das werden wir dann ja heute im weiteren Verlauf auch noch den Zeugen fragen. Aber vielen Dank für Ihre Einschätzung da auch.

Ich möchte noch mal einen Komplex ansprechen, der ja uns alle in Atem gehalten hat und der Sie bei Ihrer Ermittlungsarbeit auch ganz erheblich behindert hat, nämlich die Wattestäbchenaffäre. Nun wissen wahrscheinlich alle ungefähr, was sich dahinter verbirgt, aber so richtig angesprochen worden ist es heute noch nicht. Können Sie vielleicht auch mal schildern, wie Sie in Ihrer Ermittlungsarbeit dadurch auch auf falsche Spuren gelenkt wurden oder inwieweit Sie auch behindert wurden durch diese Sache, was sich dahinter verbirgt?

Zeuge Axel Mögelin: Was sich dahinter verbirgt: Ich denke, das kann man hier in dem Raum ja sagen. Für die, die es noch nicht wissen: Es war einfach Fakt, dass bei den - - Es ist so, dass - - DNA-Spuren werden mit - - Das muss man sich vorstellen wie ein überdimensionales Wattestäbchen. Das hat einen Holzgriff. Da wird dann destilliertes Wasser draufgemacht, und zum Beispiel bei einer Wasserflasche wird dann eben hier der Rand so abgefahren. Das sind sogenannte Wattestäbchen. Die werden dann praktisch verpackt und dann eben ins Labor gebracht, um von dort dann die DNA praktisch - - aus den Analysegeräten praktisch die DNA zu gewinnen.

Diese Wattestäbchen waren einfach kontaminiert mit einer Fremd-DNA, praktisch von einer Mitarbeiterin, die in dem Herstellungsprozess beteiligt war. Das heißt, bei der Spurensicherung wurde dann andauernd ein Profil gewonnen, wo man dann dachte: Das war jetzt an der Flasche dran. - Aber das war nicht an der Flasche dran, sondern das war eben schon auf dem Stäbchen drauf. Und dadurch gab es in einer Vielzahl, nicht nur - - Das muss man sagen: Nicht nur in Baden-Württemberg, sondern eben europaweit gab es einfach Fehltreffer und eine Serie von Straftaten. Die Straftaten hat es gegeben, aber eben nicht die DNA-Spur in dem Sinne, sondern das verbindende Element ist dann eben weggefallen.

Zu meiner Zeit, 2010, als ich die Ermittlungen übernommen hatte, war das Thema praktisch erledigt. Man hat in Baden-Württemberg und deutschlandweit ja auch darauf reagiert, und man ist in der Kriminaltechnik auch ein Riesenstück vorangekommen, was die Sachen angeht, Aus- und Fortbildung. Man hat da sehr viel investiert, um aus diesen Sachen zu lernen, und ist jetzt ein großes Stück weitergekommen und verwendet

jetzt auch andere Spurensicherungsmittel, hat Kontrollmechanismen eingezogen.

Also, das war ein schmerzhafter Lernprozess, aber es war einer.

Dr. Eva Högl (SPD): Dann gibt es ja noch eine andere Merkwürdigkeit, die jetzt auch das Tageslicht erblickt hat, nämlich die Tatsache, dass ein V-Mann des Landesamtes für Verfassungsschutz Thüringen - den Namen kann man hier ja auch nennen, der wird ja immer genannt -, Tino Brandt, ein Haus in Heilbronn gekauft hat oder gekauft haben soll oder so. Sind Sie da jetzt mal mit befasst gewesen? Ich hoffe, Herr Christeleit, das können wir hier auch kurz ansprechen, weil das ja auch zu dem Bereich gehört: Gibt es da Kontakte in die rechtsextreme Szene nach Thüringen?

Zeuge Axel Mögelin: Da war ich nur am Rande mit befasst, weil es ist so: Die Dinge, die aus unserer Bewertung nicht direkt mit dem Polizistenmord in Einklang waren, wurden im Landeskriminalamt vom Staatsschutz, von der EG „Rechts“ bearbeitet, und diese Spur wurde federführend dann, weil sie den Herrn Brandt betraf, vom BKA bearbeitet. Ich weiß nur, dass man - das ist mein Kenntnisstand - daraus keine Verbindung zum Polizistenmord herstellen könnte.

Soweit ich das weiß, hat er in der Immobilie nie gewohnt, und sie war, soweit es mir erinnerlich ist, auch vor der Tat bereits wieder veräußert. Aber da müsste man noch mal exakt - - Die Spuren sind - - Aus dem Kopf kann ich Ihnen jetzt nur das sagen. Bei der Fülle der Spuren - - Die war jetzt für uns nicht so von Relevanz, die Spur.

Dr. Eva Högl (SPD): Sie sind ihr aber engagiert nachgegangen und haben das auch - -

Zeuge Axel Mögelin: Die Spur wurde bearbeitet, und die wurde auch von der BAO „Trio“ bearbeitet, aber den genauen Bearbeitungsstand, ob die jetzt schon abgeschlossen ist oder nicht, kann ich Ihnen nicht sagen.

Dr. Eva Högl (SPD): Okay. Das fragen wir dann noch mal nach, wenn wir zum aktuellen Ermittlungsverfahren Informationen bekommen. Vielen Dank.

Dann gibt es ja noch eine andere Merkwürdigkeit bei der Frage: Beziehungen nach Thüringen, warum Michèle Kiesewetter? - Wir haben den Patenonkel von ihr schon angesprochen. Aber jetzt noch mal das Thema „Gastwirtschaft in ihrem Heimatort“, in dem sich auch Rechtsextreme getroffen haben sollen. Können Sie uns vielleicht noch mal Informationen darüber geben, was Sie da ausermittelt haben und was für Erkenntnisse Sie da gewonnen haben?

Zeuge Axel Mögelin: Fakt ist, dass die Wirtschaft in räumlicher Nähe ist, aber das ist auch - - Ja, das ist immer so eine Sache. Es gab eine rechtsextremistische Veranstaltung, die können wir nachweisen. Ansonsten ist es jetzt nicht per se ein Treffpunkt. Aber die Person, die das zu dem Zeitpunkt gepachtet hat, war schon polizeilich interessant. Aber man hat den Pächter, den damaligen, auch vernommen, und es gibt keinerlei Hinweise darauf, dass Frau Kiesewetter jemals diese Kneipe besucht hätte. Es gibt keine Hinweise darauf, dass sie den Pächter gekannt hat, also in einem Kennverhältnis zu ihm stand, ihn jemals gesehen hat. Der Pächter selber wurde als Zeuge vernommen, hat auch gesagt, er kennt Frau Kiesewetter nicht.

Also, es gibt da zwar eine örtliche Nähe, aber es gibt ansonsten keinerlei Beziehungen, sodass es da keine Verbindung gab. Wir haben das ermittelt und sind auf keinerlei Verbindungen gekommen oder auf keinerlei Hinweise, die zum Polizistenmord, zur Aufklärung, beitragen könnten oder ursächlich dafür sein könnten.

Dr. Eva Högl (SPD): Vielen Dank. - Dann habe ich noch eine Frage zur Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz. Sie haben ja eben schon gesagt, Sie sind in Sichtnähe und können da mal rübergehen. Das hat uns hier während unserer Arbeit im Untersuchungsausschuss immer interessiert. Deswegen frage ich das auch jetzt, obwohl es einen anderen Hintergrund bei dem Mord an Michèle Kiesewetter hat.

Aber wie war denn Ihre Zusammenarbeit - oder was wissen Sie auch aus der Vorgeschichte? - mit dem Landesamt für Verfassungsschutz? An welcher Stelle sind die Kollegen eingeschaltet worden? Wie war der Kontakt? Wie war der Austausch? Können Sie das mal beschreiben?

Zeuge Axel Mögelin: Ich kann Ihnen das jetzt - - In meiner Zeit gab es jetzt keinen intensiven Kontakt. Das lag aber daran - - an den Spuren, die wir jetzt verfolgt haben, weil man ja nur dann Kontakt aufnimmt - -

Also, grundsätzlich ist es ja so, dass, wenn das Landesamt oder überhaupt ein Landesamt eine Erkenntnis hat, die zur Klärung eines Verbrechens - - melden die ja von sich aus. So ist es zumindest gesetzlich vorgesehen.

Dr. Eva Högl (SPD): Wir haben das hier anders erlebt, aber - -

Zeuge Axel Mögelin: Auf der anderen Seite: Wenn wir ein Interesse hatten - ich kann mich nur daran erinnern -, dann war die Zusammenarbeit sehr gut. Wir haben mit dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz, wenn es mir richtig erinnerlich ist, einmal eine Abfrage gehabt zu einer Quelle in Richtung russische organisierte Kriminalität. Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz hat hier eine Zuständigkeit. Da ging es um Abklärungen gerade - die hatten eine sehr gute Quelle in dem Bereich -, dass wir das einschätzen konnten, ob es da mögliche Beziehungen gibt, ob die Quelle was mitbekommen hat, was in den Kreisen gesprochen wird.

Es ging auch um diese immer wieder gebrachte These von einem Ritual, also einem Aufstiegmord, also Eintrittskarte, Aufstiegmord. Solche Fragen hat man gestellt. Das hat hervorragend funktioniert. In meiner Zeit gab es da keinen Grund - - Wir haben Antwort bekommen. Es war eine in dem Fall gute Zusammenarbeit, und mehr Berührungspunkte oder andere gab es jetzt in meiner Zeit nicht.

Dr. Eva Högl (SPD): Vielen Dank, Herr Mögelin. - Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hat Herr Kollege Rix noch Fragen? - Für die FDP Herr Tören, bitte.

Serkan Tören (FDP): Herr Mögelin, am 01.12.2011 ist ein *Stern*-Artikel erschienen, in dem behauptet wurde, dass am Tatort zur Tatzeit sich zwei DIA-Beamte und noch zwei Beamte vom Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg und Bayern aufgehalten haben sollen. Es gab wohl da eine

Beobachtungsaktion gegen den Islamisten Mevlüt K.

Die Dienste haben das ja schon dementiert, dass diese Geschichte im *Stern* nicht [sic!] stimmen soll. Ich will das jetzt trotzdem noch mal aufgreifen, weil nämlich in der Akte zu lesen ist - in MAT A GBA-4/18, Seite 24 -, dass durch eine Radarfalle am Tattag auf der A 6 ein Auto mit einem amerikanischen Kennzeichen gefunden wurde. Können Sie dazu etwas sagen?

Zeuge Axel Mögelin: Da waren wir ja vorher schon mal.

(StA Andreas Christeleit (BMJ)
nickt)

Das Auto ist durchgefahren; das kann man bestätigen. Das gehört einer amerikanischen Behörde. Die näheren Ermittlungen dazu kann ich Ihnen nicht sagen, weil das ein offener Punkt war, der dem BKA übergeben wurde. Also, das ist Fakt. Das hat man festgestellt.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Was denn für
eine Behörde?)

- Ich kann es Ihnen aus dem Kopf nicht sagen. Jedenfalls nicht die dort bezeichnete, soweit ich weiß. Es war was Militärisches, aber ich kann es aus dem Kopf - - Müsste aber drinstehen.

Aber das BKA hat die weiteren Ermittlungen übernommen, weil am 27.04., als wir übergeben haben, war das noch nicht abgeschlossen. Da wurde aber weitergemacht. Vielleicht kann der GBA oder das BKA dann dazu was sagen. Das kann ich nicht machen. Ich weiß nur, dass das festgestellt wurde. Ob daraus weitere Ermittlungen resultiert haben, kann ich Ihnen nicht sagen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Tören.

Serkan Tören (FDP): Zu einem anderen Sachverhalt: In MAT A BW-6 auf Seite 1223 ist ein Schriftstück abgeheftet, und das trägt die Überschrift „Anforderungen an Inhalte eines Behördengutachtens an LfV BW zu dortigen Beobachtungen im späteren Umfeldpersonen Opfer“. Das Schriftstück hat hier keinen Absender und diente wohl der Überprüfung der Aussagen der beiden Polizisten, die Mitglied des KKK waren. Diese hatten wohl in ihrer Vernehmung auch ir-

gendwie andere KKK-Mitglieder genannt. Dieses Papier wurde bei einer Besprechung am 15.02.2012 übergeben. Das steht ebenfalls handschriftlich drauf. Meine Frage war jetzt: Wer hat dieses Schriftstück wem übergeben? Die Polizei an das LfV oder umgekehrt? Kennen Sie dieses Papier?

Zeuge Axel Mögelin: Dieses genaue Papier -- Ich habe es jetzt ja nicht vor mir liegen. Es gab ein --

Serkan Tören (FDP): Ich lasse es nach vorne bringen.

(Dem Zeugen werden Unterlagen
überreicht - Er liest in diesen
Unterlagen)

Zeuge Axel Mögelin: Ich gehe im Moment davon aus, dass das im Vorfeld das war, wo man festgestellt hat, was dieses Behördengutachten beinhalten soll, dass das von der Polizei ein Vermerk war - ob der übergeben wurde -- wenn er dann übergeben wurde, steht es ja dann drin -, dass das Landesamt für Verfassungsschutz weiß, was für uns wichtig ist und was dann in dem Behördengutachten steht. Es muss da noch ein Behördengutachten geben zum Ku-Klux-Klan; das müsste dann zeitlich später sein, so aus meiner Erinnerung raus. So müsste das sein. Das müsste in den Akten sein. Das ist dann ein Behördengutachten des LfV an uns, wo drinsteht, welche Mitglieder in Baden-Württemberg waren, und überhaupt zum Ku-Klux-Klan im Allgemeinen.

Dieses Behördengutachten ist ja auch in die GBA-Akten eingeflossen, und ich gehe davon aus, nach meiner Erinnerung - aber da müsste man noch mal die Daten abgleichen; von daher bin ich nicht 100 Prozent sicher -, das müsste dann im Nachgang -- Das müsste dann ein vorbereitender Vermerk gewesen sein.

Serkan Tören (FDP): Unten steht ja noch handschriftlich „Michael Schäfer“. Um welchen Michael Schäfer handelt es sich da? Wissen Sie das? Den JN-Bundevorsitzenden Michael Schäfer vielleicht?

Zeuge Axel Mögelin: Kann ich Ihnen jetzt aus dem Kopf nicht sagen. Das weiß ich nicht, müsste man in der Gesamtkarte nachschlagen.

Serkan Tören (FDP): Zu einem anderen Fragenkomplex: Der Ralf Wohlleben hat wohl eine Internetseite gehabt, „Aktionsgruppe Württemberg“, und die war auf seinen Namen eingetragen, und zwar 2007. Liegen Ihnen da irgendwelche Erkenntnisse vor?

Zeuge Axel Mögelin: Nein, liegen mir keine Erkenntnisse vor.

Serkan Tören (FDP): Können Sie denn was irgendwie sagen -- Gab es irgendwie Verbindungen zwischen der Neonaziszene Baden-Württemberg und Thüringen?

Zeuge Axel Mögelin: Es ist ja so: Ob es jetzt -- Was wir gemacht haben nach dem 04.11.: Wir haben keinerlei Hinweise gefunden, dass es jetzt Beziehungen des NSU nach Heilbronn gab. Da haben wir die Szene durchleuchtet, haben geguckt, ob es da Personenverbindungen gab, zusammen mit dem BKA, und haben die Daten, die wir über die Szene in Heilbronn haben, mit den BKA-Daten abgeglichen.

Ansonsten bin ich kein Staatsschützer, kann ich Ihnen jetzt über sonstige Szeneverbindungen Heilbronn und Thüringen -- Das kann ich Ihnen nicht aus dem Stegreif jetzt sagen.

Serkan Tören (FDP): Gab es da irgendwie parallel an dem Tag noch irgendeine andere verdeckte Ermittlung, LKA oder Polizeidienststelle Heilbronn, irgendeine andere verdeckte Ermittlung?

Zeuge Axel Mögelin: Kann ich Ihnen nicht sagen, ist mir nicht bekannt zumindest.

Serkan Tören (FDP): Okay, ich habe erst mal keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht hat die Linksfraktion. Wer möchte? - Frau Pau.

Petra Pau (DIE LINKE): Sie hatten vorhin im Zusammenhang mit dem Auftauchen der Nachricht, dass zwei Polizisten aus dem Umfeld von Frau Kiesewetter Mitglied des Ku-Klux-Klan waren, zum dienstlichen Verhältnis von Frau Kiesewetter zu dem einen Polizisten was gesagt. Können Sie uns auch noch etwas zum zweiten Polizisten sagen, in

welchen - - wie nah er dienstlich Frau Kiese-
wetter war?

Zeuge Axel Mögelin: Ich glaube, aus meiner Erinnerung heraus war der bereits versetzt zu einer anderen Polizeieinheit, also zu einer anderen Polizei, nicht bei der Bereitschaftspolizei. Aber das ist aus der Erinnerung heraus.

Petra Pau (DIE LINKE): Ich frage aus einem einfachen Grund. Im Zusammenhang mit dieser Ku-Klux-Klan-Spur wurde jetzt spekuliert, dass die Täter kurzfristig, nachdem sie vermeintlich den Tipp bekommen haben, dass Frau Kiese-
wetter am 25.04.2007 im Dienst sein könnte, das Wohnmobil verlängert hätten - ich beziehe diese Kenntnis aus der *Bild*-Zeitung vom 30.07.2012 - und dass sie das Wohnmobil - das spielte ja vorhin schon mal eine Rolle - sonst hätten am 19.04. zurückgeben müssen.

Und deshalb wäre für mich jetzt wichtig: Wissen Sie, wann genau Frau Kiese-
wetter und Herr Arnold für den Dienst am 25.04. eingeteilt wurden und wann also Kollegen Kenntnis davon bekommen konnten?

Zeuge Axel Mögelin: Genau kann man das nicht eingrenzen. Es ist entweder - - So haben es die Ermittlungen ergeben: Am 17. April oder am 19. April stand das fest. Was man sicher weiß, ist, dass aber Frau Kiese-
wetter bereits vorher schon zu einer Nachtwache in Böblingen eingeteilt war - das heißt, sie hätte Dienst gehabt, so oder so -, hat sich aber kurzfristig entschieden, mit einem Beamten zu tauschen. Und das war am 17. oder 19. Das ließ sich retrograd nicht mehr komplett - - also, ausermitteln. Die zwei Tage bleiben übrig. Ansonsten lässt es sich nicht mehr verifizieren.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut. - Jetzt machen wir einen Sprung. Wir haben uns an den anderen Tatorten mit der Ceska beschäftigt. Nun haben wir hier ja eine Tatwaffe Tokarew. Können Sie uns vielleicht zunächst mal sagen, was wir als Laien zu einer Tatwaffe Tokarew wissen müssen? Und haben Sie in diesem Zusammenhang dann in Baden-Württemberg in 2007 oder später auch Waffenhändler überprüft, also die Herkunft der Waffe versucht irgendwie herauszufinden?

Zeuge Axel Mögelin: Ja, gut. Das ist jetzt schwierig. Es ist ja grundsätzlich so: Wir hatten ja keine Tokarew, sondern wir haben mehrere Waffensysteme gesucht. Das heißt, ich habe weder eine Nummer - - Ich habe ja nur das Geschoss. Also, Sie müssen sich vorstellen: Ich habe das Geschoss. Das geht dann zur Geschossteilsammlung des BKA. Dort untersucht² es ein Sachverständiger, kann das dann einer Waffe zuordnen und sagt mir: Das können verschiedene Waffensysteme sein.

Das heißt, ich habe nicht nach einem Waffensystem gesucht, sondern ich hatte ungefähr, wenn ich mich recht erinnere, aus dem Technikbericht sechs oder sieben Waffensysteme. Und natürlich kann ich dann nicht bei Herstellern suchen, weil ich habe weder eine Nummer, noch habe ich einen Hersteller. Das heißt, in die Richtung kann ich keine Ermittlungen unternehmen, praktisch ohne dass ich einen Hinweis habe auf die genaue Waffe.

Petra Pau (DIE LINKE): Eine Frage - da bitte ich Herrn Christeleit um Aufmerksamkeit und ein Zeichen, inwieweit Sie dazu antworten können -, und zwar: Im Zusammenhang mit heutigen Ermittlungen des Generalbundesanwalts gab es ja am Wochenende Durchsuchungen bei Thüringer Neonazis aus der Struktur des „Thüringer Heimatschutzes“ und entsprechender Wehrsportgruppen, denen vorgeworfen wird, sie hätten 1999 einen Geldtransporter überfallen.

In diesem Zusammenhang soll auch ein Stuttgarter Waffenhändler jugoslawischer Herkunft aufgefallen sein namens O. Können Sie uns dazu was sagen? Ist er Ihnen vorher schon mal irgendwie in diesem Zusammenhang ins Visier gekommen?

Zeuge Axel Mögelin: Also, jetzt nur mit „O.“ und „Waffenhändler“ kann ich jetzt aus dem Kopf - -

Petra Pau (DIE LINKE): Ja, ja. Wir sind ja alle geborene Datenschützer. Ich kann Ihnen jetzt nicht mit dem Namen - -

Zeuge Axel Mögelin: Es ist jetzt schwierig für mich. Aber jetzt aus dem Kopf: Nein, auch nicht ansatzweise, auch nicht vom Namen - - Fällt mir jetzt spontan nichts dazu ein.

² Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 1)

Petra Pau (DIE LINKE): Gut. Dann geht die Frage weiter an den Kollegen Petermann. Ich entschuldige mich auch schon, wenn ich gleich fluchtartig den Raum verlasse - nicht wegen Ihnen, aber ich muss meinen Verpflichtungen als Präsidentin drüben im Plenum des Bundestages nachkommen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Herr Mögelin, uns geht es hier wesentlich auch darum, möglichen Verschwörungstheorien den Boden zu entziehen, in dem Fall der Vermutung, Beamte des Observationsteams der Sauerland-Gruppe hätten zufällig bei der Observation von Kontaktpersonen der Sauerland-Gruppe in Heilbronn den Mord an Michèle Kiesewetter beobachtet bzw. dazu Beobachtungen gemacht, aber hätten nicht eingreifen können, um ihre Ermittlungen nicht zu gefährden. Daher habe ich dazu ein paar Fragen, gerade in Bezug auf die Anwesenheit von mutmaßlichen Islamisten in Heilbronn am Tattag.

Ist Ihnen im Zusammenhang mit den Mordermittlungen 2007 oder danach bekannt geworden, ob es am Tattag einen Einsatz von Mitarbeitern des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg in Heilbronn gab -

Zeuge Axel Mögelin: Nein.

Jens Petermann (DIE LINKE): - oder - weiter gefragt - von Mitarbeitern des BKA und/oder der Ermittlungsgruppe, die sich damals mit den Ermittlungen gegen die sogenannte Sauerland-Gruppe beschäftigte?

Zeuge Axel Mögelin: Nein, unsere Ermittlungen haben nichts dergleichen ergeben in dem Zusammenhang mit dem Polizistenmord.

Jens Petermann (DIE LINKE): Sagt Ihnen der Zeuge Jamil J. etwas?

Zeuge Axel Mögelin: Sie meinen C.? Sonst komme ich durcheinander.

(Dr. Eva Högl (SPD): Ja, C.!)

Ja, ja, der sagt mir was.

Jens Petermann (DIE LINKE): Welche Rolle spielte denn aus Ihrer Sicht dieser Zeuge im Rahmen der Ermittlungen, der ja immerhin nach dem Taxifahrer, der den Not-

ruf benachrichtigt hat, der zweite Zeuge am Tatort gewesen zu sein scheint?

Zeuge Axel Mögelin: Er war ein Zeuge, der für uns interessant war, weil er eben relativ zügig am Tatort war, einer der ersten. Problem war, dass der Zeuge was gesehen hat, was sonst eben keiner gesehen hat. Und das, was er eigentlich hätte sehen müssen, nämlich ein kommendes Taxi, was nachgewiesen ist, das hat er nicht gesehen. Das heißt, es war ein widersprüchlicher Zeuge.

Wir haben die Angaben überprüft. Wir haben - - Er hat einen Fahrradfahrer gesehen und ein Ehepaar mit Kinderwagen. Was er gesagt hat, hat er schon öfter gesehen. Das haben wir probiert zu ermitteln. Wir haben probiert - - Er hat gesagt, es ist ein Taxi schnell auf die Theresienwiese gefahren und wieder weggefahren. In einer späteren Vernehmung hat er gesagt, das Taxi hätte jemanden aufgenommen. Man hat probiert, weil der Fahrzeugtyp relativ eingegrenzt war, bei den Taxizentralen das Taxi zu ermitteln. Das hat man nicht gemacht, bzw. da gab es keine sachdienlichen Hinweise, sodass man ein solches Taxi nicht ermitteln konnte.

Man hat dann andere Zeugen befragt, die um die gleiche Zeit eben dort waren. Die haben diese Beobachtung nicht gemacht. Von daher war es ein Zeuge, den man sich genau angeguckt hat, aber es gab keinerlei Hinweise, dass er in irgendeiner Weise in die Tat involviert war, noch gab es - - konnte man mit seinen Beobachtungen - sagen wir so - die Ermittlungen voranbringen.

Von daher hat man sich um ihn gekümmert, hat ihn mehrfach vernommen, und damit war es ein Zeuge wie viele andere dann auch.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ist er an dem Tattag auch observiert worden?

Zeuge Axel Mögelin: Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Davon wissen Sie nichts?

Zeuge Axel Mögelin: Nein.

Jens Petermann (DIE LINKE): Also durch in- oder ausländische Dienste oder durch Polizeibeamte möglicherweise?

Zeuge Axel Mögelin: Wir haben - - habe ich keine Hinweise darauf während der Ermittlungen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Also, Sie haben jetzt keine positive Kenntnis?

Zeuge Axel Mögelin: Nein.

Jens Petermann (DIE LINKE): Neben dem eben genannten Zeugen hat auch der Rabbi - ich sage mal - H., der in Stuttgart wohnt, am Tattag in der Nähe des Tatorts - - ist am Tattag in der Nähe des Tatorts festgestellt worden. Ich verweise hier auf MAT A GBA-4/19, Blatt 106 ff. Können Sie uns noch einmal schildern, wann und durch wen der Rabbi zeugenschaftlich vernommen wurde?

Zeuge Axel Mögelin: Also, jetzt müssen wir - - Jetzt wird es mit H. schwierig, weil der H., den ich jetzt meine, wurde nicht kontrolliert. Der wurde nie vernommen und hat gesagt, er war nie da. Jetzt habe ich natürlich ein Problem mit H.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Petermann, denken Sie an die Zeit. Die Zeit ist um.

Jens Petermann (DIE LINKE): Vielleicht noch mal eine Nachfrage: Ist er im Nachhinein möglicherweise vernommen worden?

Zeuge Axel Mögelin: Im Nachhinein wurde ein H. vernommen. Der hat aber gesagt, er war nie da.

Jens Petermann (DIE LINKE): Das wird der Gleiche sein.

Zeuge Axel Mögelin: Und wir haben keine Hinweise gefunden, weder in den Kontrolllisten noch in sonst was, dass er am Tatort gewesen ist, sodass man das nicht klären konnte.

Der Hinweis oder der Name ist ins Spiel gekommen auch durch die Veröffentlichung in dem Nachrichtenmagazin. Von daher, wenn das der H. war - - Aber H. ist halt bei - - Es ist jetzt schwierig, für mich jetzt. Aber so viel kann ich Ihnen sagen. Im Vorfeld, ob der kontrolliert wurde, das kann ich - -

Jens Petermann (DIE LINKE): Es gab jedenfalls nur einen Rabbi H., den Sie vernommen haben?

Zeuge Axel Mögelin: Wenn der noch einen bestimmten Beruf in Heilbronn hat, dann ja. Aber - -

Jens Petermann (DIE LINKE): Ja, okay. Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Wieland, Herr Ströbele, wer möchte?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch mal eine Nachfrage zu dem Jamil C. Ich weiß nicht, ob wir ihn überhaupt abkürzen müssen, egal. Ist es denn richtig, dass dieser Name Ihnen genannt wurde, als Sie bei der Illustrierten *Stern* nachgefragt haben: „Was ist dran an dieser Story?“?

Zeuge Axel Mögelin: Ja. Wir haben uns entschieden, zusammen mit dem Bundeskriminalamt, dem Polizeiführer, wenn eben dann zwei Personen angegeben - - dass - - bevor wir dann - - Es gab ja eine ähnliche Veröffentlichung im Buch *Die Taschenspieler* von einem Journalisten, wo man schon mal - sagen wir so - ähnliche Bestandteile dieser dann jetzt 2011 oder 2012 - ich weiß gar nicht, wann es kam - noch mal veröffentlichten Geschichte hatte. Und diese zwei Namen wurden dann übersandt, dass das die beiden seien, auf die sich das Magazin beruft, ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nun fällt ja auf, dass der eine tatsächlich am Tatort war. Haben Sie mal überprüft, ob das vorher schon in den Medien stand, also ob das sozusagen schon bekannt war, dass dieser C. am Tatort war, oder ob der *Stern* das möglicherweise tatsächlich aus Geheimdienstquellen erfahren haben kann?

Zeuge Axel Mögelin: Woher der *Stern* seine Informationen hat, was er für Quellen hat, ob bei Sicherheitsbehörden, Geheimdiensten, das kann ich Ihnen nicht sagen. Das kann ich auch nicht überprüfen, was in der Öffentlichkeit war. Ob der Zeuge sich selber mal an die Öffentlichkeit gewandt hat oder das einem Freund oder einem Bekann-

ten erzählt hat, das kann ich nicht beurteilen von hier aus.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie oder eine andere Abteilung der Polizei in Baden-Württemberg den C. dann mal selber überprüft auf Staatsschutz hintergründe oder anderes?

Zeuge Axel Mögelin: Der C. war überprüft und hatte polizeiliche Erkenntnisse.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Richtung Islamismus?

Zeuge Axel Mögelin: Sagen wir mal so: im Staatsschutz hintergrund. Islamismus ist jetzt ein weites Feld. Das ist - sagen wir - Ausländerextremismus - - würde es besser passen, weil da gibt es unterschiedliche Gruppierungen. Und in die Richtung hatte er Staatsschutz erkenntnis, ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Szenenwechsel, wieder ins schöne Land Thüringen; da waren wir ja beim Umfeld stehen geblieben. Ich sage das, weil die Kollegen ja immer sich beschweren, dass man Thüringen nur als braunes Nest darstellt.

Sie sagten auf die Frage der Kollegin Högl: Ja, diesen Gastwirt, den haben wir überprüft, und der hat gesagt: Michèle Kiesewetter war bei mir nie Kundin oder nie Gast. - War es denn damit erledigt? Ich meine - ich darf Ihnen das mal vorhalten, Herr Mögelin -, dieser Gastwirt ist der Schwager von Ralf Wohlleben. Ralf Wohlleben sitzt als Einziger noch in Haft, neben Frau Zschäpe.

Dieser Gastwirt stammt selber aus Jena und hat zugegeben, dass er die drei kannte. Nun wird er der Polizei nicht sagen: Ich kenne sie heute noch. - Das ist ja nun nicht zu erwarten. Das heißt, das war nicht irgendein rechtsextremer Gastwirt, sondern einer, der die Mörder kannte. Da muss man ja wohl von „mutmaßlich“ nicht reden, bei den beiden. Hallo! Und der ist nun einen Kilometer entfernt vom Heimatort der getöteten Polizistin, und das Interesse beschränkt sich oder spitzt sich darauf zu: War sie dort Gast oder nicht? Ein Gastwirt kann doch auch Dinge außerhalb seiner Gastwirtschaft zur Kenntnis nehmen. Er kann Teil der örtlichen Szene

sein. Er kann dort Informationen herbekommen.

Ist das nicht höchst alarmierend, dass ein solcher Bekannter, einschlägig, dieser drei quasi vor Ort gewesen ist?

Zeuge Axel Mögelin: Sie müssen einfach sehen: Wir haben ja nicht nur den Gastwirt befragt. Wie gesagt, wir haben in der Phase über 100 Vernehmungen gemacht. Wir haben das gesamte Umfeld befragt von Frau Kiesewetter, die Familie, Freunde, Bekannte, was ihre Hinwendungs-orte waren.

Und Sie müssen einfach auch noch eines sehen: Frau Kiesewetter hat sich nur noch sporadisch in Oberweißbach aufgehalten seit 2003. Und zum Zeitpunkt des Untertauchens des Trios 98 war sie 13 oder 14 Jahre alt. Das muss man einfach auch mal in Relation sehen.

Wir haben alles gemacht, ermittlungstechnisch. Es gab zwei Einsatzabschnitte in Thüringen und von uns, um Hinweise zu finden, ob es eine wie auch immer geartete Vorkennntnis gab, sei es ein Sehen oder ein Sonstiges, und wir haben keinerlei Hinweise finden können, dass es nicht - -

Und mehr als die Tatsache, dass er dann eben dort gewohnt hat, konnten wir ermittlungsmäßig eben nicht nachweisen. Und damit bleibt es eben eine Tatsache, dass er da wohnt. Und mehr konnte man nicht machen. Aber natürlich haben wir nicht nur ihn gefragt, und natürlich war es uns beim Fragen bewusst, wen wir da fragen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt hat der Kollege Ströbele noch Fragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Mögelin, Sie haben ja gesagt, dass Sie nachher auch das Umfeld des Mordopfers, also von der Frau Kiesewetter, versucht haben aufzuklären. Ich habe jetzt eine konkrete Frage zu Frau Kiesewetter selber. War die Frau Kiesewetter in Baden-Württemberg, insbesondere in oder um Heilbronn, auch ohne Uniform eingesetzt? Gab es Einsätze von ihr in Zivilkleidung?

Zeuge Axel Mögelin: Frau Kiesewetter war auch in Zivil eingesetzt, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sagen, wenn man jetzt vom Tattag ausgeht, also von ihrem Todestag zurückgeht: War sie in den Tagen davor eingesetzt als so etwas?

Zeuge Axel Mögelin: Ja, das genaue Datum kann ich Ihnen nicht sagen. Ich kann nur sagen, dass sie mehrfach als Aufklärerin oder als Einsatzbeamtin in Zivil eingesetzt wurde. Die genauen Daten habe ich nicht im Kopf. Die sind aber -- In den Akten sind die enthalten. Aber das habe ich jetzt nicht --

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sagen, wo sie eingesetzt war, also in --

Zeuge Axel Mögelin: Es gab zwei Einsätze im Rauschgiftbereich als --

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber Rauschgiftbereich ist jetzt ein Kriminalitätsbereich vielleicht. Aber war sie in Diskotheken eingesetzt?

Zeuge Axel Mögelin: Sie war auch in Diskotheken eingesetzt. Aber sagen wir so: in Diskotheken, die von einer -- von verschiedenen Diskotheken, wo es Probleme gab oder wo eben Razzien in Vorbereitung waren. Da war sie eingesetzt.

Wir haben aber eines gemacht: Wir haben alle Einsätze angeschaut und haben geguckt: Gab es Personen, die in diesen Diskotheken verkehren? Gab es da Schnittmengen? Finden wir Verbindungen zur Tat? Wir haben praktisch jeden Einsatz nachbearbeitet. Wir haben geguckt: Gibt es Verbindungen zur Tat in Heilbronn? Und wir haben einfach keine finden können.

Wir haben praktisch jeden Einsatz, den Frau Kiesewetter hatte, analysiert und haben geguckt: Finden wir Beziehungen nach Heilbronn? Um welche Leute, um welchen Täterkreis handelte es sich, wo sie eingesetzt war? Was waren das für Namen? Was hatten die für Bezugspersonen? Was hatten die für Autos? Und das haben wir alles mit unseren Daten eben abgeglichen und haben zumindest bei der Überprüfung von den Einsätzen weder einen Bezug gefunden dann Richtung Thüringen/NSU noch im Vorfeld -- Zur Lösung der Tat haben wir nichts finden können.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War sie in der Nacht vor der Tat in einer Diskothek nach Ihrer Kenntnis?

Zeuge Axel Mögelin: Ob sie in -- Nein, war sie nicht. Eingesetzt? Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nicht eingesetzt. Überhaupt. Man kann ja auch aus anderen Gründen in die Diskothek gehen.

Zeuge Axel Mögelin: Wenn ich es richtig in Erinnerung habe -- Aber da muss ich jetzt --

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will Ihnen mal ein Stichwort geben. Ich habe gelesen, sie soll morgens übermüdet gewesen sein, ausgehen haben.

Zeuge Axel Mögelin: Ja. Aber ich glaube, das lag -- Wenn ich es richtig weiß, lag das an was anderem. Der letzte Tag steht in den Akten. Aber ich habe den nicht -- Der war nicht von Relevanz. Das hatte, glaube ich, andere Gründe, um das mal so zu sagen. Ich möchte das -- Aber jetzt geht es dann auch Richtung Persönlichkeitsrechte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will jetzt gar nicht die einzelnen Sachverhalte erfahren.

Zeuge Axel Mögelin: So ist es aus meiner Erinnerung. Aber das ist in den Akten nachzulesen, dieser letzte Tag, ist mir aber nicht erinnerlich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie vielleicht ein bisschen den Einsatzzeitraum insofern eingrenzen, dass Sie sagen - am 16., das ist Ihnen ja bereits vorgehalten worden, ist dieses Wohnmobil gemietet worden, und am 25. ist die Tat passiert -, ob sie in dieser Zeit - sie war ja dann zu Hause, aber sie ist ja schon vorher dann nach Heilbronn wieder zurückgefahren zu ihrem Einsatz dort - eingesetzt gewesen ist oder in einer Diskothek gewesen ist?

Zeuge Axel Mögelin: Ob sie in einer Diskothek - - Also, den genauen Einsatz in den Zeiten kann ich Ihnen nicht sagen. Ich habe die Einsätze jetzt nicht nach Daten sortiert im Kopf. Es tut mir leid, da müsste man in die Akten gucken.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn in einer Diskothek, wo sie tatnah drin war, eingesetzt war oder drin war, mal nachgefragt, also Personen, die da verkehren, oder Inhaber oder was auch immer, ob sie dort gesehen worden ist und vielleicht mit wem?

Zeuge Axel Mögelin: Wir haben jetzt nicht das - - Ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, was im Einzelnen gemacht wurde. Es wurden die ganzen Einsätze aufbereitet, jeder Einsatz. Aber wir haben jetzt nicht - - also, welche Disco sie auch immer bewegt hat.

Wir haben probiert, ein Bewegungsbild zu machen, was die Frau Kiesewetter gemacht hat die letzten Tage vor der Tat, so gut, wie es geht. Und das hat man probiert aufzuklären. Was da im Einzelnen jetzt genau gemacht wurde, kann ich Ihnen jetzt nicht sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sagen, ob das tatnah war oder viel später?

Zeuge Axel Mögelin: Was meinen Sie mit „tatnah“?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, in den Wochen danach, als Sie dann die Ermittlungen gemacht haben, oder auch in den Monaten danach. Oder war das erst - -

Zeuge Axel Mögelin: Die Einsätze oder - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, dass Sie diese Überprüfungen durchgeführt haben.

Zeuge Axel Mögelin: Das kann ich Ihnen - - Die Einsätze wurden ja erst retrograd erhoben. Sie müssen sehen - - Das kann sich schon um Jahreszeiträume richten. Ich meine, die Umfeldermittlungen - - Ich war zuständig 2010. Da haben wir die Einsätze analysiert nach den Personengruppen. Dass

ich ab der Zeit - jetzt spreche ich für mich: Übernahme 2010 -, dass ich da, in 2010, nicht mehr in eine Disco gehen muss, um zu fragen, wer 2007 da war, das ist klar. Also, von daher - - Das ist so. Aber was wir machen konnten, haben wir gemacht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage deshalb - ich will da gar nicht mit hinterhalten -, weil wir ja alle nach einem Motivzusammenhang suchen. Und es gab mal eine Information, dass dieses Trio oder Einzelne aus dem Trio in dieser Gegend dort in der Zeit gewesen sein sollen und auch eine Diskothek aufgesucht haben sollen.

Zeuge Axel Mögelin: Wo meinen Sie jetzt? In Thüringen?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, in Heilbronn oder Umgebung. Ich kenne mich da nicht so aus.

Zeuge Axel Mögelin: Der Hinweis ist mir nicht bekannt, muss ich Ihnen sagen.

(Dr. Eva Högl (SPD): Wo ist das denn her?)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Ströbele, die Fragezeit ist deutlich überschritten.

Wir kommen zur nächsten Berliner Runde. - Das Fragerecht hat die Unionsfraktion. Herr Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Mögelin, wir brauchen nicht mehr die volle Zeit, aber ein bisschen was würde mich noch interessieren. Ich will noch mal auf den von Ihnen vorher beschriebenen, auch schon angefragten Hinweisgeber kommen, der im Jahr 2003 von einem Informanten, vermittelt über einen Geistlichen, etwas gehört hat über eine Gruppierung und wo so Begriffe gefallen sind wie NSU etc.

Ich habe auch schon der Presse entnehmen können, dass aufseiten der Sicherheitsbehörden unisono die Einschätzung ist: Das ist alles unglaubwürdig. - Ich habe jetzt mittlerweile ein bisschen gelernt aus dem Aktenstudium, dass es bei Informanten im nachrichtendienstlichen Bereich - also nicht Beschäftigte, sondern Informanten - immer eine schmale Gratwanderung ist zwischen völlig

daneben und genau ins Schwarze, manchmal beides zusammen in einem Beitrag.

Was mich aber interessieren würde, weil Sie damit noch mal befasst waren: Was, bitte, soll denn einen ehemaligen Verfassungsschutzmitarbeiter dazu bewegen, nach dem 4. November sich direkt an das BKA zu wenden, weil er sagt: „Mir ist was eingefallen aus meiner Dienstzeit“, wenn es nur Unfug ist? Wo ist das Motiv? Da hätte der Mann ja schweigen können, und es wäre nie irgendwie relevant gewesen, weil es ja keine Akten dazu gibt.

Also, wo ist das Motiv, wenn nicht doch vielleicht was dran wäre? Oder erinnert der sich so grundsätzlich falsch? Oder wem glauben Sie mehr: dieser Quelle, der von Olof Palme bis irgendwas alles weiß, oder einem ehemaligen Mitarbeiter?

Zeuge Axel Mögelin: Na ja, also - - Es ist so: Ich als Polizeibeamter - daran sind wir gehalten -, wir beziehen uns auf die Fakten. Und Fakt ist: Wenn ich eine Quelle vom Hörensagen habe - das ist der Mitarbeiter -, dann muss ich an den Ursprungszeugen hin. Den Zeugen habe ich vernommen. Der kann sich da dran nicht mehr erinnern. Ob er es nie gesagt hat, das kann ich nicht beurteilen. Er sagt halt: Weiß ich nicht.

Und dann kann ich zu der Behörde gehen, wo Akten vorliegen. Zu der Behörde sind wir gegangen. Das LfV hat gesagt, in den Akten tauchen diese Begriffe nicht auf, hat uns das schriftlich bestätigt. Das habe ich in die Akten getan. Und der Hinweisgeber, der ehemalige Mitarbeiter, kann mir darüber hinaus keine weiterreichenden Informationen geben, dass ich sagen kann: Okay, da muss mehr dran sein.

Die zwei Begriffe waren öffentlich überall - - Es war jetzt nicht Insiderwissen, wo ich hellhörig werden muss. Und deshalb kenne ich die Motivation nicht, kann Ihnen auch nicht sagen, was war oder was nicht war. Ich kann Ihnen nur sagen: Fakt haben weder die Vernehmungen noch die uns vorliegenden - - oder das Schreiben vom Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg das bestätigen können. Und damit ist es so, dass, jetzt als Polizeibeamte, wir die Spur unter Abstimmung mit dem BKA und dem GBA geschlossen haben. Mehr Ermittlungsansätze habe ich dann nicht.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Wobei man auch sagen könnte: Es steht natürlich

Aussage gegen Aussage. Und die Frage ist - wir haben ja neben dem Sachbeweis auch den Zeugenbeweis -, wem Sie mehr glauben.

Und wir haben ja in den Akten zumindest die Anbahnung dieses Gesprächswunsches zwischen dem Geistlichen, seiner Quelle, die dort noch nicht namentlich benannt ist, und diesem damals noch aktiven Mitarbeiter des LfV. Die findet sich ja in den Akten. Das ist ein kurzer Mailverkehr. Das wissen Sie vielleicht nicht, weil es nicht unbedingt Ermittlungshandlung war. Das ist ein kurzer E-Mail-Verkehr 2003, wo auch der Mitarbeiter seinem Haus zurückmeldet: Ein Verfahren für die Kontaktaufnahme mit der Quelle ist jetzt festgelegt, gemeinsam mit dem Geistlichen. Wenn das nicht klappt, hinterlasse ich dort einfach unsere Erreichbarkeit, und dann soll sich die Quelle eben direkt beim Amt melden. - Das ist ja dokumentiert.

Zeuge Axel Mögelin: Ja, ja, die Quelle gab es ja auch. Und da gibt es ja auch Akten. Nur: Die hat aber wohl offensichtlich was anderes gesagt und nicht das, an was sich der ehemalige Mitarbeiter erinnert. Zumindest sind das im Moment die Fakten.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Und dann ist die Quelle glaubwürdiger als der Behördenmitarbeiter?

Zeuge Axel Mögelin: Ich muss ja immer an den gehen - - Sie wissen ja nicht - - Er hat sich ja auch in der Haftzeit geirrt. Vielleicht hat er sich einfach dann geirrt in der Quelle, und es war eine andere Quelle; das weiß ich ja alles nicht. Aber ich kann ja nicht mehr tun. Ich kann ja nicht glauben. Als Polizist muss ich Fakten nehmen. Und die Fakten sind einfach - -

Wenn mir jemand sagt: „Der X hat mir gesagt“, dann muss ich zum X hingehen. Und wenn der dann sagt: „Das habe ich nicht gesagt“, dann kann ich keine Glaubwürdigkeitsgutachten machen, weil ich Leute immer nur angucken kann. Das heißt ja nicht, dass mich jemand anlügt. Es kann sich einfach einer irren, es kann sich einer nicht mehr erinnern, es kann sich einer falsch erinnern. Das kann ich einfach so von der Ferne nicht beurteilen. Und von den Fakten her lässt es sich nicht belegen. Und was sich nicht belegen lässt, kann ich verfahrensmäßig nicht verwenden.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das ist richtig. Aber in der Bewertung - ich würde trotzdem dabei bleiben - steht Aussage gegen Aussage. Es kann geradeso gut sein, dass der Informant heute sagt, mit dem Wissen von heute: Diese Geschichte will ich nicht mehr mir zugeschrieben wissen, habe ich nie erzählt. - Und er weiß, das kann nicht bewiesen werden. Also, wir werden ihn nachher fragen.

Den Vorfall gab es. Sie haben jetzt gerade gesagt: Vielleicht hat er sich auch in der Quelle geirrt. - Das wäre auch interessant, weil in diesem Mailverkehr ein anderes Codewort vorkommt, nicht das, das durch die Presse geisterte, also nicht die Hülsenfrucht, sondern eher ein Personennamen war da als Quellenname im Spiel.

Haben Sie mal sich damit befasst, jetzt auch nach dem 04.11. - - Deshalb interessieren mich diese Jahre 2003/2004 so, und das wundert mich etwas: Wir finden im Jahr 2003 in einem Neonazimagazin in Brandenburg, dem *Weißer Wolf*, einen Textbalken: „Danke an den NSU.“ Wir haben jetzt hier den nicht bestätigten Hinweis des ehemaligen LfV-Mitarbeiters, da soll etwas entstehen im Untergrund. Wir haben aus den Akten den Hinweis, dass Zschäpe vor 2004 in Ludwigsburg gewesen sein muss, anhand eines Fotos. Können Sie das bestätigen? Und wir haben den ominösen Hauskauf des ehemaligen Chefs vom „Thüringer Heimatschutz“ in der Nähe von Heilbronn auch im Jahr 2004.

Jetzt können wir das machen, was wir bei diesem Fall so häufig leider machen müssen: Zufall, Zufall. Oder sehen Sie da mehr?

Zeuge Axel Mögelin: Beim Foto? Also, das Foto ist so. Das gibt es. In welchem Zusammenhang, konnte nicht ermittelt werden.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber der Zeitraum konnte eingeschränkt werden, weil - -

Zeuge Axel Mögelin: Der Zeitraum. Wegen der Renovierung vom Ludwigsburger Schloss konnte der Zeitraum ermittelt werden, wobei wir mittlerweile von Kleidung eher auf die 90er-Jahre tendieren, -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ganz früh sogar.

Zeuge Axel Mögelin: - von Frisur, Kleidung. Aber das kann man eben - - Fixpunkt ist der. Und das muss man sehen vom Zeitraum her.

Und das andere ist einfach so: Wir haben Verbindungen gesucht. Wir haben jede Spur mit dem BKA, der dortigen BAO, abgeglichen, und wir haben keine Verbindungen gefunden. Daran muss ich mich halten. Und deshalb habe ich sie nicht.

Wir haben jede Spur für sich abgeprüft. Und bis zu meinem Stand am 27.04., wo wir die Ermittlungen übergeben haben ans BKA, gab es da einfach keine Verbindungen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Haben Sie jemals diese Fragen, die wir jetzt erörtern, die wir nachher noch mit dem Verfassungsschutz erörtern müssen, auch mit dem LfV abgeglichen? Wurden solche Dinge auch insgesamt mit dem Verfassungsschutzverbund abgeglichen? Weil wir ja als deutlichen Schwachpunkt der Jahre 98 bis 2003 immer wieder sehen, auch für die anderen Mordermittlungen: Es gab einen zu schleppenden oder gar nicht funktionierenden Austausch zwischen Verfassungsschutz und Polizei.

War das dann jetzt nach dem 04.11. anders, sprich: Wissen Sie, ob man in den regionalen Abschnitten oder seitens des BKA diese Hinweise, die man hat, mit allen 17 Verfassungsschutzbehörden auch abgeglichen hat?

Zeuge Axel Mögelin: Da müssen Sie - - Das war Sache des Bundeskriminalamts. Wir als regionaler Ermittlungsabschnitt haben bei unseren Spuren, die uns betrafen - das haben Sie jetzt gesehen, wie bei den Spuren, die hier schon genannt wurden -, punktuell mit unserem Landesamt zusammengearbeitet, wenn wir dort auch Akten oder Hinweise vermutet haben.

Ansonsten ist der Informationsaustausch mit den Diensten oben über die BAO „Trio“ beim BKA erfolgt. Das haben nicht wir gemacht, sondern das wurde dort gemacht. Und in welcher Güte und Intensität das erfolgt ist, das kann ich Ihnen nicht sagen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber würden Sie mir zustimmen, dass es eigentlich jetzt nach den ganzen Erfahrungen der letzten 13 Jahre besser wäre, wenn man nicht wieder sagt, diesen Fehler wiederholt: „Wir gleichen Wissen punktuell ab, regional begrenzt, also Baden-Württemberg LKA

gleich mit Baden-Württemberg LfV ab“, sondern eigentlich man sagen müsste: „Alle Hinweise, die den nachrichtendienstlichen Bereich betreffen, müssten an alle 17 gehen, und jedes müsste seinen Wissensstand damit abgleichen“? Sonst laufen wir doch wieder Gefahr, dass Wissen, das irgendwo vorhanden sein mag, das vielleicht sogar Dinge in Baden-Württemberg erklären kann, aber nicht in Baden-Württemberg vorhanden ist, nicht erkannt wird. Oder sehe ich das falsch?

Zeuge Axel Mögelin: Ich denke, der Aufbau und die Struktur der Nachrichtendienste und wie die ihre Nachrichten austauschen, unter welchen rechtlichen Bedingungen und unter Beachtung des Trennungsgebotes, das müssen die festlegen. Da gibt es auch Dinge zu beachten wie Quellenschutz usw. Das kann ich jetzt von der Ferne so pauschal in meiner Funktion als Soko-Leiter nicht beurteilen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Aber irgendjemand muss es ja in die Hand nehmen. Das werden die Verfassungsschützer nicht alleine machen. Eigentlich müsste die leitende Ermittlungseinheit jetzt sagen: Alles, was wir haben an offenen Fragen, gleichen wir ab, und zwar nicht mit einem Verfassungsschutzamt, sondern - man kann es ja über das BfV machen - mit allen 17.

Zeuge Axel Mögelin: Davon gehe ich aus, dass das Bundeskriminalamt das gemacht hat. Aber ich bin als Soko-Leiter eines regionalen Ermittlungsabschnitts eben nicht in Meckenheim. Und ich denke, als Bundesbehörde kennen sie auch die Vorgeschichte und werden natürlich in einem Fall, wo es auch um Extremismus und Terrorismus geht, eng mit dem BfV zusammenarbeiten.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Nicht nur mit dem BfV, mit den anderen 16 halt auch.

Zeuge Axel Mögelin: Das mag so sein. Aber das kann ich von hier nicht sagen, in welchem Zusammenhang das erfolgt ist. Das ist einfach eine Riesen-BAO mit über 400 Polizisten. Da ist mir nicht jede Information zugänglich.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Wir werden da noch mal nachfragen. Wir werden

die Ermittler ja hier haben. Ende des Monats, also in der nächsten Sitzungswoche freitags, kommen ja BKA und GBA. Dann klären wir all diese Fragen. Aber ich bin gespannt, ob es jetzt so gemacht wird, wie wir es immer erwartet haben.

Ein letzter Punkt von mir, auch eine Merkwürdigkeit, wo ich Sie einfach um Ihre Einschätzung bitte. Sie kennen die DVD. Also, es gibt mehrere, aber Sie kennen die letzte DVD dieses Trios, die „Pink Panther“.

Zeuge Axel Mögelin: Ja.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Sie haben sie auch mal sich angesehen, wahrscheinlich analysiert, nehme ich an?

Zeuge Axel Mögelin: Ja, natürlich.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Auf der DVD sieht man ja völlig menschenverachtend, wie diese Trickfilmfigur Paulchen Panther mit der - - also mit dem Zeigefinger einem Polizisten - der im Hintergrund; es sind Originalaufnahmen aus der „Tageschau“, glaube ich - in den Kopf schießt. Also, Pink Panther schießt dem Polizisten in den Kopf.

Jetzt habe ich in den Akten gefunden, dass es 2009, also bevor diese DVD ja bekannt wurde, einen Hinweis gegeben hätte auf eine OK-Gruppierung, die für diese Tat infrage kommen soll. Es war einer von vielen Hinweisen ins OK-Milieu, das räume ich ein. Und diese Gruppierung nennt sich „Pink Panther“. Auch wieder Zufall, dass jemand zwei Jahre vorher sagt: „Mit dem Polizistenmord hat eine Gruppe zu tun, die sich ‚Pink Panther‘ nennt“, natürlich im OK-Bereich verortet? Oder wie bewerten Sie es?

Zeuge Axel Mögelin: Ja gut, es - -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Und dann wird die DVD ja anders gemacht. Das darf man nicht vergessen. Die DVDs waren - - Die ersten waren ja dieses typisch Krude, Dunkle. Und nach dem Polizistenmord wird eine neue gemacht, wo auf einmal Pink Panther die gesamte tragende Figur ist. Zufall einfach, oder?

Zeuge Axel Mögelin: Ich kann Ihnen etwas zu der Spur sagen, und das betraf eine OK-Gruppierung aus dem osteuropäischen

Raum. Das war der erste Hinweis. Und die VP hat sich dann konkretisiert und hat gesagt, das sei eine andere Gruppierung, der sogenannte Sabac-Klan³. Und die Begrifflichkeit „Pink Panther“, soweit ich weiß, in dem Bereich ist auch eine mediale. Da wird der Begriff für eine ganze Reihe von Banden benutzt, sodass dann der eigentliche Hinweis auf diesen Klan ging. Das hat man dann überprüft. Von daher ist das einfach der Ursprungshinweis. Und die eine Gruppe hieß schon immer so. Und von daher ist das der Fakt, und ich sehe keinen Zusammenhang von der Spur mit der jetzigen Spur zum NSU.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Okay, gut. - Die Frau Kollegin hat noch eine Frage.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Ich würde auch noch gerne einige wenige Fragen an Sie richten. Zum einen: Sie haben ja im Umfeld von Frau Kiesewetter durchaus umfangreich auch ermittelt. Haben Sie die gleichen Fragen eigentlich auch im Bezug auf das andere Opfer gestellt und in dem Umfeld genauso stark ermittelt?

Zeuge Axel Mögelin: Natürlich haben wir die Umfeldermittlung auch im Umfeld vom überlebenden Polizeibeamten gemacht. Ein Vorteil war: Man konnte ihn zum Teil einfach noch selber fragen, was er gemacht hat, was er getan hat, wen er kennt. Wir haben natürlich auch dort das Umfeld gefragt, ob es Ideen hat, dann auch nach dem 04.11., ob es Bezüge gab nach rechts, ob es irgendwelche Vorfälle gab, hat dessen Kollegen befragt.

Ein Grund, warum die nicht so intensiv waren bzw. nicht so viele Ansatzpunkte gaben, waren eben die örtliche Distanz dann oder dann der Treffer NSU, dann Verortung Richtung Thüringen.

Und das andere war, dass der überlebende Kollege sehr kurz erst in der Einheit war. Das heißt, der hatte auch nicht so viele Einsätze, die man analysieren konnte. Das heißt, da er relativ frisch erst da war, war es einfach ein kleinerer Rahmen zum Abklären. Aber man hat sich da gleich drum gekümmert, weil es gibt zwei Opfer. Und wir wissen natürlich nicht - - Wenn wir eine Hypothese haben, gezielter Anschlag, weiß ich ja nicht, wem er gilt. Deshalb muss ich ja immer beide gleich intensiv anschauen.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Gab es denn zu irgendeinem Zeitpunkt damals oder auch aus heutiger Sicht eine Eingrenzung auf die Hypothese, dass Frau Kiesewetter Ziel des Anschlags war oder jedenfalls eher als Ziel infrage kam als der Kollege?

Zeuge Axel Mögelin: Nein. Wir haben uns da nie eingegrenzt, wobei ein zielgerichteter Personenanschlag jetzt nie eine - - sagen wir so: keine favorisierte Hypothese war. Es war eine; die haben wir nie ausgeschlossen. Aber die haben wir jetzt nicht favorisiert.

Es ging eher - - Unsere Arbeitshypothese, eine der primären, war eher die Polizei als solche, aber nicht einzelne Personen.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Okay, das erklärt schon einiges. Trotzdem noch mal auch die Frage: Sie sagten, es hätte keine Hinweise darauf gegeben, dass Frau Kiesewetter irgendwo im rechtsextremistischen Umfeld verstrickt ist oder auch nur Kontakte oder so was dahin hätte.

Wurde es denn vielleicht auch unter der Fragestellung mal untersucht oder problematisiert, ob sie nicht vielleicht Ziel eines rechtsextremistischen Täters gewesen sein könnte, also nicht selber drin verwickelt, selber diesem Gedankengut anhängend, sondern eben vielleicht gerade nicht und deshalb Ziel einer rechtsextremistischen Tat sein könnte?

Zeuge Axel Mögelin: Das war ja auch immer Ziel der Ermittlungen im BKA, das Warum, das Motiv zu finden. Man hat ja auch alle - - Wir haben ja auch Beamte hochgeschickt, die die Asservate, die in der Frühlingsstraße gesichert wurden, noch mal nach Heilbronner Gesichtspunkten anguckten, also an Daten. Man hat ja - - Das BKA hat ja alle Datenträger ausgewertet: Gibt es irgendwo Vorbereitungshinweise? Gibt es Notizen, wo der Name auftaucht? Gibt es irgendwas? Aber wir haben einfach nichts gefunden.

Es gibt einfach keine Hinweise, dass Frau Kiesewetter gezielt ausgesucht wurde. Weder in den Asservaten, soweit mir bekannt ist, bis zum 27. April, hat man irgendwelches - - seien es Schriftstücke, seien es Datenträger, irgendwelche DVDs, gefunden, wo das thematisiert wurde seitens der vermeint-

³ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 1)

lichen Täter, noch hat man bei über 200 Vernehmungen im Umfeld von Frau Kiesewetter darauf Hinweise gefunden, noch bei, ich glaube, 96 - ich weiß es nicht mehr ganz genau - Vernehmungen im Umfeld Arnold.

Von daher haben wir einfach keine Hinweise finden können, dass es sich um eine gezielte Tat handelt.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Noch eine Frage. Der Kollege Martin Arnold hat ein Phantombild erstellt, und dann ist dieses aus Sicherheitsgründen nicht verwendet worden. Er selber hat sich dagegen gewandt. Was steckte da dahinter? Das habe ich nicht verstanden.

Zeuge Axel Mögelin: Das Phantombild wurde erstellt, und es gab dann ein Gutachten, das von der Staatsanwaltschaft Heilbronn in Auftrag gegeben wurde. Der Gutachter hat das Phantombild für nicht verwertbar gehalten, und deshalb hat die Staatsanwaltschaft Heilbronn eine Veröffentlichung abgelehnt. Also Sicherheitsinteressen haben da keine Rolle gespielt. Das war eine gutachterliche Entscheidung.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Okay, vielen Dank.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Ich habe noch eine - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Stracke wollte weiterfragen. - Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Özoğuz?

Stephan Stracke (CDU/CSU): Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte.

Aydan Özoğuz (SPD): Also nur, um das zu verstehen: Heißt das, es wurde dem Kollegen nicht zugetraut, dass er richtige Angaben machen kann, also so präzise genug, dass es dann verwertbar wäre, dieses Bild?

Zeuge Axel Mögelin: Ich möchte jetzt aufgrund des Persönlichkeitsschutzes auf Details von diesem Gutachten eigentlich nicht gern eingehen. Das ist in den Akten drin. Ich würde es aber jetzt - -

Herr Arnold ist ein Opfer, ein Überlebender, und ich würde jetzt das hier - - Sie können das nachlesen. Es ist in den übermittel-

ten Akten. Ich würde mich aber da gern jetzt zurückziehen auf das, was ich gerade gesagt habe.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist völlig korrekt. - Dann Herr Stracke, bitte.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Ich habe noch eine Frage, aber gar nicht an Sie, Herr Mögelin, sondern an den Kollegen Ströbele. Und zwar: Herr Ströbele, Sie hatten vorher das Thema Trio in der Disco benannt gehabt, und mich würde die Fundstelle interessieren; die habe ich nämlich nicht in den Akten.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass sie in der Disco waren, hat er ja gesagt!)

Zeuge Axel Mögelin: Nein, nein, vom Trio nicht. Entschuldigung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist zwar unüblich, dass sich die Kollegen fragen, aber - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass sie in der Disco eingesetzt war. Ich weiß jetzt nicht mehr, wo ich sie habe. Meine Festplatte ist vor ein paar Tagen abgestürzt. Aber das hat der Zeuge ja gesagt,

(Clemens Binniger (CDU/CSU):
Wurde Ihre Festplatte
geschreddert? - Heiterkeit)

- nein -, dass sie in der Disco waren. Mir kam es natürlich darauf an, ob auch andere in der Disco waren.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielleicht können Sie den Sachverhalt, Herr Mögelin, noch mal kurz klarstellen.

Zeuge Axel Mögelin: Ich weiß ja nun nicht - - Es ging hier um die Frage, wann das Trio in der Disco war. Das kann ich nicht beantworten. Ich weiß, wann die Frau Kiesewetter - - Da hatte sie Einsätze. Und wie oft sie privat war, weiß ich auch nicht. Aber die Frage vom Herrn Stracke, die müssten Sie beantworten, weil das konnte ich ja nicht beantworten.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Mich interessiert - weil Sie ja darauf angesprochen haben, Herr Ströbele, auf dieses Thema -,

weil ich es nicht in den Akten habe, wie Sie darauf kommen. Nehmen Sie da Bezug auf eine Berichterstattung, oder haben Sie da weiterführende Informationen? Das würde mich einfach interessieren.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass das Trio in der Disco war?)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können Sie das Mikrofon bitte einschalten, Herr Ströbele?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Dass das Trio in der Disco war, davon bin ich nicht ausgegangen, habe ich auch nicht gefragt, sondern ob irgendeiner von den dreien in der Disco war, weil wir ja Hinweise haben - da komme ich gleich noch mal drauf mit Fragen -, dass sie vorher - - mindestens Frau Zschäpe im Raum Ludwigsburg festgestellt worden ist, ein paar Jahre vorher, bei einer Schlossbesichtigung oder Ähnlichem. Da soll es ja auch ein Foto geben und Ähnliches.

Aber die Frage ist, ob sie genau in diesen Tagen da auch noch mal waren, also vom 16. bis zum 25.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die Union hat vorläufig keine weiteren Fragen. - Dann hat jetzt die SPD-Fraktion das Frage-recht. Davon wird kein Gebrauch gemacht. - Dann die FDP-Fraktion. Auch nicht. - Die Linksfraktion. Herr Petermann.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ja, vielen Dank. - Ich möchte noch mal auf die OFA-Analyse zurückkommen. Dort wird doch sehr schnell ein politischer Hintergrund der Tat ausgeschlossen. Es heißt dort:

Ein politisch motivierter Anschlag gegen Staatsorgane ist eher auszuschließen. Es fehlt ein Bekennerschreiben, und die Tat weist insgesamt zu viele Elemente einer allgemein kriminellen Tat auf. (?)

Was sind in diesem Zusammenhang die allgemein kriminellen Elemente einer Tat, nach Ihrer Sichtweise?

Zeuge Axel Mögelin: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Es ist einfach so: Da bin ich kein Experte. Die OFA hat da verschiedene Kriterien. Das sind ausgebildete Spezialisten. Wenn Sie Fragen dazu haben, wie eine

OFA-Analyse entsteht, dann müssten Sie die Ersteller dieser Expertise fragen. Ich bin Empfänger dieses Gutachtens. Ich nehme das zur Kenntnis.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ja, aber wenn Sie das als Ermittler lesen, dann steht dort was von Elementen einer allgemein kriminellen Tat. Da müssen Sie doch eine Vorstellung davon haben, was das ist: allgemein kriminelle Elemente. Sonst können Sie das ja gar nicht verstehen, diese Analyse. Haben Sie da mal nachgefragt eventuell oder - -

Zeuge Axel Mögelin: In dem Zusammenhang meinen sie halt: von der Auswahl der Opfer, es gibt keine Bekennung. Es gibt da schon verschiedene Indikatoren. Aber welche Indikatoren sie jetzt genau - - Wichtig ist ja für uns die Schlussfolgerung gewesen.

Und das muss man auch immer sagen: Eine OFA-Analyse ist ja nur ein Ermittlungshinweis. Das ist ja nicht apodiktisch, dass dann in andere Richtungen nicht ermittelt wird, sondern das ist eine Ermittlungshilfe für den Soko-Leiter. Die kann man beherzigen, muss man aber nicht. Die OFA gibt eine Einschätzung ab. Die guckt man sich an, und dann überlegt man sich: Okay, einige Teile davon übernehme ich und andere eben nicht.

Jens Petermann (DIE LINKE): Aber das würde ja voraussetzen, dass man sie versteht. Wenn Sie mit dem Begriff nichts anfangen können, haben Sie es vielleicht auch gar nicht verstanden, diesen Hinweis. Könnte man das so sagen?

Zeuge Axel Mögelin: Ja, ich denke, ich habe die Analyse in der Gesamtheit schon verstanden. Ob ich die Herleitung jedes gutachterlichen Schrittes dann nachvollziehen kann, ist ja ähnlich wie bei der Kriminaltechnik, wenn es dann heißt, das war die Tatwaffe, und aus den und den Gründen - - Ob ich dann jeden Begriff in einem kriminaltechnischen Gutachten herleiten kann, weiß ich nicht. Aber ich traue mir schon zu, in der Gesamtheit das dann verstehen zu können.

Jens Petermann (DIE LINKE): Okay. - Eine weitere Frage: Spielte in den Überlegungen der Soko eine Rolle, dass Polizisten als Feindbilder der rechten Szene schon

häufiger Opfer von Nazis geworden sind und dass es bis 2007 mindestens vier Tötungen von Polizisten gab, die auf das Konto von Nazis gingen? Ich verweise da auf Dortmund und Schleswig-Holstein.

Zeuge Axel Mögelin: Ich habe ja immer gesagt: Wir hatten einfach keinerlei Hinweise. Wir gehen ja vom Tatort aus. Wir hatten weder Personen aus der Szene - - Wir hatten einfach keinerlei Hinweise, dass es so ist. Von daher hat es auch in dem Sinne jetzt für uns keine Rolle gespielt, weil ich objektiv keine Verbindungspunkte gefunden habe.

Und es ist das, was ich eingangs gesagt habe: Ich kann nicht losgelöst von jeder Hinweislage, die ich habe, jeder theoretisch denkbaren Möglichkeit nachgehen. Das liegt einfach nicht im Rahmen des Möglichen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Hinweise hatten Sie auch nicht bekommen im Jahre 2009 vom Landesamt in Baden-Württemberg?

Zeuge Axel Mögelin: Wie meinen Sie jetzt?

Jens Petermann (DIE LINKE): Hinweise auf mögliche rechtsextremistische Hintergründe gab es nicht, auch nicht vom Landesamt für Verfassungsschutz?

Zeuge Axel Mögelin: Keine belastbaren. Zumindest kann ich mich nicht daran erinnern.

Jens Petermann (DIE LINKE): Das heißt aber nicht, dass es keine gegeben hat. Sie können sich nur nicht daran erinnern.

Zeuge Axel Mögelin: Ja. So - - Bei 900 Aktenordnern - -

Jens Petermann (DIE LINKE): Ja. Es ist ja - - Sie können das ja - - Es ist ja okay, wenn - -

Zeuge Axel Mögelin: Deshalb sage ich es so.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ja, danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann kann jetzt Bündnis 90/Die Grünen fragen. Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Mögelin, nur, um das abzurunden: Sind Sie davon informiert - das ergibt sich jedenfalls aus den Unterlagen -, dass mehrere Personen aus dem Trio in den Jahren 2003, möglicherweise auch 2004, sich im Raum Ludwigsburg/Stuttgart aufgehalten haben?

Zeuge Axel Mögelin: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sagen, welche Erkenntnisse - - Das ist nachträglich festgestellt worden - ist das richtig? -

Zeuge Axel Mögelin: Ja, das ist richtig.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - aufgrund der Asservate, die man bei ihnen gefunden hat.

Zeuge Axel Mögelin: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sagen, welche - - also, wer sich dort aufgehalten haben soll und was Sie dazu herausbekommen haben, was da festgestellt worden ist?

Zeuge Axel Mögelin: Es gibt, was der Abgeordnete Binninger schon angesprochen hat, das Foto nachweislich von der Frau Zschäpe am Blühenden Barock in Ludwigsburg, datierend auf jeden Fall vor 2004 wegen Umbaumaßnahmen.

Daraufhin⁴ hat man im Brandschutt verschiedene Stadtpläne gefunden von Stuttgart und auch Heilbronn, die stark brandbeschädigt waren. Und darüber hinaus hat man noch eine weitere CD gefunden mit Bildern aus Stuttgart, wo es um vermeintliche Abspähversuche des - - praktisch der beiden männlichen NSU-Mitglieder geht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also insbesondere bei Herrn Bönnhardt, so steht das hier, geht man davon aus, dass er sich dort aufgehalten hat.

Zeuge Axel Mögelin: Das kommt jetzt darauf an.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 2004, glaube ich, nicht?

⁴ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

Zeuge Axel Mögelin: Das kommt jetzt darauf an: War es - - Da waren, glaube ich, beide darauf.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 2003.

Zeuge Axel Mögelin: Ich weiß jetzt nicht genau, was - - Auf diesem Ausspähversuch waren beide dabei. Ich weiß nicht - - Ich glaube, es sind beide darauf. Aber genau kann ich es Ihnen jetzt nicht sagen. Wenn Sie darauf - - Das ist so, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Erkenntnisse, ob darauf vielleicht ein Motiv oder ein Grund für ihren Aufenthalt dann 2006 oder 2007 da noch mal war, das haben Sie nicht festgestellt?

Zeuge Axel Mögelin: Das war einer unserer Hauptansatzpunkte. Wir haben auch deshalb alle Banküberfälle in Baden-Württemberg noch mal aus dem näheren Zeitraum, drei Jahre zurück - - alle noch mal überprüft, ob das der Grund war. Wir haben immer diesen Grund gesucht, warum Heilbronn, eben gerade, um diese Motivfrage, die über allem schwebt - - um da einfach die Verbindung zu finden. Und es ist uns in dem Maße einfach nicht gelungen. Es gab da einfach - -

Man konnte diese faktisch belegbare Verknüpfung - - Das ist Fakt, was Sie sagen; die waren auch mal in Baden-Württemberg, haben sich dort aufgehalten, hatten eventuell auch Beziehungen dahin. Aber ob diese ganzen Beziehungen jetzt im Zusammenhang mit dem Mord an Michèle Kiesewetter und dem versuchten Tötungsdelikt an dem überlebenden Kollegen - - ob das ein Grund dafür war oder eine Vorplanung, konnte nicht ermittelt werden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist ja schon auffällig, dass der Mord in Heilbronn passierte und dann nachträglich festgestellt worden ist, dass die offensichtlich in der Zeit, als sie untergetaucht waren und als sie Morde begangen haben, sich auch dort in der Gegend aufgehalten haben, mehrere von ihnen, wahrscheinlich alle drei.

Zeuge Axel Mögelin: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gibt es weiteren Fragebedarf? - Das scheint der Fall zu sein. - Die Union wäre jetzt ohnehin dran. Herr Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nicht mehr viel, Herr Mögelin. Aber ich bin noch mal auf etwas gestoßen - Stichwort: Glaubwürdigkeit des ehemaligen LfV-Mitarbeiters -, was mich doch etwas beschäftigt, und ich will Sie fragen, ob Sie, wenn ich Ihnen das vorhalte, möglicherweise zu einer anderen Bewertung gelangen. Es betrifft MAT A GBA-4/20.

Nachdem nämlich der Hinweis des ehemaligen LfV-Mitarbeiters beim BKA einging, er hätte im Jahr 2003 von einer Quelle etwas erfahren, wurde ja auch der Geistliche zunächst mal telefonisch befragt, bevor er vernommen wurde, und zwar am 26.11. vom Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Soko „Parkplatz“ - Kollegennamen lasse ich weg -, Aktenvermerk zu Spur 5085 - ich darf kurz vorlesen - vom 26. November 2011:

Gegen 14.20 Uhr erfolgte ...

- der Rückruf des Geistlichen; den Namen lasse ich auch weg -

... wurde in gebotenem Umfang mit dem Gegenstand des Hinweises vertraut gemacht. Er erklärte dazu, dass dieser zutrefte; allerdings sei ihm der Informant nicht „aus Jugendzeiten bekannt“ gewesen.

Jetzt kommt der Satz:

Der Informant habe seinerzeit

- also 2003 -

„eigenartige Dinge“ zu den Themen „Mord in Stuttgart“, „Mossad“ und „Rechtsradikale“ berichtet und ansonsten einen „wirren, ... komischen Eindruck“ gemacht.

Also, der Geistliche sagt über sein Gespräch mit der Quelle bei der ersten Befragung, hinterher bei der Vernehmung dann nicht mehr, leider, aber bei der ersten Befragung - -

(Der Zeuge zuckt mit den Schultern)

- Ja, wir müssen dann ja beides gegeneinanderstellen und nicht das nur nehmen, was halt gerade die Glaubwürdigkeit erschüttert.

Bei der ersten Befragung sagt er: Ich hatte Kontakt mit diesem Hinweisgeber. Der redet einen Haufen Zeug über Mossad und alles Mögliche, aber auch über Rechtsradikale. Vermerk des LKA. Dann könnte ja wiederum etwas mehr dran sein, oder sehen Sie es anders?

Zeuge Axel Mögelin: Glaubwürdigkeitsbeurteilung, das ist eine wissenschaftliche Disziplin. Die kann ich von hier, von dem Tisch aus, nicht machen. Ich muss mich einfach an die Fakten halten. Und die Fakten sind: Wir haben den Informanten gefragt; er konnte uns nichts sagen. Fakt ist: Wir haben die Behörde gefragt. Die sagt: Da war nichts. - Und damit ist für mich die Spur abgearbeitet.

Wenn ich immer in meiner Einschätzung manchmal noch weitermachen würde -- Darauf kann ich mich nicht verlassen als Polizeibeamter, sondern das, was rechtlich und taktisch möglich ist, haben wir getan. Und ich sehe keine anderen Möglichkeiten, da noch weiterzumachen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber den Widerspruch sehen Sie schon auch, dass der Geistliche eben beim ersten Kontakt mit der Polizei - beim ersten Kontakt mit der Polizei - am Telefon, nachdem man ihm den Sachverhalt schildert und fragt: „Was haben Sie denn damals mit dem gesprochen, bevor Sie ihn vermittelt haben an den Verfassungsschutz?“, dort sagt: „Ja, das Thema waren auch Rechtsradikale“?

Diesen Widerspruch sehen Sie dann schon auch, dass - -

Zeuge Axel Mögelin: Ich kenne den Zusammenhang von dem Aktenvermerk nicht. Ich weiß nicht, in welchem Zusammenhang der jetzt geschrieben wurde. Natürlich ist es, wenn das da so drinsteht, und er hat es so gesagt, dann ein Widerspruch. Aber wie sich der jetzt erklärt und warum er dann in der Vernehmung - - Man hat ja ihn danach vernommen; da sagt er es ja dann nicht mehr.

Das Problem ist: Es kann keiner konkretisieren. Es bleibt an diesen zwei Begriffen „Mundlos“ und „NSU“ der Anfangsmeldung stehen. Darüber hinaus kann mir keiner Details sagen. Und damit kann ich jetzt als Polizei keine weiteren Verbindungen finden.

Aber vielleicht kann das Landesamt für Verfassungsschutz da ja noch was dazu beitragen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich wollte ja auch keine weiteren Fakten von Ihnen hören, sondern nur den Fakt bestätigen wissen, dass dieser Begriff eben dann halt doch mal fiel und dann wir wieder bei dem Thema sind: Dann steht eben Aussage gegen Aussage und beim Geistlichen erstes Gespräch gegen zweites Gespräch, aber jetzt nicht alles offensichtlich völlig aus der Luft gegriffen ist in diesen Jahren. - Okay.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gibt es weiteren Fragebedarf bei den übrigen Fraktionen, SPD, FDP, Linksfraktion, Bündnis 90? - Das ist nicht der Fall.

Herr Mögelin, damit wären wir am Ende Ihrer Zeugenbefragung angelangt. Ich bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss zur Verfügung gestanden haben für die Beantwortung von Fragen.

Wie bereits einleitend angekündigt, geht Ihnen der Entwurf des Stenografischen Protokolls mit der Möglichkeit, diesen innerhalb von zwei Wochen zu überprüfen, zu. Und ich würde Sie dann für heute verabschieden. Herzlichen Dank.

Zeuge Axel Mögelin: Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wegen zwei konkreter zu besprechender Punkte, von denen ich glaube, es wäre hilfreich, sie gemeinsam zu besprechen, bevor hier einzelne Fraktionen öffentliche Statements gleich abgeben, würde ich vorschlagen, eine Beratungssitzung direkt anschließen zu lassen, bevor wir dann in die Pause gehen.

Wir haben jetzt ziemlich genau 15 Uhr. Ich denke, wir werden nicht mehr als eine halbe Stunde für die Beratungssitzung brauchen. Dann wäre mein Vorschlag, dass wir uns um 16.30 Uhr hier wieder zusammenfinden.

Also, wir machen jetzt die Beratungssitzung. Dann machen wir eine einstündige Pause oder jedenfalls eine Pause und treffen uns hier wieder um 16.30 Uhr. Ist das in Ordnung? - Dann bitte ich, jetzt die Nichtöffentlichkeit herzustellen, damit die Beratungssitzung eröffnet werden kann.

Die öffentliche Beweisaufnahme ist unterbrochen.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Öffentlich:
15.06 Uhr - Folgen Sitzungsteil
Beratung und Pause)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Öffentlich:
16.54 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sehr geehrte Damen und Herren! Werter Zeuge Meyer-Manoras, ich bitte die zeitliche Verzögerung zu entschuldigen; es mussten hier noch einige dringende Fragen dem Versuch unterzogen werden, sie sukzessive einer Klärung zuzuführen.

Ganz kurz vorab eine Information für die Ausschussmitglieder: Wir haben ja vorgesehen, für den Teil der Haushaltsberatungen, der sich heute Abend mit dem Einzelplan 06, das heißt, dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, beschäftigt, hier zu unterbrechen, damit die Parlamentarier, die ja überwiegend Innenpolitiker sind, an dieser Debatte im Plenum teilnehmen können. Mein Vorschlag wäre, entsprechend dann die Befragung des Zeugen Meyer-Manoras zu unterbrechen, aber nach dieser Unterbrechung eine ganz kurze Beratungssitzung erfolgen zu lassen, bevor wir ins Plenum gehen, weil ich Ihnen gerne über den Inhalt eines Telefonates, das ich soeben mit dem Berliner Innensenator, Herrn Henkel, geführt habe, Informationen geben möchte. Das möchte ich hier nicht in öffentlicher Sitzung tun.

Was ich aber kurz bekanntgeben möchte, was Ihnen verteilt wird - hier unten jedenfalls im Saal -: Es gibt eine Stellungnahme der Generalbundesanwaltschaft zu einer jetzt wohl anstehenden Veröffentlichung bei *Spiegel online*, die sich bezieht auf das Thema Berlin und uns noch nicht zugeleitete Akten. Diese Stellungnahme wird hier jetzt gleich als Tischvorlage verteilt, sodass Sie sich da selber ein Bild machen können.

Ich darf Sie darüber hinaus unterrichten, dass in Ihre Büros in wenigen Minuten die komplette Personalakte zu Herrn Mundlos aus seiner Bundeswehrzeit gehen wird. Sie ist vor 55 Minuten per E-Mail vom Bundesverteidigungsministerium an uns gesandt worden, offenkundig deshalb, weil diese Akte dem bereits genannten Onlinemedium vorzuliegen scheint. Ich darf übrigens für künftige Fälle in Richtung Bundesregierung sagen: Also, wenn so etwas passiert, bitte nicht mit dem Finger auf den Ausschuss zeigen. Was wir nicht haben, können wir auch nicht *Spiegel online* geben; das können ja nur die machen, die Zugriff haben. - Aber so viel dazu,

und zum Thema Berlin dann nachher in der Beratungssitzung noch Weiteres.

Herr Meyer-Manoras, vielen Dank für Ihr Verständnis.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Nichts zu danken.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir kommen jetzt zu Ihrer Befragung als Zeuge.

Vernehmung des Zeugen Christoph Meyer-Manoras

Kamerateams sind nicht mehr im Saal. Ich darf noch mal darauf hinweisen, dass Tonaufnahmen, Bildaufzeichnungen, Filmaufnahmen auch von der Tribüne aus unzulässig sind. Ich bitte, die Handys auszuschalten, weil man mit modernen Funktelefonen natürlich auch Aufzeichnungen und Aufnahmen fertigen kann. Zuwiderhandlung usw. usf. - - Das führt zu unerfreulichen Konsequenzen.

Ich stelle fest, Herr Meyer-Manoras, dass Sie ordnungsgemäß geladen sind. Die Ladung haben Sie am 16. Juli 2012 erhalten. Eine Aussagegenehmigung bezüglich Ihres Erscheinens hier und Ihrer Aussagen liegt vor mit Datum vom 17. Juli 2012, ausgefertigt durch die Staatsanwaltschaft Heilbronn.

Herr Meyer-Manoras, es wird - abweichend von dem, was ich gerade ausgeführt habe zum Thema Aufnahmen - eine Aufnahme geben, nämlich eine Tonbandaufnahme Ihrer Vernehmung durch die Verwaltung des Deutschen Bundestages, die allerdings ausschließlich dazu dient, die Erstellung des später zu fertigenden Stenografischen Protokolls zu erleichtern. Das heißt, wenn das Protokoll gefertigt worden ist, wird diese Aufnahme gelöscht und nicht weiter archiviert. Sie haben die Möglichkeit, nach Zuleitung des vorläufigen Stenografischen Protokolls in einer Frist von zwei Wochen Anmerkungen oder Ergänzungen geltend zu machen und uns diese anzuzeigen.

Herr Zeuge, ich habe Sie aus formalen Gründen einleitend zu belehren: Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf strafrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht

hinzuweisen. Derjenige, der vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann. - Haben Sie zu dem von mir bisher Vorgetragenen Fragen?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Ich habe keine Fragen, danke, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann möchte ich Sie bitten, sich dem Ausschuss mit vollständigem Namen und der Angabe von Alter und Beruf vorzustellen und uns kurz mitzuteilen, ob die verwendete Ladungsanschrift nach wie vor aktuell ist.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Ja, mein Name ist Christoph Meyer-Manoras, ich bin 50 Jahre alt, verheiratet, Erster Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Heilbronn. Im Übrigen bleibt es bei der ladungsfähigen Anschrift.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie haben nach dem Untersuchungsausschussgesetz Gelegenheit, sich vor Ihrer Vernehmung im Zusammenhang zu äußern. Ich habe Sie diesbezüglich, als wir uns kurz gesprochen haben, vor wenigen Minuten, gefragt, ob Sie davon Gebrauch machen möchten. Sie haben ausgeführt, dass Sie eine direkte Befragung bevorzugen würden.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wegen der fortgeschrittenen Zeit würde ich jetzt, jedenfalls zum gegenwärtigen Zeitpunkt, auf eigene Fragen zunächst verzichten und eventuell nachher einige Fragen an Sie richten, sondern erst den Fraktionen Gelegenheit geben, ihre Fragen zu artikulieren. Wenn Sie damit einverstanden sind - ich gehe davon aus -, hat demnach jetzt zunächst die Unionsfraktion das Fragerecht, und das Wort hat der Kollege Clemens Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, vielen Dank. - Herr Zeuge, ich will vorneweg ein paar grundsätzliche Fragen stellen und dann auch sehr punktuell auf ganz bestimmte Dinge eben abheben, die mich interessieren.

Wann sind Sie als Staatsanwalt mit diesem Ermittlungsverfahren betraut worden, und wie lief das ab?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Also, ganz exakt wurde ich am 26.04.2007 mit dem Ermittlungsverfahren beauftragt. Am 25.04. wusste ich noch nicht, dass ich den Fall übernehmen werde, und der Leitende Oberstaatsanwalt hat mir dann den Fall übertragen in Übereinstimmung mit meinem Abteilungsleiter.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hatten Sie in der Vergangenheit schon mal so einen Fall - sicher noch nie -, aber ähnlich komplexe oder aufwendige Fälle zu behandeln als Staatsanwalt?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Also, sagen wir es mal so: Ich glaube, es gibt in Heilbronn wahrscheinlich kaum einen Staatsanwalt, der über mehr Schwurgerichtserfahrung verfügt als ich. Ich habe schon mit 33 Jahren meinen ersten Schwurgerichtsfall gehabt - das ist natürlich extrem früh -, und ich würde sagen, einige Dutzend Fälle habe ich schon bearbeitet. So komplex, was die Ermittlungsarbeit angeht, so komplex war natürlich noch gar kein Fall. Also, er zeichnete sich vor allen Dingen eben dadurch aus, dass er überhaupt keinen roten Faden zuließ und auch erkennen ließ. Man kann also wirklich mit Fug und Recht sagen, wir tappten - im Nachhinein muss man sagen - eigentlich bis zum 04.11. komplett im Dunklen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Kommen wir vielleicht noch mal darauf zurück. Wie muss ich mir die Zusammenarbeit zwischen Ihnen und der Polizei in den ersten Wochen und Monaten vorstellen? Da entsteht zwar bei der Polizei im Zweifel ja schon viel Papier und ab und zu auch sicher mal ein Zwischenbericht über den Stand der Ermittlungen, an Sie adressiert. Aber wie muss man sich das konkret vorstellen? Wie intensiv war der Kontakt, der Austausch, und wie fand er statt?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Also, das erste halbe Jahr war der Austausch extrem intensiv. Also, wenn andere Staatsanwälte Feierabend gemacht haben, dann bin ich zur Soko gefahren, eigentlich jeden Tag. Also, unter diesem Ermittlungsverfahren hat mein Privatleben auch erheblich gelitten.

Clemens Binninger (CDU/CSU): So geht es der Polizei ständig.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: So ist es, so ist es. Also, aber ich will mich nicht beschweren, ich bin mit meiner Frau immer noch verheiratet, und es ist auch alles in Ordnung. Aber was ich damit sagen will, ist: Ich war also, man kann sagen, das erste halbe Jahr eigentlich durchgängig bei der Soko „Parkplatz“.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie waren auf dem neuesten Stand, immer, kann man das so sagen?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Ich wurde natürlich mündlich über das Wesentliche informiert. Schriftlich habe ich sehr selten was gesehen. Also, wenn ich schriftlich was gesehen habe, dann war es in der Regel im Zusammenhang mit Anträgen, die ich stellen sollte. So einen Gesamtüberblick über die Spuren hatte ich nicht und habe ich auch bis zum heutigen Tag nicht. Also 4 599 Spuren, das würde ich nicht mal ansatzweise hinbekommen, um was für Spuren es sich im Einzelnen handelt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Haben Sie wiederum selber Ihren vorgesetzten Behörden, also dem Herrn Pflieger als Generalstaatsanwalt oder dem Justizministerium, über den Fall berichtet? Bestand da eine Erwartungshaltung?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Also, es wurde regelmäßig berichtet, wie das in solchen Fällen auch üblich ist. Also, das ist klar, dass über die wesentlichen Gesichtspunkte dieses Falles der General zu informieren ist, und dann wurde natürlich auch das Ministerium entsprechend unterrichtet, vom General.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Passt das dann mündlich, oder schicken Sie da - -

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Da werden schriftliche - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Einen schriftlichen Bericht an den General jeweils?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Ja. Die sind allerdings meistens relativ kompakt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Er ist ja selber ein außergewöhnlich erfahrener Ermittler; also insofern kann er damit hoffentlich was anfangen.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Ja, der Generalstaatsanwalt Pflieger ist mehr als nur erfahren. Also, er hat ja RAF-Verfahren gehabt. Er kennt sich da wirklich aus.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Dann kam - ich muss noch mal darauf abheben, weil ja da für mich auch interessant ist, ob es jemanden gegeben hätte, der die Polizei von dieser falschen Richtung hätte abbringen können - die Phantomsur, die hinterher auf ein verunreinigtes Wattestäbchen zurückzuführen war. Hatten Sie selber irgendwann mal - - Ich glaube, die kam schon nach vier Wochen; bei der kriminaltechnischen Untersuchung des Dienstfahrzeuges wurde diese DNA isoliert. Dann war klar, sie hat nichts mit den Polizeibeamten zu tun, es müsste eine Täter-DNA sein, und alle waren elektrisiert. Hatten Sie jemals auf der ganzen Strecke, als die Tatorte immer skurriler wurden - vom Kioskeinbruch bis zum Polizistenmord -, mal Zweifel an dieser DNA-Spur? Haben Sie sie mal vorgetragen?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Ja, ja, keine Frage. Also, um es - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und was gab es dann für eine Reaktion?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Ja, lassen Sie es mich ruhig ausführen. Die erste Reaktion, als ich von dieser uwP-Spur erfuhr und davon, dass es eine Frau sein muss, war, weil ich wirklich erfahren bin, was Schwurgerichtsverfahren angeht: Frauen sind normalerweise nicht die typischen Täterinnen für so eine Tat. Also habe ich zu diesem Moment schon gedacht: Das kann ich mir gar nicht vorstellen.

Im Laufe der Zeit - - Also, die Wissenschaftler haben aber immer gesagt: Irrtum ausgeschlossen. Das ging noch bis Ende Dezember 2008, und da gab es zwischendrin auch Überprüfungen dieser Spur. Es gab im April 2008 zum Beispiel auch eine Überprüfung durch das Kriminaltechnische Institut des Landeskriminalamtes, und da wurden - ich weiß nicht ganz genau - 300 oder 500 Blindproben überprüft, mit negativem Ergebnis. Ich weiß, dass ich gerade im Jahr 2008 - ich kann es aber zeitlich nicht einordnen - der Frau Dr. Seychab⁵ wirklich Löcher in den Bauch gefragt habe.

Ich muss allerdings auch sagen: Also, die Spurentreffer haben mich schier verzweifeln lassen. Also, ich habe tatsächlich immer mehr gezweifelt, und zwar schon relativ frühzeitig. Nur, was will man machen? Kriminalistisch wurde es eigentlich immer absurder. Es kam irgendwann mal der Punkt, wo man sagen musste: Das kann kriminalistisch eigentlich nicht mehr sein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und dann, als dieser Punkt kam?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Als dieser Punkt kam, da muss ich sagen, da habe ich - - Ich würde nicht sagen, dass es, wie es dann weiterlief, jetzt ein Fehler gewesen wäre. Aber was mein Fehler war: Ich hätte darauf dringen sollen, dass der Öffentlichkeit gesagt wird, aus kriminalistischer Sicht kann es eigentlich nicht sein; wir wissen allerdings nicht, wo der Fehler ist, und wir können die Ermittlungen deswegen auch nicht einstellen. Stellen Sie sich mal vor, diese Wattestäbchen, die verunreinigt waren, wären zwei Wochen später im Zusammenhang mit dem Mord an einem Kind aufgetaucht, und wir hätten gesagt: Nein, wir machen überhaupt nichts mehr. - Das wäre meiner Meinung nach nicht gegangen. Aber ich

hätte offensiv der Öffentlichkeit - - Oder: Ich hätte darauf hinwirken müssen - ich selber hätte es gar nicht machen müssen -, dass man der Öffentlichkeit sagt: Wir haben erhebliche Zweifel, und das kann aus kriminalistischer Sicht eigentlich nicht sein, und wir arbeiten mit Hochdruck dran, um den Fehler herauszufinden.

Ich muss allerdings auch sagen: Ich habe es nicht für möglich gehalten, dass es mit einer Verschmutzung der Wattestäbchen zu tun hat. Ich habe mittlerweile schon viel komplizierter gedacht. Ich habe gedacht: Es ist ein prinzipielles Problem der DNA-Analytik, weil - - Ich habe selber Biochemie-Leistungskurs gehabt, und wenn irgendwo ein Fehler auftritt, sind das erste, woran man denkt, Verunreinigungen, immer. Aber man hat auch daran gedacht - also, das muss ich zur Ehrenrettung sagen -, man hat an Verunreinigungen gedacht; aber man ist letztendlich nicht dahintergekommen, und der Grund lag auch darin, dass wir aus Österreich bis zum März oder Februar 2009 - nageln Sie mich jetzt nicht auf den genauen Termin fest - die Information hatten, dass sie exakt die gleichen Wattestäbchen verwendet haben, also, dass es keine unterschiedlichen in den Fällen gibt. Und deswegen sind wir auch nicht dahintergekommen. Später wurde uns dann mitgeteilt, dass das ein Irrtum ist. Nein, halt, umgekehrt - ich habe mich versprochen, nein, nein -: Sie haben uns mitgeteilt, dass sie unterschiedliche Wattestäbchen verwendet haben, und im Februar oder März 2009 haben sie uns dann mitgeteilt, dass sie doch immer die gleichen Wattestäbchen von der gleichen Firma verwendet haben. - Da habe ich mich versprochen, Entschuldigung.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hat diese Phantomspur dazu geführt, dass man - so haben wir heute ja schon einen Zeugen vernommen - eigentlich offenkundige Ermittlungsmaßnahmen, die man schon prioritär bewerten muss, nicht oder erst sehr verzögert gemacht hat? Da will ich ganz konkret fragen: Wenn ich im unmittelbaren Umfeld eines Mordes alle Videoaufzeichnungen vom Tattag sicherstelle, dann verstehe ich nicht, warum man eine strukturierte - nicht mal schnell reinschauen ins Video: „Läuft jemand rum mit zwei Waffen?“; das wäre ja eh unrealistisch - Auswertung dieser Videos erst drei Jahre nach der Tat gemacht hat. War das mit Ihrem Wissen, oder hatten Sie da

⁵ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

nicht nachgefragt, oder war das abgestimmt mit der Soko-Leitung, mit der ersten?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Also, über solche Details wusste ich nicht Bescheid. Aber generell kann man sagen: Selbstverständlich haben die Ermittlungen, also die Fehlermittlungen in Sachen uwP nicht gerade die Ermittlungen gefördert. Das muss man schon sagen. Aber da wir das Pech hatten, dass wir eigentlich überhaupt keine heiße Spur hatten, war das natürlich ohne Auswirkung, also Gott sei Dank ohne Auswirkung. Aber dass deswegen entscheidende Spuren liegen geblieben wären, also, die ich aus meiner Sicht - - Sie sind vielleicht anderer Auffassung. Aber aus meiner Sicht sind deswegen keine entscheidenden Spuren liegen geblieben.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Bei den Videoaufnahmen - ich glaube, so viel darf ich sagen, Herr Christeleit - hören wir jetzt ja nur, dass noch nicht alles dem Ausschuss zur Verfügung steht, weil die eine oder andere Videoaufnahme noch für das Ermittlungsverfahren benötigt wird. Also da - - Klar, Sie wussten nicht, nach wem Sie suchen; aber ein Beweismittel war wohl schon dabei enthalten.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Das kann natürlich durchaus sein. Gerade wenn man solche Beweismittel sicherstellt, dann sind die gerade dann wichtig, wenn man einen Tatverdächtigen hat, so wie die Situation nach dem 04.11. sich eben auch darstellt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Jetzt fiel mir auf, dass man bei der Überprüfung des Umfeldes des Opfers, was man ja bei jeder Mordermittlung macht oder bei vielen Ermittlungen, ermittelt hat, dass Frau Kiese-wetter eine private E-Mail-Adresse hatte bei Yahoo, einem Anbieter aus den USA, und es unterlassen oder sogar bewusst nicht für notwendig erachtet wurde, diesen E-Mail-Account quasi offenzulegen über den Anbieter, dass man weiß, was fand da an E-Mail-Verkehr statt. War das mit Ihrem Wissen, haben Sie das mitgetragen und, wenn ja, warum?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Das habe ich mitgetragen. Der Grund lag darin,

dass diese Yahoo-Adresse offensichtlich schon seit Jahren stillgelegt war. Also keiner von den Bekannten, von den Freunden, von den Verwandten kannte diese E-Mail-Adresse.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, aber Sie kannten ja nicht alle Bekannten und Freunde. Von denen, die Sie angesprochen haben. Aber es wäre ja denkbar, dass sie mit jemandem E-Mail-Kontakt pflegt, der gerade nicht in diesem Kreis ist. Und deswegen ist die Adresse hochinteressant.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Kann ich natürlich nicht⁶ ausschließen. Ich selber meine nicht, dass sie hochinteressant ist, aber - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber wäre es nicht der Mühe wert gewesen, zu sagen, man macht ein Rechtshilfeersuchen an Yahoo, USA: „Schickt uns alles, was jemals über diesen E-Mail-Account abgewickelt wurde“?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Also, ich kann Ihnen nur sagen, dass es damals so entschieden wurde, dass es für mich plausibel war und eigentlich auch nach wie vor noch plausibel ist. Jede Eventualität kann ich natürlich nicht ausschließen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Haben Sie das entschieden, oder kam die Polizei mit dem Vorschlag: Wir würden es gern lassen, tragen Sie es mit? Oder wie muss ich mir das vorstellen?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Also, wir waren uns einig; Soko und Staatsanwaltschaft waren sich einig. Aber das lief telefonisch. Es war jetzt also nichts, was jetzt lange durchdacht wurde. Das kann ich nicht behaupten, und ich kann Ihnen auch nicht sagen, an welchem Tag es war.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nach 18 Monaten war es dann erledigt, weil dann wurde ja alles gelöscht, weil er dann ja 18 Monate inaktiv war, sodass wir nie erfahren werden, ob in diesem E-Mail-Account irgendwann mal eine interessante Mail gewesen wäre, die vielleicht weitergeholfen hätte oder was auch immer. Das bleibt jetzt offen.

⁶ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Halte ich für extrem unwahrscheinlich. Aber das ist meine Einschätzung.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber eine rein subjektive Meinung, die Sie jetzt nicht belegen können, sondern einfach Meinung gegen Meinung. Ich könnte jetzt sagen: „Ich halte es für interessant“, aber ich kann es auch nicht belegen, und Sie können Ihre Position ja auch nicht belegen. Es hat mich nur verwundert, dass man in einem Mordfall, wo man - da haben Sie ja selber drauf hingewiesen - so gar nichts hat, nichts, was sich zu einer heißen Spur entwickelt, solche Möglichkeiten dann auf die Seite legt. Das war für mich überraschend.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Also gerade, wenn Sie so ein Ermittlungsverfahren haben, wo es sozusagen in alle Richtungen geht, dann haben Sie so eine Fülle von Ermittlungsansätzen, dass Sie wirklich genau überlegen müssen: Was ist sinnvoll, und was ist nicht sinnvoll? Und wenn ich mich in diesen viereinhalb Jahren nicht doch an der einen oder anderen Stelle geirrt habe, dann wäre ein Wunder geschehen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Dann?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Dann wäre ein Wunder geschehen. Das ist ein so hochkomplexes Verfahren, dass ich selbstverständlich - davon bin ich überzeugt -, wenn man genauer nachschaut, an der einen oder anderen Stelle eine falsche Entscheidung getroffen habe.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Fällt Ihnen da etwas Bestimmtes ein, wo Sie jetzt heute mit dem Wissen -

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Also mir ist - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): - wir sind ja alle schlauer - sagen: Da habe ich jetzt ein bisschen ein schlechtes Gefühl.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Ich kann Ihnen einen Punkt nennen; der ist mir erst vor ein paar Tagen aufgefallen, bei der Vorbereitung auf diese Sitzung. Sagt Ihnen die Zeugenvernehmung Liselotte Walz (?) was?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, die war heute schon - - ohne Namen allerdings, weil wir die Namen der Zeugen weglassen.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Ja, das ist aber - - Ich finde es gut, ich sehe das ein, dass man es eigentlich weglassen soll. Nur - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ihre Wahrnehmung war Thema.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Aber wie mache ich es Ihnen begreiflich, was ich meine? Das ist gar nicht so einfach. Ich muss das ja umschreiben.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Versuchen Sie es mal.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Eine 74-Jährige, die eine Beobachtung am Kiosk Theresienwiese gemacht hat. Sie wissen, dass ich von diesen Zeugen, die Beobachtungen gemacht haben im Wertwiesenpark - mit blutverschmierten Armen usw. - nicht viel halte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, das ging aus den Akten deutlich hervor.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Ja, richtig.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was wir nicht ganz verstanden haben, wenn ich meine Einschätzung gleich dazu geben darf.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Das werde ich auch noch erläutern. So, auf jeden Fall, was die Zeugin W. angeht, da habe ich immer gesagt: Ja, gut, das könnte irgendwie vom Ablauf, so gezielt dieser Ablauf auch war - - Also, meiner Meinung nach haben wir, was die Tat angeht, eine Sonderkonstellation, und zwar: Sie ist⁷ einerseits geplant und andererseits auch spontan. Es ist also nicht so - - Ich bin davon überzeugt, die Täter lagen nicht auf der Lauer, möglicherweise über mehrere Stunden oder vielleicht sogar Tage, sondern ich bin überzeugt, Mundlos und Bönnhardt - - Also reden wir nicht lange drum herum: Die beiden sind für mich die Täter. Also, wenn die beiden leben würden, würde ich sie mit Sicherheit anklagen, und sie⁸ würden auch mit Sicherheit verurteilt; da

⁷ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

⁸ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

gibt es überhaupt gar keine Frage. Aber auf jeden Fall: Diese beiden haben meiner Meinung nach vor einiger Zeit oder vor längerer Zeit den Entschluss gefasst, eine Tat in dieser Art zu begehen, bei guter Gelegenheit. Und dann haben sie zufällig die gute Gelegenheit erkannt und haben dann zugeschlagen.

So, aber jetzt kommen wir auf die Zeugin W. zurück: Die Zeugin W. hat ja angegeben, dass sie eine osteuropäisch aussehende Person, die sie dann auch widersprüchlich im⁹ Phantombild bezeichnet - - Also, Widersprüche sind da ohne Ende drin. Aber das ist gar nicht der entscheidende Punkt. Ich habe immer gesagt: Das könnte doch sein, dass der eine Täter, der auf der Fahrerseite war, früher fertig ist mit der Beutesicherung und schon mal zum Auto, zum Fluchtfahrzeug geht, wegfährt, und der andere, der - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Der muss hinterherrennen?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Hm?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und der andere muss hinterherrennen?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Und der andere rennt hinterher. Aber es ist noch keinem aufgefallen, dass die Frau, die Zeugin W., diese Beobachtung -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Noch mal macht?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: - niemals gemacht haben kann.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Warum nicht?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Das kann ich Ihnen erklären: Die Zeugin hat gesagt, dass sie drei Schüsse gehört hat. Vielleicht irre ich mich; vielleicht waren es auch nur zwei. Aber ich meine, sie hätte „drei“ gesagt, dass sie drei Schüsse gehört hat, und sie konnte sagen - Sie ist ja mit dem Auto in Richtung Otto-Konz-Brücke gefahren -, an welcher Stelle sie die Schüsse gehört hat. Dann wurde das rekonstruiert, dass sie in dem Moment, wo sie den möglichen Tatverdächtigen gesehen hat, dann stand Karlsruher Straße/Ecke Theresienstraße.¹⁰

Man hat die Strecke gemessen, und es waren 40 Sekunden. Wenn zwischen Schussabgabe und der Beobachtung 40 Sekunden liegen und die Entfernung vom Trafohäuschen bis zum Kiosk circa zwischen 300 und 400 Meter liegt¹¹, dann würde dieser Tatverdächtige noch nicht einmal dort stehen, selbst wenn er direkt nach Schussabgabe losgelaufen wäre. Ich erinnere nur daran: Michael Johnson hält den Weltrekord über 400 Meter, und das sind 43,18 Sekunden. Und wie Michael Johnson sah der Tatverdächtige definitiv nicht aus. Das heißt: Diese Zeugin ist komplett wertlos.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sind Sie da sicher?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Ganz sicher.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Darf ich was entgegenhalten, auch wenn wir hier keine Fach - -

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Das merke ich nach fünfeinhalb Jahren.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Da frage ich mich: Wie vernagelt muss ich die ganze Zeit gewesen sein?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, ich habe mir dort Ihre Bewertungen angesehen. Sie haben ja auch gesagt - - Es geht ja insgesamt um mehrere Zeugen, die quasi fortgesetzt in südliche Richtung -

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Und diese Bewertung ist falsch, die ist falsch.

Clemens Binninger (CDU/CSU): - und die zusammenhängend was gesehen haben, was sich ergänzt. Die Polizei sagt: Die Zeugenaussagen ergänzen sich. Da geht es ja auch um das Einsteigen in ein Auto, und Sie haben ja auch gesagt, für das Zurücklegen der Strecke vom obersten Feld bis zum Tatort braucht man 25 Minuten. Also bleibt für die Wahrnehmung nur der Zeitraum 14.00 bis 14.10 Uhr als Beispiel oder 14.12 Uhr. Da die Wahrnehmungen aber länger gedauert haben, kann das alles nicht sein. Dass aber jemand in ein Auto steigt, zum Wohnmobil

⁹ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

¹⁰ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 2)

¹¹ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 2)

gefahren wird und dann wegfährt, ist ja auch denkbar. Ich will nur noch mal - -

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Aber, bei der - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Es ist jetzt müßig - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es wäre hilfreich, auch für die Erstellung des Protokolls, wenn immer nur einer im Raum reden würde. Wir haben genug Zeit, der Tag ist noch jung.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich will es nicht vertiefen, Herr Zeuge, ich will nur sagen: Haben Sie bei der Strecke, die Sie gemessen haben - von der Wahrnehmung der Schüsse, Hören, bis zum Sehen des Mannes an einer Ampel stehend -, mit ins Kalkül gezogen die Rotlichtzeit dieser Ampel, dass möglicherweise nicht nur die Fahrstrecke zurückzulegen war, sondern die Zeugin dort auch schon 15 oder 20 Sekunden bei Rot stand? Dann sind wir nämlich bei 50 Sekunden, und die laufe ich Ihnen sogar die 300 Meter.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Also, ich würde - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Haben Sie das mit ins Kalkül gezogen, die Dauer der Rotlichtphase dieser Ampel?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Also, wenn ich mich nicht schwer - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja oder nein? Jetzt will ich nur eine genaue Antwort haben.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Ja, ich - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wenn Sie jetzt so sicher sind nach fünf Jahren, hätte mich das interessiert.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Das lässt sich mit Ja und Nein nicht beantworten. Ich meine, dass sie es so beschrieben hat, dass sie in dem Moment, wo sie dort steht, diese Beobachtung schon gemacht hat.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, aber jetzt - -

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Aber mal abgesehen davon, also, tut mir leid, aber ich glaube, in 50 Sekunden laufen Sie es auch nicht, weil - -

(Heiterkeit)

Clemens Binninger (CDU/CSU): Jetzt nur außerhalb des Protokolls - -

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Ich begründe es Ihnen auch, warum.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Kurz außerhalb des Protokolls: Ich habe letztes Jahr das Sportabzeichen gemacht: 50 Meter in 7,0, also laufe ich auch die 100 in 15 und 300 dann erst recht in unter 50. Aber egal, Sie haben es jetzt nicht gemacht.

Ich will nur auf einen Punkt noch abheben, weil das jetzt zu nichts führt, was wir hier machen, wir zwei beide: Es war offensichtlich - und das habe ich nicht ganz verstanden - ein Dissens zwischen Ihnen und der Polizei, die im Jahr 2011 diese Zeugenaussagen noch mal heranziehen wollte, sie für plausibel hielt, auch mit Phantombildern gern noch mal in die Öffentlichkeit gegangen wäre, und Sie haben es abgelehnt, was Ihr Recht ist als Herr des Ermittlungsverfahrens. Aber Sie waren nicht bereit, es zu begründen - warum nicht? -, schriftlich zu begründen, sodass der Kollege der Polizei gezwungen war, das Telefonat mit Ihnen - sein letzter richtiger Ermittlungsansatz, den er noch sah nach über vier Jahren - selber zu Papier zu bringen. Warum dann nicht schriftlich begründen, wenn Sie sich so sicher sind?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Also, Sie können von mir aus eine schriftliche Begründung haben; das ist überhaupt kein Problem.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich doch nicht. Die Polizei hätte damals gern eine von Ihnen gehabt.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Das hat mit einer Erfahrung zu tun, die ich damals nicht so toll fand, und - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was war das für eine?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Das war, als ich schon mal einen Antrag schriftlich abgelehnt habe, und daraufhin wurde halt sozusagen jedes Wort umgedreht. Aber das ist ausgestanden, also, das haben wir geklärt, und da ist auch nichts zurückgeblieben. Aber ich habe es mündlich ausführlich erklärt, ich habe es mündlich ausführlich erklärt. Die Staatsanwaltschaft war sich auch einig. Das heißt, es war nicht allein meine Entscheidung.

Die Gründe will ich auch darlegen, warum wir es damals so gemacht haben: Es hatte einerseits damit zu tun, dass die Tat aus unserer Sicht eine gezielte und geplante Tat war. Wenn man davon ausgeht, ist es sehr unwahrscheinlich, dass es zu unkontrollierter Flucht kommt, es sei denn, sie wurden durch irgendetwas gestört. Aber darauf hatten wir keine Hinweise, sodass es eigentlich schwer erklärbar war, dass diese Personen auf der Theresienwiese - nicht Theresienwiese -, im Wertwiesenpark, der ungefähr 1,5 Kilometer entfernt ist, sich sozusagen flüchtend bewegen. Kein Zeuge hat irgendwelche Waffen bemerkt, sondern es wurde in allen Fällen lediglich angeblich - ich bin davon auch nicht überzeugt, dass es stimmt - Blut am Körper entdeckt.

Und der zweite Punkt, der uns davon abgehalten hat, einer Veröffentlichung der Phantombilder zuzustimmen, wobei man hier anfügen muss: Das setzt einen richterlichen Beschluss voraus, also nach § 131 b und § 131 c, und das setzt wiederum voraus, dass man davon ausgeht, dass die abgebildeten Personen mit Wahrscheinlichkeit Beschuldigte sind. So: einerseits die Charakteristik der Tat und andererseits die wirklich heftigen Widersprüche, die in diesen Aussagen auch enthalten waren. Da gibt es also viele Details, bei VP 22 gipfelt es dann auch noch darin, der also wirklich alles minutiös genau beschreiben konnte, innerhalb - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich habe es gelesen, ja.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Ich wollte es Ihnen nur noch mal sagen: der aber komischerweise das Nummernschild nicht erkannt hat.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, man kann die Glaubwürdigkeit eines Zeugen nicht daran festmachen, ob er in einer aufgeregten Situation das Nummernschild richtig

erkennt. Das erleben Sie jeden Tag. Aber Sie wollten noch mal darlegen, warum es diesen Dissens gab. Dazu hatte ich Sie ja gefragt.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Richtig.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber können Sie sich dann erklären - Abschlussfrage von mir -, dass es im gesamten Komplex bei allen Tatortzeugen - nicht Tatzeugen, da gab es ja keine, aber bei allen Tatortzeugen -, die in der Nähe oder auf der Theresienwiese waren, niemanden gibt, der zwei Männer mit insgesamt ja vier Waffen gesehen hat? Kann man so was unbemerkt verschwinden lassen und flüchten, ohne dass es auch irgendjemandem auffällt? Wie muss das gehen? Also, wie clever muss man da sein?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Also, ich weiß nicht, ob es was mit Cleverness zu tun hat. Aber ich könnte mir halt vorstellen, dass es damit zusammenhängt, dass das Fluchtfahrzeug eben direkt in unmittelbarer Nähe war. Anders kann ich mir es nicht vorstellen. Aber das Risiko, entdeckt zu werden, ist natürlich vollkommen klar. Also, wenn ich am helllichten Tag eine solche Tat begehe, muss ich immer damit rechnen, erwischt zu werden. Also, ich habe mich jetzt natürlich über Zeitungen über die anderen neun Fälle auch so im Groben jedenfalls mal informiert. Das scheint so ein Charakteristikum der beiden gewesen zu sein, dass sie am helllichten Tag zugeschlagen haben, dass sie wirklich den Nerv dazu hatten.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber es waren natürlich überwiegend abgelegene Tatorte, zum Teil wo die Opfer alleine waren. Ein so belebter Tatort, dazu noch mit zwei bewaffneten Polizisten, war noch mal eine ganz andere Qualität.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Das ist schon richtig; andererseits muss man sagen: An dem Tag war das irgendwie auch zweigeteilt. Die hatten in gewisser Weise auch ein bisschen Glück. Ich weiß nicht, ob sie das wirklich einkalkuliert haben. Im unteren Teil wurde ja das Frühlingsfest aufgebaut. Also da war ziemlich viel Aktivität und wahrscheinlich auch entsprechend Lärm, sodass ich mir vorstellen könnte - - Das ist

auch das Eigenartige: Alle, die direkt auf der Theresienwiese waren, da gibt es keinen Einzigen, der den Schuss gehört hat. Auf der anderen Seite, bei den Bahngleisen, da gab es wiederum Zeugen, die die Schüsse gehört haben, aber auf der Theresienwiese selber niemand.

(Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):
Darf ich dazu mal eine Frage stellen?)

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich habe sowieso keine Fragen mehr, Herr Vorsitzender.

(Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):
Dann meine Zwischenfrage!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Zunächst: Gibt es noch weiteren Fragebedarf in dieser Runde von der Union?

Stephan Stracke (CDU/CSU): Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage des Kollegen Kurth. - Bitte sehr.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das hatte ich nämlich auch überlegt: Warum sehen und hören die einen nichts, und die anderen können was sehen - zumindest ein Zeuge - und was hören. Sie waren ja vor Ort; ich war nicht vor Ort. Das Trafohäuschen ist ein bisschen auf einer Anhöhe sozusagen, ein bisschen höher gelegen, und die Wiese ein bisschen tiefer?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Ja, also wenn, dann höchstens - - Nein, ich glaube nicht, also eher - - Es ist alles eine Ebene.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Die Fahrradfahrer, die unten fahren, konnten die nach oben gucken in dieses - -

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Nein, der Fahrradweg ist etwas erhöht. Der Fahrradweg ist etwas erhöht; aber das Trafohäuschen ist - - Das Beste wäre natürlich - - Sie haben doch mit Sicherheit eine Übersichtskarte, wo man es sich anschauen könnte.

(Zuruf: Liegt uns vor!)

- Haben Sie schon gesehen, also gut.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt jetzt zur SPD-Fraktion. - Frau Dr. Högl, bitte.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich habe an Sie, Herr Meyer-Manoras, keine Fragen. Ich habe alle meine Fragen klären können in der Vernehmung von Herrn Mögelin. - Vielen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, dann hätte jetzt das Fragerecht die FDP-Fraktion. Herr Tören.

Serkan Tören (FDP): Ja, das ist eigentlich schon von dem Kollegen gestellt worden. Ich will aber noch mal nachhaken, nachfragen. Ich habe jetzt so den Eindruck, es gab sehr viele Unstimmigkeiten für Sie in der Zusammenarbeit mit der Polizei. Ist das so? Sehen Sie das auch so, oder - -

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Das ist komplett falsch. Ich kann Ihnen sagen: Ich habe mit allen drei Soko-Leitern das beste Verhältnis - nach wie vor. Und ich muss auch sagen: Wenn man sich die Zeit anschaut, dass wir viereinhalb Jahre lang ermittelt haben und in zwei Punkten mal wirklich unterschiedlicher Auffassung waren, nur in zwei Punkten richtig - -

Serkan Tören (FDP): Welche sind das?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Das habe ich doch vorhin schon gesagt. Das war einmal die Geschichte Vögele¹² - da ging es darum, ob eine Telefonüberwachung stattfinden soll -, und das Zweite waren die Phantombilder. Das waren die zwei Punkte, wo ein Dissens da war. Aber dieser Dissens hat nicht zu dauerhafter Verstimmung oder sonst irgendetwas geführt. Die Zusammenarbeit war mit der Soko, egal unter welcher Leitung, bestens. Und wenn ich mir überlege, dass man viereinhalb Jahre lang ermittelt und völlig erfolglos ermittelt hat, muss ich sagen, es ist geradezu erstaunlich. Andere Sokos und Staatsanwaltschaften, die wetzen da meistens schon die Messer. Also, wir haben uns blendend verstanden. Und dass man mal unterschiedlicher Auffassung ist, das ist einfach normal. Und wenn man sich vielleicht auch mal an einem Tag fetzt, ist das auch völlig normal. Also, ich kann nur sagen: Die Zusammenarbeit war bestens.

¹² Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

Serkan Tören (FDP): Okay. - Sonst sind alle Fragen so weit geklärt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die Linksfraktion kann jetzt fragen. Frau Pau, bitte.

Petra Pau (DIE LINKE): Ja, guten Tag! Ich bin jetzt etwas überrascht, dass es so schnell ging; aber wir werden das hinbekommen. - Und zwar habe ich eine Frage, die hatte uns vorhin schon bei der ersten Zeugenbefragung überrascht: Ich habe mich gewundert, dass Sie so lange gezögert haben, intensivere Ermittlungen im persönlichen Umfeld von Frau Kiesewetter anzustrengen. Nun haben wir ja inzwischen das Wissen von heute und nicht von damals. In den anderen Mordfällen hat man am Anfang fast ausschließlich im persönlichen Umfeld der Opfer ermittelt, und diejenigen von uns, die das noch nicht wussten, haben gelernt, dass ein Großteil von solchen Verbrechen tatsächlich auch ihren Ursprung im persönlichen Umfeld finden, dass das also gerechtfertigt ist. Insofern wüsste ich gern von Ihnen, warum Sie gerade bei Frau Kiesewetter darauf verzichtet haben, hier Ermittlungen entsprechend anzustellen, noch dazu, wo Sie ja vorhin gesagt haben, Sie sind davon ausgegangen, es war in jedem Fall eine geplante und gezielte Tat.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Ja, aber geplant nicht in dem Sinne, dass das gezielt diesen Opfern galt, sondern es galt gezielt der Polizei oder Staatsvertretern. Das ist jedenfalls meine Meinung. Aber Sie haben natürlich vollkommen recht: Die Situation in normalen Mord- und Totschlagsfällen ist so, dass der oder die Täter eigentlich immer aus dem persönlichen Verhältnis kommen. Das ist übrigens auch einer der Gründe, warum unsere Aufklärungsquote so hoch ist. Sobald Fälle so sind wie der Fall hier, ist unsere Aufklärungsquote, glaube ich - das hat wahrscheinlich noch keiner ausgerechnet -, aber wahrscheinlich denkbar schlecht. Es gibt viele Morde, wo man keine rechte Idee hat, wer der Täter sein könnte. Denken Sie zum Beispiel mal an den Mordfall Olaf¹³ Palme - bis zum heutigen Tag nicht geklärt. Denken Sie an die RAF-Morde seit 85; da ist kein einziger geklärt. Das sind die Gründe, die letztendlich dazu führen.

Aber um auf Ihre Frage noch mal zurückzukommen - die habe ich nämlich natürlich

noch nicht beantwortet -: Also, ich selber habe mich da jetzt nicht so in die Ermittlungen eingemischt, dass ich gesagt habe: Also ihr müsst jetzt im persönlichen Umfeld starke Ermittlungen anstellen. - Allerdings ist es klar - und das gehört natürlich auch zur Routine eines solchen Falles -: Es wurde das persönliche Umfeld von dem Geschädigten, der überlebt hat - den Namen nenne ich jetzt bewusst nicht -, und der Frau Kiesewetter selbstverständlich durchleuchtet, keine Frage. Aber allein die Charakteristik der Tat hat uns eigentlich dazu geführt, dass es keine Beziehungstat ist. Weil, wenn es eine reine Beziehungstat - -

Petra Pau (DIE LINKE): Also, ich habe jetzt - - Das „gezielt“ übersetzen Sie mit „gezielt Polizistin/Polizist, Vertreter des Staates“ und nicht „Frau Kiesewetter“.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Ja, so ist es.

Petra Pau (DIE LINKE): Darf ich Ihnen ins Wort fallen? Nur zur Erklärung: Auch wenn die Kollegen jetzt nicht so viele Fragen hatten, ich habe nur eine eingeschränkte Zeit, um zu fragen. Deswegen würde ich da gerne auch gleich noch mal hineingehen.

Wenn Sie sagen, „gezielt eine Polizistin oder ein Polizist“, dann verwundert mich erst recht, warum sehr früh ausgeschlossen wurde, dass diese Tat einen extremistischen oder terroristischen Hintergrund haben kann, weil wir wissen ja nicht erst seit heute, sondern schon seit vielen Jahren, dass beispielsweise Neonazis sehr wohl nicht nur Migrantinnen und Migranten zum Ziel ihrer Straftaten haben, sondern gerade auch Polizistinnen und Polizisten. Das ist ja nicht der erste Mord oder auch Anschlag auf eine Polizistin oder einen Polizisten gewesen.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Also, einen Mordanschlag in dieser Form, glaube ich, gab es in der Bundesrepublik noch nie.

Petra Pau (DIE LINKE): Ich reiche Ihnen das gerne nach, was wir hier leider auch an ermordeten Polizisten seit 1990 durch Neonazis haben. Leider fehlt mir jetzt im Moment die Zeit dafür.

¹³ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Aber in diese Richtung haben wir zu keinem Zeitpunkt gedacht.

Petra Pau (DIE LINKE): Genau, das habe ich an der Stelle ja auch herausgefunden, weil ich habe hier ein Schreiben des LKA, dass man das von vornherein ausschließt.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Also, ausgeschlossen im klassischen Sinne haben wir natürlich gar nichts, weil, wenn man nicht wirklich weiß, woher die Täter kommen, kann man auch niemanden ausschließen.

Petra Pau (DIE LINKE): Genau, und deshalb - -

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Aber wir hatten keine Hinweise, die darauf hindeuten.

Petra Pau (DIE LINKE): Deshalb möchte ich noch zu einem anderen Komplex kommen, den wir vorhin auch schon mit dem ersten Zeugen erörtert haben, weil auffällig ist schon, dass sehr intensiv von Anfang an in einem sehr langen Zeitraum gegenüber einer bestimmten Gruppe von Menschen Ermittlungen geführt wurden, nämlich gegenüber Sinti und Roma, sowohl direkt - - Entschuldigung, meine technische Hilfe streikt. Ich versuche es hier mal.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Also, Frau Pau, ich glaube, ich habe Ihre Frage schon verstanden -

Petra Pau (DIE LINKE): Gut, dann - -

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: - und kann sie schnell beantworten: Der Grund liegt natürlich darin, dass an dem Tattag auf der Theresienwiese, wo der Tatort war, sehr viele Sinti und Roma auch tatsächlich waren. Das war der Hauptgrund.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut. Da ist man natürlich verpflichtet, auch erst mal zu schauen, ob der Täter, die Täterin oder wie auch immer, ein Motiv hat und aus dieser Richtung kommt. Insoweit akzeptiere ich das.

Allerdings sehe ich in der Medienberichterstattung, auch in der Berichterstattung dann über die Ermittlungen, dass die Ermittlungen in genau diese Richtung – offensicht-

lich ja auch unter Einbeziehung des BND, des Landesamtes für Verfassungsschutz - einen ganz breiten Raum auch medial einnahmen, und wir haben heute hier - ich sage Ihnen das, weil Sie das vielleicht nicht wissen - auf der Besuchertribüne Vertreter des Zentralrates der deutschen Sinti und Roma, die gerade deshalb auch hier sind, weil auch durch diese Medienberichterstattung sich sehr viele Mitglieder der Minderheit damals schon und bis heute diffamiert und auch kriminalisiert fühlten.

Da sich bis heute eben auch keiner der Ermittler, die auch Maßnahmen gegenüber diesen Familien durchgeführt haben, öffentlich dazu geäußert hat oder wenigstens bei diesen Familien entschuldigt hat, steht einfach die Frage, inwieweit es angemessen war, genau die Ermittlungen in dieses Milieu auch in den Mittelpunkt der öffentlichen Berichterstattung zu stellen. Deshalb würde ich Sie einfach auch noch mal aus heutiger Sicht fragen, ob das richtig war.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Also, ich habe jetzt die Berichterstattung von damals nicht so im Kopf. Mir ist natürlich schon klar, dass gerade die Sinti und Roma, die wie keine andere Bevölkerungsgruppe Diskriminierungen alltäglich erleiden müssen, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern in Ungarn, in Rumänien usw., und zwar in sehr heftiger Form - - Wenn die sich durch die Ermittlungen kriminalisiert fühlen, habe ich dafür Verständnis, und wenn sie das auch medial zum Ausdruck bringen, habe ich dafür auch volles Verständnis. Da würde ich mich auch nie gegen wehren, weil wehleidig darf man da nicht sein. Dafür kriege ich halt mein Geld, dass ich das dann auch aushalte. Aber dass man in dieser Richtung Nachforschungen machen muss - - Ich meine, wir haben sie nicht als Beschuldigte geführt; die Unschuldsvermutung sollte man immer wieder deutlich machen, und das geht leider des Öfteren unter. Wie gesagt, ich habe die konkrete Berichterstattung von damals nicht mehr im Kopf. Ich bedaure es immer, wenn Menschen von Ermittlungen beeinträchtigt werden, und Sinti und Roma werden stärker beeinträchtigt als andere. Entschuldigen im klassischen Sinne kann ich mich leider nicht dafür.

Petra Pau (DIE LINKE): Völlig gleich. - Aber eine kurze Nachfrage dazu: Sagen Sie, ist eigentlich die Medienstrategie - also, es

wurde ja über einen langen Zeitraum auch ermittelt - zwischen Ihnen und der Soko gelegentlich debattiert worden oder vielleicht auch überprüft worden, was die Zielrichtung betrifft, ob das noch angemessen ist?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Also, wie wir den Medien das kommunizieren, das ist - - In erster Linie versuchen wir, unsere Ermittlungen zu schützen, also dass wir nicht so viel preisgeben. Also, ich kann mal sagen - das wird uns auch immer vorgeworfen bei der Staatsanwaltschaft Heilbronn -: Wir sind sehr restriktiv, und zwar - - Ich muss mich langsam belehren. Ich selber bin nämlich auch ein großer Schweiger; ich sage am liebsten gar nichts über Ermittlungsverfahren. Aber man muss wohl in der heutigen Zeit mehr mit den Medien kommunizieren, ob man will oder nicht.

Petra Pau (DIE LINKE): Mir wäre es ja lieber, wenn diejenigen, die geredet haben - Sie waren es ja offensichtlich nicht -, genau in diesem Bereich ein wenig mehr geschwiegen hätten oder aber die Bandbreite der Ermittlungen deutlich gemacht hätten. Ich frage deshalb nach, weil wir im Zusammenhang mit der Soko „Bosporus“ gelernt haben, dass damals die Medienstrategie zwischen dem entsprechenden Staatsanwalt und der Soko immer wieder abgestimmt wurde. Jetzt wollte ich nur wissen, ob es da Parallelen gibt. Bei Ihnen war das anders.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Es ist klar, dass Pressemitteilungen, die von der Polizei gefertigt werden, immer von der Staatsanwaltschaft gegengezeichnet werden; also, das ist klar. Also, die führen da kein Eigenleben.

Petra Pau (DIE LINKE): Da der Vorsitzende mich noch nicht gemahnt hat, würde ich gern noch eine Frage stellen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wenn Sie mich darauf hinweisen,

(Zuruf: Das war jetzt ein Fehler!)

stimme ich natürlich zu.

Petra Pau (DIE LINKE): Danke. - Ich komme noch mal zurück zum Thema Umfeld der Polizistin, womit ich jetzt nicht die Familie meine. Es hat ja in den letzten Tagen und

Wochen Schlagzeilen gegeben, dass zwei Polizisten aus dem Umfeld von Michèle Kiesewetter Mitglied des rassistischen Ku-Klux-Klan waren. Ist Ihnen das jemals während der Ermittlungen bekanntgemacht worden, dass das so war.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Das war nicht bekannt.

Petra Pau (DIE LINKE): Das war Ihnen nicht bekannt?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Nein.

Petra Pau (DIE LINKE): Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht geht zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur zu zwei Komplexen, Herr Erster Staatsanwalt. Also einmal natürlich die Frage: Wie bezeichnet man Personen, gegen die man ermittelt? In den Vernehmungsprotokollen der Kriminalpolizei wird an vielen Stellen schlicht von Zigeunern geredet: In Heilbronn gibt es viele Zigeuner. Oder es wird gefragt: Frage: Wer war von den Zigeunern schon da? Frage: Was wird in den Zigeunerkreisen über den Mord geredet? An ganz verschiedenen Stellen! Und es wird von Sippen geredet, zum Teil von Landfahrersippen. Wenn Sie so was lesen als Staatsanwalt - -

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Gefällt mir das nicht.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber nun - da lachen hier die anwesenden Polizeibeamten immer; deswegen verteidige ich es - liegt die Sachleitungsbefugnis doch bei Ihnen, und dann kann man doch auch mal sagen: Liebe Kriminalbeamte, können wir da nicht zu einer anderen Terminologie kommen? Inzwischen hat man sie gefunden, ja, also seit diesem Jahr wird von Angehörigen reisender Familien gesprochen.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Die finde ich nicht sehr gelungen, ehrlich gesagt.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielleicht finden Sie ja dann

die richtige Bezeichnung. Der Zentralrat sagt zu Recht, es geht immer nur um einzelne Personen, um keine Gruppenzugehörigkeit. Ich habe auch immer noch im Ohr, was man früher immer sagte: Der Täter wird im homosexuellen Milieu gesucht. - Ja, als ob das ein besonders kriminelles wäre. Das hat man sich abgewöhnt inzwischen, hoffe ich, weitestgehend. Deswegen noch mal die Frage, ob man dann nicht auch, wenn man sachleitend tätig ist, irgendwann mal sagt: Lasst uns über die Begrifflichkeit reden.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Also, ich habe das konkret in diesem Fall nicht getan; aber ich halte es für sinnvoll, was Sie sagen. Es ist richtig. Also, es ist aber nicht so, dass ich das jetzt besonders gerne lese. Andererseits muss ich auch sagen: Es gibt auch durchaus Sinti und Roma, die sich selbst Zigeuner nennen, also - - Aber ich halte es trotzdem nicht für richtig.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, weil es dann irgendwie ja - - Kollegin Pau hat es gesagt: Irgendwann stand es dann auch in den Zeitungen, klar.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Ja, das - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kommt dann automatisch. - Eine ganz andere Frage: Wenn Sie jetzt mal grob abschätzen sollten, wie viel Ermittlungsenergie diese kontaminierten Wattestäbchen nun tatsächlich in die falsche Richtung gelenkt haben. Ich meine, das Phantom von Heilbronn war ja bekannter als Käthchen von Heilbronn. Als fester Begriff - Frau ohne Gesicht - suchte man ja, ich glaube, insgesamt 15 Jahre nach diesem Phantom und machte es irgendwann an Heilbronn fest. Wie viel Ihrer und der Kriminalpolizei Ermittlungskapazität ging in diese Richtung?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Sagen wir es mal so - Sie haben es ja schon angedeutet -: Das war nicht nur ein Fehler in unseren Ermittlungen, sondern das war der Fehler in, ich weiß nicht, ein paar, 60 Ermittlungen. Ich weiß nicht, wie viele es waren. Wie viel das ausmachte? Das ist, ehrlich gesagt, eher eine Frage, die Sie der Polizei stellen müssen. Also, ich kann das schlicht

nicht abschätzen. Ich kann schlicht nicht abschätzen, wie viel Zeit das in Anspruch genommen hat. Es war jedenfalls erheblich; das steht außer Frage. Das war keine Kleinigkeit.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Letzte Frage: Wissen Sie, ob man mal Regressforderungen an diese Firma gestellt hat?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Keine Ahnung, weiß ich nicht, kann ich nicht sagen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von mir aus keine weiteren Fragen. Der Kollege Ströbele übernimmt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr Meyer, ich habe zwei Fragen, die eine ist leicht und schnell zu beantworten. Der schwer verletzte Polizeibeamte, ist der in ein normales Krankenhaus eingeliefert worden, oder hat man versucht, ihn zu schützen, also irgendwie versucht, ihn versteckt unterzubringen?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Da stellen Sie jetzt eine Frage! Also, ich meine, aber das muss ich jetzt mit Vorsicht sagen, weil ich das so im Detail nicht weiß, aber ich meine, er wäre erst in der Kopfklinik gewesen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: In der Kopfklinik gewesen, das müsste eigentlich die Klinik in Ludwigsburg gewesen sein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte sprechen Sie ins Mikrofon.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Es müsste die Kopfklinik in Ludwigsburg gewesen sein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

(Abg. Clemens Binninger
(CDU/CSU) meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich war eben einen Augenblick unaufmerksam. Worum geht es, Herr Binninger?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich wollte nur den Kollegen Ströbele bitten - das kann er aber nicht wissen, weil wir das im Kreis der Obleute vereinbart hatten -, dass wir mit diesem Bereich aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes uns hier nicht befassen wollen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege, ich bin ja, wenn beantwortet worden ist, ob er in einem sicheren Haus untergebracht war, zufrieden.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Er wurde auf jeden Fall geschützt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, okay. - Jetzt komme ich zu der zweiten Frage: Ist Ihnen vom Landesamt oder von der Polizeiseite jemals berichtet worden, dass Beate Zschäpe sich 2006, möglicherweise auch 2007 dort in der Gegend Ludwigsburg/Heilbronn aufgehalten hat?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Also, für mich gab es, solange wir die Ermittlungen geführt haben - - Also, bis zum 04.11.2011 habe ich weder den Namen Mundlos, Böhnhardt oder Zschäpe gehört.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber vielleicht unter einem anderen Namen, Mandy zum Beispiel?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Also, jedenfalls nicht erinnere ich mich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir kämen zur nächsten Berliner Runde. Das Fragerecht hätte die Union. - Die SPD-Fraktion? - Die FDP? - Die Linksfraktion? - Die Grünen?

Herr Meyer-Manoras, damit sind wir am Ende Ihrer Befragung als Zeuge angelangt.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Darüber bin ich nicht unglücklich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, Sie können gerne noch ein bisschen was erzählen oder berichten, wenn Sie wollen.

(Heiterkeit)

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Das habe ich nicht vor.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann bedanke ich mich, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben. Wie gesagt, das vorläufige Protokoll geht Ihnen zu. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, es zu sichten und eventuell Korrekturbedarf geltend zu machen. Dann darf ich Sie als Zeugen verabschieden.

Ich darf jetzt folgende Frage stellen: Ich glaube, die Debatte über den Einzelplan 06 ist erst um 19 Uhr. Wollen wir jetzt direkt mit dem dritten Zeugen fortsetzen oder eine kurze Beratungssitzung einschieben?

(Zuruf: Worum geht es?)

- Na ja, die Information über das Gespräch mit Herrn Senator Henkel kann ich Ihnen auch später geben.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das machen wir heute!)

- Dann machen wir eine kurze Beratungssitzung. - Dann bitte ich, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Öffentlich:
17.49 Uhr - Folgt Sitzungsteil
Beratung)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Öffentlich:
18.14 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen die Beweisaufnahmesitzung fort.

**Vernehmung des Zeugen
Günter Stengel**

Ich darf als dritten Zeugen des heutigen Tages nach Namensschild Herrn Günter S. sehr herzlich begrüßen - aber ich habe Herrn S. gefragt, ob er einverstanden ist, wenn wir seinen vollständigen Namen nennen, und das ist er -, Herrn Stengel. Herr Stengel ist ehemaliger Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg und ist in den Akten als Hinweisgeber zum Thema „Mordfall, Mordversuch Heilbronn“ vermerkt.

Ich glaube, ich muss die Bemerkungen, was Ton- und Bildaufnahmen betrifft, jetzt nicht extensiv wiederholen. Sie sind unzulässig.

Der Zeuge ist ordnungsgemäß geladen worden. - Herr Stengel, Sie haben die Ladung am 16. Juli 2012 erhalten. Es liegt eine Aussagegenehmigung des Innenministeriums von Baden-Württemberg bezüglich Ihrer heutigen Ausführungen vor. Sie datiert vom 8. September 2012.

Herr Stengel, seitens der Verwaltung des Bundestages wird eine Tonbandaufnahme Ihrer heutigen Vernehmung gefertigt, die allerdings nur dazu dient, die Erstellung des Stenografischen Protokolls zu erleichtern. Das heißt, wenn das Protokoll gefertigt ist, wird die Aufnahme gelöscht. Das Protokoll erhalten Sie als Zeuge in vorläufiger Fassung postalisch übermittelt, um dann selber in einer Frist von zwei Wochen zu überprüfen, ob es Ihrerseits Änderungswünsche oder Ergänzungsbedarf gibt.

Ich habe Sie zunächst vor Ihrer Aussage zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie als Zeugen auf die strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige nämlich, der vor einem Untersuchungsausschuss des

Deutschen Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss bezüglich einer solchen Einstufung fassen kann.

Haben Sie zu dem von mir bisher Vorgelegten Fragen, Herr Stengel?

Zeuge Günter Stengel: Nein, keine Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Stengel, dann darf ich Sie bitten, sich zunächst dem Ausschuss vorzustellen, mit vollständigem Namen, Altersangabe, Berufsangabe und der Mitteilung, ob die für die Ladung verwendete Anschrift nach wie vor aktuell ist.

Zeuge Günter Stengel: Mein Name ist Günter Stengel. Ich bin 60 Jahre alt, Amtsrat a. D., verheiratet und wohnhaft in Bietigheim-Bissingen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und die Ladungsanschrift ist die, die wir verwandt haben?

Zeuge Günter Stengel: Genau.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Stengel, nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes haben Sie die Möglichkeit, sich vor Ihrer Vernehmung zum Gegenstand Ihrer heutigen Befragung zu äußern. Ich habe Sie gefragt, ob Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen möch-

ten. Das haben Sie bejaht. Insofern haben Sie jetzt, bevor wir mit der Befragung beginnen, zunächst das Wort.

Zeuge Günter Stengel: Durch die Berichterstattung von dieser Mordserie sind mir im November letzten Jahres zwei Begriffe, vielmehr ein Name - das ist der Name Mundlos - sowie der Name der Organisation NSU, wieder bekannt geworden. Die hatte ich eigentlich schon irgendwie nicht mehr gerade greifbar. Aber durch die längere Berichterstattung ist es mir wieder in den Sinn gekommen, dass ich im August 2003 in Flein einen Informanten befragt habe, der zuvor über den dortigen Pfarrer zunächst einen Redebedarf gegenüber einer Sicherheitsbehörde geltend gemacht hat. Das ging dann über das Innenministerium Baden-Württemberg zum LfV Baden-Württemberg, und ich wurde beauftragt, mit dieser Person ein Gespräch in Flein zu führen.

Dort im Gemeindesaal traf ich dann diese männliche Person. Er stellte sich unter dem Namen Stauffenberg vor. Er hat gleich gesagt, das sei nicht sein richtiger Name; aber er wolle zunächst seinen richtigen Namen nicht nennen. Dann hat er gesagt: Dann ist die Sache für mich erledigt, dann gehe ich wieder. - Dann hat er seinen wahren Namen genannt.

Er hat gesagt, dass er für einen Bankraub, den er aber nicht verübt haben will, zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt worden war und davon fünf Jahre absitzen musste. Der Rest ist ihm auf Bewährung erlassen worden. Während seiner Gefängniszeit hätte er Kontakt zu jungen Leuten, die dort auch einsaßen, aus den neuen Bundesländern, und man habe schon während des Gefängnisaufenthaltes verabredet, später sich zu kontaktieren und dann vielleicht neue Taten oder irgendwelche - ja - Taten zu begehen.

Das ist also passiert, dass man sich dann getroffen hat. Er war drei bis vier Mal in den neuen Bundesländern, vor allem Thüringen und Sachsen, und es gab mehrere Gegenbesuche bei ihm in Heilbronn. Dort waren in wechselnder Sache ungefähr zwei, drei Personen, die dann kamen, und beim nächsten Mal war es eine Person wieder, aber dafür eine andere dabei usw. Man hat in Heilbronn dann ausgeguckt, welche Bank man überfallen könnte, und da hat dieser Informant - Stauffenberg, wie er sich zunächst genannt hat - gesagt, er hätte da schon Vorkenntnis. Es gebe eine Bank am Rand der Innenstadt,

das ist die Commerzbank; nach vorn heraus hat sie Möglichkeiten. Es ist eine Durchfahrtsstraße, vierspurig, da könnte man schön abtauchen; und vor allem nach hinten hinaus gibt es da zwei, drei Möglichkeiten, in die Fußgängerzone zu kommen und sich zu trennen oder mögliche Nachfolger, Sicherheitspersonal, zu täuschen.

Unter diesen fünf Personen, die er da gesagt hat, war auch der Name Mundlos. Die anderen Namen - dazu kommen wir vielleicht noch - hat er mir auch gesagt, und ich habe sie zunächst notiert. Zum Schluss des Gespräches - das ging so vier, fünf Stunden - kam er noch mit dieser rechtsterroristischen Vereinigung NSU. Ich habe gesagt: „Also, da ist mir nichts bekannt“, und habe ihn gefragt, ob er das nicht mit Neckarsulm verwechselt, weil das alte Kennzeichen für den Altkreis NSU bis Mitte der 70er-Jahre noch vielen präsent ist. Er hat gesagt, nein, es gehe hier nicht um eine Verwechslung mit der Stadt Neckarsulm, sondern es würde hier eine Terrorgruppe existieren in den neuen Bundesländern, und zwar im rechten Bereich, so stark oder so wie früher Linksterrorismus/Linksextremismus. Ich muss leider sagen: Ich habe das nicht so für voll genommen und habe dann Berichte gefertigt.

Der zweite Hauptpunkt seiner Auslassung ist bezüglich des Nachrichtendienstes Mossad. Da hat er einen Unternehmer, einen Fuhrunternehmer, beschuldigt, er sei Leiter eines Mossad-Ringes. Das kann man aber ziemlich schnell wegmachen. Ich habe beim Polizeiposten Wernau dann angerufen, und der zuständige Beamte hat gesagt, er kenne den Sachverhalt. Der Vater dieses Stauffenberg hätte früher mit dem Fuhrunternehmer eine Firma betrieben. Man sei dann im Streit auseinandergeschieden, und seitdem behaupten der Vater und jetzt auch der Sohn, also mein Informant, diese Sache.

Dann hat er noch als Drittes nur am Rande über einen Mord im Rotlichtmilieu in Stuttgart berichtet, der lange zurückliegt. Der Mörder würde auf Mallorca sein, und er könne die Anschrift von dieser Person nennen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank für die einleitenden Worte. - Ich habe eigentlich nur eine Frage, bevor die Fraktionen dann die Möglichkeit haben, von ihrem Fragerecht Gebrauch zu machen. Erschien Ihnen denn dieser Herr, der Ihnen gegenüber diese Äußerung getätigt hat, glaubwürdig?

Zeuge Günter Stengel: Eigentlich nicht, nein, weil er - - Es ging zunächst um den Raubüberfall, für den er bestraft worden ist, und da hat er gesagt, das sei eine Konstruktion aus Innenministerium und Justizministerium in Baden-Württemberg; er sei da auf eine gewisse Liste gekommen. Näheres konnte er dazu nicht sagen. Auf jeden Fall sagte er, er hätte diesen Raubüberfall nicht begangen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hat er denn weitergehende Anmerkungen gemacht, als Sie - - Sie haben ja nachgefragt, ob er mit NSU nicht vielleicht Kommunalbezeichnungen gemeint haben könnte. Da sagten Sie eben, nein. Hat er denn weiter ausgeführt, worum es sich dabei näher gehandelt haben soll?

Zeuge Günter Stengel: Bei dem Begriff NSU?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja.

Zeuge Günter Stengel: Da ging es um eine Nachfolgeorganisation wie früher auf der linken Seite die RAF. Er hat gesagt, hier wäre vom Rechtsterrorismus was Gleiches passiert oder hätte sich was Gleiches, Ähnliches konstruiert. Ich muss sagen, dieses zum Schluss, das hat er nachgeschoben, so noch mal nach vier Stunden, um das Gespräch jetzt noch einmal in Gang zu bekommen. Ich wollte jetzt da dann auch nicht mehr so arg in die Tiefe. Ich habe es ihm nicht geglaubt; das muss ich echt zugeben. Ich habe es ihm nicht geglaubt. Im Nachhinein muss man sagen, es war viel, was nicht so läuft. Aber hier diese beiden Begriffe, der Name Mundlos und die Organisation NSU, sind gefallen, und das kann ich sicher bezeugen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Gespräch war 2003?

Zeuge Günter Stengel: Das Gespräch war im Sommer 2003. Das war der Sommer, wo es so warm war, im August, also die Sommerhitze. Das war dieses Jahr.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie sagten gerade: vier Stunden. Also, es war ein ausgesprochen langes Gespräch?

Zeuge Günter Stengel: Ja, das war ein ausgesprochen langes Gespräch, und ich hätte mir gewünscht, dass er am Anfang - - Aber das hat er nachgeschoben, weil er gemerkt hat, dass ich zum Aufbruch dränge.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja.

Zeuge Günter Stengel: Und er wollte dann irgendwann auch, wenn man sich noch mal trifft, Geld sehen. Also, er hatte insgesamt gemeint, so 50 000 Euro müssten es sein, wert sein, seine - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Was uns wundert, Herr Stengel, ist, dass wir in den Akten einen Vermerk finden über dieses Gespräch, das Sie geführt haben; aber in diesem Vermerk gibt es keinerlei Hinweise auf NSU, auf den Namen Mundlos oder auch auf den „Thüringer Heimatschutz“. Wie ist das zu erklären?

Zeuge Günter Stengel: Ich hatte drei Berichte gefertigt, einen Bericht bezüglich der Mossad-Sache mit der Nachbefragung beim Polizeiposten, dann einen kurzen Bericht über das Rotlichtmilieu und einen längeren Bericht über diese Sache, Rechtsbereich, und man hat das dann im Haus ausgewertet und hat gesagt, man dürfe das nicht erheben, das würde dem Datenschutz nicht entsprechen; das LfV würde keine Einzelpersonen registrieren, das LfV würde nur Institutionen beobachten, die vom Innenministerium genannt seien, und da war halt diese Sache nicht darunter.

Ich musste dann - - Die Berichte habe ich dann wieder quasi vernichtet, habe irgendwie noch in einem Zusammenhang berichtet, dass mal ein Gespräch mit diesem Mann geführt wurde, falls er sich noch mal meldet, und das Einzige, was ich eigentlich erreichen konnte, war eine NADIS-Speicherung, die sich nachher auch als erfolgreich zeigte, weil aus vielen Dienststellen bezüglich dieser Person dann nachgefragt wurde.

Er hatte sich auch an einen Bundestagsabgeordneten hier, den damaligen Leiter des Innenausschusses, gewandt, von seinem Büro zurück. Leider durfte ich das dann nicht weiterleiten.

(Serkan Tören (FDP): Herr Edathy! - Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben ja immer den gleichen

Chef! - Weiterer Zuruf: Vorladen! -
Vereinzelt Heiterkeit)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, ich frage noch einmal nach: Sie sagen, Sie haben nach dem Gespräch im Sommer 2003 unter anderem einen Vermerk gefertigt für Ihr Amt, und in diesem Vermerk seien ursprünglich Begriffe wie NSU und Mundlos verwendet worden; aber Ihre Vorgesetzten hätten Sie dazu angehalten, diese Nennung wieder zu streichen. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Günter Stengel: Das ist richtig so wiedergegeben, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie haben dann allerdings - -

(Zuruf des Abg. Clemens Binninger
(CDU/CSU))

- Herr Binninger, es geht jetzt erst einmal um den Bericht. - Eine Zwischenfrage von Herrn Binninger; machen wir es mal direkt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich will nur gleich präzise sein. Ich hatte Sie so verstanden, dass es drei Berichte waren - dieser dritte Bericht, den der Vorsitzende gerade zu Recht anspricht -, dass man zu Ihnen aber gesagt hatte: „NSU, so eine Organisation gibt es nicht; Einzelpersonen beobachten wir auch nicht“ - das war ja beides damals noch nicht bekannt -, und es deshalb nicht erfasst worden ist. Also nicht: „Streichen Sie die beiden Begriffe“, sondern: „Wir beobachten nur Organisationen, die quasi uns auch bekannt sind; und NSU kennen wir nicht, deshalb fangen wir mit dem Bericht nichts an“. - So habe ich Sie verstanden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wobei die Frage, Herr Binninger, wenn das denn so gewesen ist, wie der Zeuge es hier schildert, sich dann schon stellt, ob Berichte von Mitarbeitern von Verfassungsschutzbehörden nur solche Organisationen nennen dürfen, die bereits bekannt sind, und nicht Hinweise auf möglicherweise neu entstandene Gruppierungen oder noch nicht bekannte.

Haben Sie denn, Herr Stengel, da noch persönliche Aufzeichnungen, was sozusagen den Vorentwurf des Berichtes betrifft, der diesen Bereich Rechtsextremismus umfasste?

Zeuge Günter Stengel: Also, weitere Berichte habe ich nicht, und das wurde wirklich auch durch die Juristen in unserem Haus geprüft. Sie haben gesagt: Es darf nichts mehr davon übrig bleiben außer dieser Nahbeschreibung und einem kurzen Vermerk, dass man weiß, unter welchem Namen Sie hier eine Befragung gemacht haben. - Und dann - - Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, Sie haben - - Ich muss jetzt mal kurz fragen. Sie waren ja lange Mitarbeiter im Verfassungsschutz in Baden-Württemberg, also 1970 bis 2007. Das sind 37 Jahre.

Zeuge Jörg Günter Stengel: Ich war davor bei der Polizei, und 1978 habe ich beim Verfassungsschutz angefangen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ach so, okay; dann haben wir das. Das ist gut, dass Sie das hier ergänzen als Information. Und Sie haben - ich muss mal so fragen - dieses Gespräch geführt in Flein?

Zeuge Günter Stengel: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: In einem evangelischen Gemeindehaus? Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Günter Stengel: Ja, das war im Gemeindehaus der evangelischen Kirchengemeinde.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann haben Sie sich also handschriftliche Notizen gemacht -

Zeuge Günter Stengel: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - und sind dann wieder im Amt gewesen und haben sich an den Schreibtisch gesetzt und das - ich weiß nicht, mit Schreibmaschine oder mit Computer -

Zeuge Günter Stengel: Genau.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - zu drei Berichten verarbeitet?

Zeuge Günter Stengel: Ja, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gut.

Zeuge Günter Stengel: Das waren drei Berichte, und ich habe natürlich, was ich abklären konnte - - Dass er im Gefängnis war, das stimmt; das Gerichtsurteil war da. Auch die Befragung vom Polizeiposten in Wernau wurde gemacht. Und dann habe ich die Berichte gemacht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nur ganz kurz: Wenn in den ersten Entwürfen diese Stichworte enthalten waren, unter anderem NSU und Mundlos, sind diese Berichtsentwürfe dann vernichtet worden, oder sind die irgendwo noch vorhanden?

Zeuge Günter Stengel: Nein, nein, die Entwürfe mussten alle papiermäßig und auch EDV-mäßig vernichtet werden, und dieser Bericht kam auch nicht in die normale Registratur, sondern das kam in eine besondere Registratur für Berichte von Leuten, die sich mehrmals mit Sachverhalten ans Landesamt wendeten, wenn man dann irgendwann mal merkt: Ja, es ist nichts dran; es ist aber gut, dass man weiß, wer wann mit dieser Person geredet hat. - Das wird dann auch nach zwei, drei Jahren durchgeschaut, und dann kommen die Berichte raus, wenn er sich nicht mehr - - und werden vernichtet.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Kurz abschließend: Was genau haben Sie denn damals im Informationssystem NADIS speichern lassen?

Zeuge Günter Stengel: Ja, nur als Person und seine Personalien, damit man das nachvollziehen kann.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also Herrn O.?

Zeuge Günter Stengel: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gut, dann schlage ich vor, wir kommen zu Befragung durch die Fraktionen. Zunächst hat die Unionsfraktion das Fragerecht. Das ist dann erst mal der Kollege Clemens Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Vielen Dank, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen. - Ich steige nur mit ein, zwei kurzen Fragen ein; dann wird Kollege Schuster hier rechts von mir die weitere Befragung durchführen.

Was mich noch mal interessieren würde, wenn Sie sich daran erinnern - Sie waren ja lange genug im Landesamt beschäftigt -: Wissen Sie noch, mit wem Sie über diesen Bericht gesprochen haben, wo es am Ende hieß: „Den können wir so nicht verwenden, weil es keine Organisation NSU gibt“, wer Ihnen dazu geraten hat oder vielleicht sogar die Weisung gegeben hat: „So etwas können wir nicht ablegen“, also namentlich? Wenn Sie sie hier nicht sagen wollen im Klartext - - Ich will nur fragen, ob Sie sie uns nachreichen könnten. Wissen Sie es noch?

Zeuge Günter Stengel: Nein, ich habe dazu keine Aussagegenehmigung. Das ist mir extra untersagt, die Namen der Mitentscheider zu nennen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wie gesagt, die müssen Sie hier nicht sagen. Aber um die Frage zu beantworten: Sie wüssten noch, wenn Sie es sagen dürften, wer mit Ihnen damals geredet hat über diesen Bericht?

Zeuge Günter Stengel: Genau.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Dazu wären Sie noch in der Lage?

Zeuge Günter Stengel: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und das waren auch Funktionsinhaber im Landesamt für Verfassungsschutz?

Zeuge Günter Stengel: Genau.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gut.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Vielleicht kann
er die Funktionen sagen!)

Können Sie es zumindest grob sagen - nicht die exakte Funktion, weil es sonst auch sofort zuordenbar ist - oder die Bereiche, wo die im LfV tätig waren? War das der Leitungsstab, war es eine Abteilung, war es Ihre eigene Abteilung?

Zeuge Günter Stengel: Also, ich gehörte damals zur Abteilung IV, Spionageabwehr, und dann ist natürlich naturgemäß das - - Ja, meine Vorgesetzten kann man ja dann - - Da weiß man ja dann, wer Abteilungsleiter und so war.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Gut. - Letzte Frage von mir - dann übernimmt Kollege Schuster -: Was hat Sie damals bewogen und was hat es ausgelöst - die Berichterstattung möglicherweise, aber was genau -, wann fiel Ihnen das wieder ein, sich an das BKA zu wenden mit Ihrer Erinnerung aus Ihrem dienstlichen Erlebnis 2003, und wie lief dieser erste Kontakt zum BKA ab?

Zeuge Günter Stengel: Ich konnte die Sache nicht einschätzen: Bringt es überhaupt noch etwas, was ich sage? - Ich hatte aber keinen Ansprechpartner, und da habe ich mich dann an einen Beamten des BKA gewandt. Ich habe einen Brief hingeschrieben und habe gesagt: „Ich bitte um Rückruf eines Polizeibeamten, mit dem ich das durchreden kann“, weil ich wirklich nicht wusste: Ist das jetzt noch wichtig? Ist das gar nicht mehr wichtig? Ist das Schnee von gestern? - Ich wollte mit mir auch ins Reine kommen, sozusagen, nicht dass irgendetwas passiert, und du hättest damals - - Ja? Deswegen hat der mich angerufen und hat kurz am Telefon gesagt: Ja, da kommt ein Kollege vom Landeskriminalamt; das wird etwas Längeres. Und er hat gesagt: Da müssten wir nachfassen. Das war für mich dann das Erste, wo ich sagte: Okay, jetzt geht es weiter. - Dann kamen die Herren vom Landeskriminalamt, und da habe ich das dann auch - - Ein längerer Bericht wurde gefertigt.

Ich habe zu den Polizeibeamten gesagt: Ich bitte um eine Nachricht, wenn diese Sache weitergegeben wird. Wenn es nicht gleich vernichtet wird, sondern es weitergegeben wird, bitte eine Nachricht an mich, dass ich meiner alten Dienststelle einen Brief schreibe, sie verständige, was ich gemacht habe. - Das ist jetzt neun Monate her, und es kam aber kein Anruf.

Aber vor anderthalb Wochen musste ich in der *Heilbronner Stimme*, einer Tageszeitung, lesen: Ein Ex-Verfassungsschützer Günter S. - also mit Teilen meines Klarnamens - hat abwegige Meinungen geringwertiger Substanz hier irgendwie von sich gegeben. - Da habe ich mich schon gefragt: Was soll das, diese Sache? Was soll das? Ich habe ja noch gar nichts abgegeben; ich habe nur gesagt, was mir Dritte gesagt haben, also nur als Sprachrohr alles weitergegeben. Das hat mich ein bisschen verwundert, ja.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Vielen Dank. Kollege Schuster wird Sie weiter befragen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Stengel, ich finde das ziemlich beachtlich. Also, erstens reden wir, glaube ich, überhaupt nicht über irgendeine Pflichtverletzung von Ihnen, weil Sie gerade eben gesagt haben: Na ja, ich will mit mir ins Reine kommen. - Das klingt ja alles sehr gut. Was mich besonders wundert, ist, dass Sie nach acht Jahren so eine Erinnerung haben, und da drängt sich mir natürlich die Frage auf, wie wichtig Sie persönlich das eigentlich damals genommen haben, wenn Ihnen das acht Jahre später sofort auffällt, weil es hier Leute gibt, die auf Ihrem Stuhl sitzen, die sich überhaupt nicht an diese Namen erinnern können.

Zeuge Günter Stengel: Ich habe vielleicht manchmal eine bisschen zynische Ader, und bei dieser Befragung, wo man gemerkt hat - - Bei dem Namen Mundlos habe ich dann zu dem so gesagt: Na ja, Mundlos, das passt gut in unsere Quellentätigkeit, das kenne ich vom Verfassungsschutz.

(Heiterkeit)

NSU, da habe ich gesagt - weil ich das gar nicht geglaubt habe -: Ja, in Neckarsulm? Das hatte früher doch das Kennzeichen NSU. Gibt es in Neckarsulm nochmals so eine Organisation? Da sagte er: Nein, es ist was von Thüringen, von den neuen Bundesländern. - Derartige Fragen, dass man mit jemandem redet, der sich ein Pseudonym gibt, dann noch in einem kirchlichen Gebäude über diese Zeit von vier Stunden, vergisst man eigentlich, aber irgendwie waren die beiden Namen noch präsent, irgendwie sofort da. Als ich das gelesen habe mit ... (akustisch unverständlich) und Mundlos, habe ich gesagt: Ja, das sagt mir was.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich bin jetzt kein Experte in den Tätigkeiten, die Sie da vorgenommen haben. Wie muss man sich das vorstellen? Wie groß ist Ihr Ermessen, wenn Sie mit einer solchen Person sprechen, ob Sie daraus einen Bericht machen oder nicht? Haben Sie da ein Ermessen, also, können Sie auch selber entscheiden: „Das klingt völlig unplausibel,

das schreibe ich nicht auf“, oder ist es Ihre Pflicht, alles aufzuschreiben?

Zeuge Günter Stengel: Nein, alles aufzuschreiben ist die - - wird eigentlich nicht - - alle relevanten Punkte. Es muss sich ja irgendwie auch immer doch von vorne bis hinten so schlussfolgernd aufbauen natürlich; aber es wird sicherlich - - Wenn ich von Personenbefragungen kam, da hatte ich dann so einen Stoß Zettel; manchmal wird einem auch was übergeben. Dann breitet man das hier auf dem Schreibtisch aus, und dann wird da ein Bericht draus geschrieben.

Es ist nicht so, dass ich keine Entscheidung oder was mit bewerkstelligen konnte. Ich stand und stehe voll hinter dem, was meine Vorgesetzten damals gesagt haben. Daraus, was sie gesagt haben, stehe ich voll dahinter. Ich hätte aber auch Möglichkeiten gehabt. Wenn ich das präsenter machen will, wenn ich wirklich überzeugt bin, dann kann man das auch vorbringen, und dann wird noch auch mit anderen Kollegen darüber geredet. Eine Meinung allein, die Erfahrung hat keiner.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das heißt aber im Ergebnis: Wenn Sie einen Bericht schreiben, dann ist das nicht, weil Sie ein Wortprotokoll führen müssen, sondern wenn Sie einen Bericht schreiben, dann haben Sie auch die Einschätzung getroffen: „Das ist eine durchaus plausible Geschichte, oder zumindest gibt es eine gewisse Wahrscheinlichkeit“; sonst würden Sie es ja nicht hinschreiben. Sind Sie aus heutiger Sicht, weil Sie gerade den Satz gesagt haben: „Ich wollte mit mir im Reinen sein“, der Meinung, dass Sie sich genügend - ich sage es jetzt mal umgangssprachlich - verkämpft haben für diesen einen von diesen drei Berichten?

Zeuge Günter Stengel: Das ist ein schwieriges Thema. Ich bereue es sehr, dass ich nicht hartnäckiger dagegen vorgegangen bin, also, mich nicht hartnäckiger dafür verkämpft habe, da was zu machen. Das ist wirklich ein schwieriges Thema. Wenn es eine Möglichkeit der Rückgängigmachung gäbe oder eine Schuld - - würde ich das machen oder mich entschuldigen bei irgendjemandem, weil das natürlich schon - - Die beiden Namen wurden genannt, und ich habe es - - Ja, es ist nicht richtig reagiert

worden, insgesamt nicht richtig reagiert worden.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ja, na gut. So viel Asche möchte ich jetzt gar nicht, dass Sie über Ihr Haupt streuen. Sie haben gerade gesagt: „hartnäckiger“. Also, Sie haben sich ja scheinbar eingesetzt, und ich entnehme Ihren Worten - - Haben Sie damals die Entscheidung Ihrer Vorgesetzten durch den Dienstweg und die Amtsautorität so umgesetzt, oder hat Sie das auch wirklich überzeugt, dass Sie das tilgen sollten?

Zeuge Günter Stengel: Also, zu dem Zeitpunkt hat es mich schon überzeugt. Es war jetzt nicht so, dass ich mich da verkämpft hätte, und die bösen Vorgesetzten hätten das nicht gemacht. Das Einzige, was ich meinen Vorgesetzten also jetzt vorwerfen würde: Sie haben es permanent unterbunden, warum auch immer, das BfV zu informieren, -

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Aha.

Zeuge Günter Stengel: - und ich habe sehr große Probleme bekommen, weil - - Ich sage mal, dieser Stauffenberg hatte sich ja an das Büro Ihres Kollegen gewandt, und aus dem Büro von dem Kollegen kam eine Anfrage beim BfV. Da war, glaube ich, zunächst ein Gespräch dort, und da war dieser Stauffenberg einer von Punkten, wie wir da bei diesem Gespräch führen sollten. Dann hat mir der Kollege vom BfV oben - - Freitagsmittags hat er angerufen und hat gesagt: „Du, am Dienstag kommt einer, ein Bundestagsabgeordneter vom Innenausschuss, zu unserem Präsidenten. Er will einen Antrittsbesuch machen. Du hast den Stauffenberg - - Was ist denn da?“ - Dann habe ich das kurz gesagt, was man dann über sichere Leitungen reden kann, und da hat er gesagt: „Kannst du mir das schicken?“, und ich habe das geschickt, und das war ein großer Fehler. Das wurde bekannt, und meine Vorgesetzten bis hoch zum Präsidenten damals haben mich gerügt. Ich habe gemeint, es gibt jetzt eine Verwarnung, Verweis, Beförderungssperre; hat sich dann aber getan. Das ist das Einzige, was mich da - - dass ich nicht gewusst habe, warum das BfV das jetzt nicht wissen darf. Warum auch, nicht?

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das verstehe ich jetzt nicht; aber das ist ein anderes Thema.

Zeuge Günter Stengel: Ja. Es hat geheißen, man darf Politikern das nur geben, wenn es vorher juristisch geprüft worden ist von unserem Hausjuristen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ja, das lernen wir jetzt gerade ziemlich schmerzlich, dass man uns immer nur was gibt, wenn - -

Sie haben gerade eben im Nebensatz gesagt, dass Ihre Juristen geprüft hätten und dass die gesagt hätten, Sie müssten das Ding löschen. Können Sie mal ganz kurz den Aufwand beschreiben, den man bei Ihnen im Amt damals betrieben hat, um überhaupt rauszubekommen, ob das plausibel ist? Also, wie intensiv hat denn die Spionageabwehr dem Thema NSU hinterherrecherchiert und mit anderen Diensten gesprochen: „Kennt ihr das?“, bevor ich sage: „Das löschen wir; das ist ja völlig wertlos“?

Zeuge Günter Stengel: Nein. Nein.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Also, was man bei Ihnen im Amt nicht wusste, gab es nicht?

Zeuge Günter Stengel: Das entzieht sich meiner Kenntnis. Es war nur so, dass gesagt worden ist: „Das ist eine Einzelperson, wir dürfen das nicht beobachten“, -

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Günter Stengel: - und ich dann gesagt habe: „Okay, NADIS-Speicherung, fünf Jahre“, und dann ist gesagt worden: „ein, maximal zwei Jahre“. Okay, es wurde so angeordnet, und so ist es gemacht worden. Das Einzige, was mich gestört hat, was ich gesagt habe, und da bin ich auch noch wirklich dabei: Warum durfte das BfV das nicht in Erfahrung haben, und warum wurde ich dermaßen gerügt, weil ich das am Freitagmittag im Bericht ans BfV gegeben habe, in dem ja gar nicht viel drinsteht. Der war ja nicht mal NfD oder gar Geheim, sondern das war nicht klassifiziert als Vertrauenssache.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Also, jedenfalls, abschließend kann ich sagen, dass sowohl Sie - - Sie befinden sich ja in guter Gesellschaft. Sie haben das Ding ernst genommen, genauso wie unser Ausschussvorsitzender damals als Abgeordneter. Beide haben Sie etwas unternommen. Leider hat es nicht zum Ziel geführt. - Danke schön.

Zeuge Günter Stengel: Leider.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Ich hätte noch eine Frage, wenn wir noch Zeit haben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Sie haben erwähnt gehabt, Ihr Informant oder der, mit dem Sie gesprochen haben, hatte die Worte NSU und Mundlos in den Mund genommen. Hat er denn sonst noch was gesagt, also jetzt zu diesem Themenkreis Rechtsextremismus?

Zeuge Günter Stengel: Also, er hatte Fahrten nach Thüringen und so, hat er gesagt, und mit der Zeit immer stärker ging es um Bankraub oder Überfälle, und das war dann zum Schluss das Thema, und deswegen sind die, schätze ich - oder es war schon so -, nach Heilbronn gekommen, und man hat hier eine Bank ausgesucht, die er großspurig, schon bevor die Gesinnungsgenossen gekommen sind, ausbaldowert hat. Er ist dann auch gelobt worden von seinen Freunden aus Thüringen, was das für eine exzellente Lage für einen Bankraub ist.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Ist denn eigentlich in irgendeinem Sachzusammenhang der „Thüringer Heimatschutz“ erwähnt worden?

Zeuge Günter Stengel: Nein. Nein. Also, das kann sein, aber - - Ich kann mich an den NSU erinnern, weil das das alte Kennzeichen von Neckarsulm ist und ich erst gemeint habe, er meint in Neckarsulm auch noch mal eine Organisation. Da hat er gesagt: Nein, nicht Neckarsulm, Thüringen.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Mich verwundert, im Rahmen Ihrer Vernehmung haben Sie sehr wohl den „Thüringer Heimatschutz“ erwähnt gehabt, jetzt am 25.11.2011,

und zwar sehr detailliert. Also, es wird davon gesprochen:

Der Informant teilte mit, dass sich der Thüringer Heimatschutz hinter dem Kürzel NSU versteckte.

Zeuge Günter Stengel: Ja, okay; ist mir jetzt nicht mehr präsent, die Sache.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Oder Sie erwähnen auch noch, dass die Gruppe endlich eine andere Qualität habe; man wolle nun Taten sehen.

Zeuge Günter Stengel: Ja. Das stimmt, ja. Es ging jetzt um die Gewaltdelikte, also nicht nur reden, sondern Taten, auch hier Gewaltdelikte, vor allem Geldbeschaffungsmaßnahmen.

(Armin Schuster (Weil am Rhein)
(CDU/CSU): Ich habe noch eine Frage!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Schuster, bitte.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Noch einmal zur Vergewisserung - Sie haben eben schon darauf geantwortet -: Das heißt, Sie haben gesagt, Ihr Informant hat angegeben: NSU in Thüringen.

Zeuge Günter Stengel: Ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Dann trifft man bei Ihnen im Amt eine Entscheidung: „Das wird gelöscht“, ohne in Thüringen nachzufragen. Wissen Sie genau, dass das so war, oder vermuten Sie das?

Zeuge Günter Stengel: Ich hatte - - Der Einzige, der diesen Fall schrittweise bearbeitet hat, war ich. Das war von der Besprechung bis zum Ende - in einen bestimmten Ordner habe ich ihn eingeklebt - und zur NADIS-Speicherung. Ich habe alles gemacht. Also, es war niemand beteiligt.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Wenn Sie in Thüringen angerufen hätten, hätte es definitiv einen Verweis gegeben, vermute ich. Oder? - Das war jetzt suggestiv; Entschuldigung.

Zeuge Günter Stengel: Ich muss wirklich zugeben: Ich habe es nicht geglaubt. Wer hat es bis dato - - Es ist ja von allen - - Jeder hat es nicht gewusst.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Sie haben es ja jetzt nicht erinnerlich gehabt, sondern nur auf Vorhalt, was den „Thüringer Heimatschutz“ betrifft. Hatten Sie jetzt vorher, bevor das in der Presse dann eigentlich kam, da jemals auch dienstlich Bezug, oder wussten Sie, was eine Verbindung mit dem „Thüringer Heimatschutz“ sein könnte?

Zeuge Günter Stengel: Nein, also, das - - Da hätte ich zu dem Kollegen vom Rechtsextremismus - - zu ihm hätte man gehen können. Es haben ja auch Überlegungen stattgefunden, diesen - - Ich wollte ja noch mal mit diesem Stauffenberg reden; aber das ist nicht genehmigt worden, weil wir nicht zuständig sind. Soweit ich mich noch entsinnen kann, hat man auch im Rechtsbereich mal nachgefragt, ob die eventuell jemand bräuchten oder ob die jemanden gebrauchen könnten aus dem Bereich Heilbronn, als V-Mann, sage ich mal. Aber das wurde verneint. Das war dann nicht weiter - - Das war einmal kurz eine Anfrage, und dann war es gegessen.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Herr Edathy hat eine kurze Zwischenfrage. - Gern.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich würde die Frage eben kurz stellen wollen. - Herr Stengel, nach dem Auffliegen der Terrorzelle oder ihrem Bekanntwerden haben Sie sich ja im November, und zwar nach unseren Unterlagen am 23.11., an das Bundeskriminalamt gewendet. Ist das richtig?

Zeuge Günter Stengel: Das ist richtig, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Haben Sie eine Begründung dafür, warum Ihr ehemaliger Dienstherr, nämlich das Landesamt Baden-Württemberg für Verfassungsschutz, dieses Ihr Sich-Wenden an das BKA als potenziellen Geheimnisverrat bewertet?

Zeuge Günter Stengel: Ja, das kann ich mir schon vorstellen. Aber - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich mache Ihnen mal einen Vorhalt, weil ich das schon bemerkenswert finde. Wir sind ja hier alle guten Willens, Aufklärung zu betreiben, und dann finden wir - MAT A GBA 4/20, Blatt 36 - ein Schreiben des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg an das LKA Baden-Württemberg vom 29. Dezember 2011. Da heißt es ganz am Ende seitens des Verfassungsschutzamtes Baden-Württemberg in Richtung Polizei:

Ergänzend erfolgt der Hinweis, dass sich Herr Stengel durch seine Aussage bei der Polizei wegen der Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht nach § 353 b StGB strafbar gemacht haben könnte.

Zeuge Günter Stengel: Das ist okay. Aber das passt in dieses Amt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können Sie mir sagen, inwiefern das in dieses Amt passt? Wir versuchen ja auch, uns im Rahmen unserer Tätigkeit ein Bild zu machen vom Funktionieren und Agieren der Verfassungsschutzbehörden in Deutschland.

Zeuge Günter Stengel: Ja, ich sage immer: Das Problem des Verfassungsschutzes ist, dass man übereinander redet, aber nicht miteinander. Deswegen traue ich denen das natürlich zu, wobei mich natürlich ein Kollege angerufen hat; der hat davon nichts erwähnt, sondern hat gesagt: Was machen wir denn jetzt mit der Sache? - Da habe ich gesagt: Das müssen ja Sie wissen; ich bin ja nicht mehr im Dienst. - Da meinte er: Ja, wir können dem rechtsextremistischen ... (akustisch unverständlich) Dieser Kollege hat jetzt von dieser Sache nichts gesagt. Aber Fakt ist natürlich schon - ich lasse mich jetzt durch diese leichte Provokation auch nicht dazu hinreißen, dass da alles schlecht war und so oder ich armer Beamter - - Ich habe das gewusst. Das war ein Fehler.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, aber - -

Zeuge Günter Stengel: Es war ein Fehler. Ich habe dem Kollegen vom LKA gesagt: Bitte nehmt Rücksprache zu mir, wenn ihr das weiter verwertet und nicht wegwerft, bitte Rücksprache zu mir, und dann hole ich eine Aussagegenehmigung. - Im Nachhinein

würde ich natürlich das mit dem BfV nicht mehr machen. Wenn ich jetzt ... (akustisch unverständlich), würde ich es nicht machen. Das ist klar.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Im Nachhinein würden Sie sagen, um Ärger zu vermeiden: „lieber dem BKA keine Hinweise geben zum NSU“?

Zeuge Günter Stengel: Genau, genau.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist ja nicht weiter zu kommentieren. Ich finde es nur verwunderlich, dass also in einem Schreiben des Verfassungsschutzes Baden-Württemberg, wenn ein ehemaliger Mitarbeiter des Verfassungsschutzes sich nach dem Auffliegen einer rechtsterroristischen Organisation an die Polizei wendet, dann erst einmal darauf hingewiesen wird, das könnte Anlass geben für ein Strafverfahren; das finde ich ausgesprochen ungewöhnlich im Sinne eines gemeinsamen Interesses an Aufklärung.

Aber das war nur eine Zwischenfrage. - Hat die Union noch Fragen? - Sie haben noch drei Minuten.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Ich hätte mal noch eine Selbsteinschätzung von dem, weil das ja alles sehr lange tatsächlich zurückliegt. Verschiebt sich da unter Umständen nicht etwas von dem, was Sie an Erinnerungsvermögen haben, und dem, was unter Umständen Sie über mediale Berichterstattung geben, sodass es da gewisse Überlagerungen gibt von dem, was Sie noch in Erinnerung haben, „Thüringer Heimatschutz“ beispielsweise?

Zeuge Günter Stengel: Ja, den Begriff - - Es ist so, wenn man sich zu etwas entschließt, und jetzt habe ich gewusst, ich fahre hierher und sage aus, muss man sagen: Jeden Tag kommt noch aus irgendeiner Gehirnwinding was dazu. Man versucht sich da noch mal reinzumachen, was so gesagt wird. Man will ja auch nichts Falsches sagen. Ja, da gibt es Verwischungen manchmal, dass man das am anderen Tag vielleicht nicht mehr so sagt wie zuvor.

Ich habe damals gemeint, jetzt müssen alle Demokraten, jeder, der ein bisschen was weiß, was hier passiert ist, vor, egal, auf welche Kompetenz und welche - - Es müssen

alle zusammen machen, jetzt das aufzuklären, und - - Ja.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Aber Sie sind sich bewusst und klar, dass die Aussagen, die Sie dann gemacht haben - der Vorsitzende hat es ja gerade angedeutet gehabt -, in dem Gespräch Ihrem Erinnerungsvermögen entsprechen, dem, woran Sie sich erinnern können, -

Zeuge Günter Stengel: Ja, genau.

Stephan Stracke (CDU/CSU): - nicht, dass das noch zusätzlich angedockt wurde, -

Zeuge Günter Stengel: Nein, nein.

Stephan Stracke (CDU/CSU): - weil sehr vieles sich mal in der Erinnerung ja vielleicht auch anders darstellt?

Zeuge Günter Stengel: Dieses Letzte war die Anfrage vom BfV und dann die anschließenden Gespräche mit meinen Vorgesetzten, und da wurde schon angedeutet, dass ich also in diesem Amt nichts mehr werde oder so - das ist durchgekommen -, also zum Abschluss freigestellt; aber okay.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur SPD-Fraktion. Herr Kollege Rix hat das Wort.

Sönke Rix (SPD): Zunächst einmal schönen Dank, dass Sie sich zur Verfügung stellen. - Als Erstes möchte ich gerne mal wissen, ob es üblich ist, dass man drei verschiedene Berichte von einem Gespräch schreibt oder von einem Informationsaustausch drei verschiedene Berichte anfertigt, ob das üblich ist, ob man nicht normalerweise einen Vermerk über ein Gespräch macht. Wie ist da die Praxis?

Zeuge Günter Stengel: Das ist normal, wenn es einen Sachverhalt betrifft oder aus einer politischen Richtung ist, dass man dann einen Bericht macht. Diese Berichte habe ich extra gemacht, weil sie von der Wertigkeit - - Das geht dann in verschiedene Abteilungen, einmal Rechtsextremismus oder Ausländerextremismus. Und diese Ermittlungen, die ich da gehabt habe, jetzt zum Beispiel über die Mossad-Aktivitäten, die angeblichen, das war danach. Da habe ich den anderen Bericht

schon gefertigt gehabt. Bezüglich des Rotlichtmilieumords in Stuttgart habe ich dann extra einen kleinen Bericht gemacht, weil ich da verschiedene Dienststellen angeschrieben habe, und als es dann gekommen ist, da war also gar keine Substanz. Von daher gibt es diese oder gab es diese drei Berichte und die anschließenden Besprechungen, ja.

Sönke Rix (SPD): In dem Bericht, wo Sie die Begrifflichkeit NSU und den Namen Mundlos mit erwähnt haben, haben Sie nun auch gerade geschildert, dass es im Gespräch auch Thema war, dass es einen Kontakt zu Thüringer Gefangenen gegeben hat und man sich auch gegenseitig besucht hat. Hat man Ihnen da etwas zu den Personen gesagt, und haben Sie das auch mit dokumentiert, also wer sich da wie besucht hat?

Zeuge Günter Stengel: Diese Namen habe ich notiert. Ich hatte fünf Namen. Aber diese habe ich vernichtet.

Sönke Rix (SPD): Und Sie können sich auch an keinen Namen erinnern, nur an den Namen Mundlos?

Zeuge Günter Stengel: Ja, weil wir darüber Spaß gemacht haben, ja.

Sönke Rix (SPD): Wie erklären Sie sich denn, dass der Generalbundesanwalt natürlich auch Ihrer Darstellung nachgegangen ist und das für nicht weiter bedeutend erachtet hat? Wie erklären Sie sich das?

Zeuge Günter Stengel: Was hat er nicht - - Das verstehe ich jetzt nicht ganz.

Sönke Rix (SPD): Der Generalbundesanwalt, gehe ich davon aus, hat natürlich auch von Ihren Tätigkeiten Kenntnis bekommen und auch von Ihren Aussagen, und er hat gesagt oder hat erkannt oder meint zu erkennen, dass man dem nicht weiter nachgehen muss. Wie erklären Sie sich das?

Zeuge Günter Stengel: Für die Einschätzung des Generalbundesanwalts habe ich keine Erklärung. Das - - Ich muss noch einmal zurückkommen: Es war ein Gespräch zur Einschätzung. Ich habe da auch nicht erwartet, dass dann jetzt der GBA losläuft oder das LKA losläuft und ein großer Fall

daraus entsteht. Mein Fehler damals war, dass ich mich an das BKA gewandt habe, um mit jemandem zu reden, der das vielleicht einschätzen kann.

Sönke Rix (SPD): Und wieso haben Sie sich damals eigentlich nicht noch mal an Ihren Landesverfassungsschutz gewandt, um noch mal darauf aufmerksam zu machen, dass Sie doch damals da diesen Bericht getätigt haben?

Zeuge Günter Stengel: Ja, ich kann es ja sagen: Wir sind nicht in Frieden geschieden, der Verfassungsschutz, das Landesamt, und ich.

(Der Zeuge lacht)

Da besteht keine Basis mehr; das ist vorbei. Das möchte ich auch nicht.

Sönke Rix (SPD): Okay, keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Haben andere Vertreter der SPD-Fraktion Fragebedarf? - Der Punkt ist, Herr Stengel: Wir haben hier vorhin - da waren Sie noch nicht im Raum - verabredet, dass wir wegen der aktuellen Haushaltsberatungen für die Dauer der Beratung des Haushaltes des Bundesinnenministeriums unterbrechen wollen, weil viele von uns Innenpolitiker sind und an der Debatte teilweise auch als Redner teilnehmen müssen.

Ich stelle jetzt fest, dass der vorletzte Redner zum Einzelplan Justiz spricht und für 19.10 bis 19.15 Uhr der Aufruf des Einzelplans 06 vorgesehen ist. Deswegen würde ich vorschlagen, jetzt nicht die FDP in die Möglichkeit zu versetzen, von ihrem Fragerecht Gebrauch zu machen, sondern dass wir nach der Unterbrechung die Zeugenbefragung fortsetzen.

Das heißt allerdings, Herr Stengel, dass ich Sie bitten muss, jetzt die nächsten ungefähr anderthalb Stunden sich hier in der Nähe aufzuhalten und uns dann rechtzeitig zur Verfügung zu stehen für die Fortsetzung der Zeugenbefragung. 20.45 Uhr ungefähr wäre dann hier die Fortsetzung der Beweisaufnahme.

Vielleicht teilen wir dem letzten Zeugen mit, dass er auch nicht damit rechnen muss, vor 21 Uhr hier zu erscheinen.

Dann unterbreche ich jetzt die Beweisaufnahme. Herr Zeuge, die freund-

lichen Mitarbeiter des Sekretariates kümmern sich um Sie, damit Sie hier gut versorgt werden, während wir nicht anwesend sind. Dann setzen wir das hier um 20.45 Uhr fort. - Vielen Dank.

(Unterbrechung von
19.06 bis 21.07 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sehr geehrte Damen und Herren, in Abwesenheit der Öffentlichkeit setzen wir die öffentliche Zeugenvernehmung fort.

Vielen Dank, Herr Stengel, für die Geduld. Wir hatten ja am Ende der Befragung durch die SPD-Fraktion unterbrochen wegen der Haushaltsberatungen im Plenum zum Einzelplan des Bundesministeriums des Innern. Das Fragerecht hätte jetzt eigentlich die FDP-Fraktion. Die ist aber weder am Platz noch im Saal. Ich würde vorschlagen, dass wir das dann einfach unbürokratisch regeln und dem Kollegen, sofern gewünscht, dann das Wort erteilen, wenn er da ist.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Herr Schulz, jetzt müssen Sie ran!)

Wir könnten ansonsten auch erst mal zur Linksfraktion wechseln. Da hätte jetzt Frau Pau das Fragerecht. - Bitte.

Petra Pau (DIE LINKE): Ich habe erst mal eine Frage. Sie haben vorhin dem Kollegen Binninger geantwortet, dass Sie uns hier öffentlich in jedem Fall nicht die Namen derjenigen nennen können, die Sie gebeten haben - wenn ich es mal so umschreiben darf -, Ihren Bericht zu verändern. Sehen Sie denn im Wissen um Ihre Aussagegenehmigung eine Möglichkeit, uns unter anderen Umständen diese Namen in irgendeiner Weise zukommen zu lassen?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Pau, einen Augenblick. - Ich bin davon ausgegangen, dass, wenn wir die Sitzung fortsetzen, selbstverständlich da oben auch wieder die Türen geöffnet werden. Das scheint offenkundig nicht der Fall gewesen zu sein. Vielleicht warten wir kurz. Es scheinen doch noch einige Leute draußen zu warten, auf die Besuchertribüne gelassen zu werden. Kleinen Augenblick!

Petra Pau (DIE LINKE): Da hätten wir es gleich nichtöffentlich lösen können.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich hatte mich schon gewundert.

(Auf der Zuschauertribüne werden die Türen geöffnet)

- Guten Abend! Wir setzen die Zeugenbefragung fort. Offenkundig - ich bedaure das - ist versäumt worden, rechtzeitig die Türen für die Tribüne zu öffnen. Nachdem das erfolgt ist und die Öffentlichkeit Platz genommen hat, setzen wir die Befragung des Zeugen Stengel fort.

Herr Stengel, nun ist auch die FDP-Fraktion da und nimmt ihr Fragerecht in Anspruch, und zwar tut das der Kollege Tören. - Bitte.

Serkan Tören (FDP): Ich habe nur eine kurze Frage. Sie haben gesagt, dass Sie, als Sie die Informationen bekommen hatten, zu dem Zeitpunkt für Spionageabwehr zuständig waren. Ist das richtig?

Zeuge Günter Stengel: Das ist richtig, ja.

Serkan Tören (FDP): Die Informationen, die Sie bekommen haben, die stehen also eigentlich gar nicht im Zusammenhang mit Ihrer Tätigkeit.

Zeuge Günter Stengel: Das ist richtig, ja. Ich meine, es waren verschiedene Themen. Es war ja auch Thema Mossad, ausländischer Nachrichtendienst.

Serkan Tören (FDP): Kam das denn oft vor, dass Sie auch themenfremde Bereiche - - dann irgendwelche Informationen bekommen haben und die dann auch gleichzeitig wieder verarbeitet haben?

Zeuge Günter Stengel: Eigentlich die letzten Jahre nicht. Ich war im Bereich Wirtschaftsschutz auch tätig und habe Firmen beraten über Exporte in Krisenländer. Zu dieser Befragung wurde ich eingeteilt. Warum man mich da genommen hat - - Der Pfarrer von Flein hatte sich ja an die Leitungsstelle des Innenministeriums gewandt, dass da ein Mann sei, der hätte Redebedarf bezüglich verschiedener Dinge im Sicherheitsbereich. Dann ist das vom Innenministerium an das LfV übergeben worden, und schließlich bin ich dann raus.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kurth.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, Sie sind eingeteilt worden, da hinzugehen?

Zeuge Günter Stengel: Richtig, ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Sie haben vorhin, als Sie das erste Mal über den Begriff „NSU“ gesprochen haben, gestockt und den Begriff offensichtlich gesucht: NPD und dann NSU. Warum haben Sie denn da gestockt?

Zeuge Günter Stengel: Geschluckt?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja. Der Begriff ist zwar - -

Zeuge Günter Stengel: Das war bestimmt meine Aufregung - - würde ich das zuschreiben, dass halt am Anfang noch eine gewisse Unsicherheit da ist.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Der Begriff beschäftigt Sie. Nach so vielen Jahren fällt er Ihnen wieder auf, und dann stocken Sie. Das muss man hinterfragen. Sie haben sich offensichtlich Eselsbrücken gebildet und wenden die dann jetzt hier nicht an, sondern suchen erst mal den Begriff.

Zeuge Günter Stengel: Ich verstehe Sie jetzt nicht, akustisch.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Sie haben sich Eselsbrücken gebildet: NSU, also Neckarsulm. Aber dann, wenn Sie hier sitzen, wenden Sie Ihre eigene Eselsbrücke nicht an, sondern suchen den Begriff.

Zeuge Günter Stengel: Ja, ist korrekt. Das ist sicherlich meiner Nervosität oder Aufgeregtheit am Anfang - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Warum ist denn der Zuträger, nachdem er bei Ihnen offensichtlich nicht erfolgreich war, nicht zu anderen gegangen? Wenn ich so eine brisante Information habe und ich merke: „Mensch, jetzt habe ich es da nicht unterbringen können“, dann habe ich doch ein Austauschbedürfnis, habe ich ein Informationsbedürfnis. Warum ist er nicht zu anderen gegangen?

Zeuge Günter Stengel: Da muss ich Ihnen widersprechen. Er ist zu vielen ande-

ren gegangen. In einem Jahr, anderthalb Jahren kamen ungefähr zehn Anfragen diesbezüglich dieser Person. Er hatte sich an mehrere Abgeordnete, an das Justizministerium, an Auswärtigen Ausschuss, Inneren Ausschuss, ans Regierungspräsidium - - Also, der hat sich wirklich - - hat ein Buch geschrieben, das er da auch versandt hat an alle, wo er angeschrieben hat. In dem Buch bin ich auch mit Arbeitsnamen genannt. Also, es waren viele Rückfragen. Wahrscheinlich haben sich nicht alle jetzt an ihre Sicherheitsbehörde gewandt. Aber er war schon agil.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Mit den Ministerien meinen Sie Land, Bund oder beide?

Zeuge Günter Stengel: Das ist schwer; das weiß ich jetzt nicht. Das kann ich nicht sagen. Ich weiß nur, dass er mit dem Landesjustizministerium, dort mit dem Staatssekretär - - Das war so ein persönlicher Feind, an den er öfter geschrieben hat. Der wäre auch schuldig gewesen im Teil dieser Verschwörungstheorie, dass er fünf Jahre ins Gefängnis musste.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ist denn da der Begriff bei den anderen, soweit - -

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zwischenfrage, Herr Kollege!)

- Wie bitte?

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zwischenfrage!)

- Ja, bitte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Augenblick! Sind Sie einverstanden, Herr Kurth, wenn der Kollege Ströbele eine Zwischenfrage - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn der Vorsitzende das gestattet - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kurth muss das gestatten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil ich es nicht ver-

stehe: Der Herr Stauffenberg hat ein Buch geschrieben.

Zeuge Günter Stengel: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist das richtig?

Zeuge Günter Stengel: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und ist in diesem Buch - - steht da was von NSU?

Zeuge Günter Stengel: Ja. Also, ich meine schon, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da stehen auch die drei Buchstaben?

Zeuge Günter Stengel: Ja. Also, mit Sicherheit kann ich das nicht sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wann ist das rausgekommen, das Buch?

Zeuge Günter Stengel: Das war 2004. Ich meine, er hätte es Ihnen auch geschickt, Herr Edathy, das Buch.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ist nicht zu rekonstruieren. Das war ja, wenn, dann Korrespondenz in der Zeit, als ich Vorsitzender des Innenausschusses war. Im Sekretariat ist es nicht vorhanden. Ich finde es nicht. Ich kann es auch nicht erinnern. Ich habe den Akten entnommen, dass das Bundesamt wohl kontaktiert worden ist von meinem Büro, etwas unternommen hat. Also, ich weiß nicht, ob wir mal angefordert haben, was das Bundesamt für Verfassungsschutz in dem Kontext veranlasst hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kommt da auch der Name „Mundlos“ vor?

Zeuge Günter Stengel: Das weiß ich jetzt nicht. Ich habe das Buch nie in die Hand bekommen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ach, Sie haben das Buch gar nicht gelesen?

Zeuge Günter Stengel: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann können Sie natürlich auch schlecht sagen, ob etwas drinsteht oder nicht.

Zeuge Günter Stengel: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kurth, wollen Sie weitermachen?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Es geht weiter. - Aber wie heißt das Buch?

Zeuge Günter Stengel: Das weiß ich nicht mehr.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ist das ein kleiner Verlag gewesen, selbst verlegt oder ein größerer Verlag - aus der Erinnerung?

Zeuge Günter Stengel: Tut mir leid, kann ich nicht sagen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wie bitte?

Zeuge Günter Stengel: Kann ich nicht sagen; kann ich nicht sagen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Können Sie nicht, oder dürfen Sie nicht?

Zeuge Günter Stengel: Kann ich nicht.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, ich will es mal so sagen: Bis zum November 2011 war der Begriff „NSU“ als solcher bekannt für eine Automarke, einen Rasenmäher, eine Fahrradmarke, Neckarsulm als Kennzeichen. Aber im Zusammenhang mit einer rechtsterroristischen Organisation ist in keiner einzelnen der vielen Schriften, die zum Rechtsextremismus, zum Rechtsterrorismus - - der vielen Veröffentlichungen, wissenschaftlichen Veröffentlichungen, Populärwissenschaft, in den Akten, die uns vorliegen, der Begriff „NSU“ nicht ein einziges Mal vor 2011 aufgetaucht.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Herr Vorsitzender!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Binninger, zur Geschäftsordnung?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nur als Korrektur, weil dem Zeugen ein falscher Vorhalt gemacht wird. Darf ich?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die Aussage in ihrer Absolutheit, Herr Kollege, ist nicht zutreffend.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ich bin ja auch noch nicht zu Ende.

Clemens Binninger (CDU/CSU): In unseren Akten findet sich ja auf Anforderung auch eine Ausgabe des *Weißes Wolfs*, -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ich bin ja noch nicht zu Ende, Herr Kollege.

Clemens Binninger (CDU/CSU): - und da stand das Wort „NSU“ drin. Das hätte man kürzer haben können.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ist mir bekannt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und zwar 2003.

Vorsitzender Sebastian Edathy: So, jetzt hat Herr Kurth überwiegend das Wort.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja. - Es findet sich in den Akten nirgendwo der Begriff „NSU“, nirgendwo. Es gibt einen einzigen Auszug von einem *Weißem Wolf*, der so von uns auch nicht verifiziert worden ist, ob das tatsächlich ein Originaldokument ist, und deswegen auch für Erstaunen sorgt. Ansonsten findet sich dieser Begriff nicht.

Wenn ich jetzt dann mir zu Gemüte führe, was Sie gesagt haben, dass also 2003 erstmals dieser Begriff eigentlich bei einer Behörde, einer Sicherheitsbehörde dieses Landes aufgetaucht ist, nämlich bei Ihnen, dass bei Ihnen in dem Gespräch der Begriff „NSU“ fällt, der Name „Mundlos“, die Beschreibung „Terrorgruppe“, die Verortung „Thüringen“ - das ist ja sehr, sehr nahe dran an dem, was wir hier auch untersuchen -: Da muss man durchatmen.

Wenn dann Ihnen gesagt wird: „Schreiben Sie diesen Begriff nicht auf, „NSU“ nicht verschriftlichen“, „Sie bekommen eine Rüge bzw. Beförderungsstopp, weil Sie den Begriff

weitergemeldet haben“, wenn man das alles ernst nimmt, was Sie sagen - und ich nehme das ernst -, dann, will ich sagen, handelt es sich hier um eine gewisse Zäsur, die wir haben; denn das ist tatsächlich neu, dass der Begriff „NSU“ so gefallen ist.

Ich möchte dem Ausschuss raten: Wir müssen das dringendst verifizieren. Deswegen ist es auch notwendig, dass wir die Namen Ihrer Vorgesetzten, mit denen Sie darüber gesprochen haben -- dass wir das heute in dieser Sitzung unter Verschluss - Baden-Württemberg müsste dann dafür sorgen, dass die Freigabe erfolgt - - hier zumindest die Namen dagelassen werden, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hierzu gibt es eine Meldung des Vertreters des Landes Baden-Württemberg. - Herr Dr. Fahrner, bitte.

Dr. Matthias Fahrner (Baden-Württemberg): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Vielleicht kann ich gleich sozusagen relativ direkt helfen. Wenn Sie die Aussagegenehmigung sich anschauen: Dort finden Sie unter Nr. 5 den Hinweis, dass nur in nichtöffentlicher Sitzung entsprechende Angaben zu der Identität gemacht werden dürfen. Das entspricht eigentlich auch dem, was wir hier natürlich selbstverständlich als Gepflogenheit annehmen würden.

(Zuruf des Abg. Clemens Binninger (CDU/CSU))

- Bitte?

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Dann darf er es nachher sagen?)

- Natürlich, selbstverständlich, ja. Das ist seine Aussagegenehmigung.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Es langt uns
doch die Funktionsbezeichnung!
Die Namen kriegen wir allemal
raus!)

Vielleicht darf ich gerade noch ganz kurz ergänzen: Wir haben ja - ich hoffe, das ist Ihnen auch zugegangen - den Beweisbeschluss Nr. 9 entsprechend mit Namenssendung erfüllt. Ich denke, der ist verteilt worden. Wir haben ihn, glaube ich, am Dienstag übersandt.

(Petra Pau (DIE LINKE): Dienstag
abgesandt, und er ist heute
angekommen!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vorgestern.

Dr. Matthias Fahrner (Baden-Württemberg): Sagen wir so: Sobald der Beweisbeschluss, den Sie am Dienstag gefasst haben, uns bekannt war, also noch gar nicht formal sozusagen, aber sobald er bekannt war, haben wir diesen Beweisbeschluss erfüllt. Dort finden Sie ja die Namen mit den Funktionen. Er müsste Ihnen jeweils zugegangen sein.

(Clemens Binninger (CDU/CSU): Es
wäre sehr hilfreich, wenn wir das
vor der Vernehmung hätten!)

- Das muss Ihnen zugegangen sein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wann denn?

Dr. Matthias Fahrner (Baden-Württemberg): Es ist am Dienstag per Fax auf den Weg gebracht worden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir klären das gerade mal. Augenblick! Es wäre vielleicht das Einfachste, wenn wir es ausdrucken und hier im Ausschuss verteilen lassen könnten. Dann brauchen wir das hier nicht akustisch zu Gehör bringen, ersparen uns aber, deswegen für 20 Minuten zu unterbrechen, in den Saal des Auswärtigen Ausschusses oder den des Innenausschusses umzuziehen und dann 20 Minuten später wieder zurückzuziehen. Wir warten mal ganz kurz. Wir klären mal eben kurz, ob wir es haben. Augenblick!

Dr. Matthias Fahrner (Baden-Württemberg): Dürfte ich vielleicht ergänzen?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte.

Dr. Matthias Fahrner (Baden-Württemberg): Aus unserer Sicht ist nicht mal eine eingestufte Sitzung hierzu erforderlich. Also, eine nichtöffentliche Sitzung, weil das Ihnen VS-NfD zugegangen ist, würde unsererseits hier ausreichen. - So weit die Aussagegenehmigung, die Ihnen ja auch vorliegen müsste.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, aber ich sehe jetzt keinen Grund, die öffentliche Sitzung zu unterbrechen, die Nicht-Öffentlichkeit herzustellen und die Leute wieder hereinzubitten. Wir klären das mal. Wir schauen, ob wir das haben. Falls wir es haben, wird es verteilt, und dann können wir immer noch entscheiden, ob wir am Ende der Befragung des Zeugen Nichtöffentlichkeit herstellen müssen oder ob uns das reicht. Ansonsten bitte ich jetzt einfach, die Befragung des Zeugen in öffentlicher Sitzung fortzuführen.

Herr Kurth, Sie hätten noch eine Minute.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Herzlichen Dank für Ihre heutigen Ausführungen hier. Ich halte sie für sehr glaubwürdig und bedanke mich sehr herzlich, dass Sie das hier heute so vorgetragen haben. Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur Linksfraktion. Frau Pau, bitte.

Petra Pau (DIE LINKE): Ich habe gar keine Fragen mehr, weil meine Frage, die ich vorhin schon begonnen hatte zu formulieren, ob Sie eine Möglichkeit sehen, uns die Namen nichtöffentlich zu offenbaren, sich ja offensichtlich schon erledigt hat. Das heißt, wenn wir sie dann nachher haben, werden wir zu beraten haben, wie wir damit umgehen und das Ganze überprüfen.

Ansonsten will ich hier nur festhalten für das Protokoll und auch für Sie: Es ist tatsächlich nicht so, dass das Kürzel „NSU“ erst nach dem 04.11. überhaupt das Licht der Öffentlichkeit erblickt hat. Allerdings war die Öffentlichkeit offensichtlich sehr eingeschränkt, die dieses Kürzel wahrgenommen hat. Vor allen Dingen waren diejenigen, die es wahrgenommen haben, nicht in der Lage, damit etwas anzufangen oder die entsprechend notwendigen Fragen zu formulieren und nach den Antworten zu suchen. - Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Wort hat der Kollege Wieland für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Herr Stempel - -

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stengel!)

- Entschuldigung, Stengel. Ja, es ist jetzt schon ein bisschen spät. Sagen wir: Herr Zeuge. So.

Wenn wir hier in einem Zivilprozess wären - sind wir nicht -, dann würde man sagen: Treten Sie bitte Beweis an für das, was Sie hier sagen. - Sie kennen das wahrscheinlich. Da kann man Dokumente vorlegen, zum Beispiel: Ich habe mir das damals notiert in einer Kladde; die zeige ich Ihnen hier. Oder: Ich habe das meiner Ehefrau erzählt. Sollte zwar nicht sein - dienstlich -, aber ich habe es gemacht. Oder: Ich habe jemanden, den ich hier als Zeugen benennen kann. - Ich fürchte, Ihre damaligen Vorgesetzten oder Ihr damaliger Justiziar werden das nicht bestätigen, was Sie hier gesagt haben. Sie schätzen das ja selber alles sehr negativ ein.

Also, schlicht und ergreifend die Frage: Gibt es irgendetwas, womit Sie Ihren Vortrag hier objektivieren können, sodass wir sagen können: „Guck mal, der hat damals tatsächlich den Namen „Mundlos“ und den Namen „NSU“ gehört“?

Zeuge Günter Stengel: Das wird sicherlich schwierig. Ich habe kurz geschwind gezuckt und an den evangelischen Geistlichen von Flein gedacht, der ja als Erstes mit seiner ganzen Lebensgeschichte - - mitbekommen hat. An den hat er es herangetragen. Und dann sind diese beiden Männer offenbar zu dem Ergebnis gekommen, es weiterzuleiten. Dann ist es an das Lagezentrum des Innenministeriums gegangen. Inwieweit dort schon der Geistliche noch was gesagt hat oder ob er nur gesagt hat, hier wäre Redebedarf, kann ich schlecht sagen. Dort kam es eigentlich - - Ich überlege jetzt gerade. Es waren schon verschiedene Besprechungen, wo es um die Sache ging. Da waren mein damaliger Referatsleiter dabei, Abteilungsleiter und zum Schluss auch der damalige Präsident dabei. Ich weiß nicht, ob sie sich erinnern können, wenn man die fragen würde.

Es ist also: Ich war als Erster wahrscheinlich auch emotional am Nächsten dran und habe das aufgearbeitet. Ja, Gott.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach unseren Akten bestätigt der eine Pfarrer mit Namen „Hartmann“ tatsächlich, dass auch über Rechtsextremismus geredet wurde, dass das Thema war, aber nach unseren Akten nun nicht „Mundlos“ und „NSU“ und „Braune Armee Fraktion“ oder,

oder, oder, sondern einfach Rechtsextremismus. Ich fürchte - ich weiß ja nicht, ob wir das machen werden -: Wenn wir die Personen aus dem Landesamt alle hören, wird das nicht sehr ergiebig im Sinne Ihres Vortrages sein. Das werden wir uns dann auch überlegen, ob wir einen Tag dafür nehmen, um dann zu hören: Ist alles nicht richtig.

Ganz andere Frage: Was ist denn der Spinner-Ordner in Ihrem Landesamt?

Zeuge Günter Stengel: Ja, hätte ich nicht sagen sollen. Ist nicht korrekt, dieser Begriff. Würde ich gern zurücknehmen, diesen Begriff.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man kann das ja flapsig sagen. Was ist das?

Zeuge Günter Stengel: Es ist ein Ordner von Personen, die sich ans Landesamt melden, oft auch wiederholt, wo man sagt: Sicherlich nicht Spinner-Ordner, aber es ist ein Ordner für Aktenvermerke über Personen, die jegliche Relevanz darstellen oder feststellen - - oder festgestellt wird, dass das keine Referenz hat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Stengel, können Sie das Mikrofon ein bisschen näher zu Ihrem Mund biegen? Dann sind Sie besser zu verstehen.

Zeuge Günter Stengel: Okay. - Also, dieser Ordner, diesen Begriff nehme ich zurück. Es ist ein Ordner von Personen, die sich dann an die Behörde wenden. Da geht es dann meistens um Strahlen und Abhören, Strahlen, die Häuser durchdringen usw. Das ist diese Richtung.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jeder Anwalt hat auch solche Ordner.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Jeder Abgeordnete auch, Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Sie werden wir noch hören als Zeugen, Herr Vorsitzender.

(Heiterkeit)

Sie müssen doch wissen, ob da ein Buch dabei war - meine Güte!

Herr Zeuge, damit ich es richtig verstehe: Was ist denn von dem, was Sie da vorgetragen haben oder geschrieben haben, in diesem Ordner gelandet?

Zeuge Günter Stengel: Es ist darin gelandet dieser Bericht, den ich extra dann angefertigt habe unter Weglassung von Personen, so nur kurz der Sachverhalt, dass dieses Gespräch stattgefunden hat und wo. Mein Arbeitsname ist da vermerkt, falls er noch mal anruft. Also, ziemliche Kurzfassung, was da passiert ist, was man veranlasst hat usw., ist da drin, war da drin.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber diese Details NSU, Mundlos nicht?

Zeuge Günter Stengel: Nein. Soviel ich weiß, haben wir auch nichts über Mossad oder über diesen Mord in Stuttgart - - auch weggelassen. Es sind reine paar Sätze: Man hat kontaktiert, wer gemeldet hat, über welche Leute ist gemeldet worden und was rausgegangen ist und - - ja, okay.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Ströbele, bitte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich stelle Ihnen noch mal die gleiche Frage, nur jetzt in einem anderen Zusammenhang. Sie haben vorhin nicht gesagt, der Pfarrer, der da dabei war und mit dem der auch gesprochen hat - - Sind in dessen Gegenwart denn diese Worte gefallen: „NSU“ und „Bönnhardt“ und möglicherweise „Armee Fraktion“ oder irgendwas?

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Mundlos“ war das!)

- „Mundlos“, Entschuldigung, ja.

Zeuge Günter Stengel: Es war so: Ich bin dahin gegangen. Der Pfarrer hat ihn quasi geladen, den Hinweisgeber, und er hat uns dann bekannt gemacht. Dann sind wir in Kellerräume und haben dort das Gespräch gemacht. Der Pfarrer war da nicht dabei.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie wissen auch

nicht vom Pfarrer, ob der Pfarrer damals diese Worte gehört hat?

Zeuge Günter Stengel: Nein, kann ich nicht sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann ja sein, dass Sie sich danach noch mal unterhalten haben. - Okay.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Jetzt kämen wir aber denkbarerweise zu einer weiteren Berliner Runde. Das Fragerecht hätte die Unionsfraktion. - Bitte, Herr Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Stengel, ich bedanke mich auch für Ihre Ausführungen bisher. Es war ja nicht ganz einfach - Sie haben es ja eingangs beschrieben -: Sie suchen den Kontakt in einer schlimmen Verbrechenserie zum BKA, geben einen Hinweis, aus Ihrer Sicht plausibel, bitten darum, dass, wenn er weiterbearbeitet wird, man Sie vorher informiert, und dann werden Sie zwar nicht informiert, dürfen aber über sich in der Zeitung lesen. Das war sicher nicht erfreulich. Ich will Ihnen nur sagen: Wir werden da beim BKA auch noch mal nachfragen, ob das so vereinbart war und warum er sich nicht daran gehalten hat.

Mich interessieren jetzt noch zwei Dinge. Der Kollege Wieland hat das Problem sehr treffend umschrieben. Ihre Ausführungen sind sehr interessant für uns. Wir nehmen sie auch nicht auf die leichte Schulter. Aber sie müssen natürlich objektivierbar sein. Sonst steht hier am Ende Aussage gegen Aussage.

Ich will nur noch mal, dass es hier - auch für die Öffentlichkeit; habe ich vorhin dem Zeugen auch vorgehalten - - Der Geistliche, in seiner Vernehmung jetzt kann er sich an das Thema Rechtsradikale nicht mehr erinnern. Aber als mit ihm telefonisch Erstkontakt hergestellt wurde am - ich muss überlegen - 26. November 2011 - da gibt es einen Aktenvermerk des LKA, MAT A GBA-4/20 -, da erzählt der Geistliche am Telefon dem LKA-Beamten von dem Kontakt mit dem Informanten. Und da fällt eben auch der Satz - das gibt der LKA-Beamte wieder als Gesprächsergebnis oder Protokoll mit dem Geistlichen im November 2011 -:

Der Informant habe seinerzeit eigenartige Dinge zu den Themen „Mord in Stuttgart“,

- das haben Sie gesagt -

„Mossad“

- das haben Sie auch gesagt -

und „Rechtsradikale“ berichtet und einen „wirren, eigenartigen und komischen Eindruck“ erweckt.

Auch das haben Sie gesagt.

Also, zumindest - das wollte ich Ihnen einfach auch noch mal mitgeben, dass Sie sehen - - bei diesem Erstkontakt war der Geistliche in seiner Wahrnehmung doch auch der gleichen Einschätzung wie Sie, nachher nicht mehr; das kann vorkommen. Ich will da auch niemandem was Böses unterstellen. Aber ich will Ihnen sagen: Wir nehmen Ihre Hinweise sehr ernst und versuchen, das noch mal zu objektivieren. Wenn das nicht gelingt, dann sind wir da, wo wir heute auch waren. Ohne Schriftliches ist eben jeder Hinweis, der nach dem 04.11.2011 kommt, schwierig. Das sehen Sie auch so, oder, unsere Lage, in der wir jetzt sind?

Zeuge Günter Stengel: Ich habe nie gedacht, dass es solch eine Dimension annimmt. Was ich wollte, ist, der Polizei mitteilen: Da gibt es einen Mann, Pseudonym „Stauffenberg“. Tut den in eure Überlegungen in dieser Heilbronner Sache mit einnehmen. Nicht dass der irgendwie verlustig geht, keiner weiß mehr davon. Das war mein - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Anliegen.

Zeuge Günter Stengel: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das wurde heute Abend, glaube ich, auch deutlich hier.

Noch zwei Fragen. Wir haben ja in den Akten, schon bevor wir jetzt vertieft von Ihnen und aus den anderen Akten von der Sache erfahren haben, zwei E-Mails gefunden aus 2003, wo Sie wohl amtsintern kurz beschreiben, wie die Kontaktaufnahme mit Stauffenberg - so nenne ich ihn jetzt mal - geplant sei, gemeinsam mit dem Geistlichen. Können Sie sich daran noch erinnern?

Zeuge Günter Stengel: Nein, da habe ich -- Also, da habe ich keine E-Mail geschrieben. Das glaube ich nicht. Das ist mir völlig -- Das wäre eine E-Mail innerhalb des Landesamtes für Verfassungsschutz?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also, es war zum Teil -- Es ist ja manchmal so schwierig für uns. Ich weiß nicht, ob meine Mitarbeiter mir das schnell raussuchen könnten, diese zwei Mails, die damals, 2003, im Amt geschrieben wurden. Da ging es um Folgendes - deshalb würde mich das noch mal interessieren, dass Sie noch mal versuchen, sich zu erinnern -: Das Lagezentrum der Polizei Baden-Württemberg vermittelt den Geistlichen ans LfV. So landet er bei Ihnen. Sie treffen sich mit dem Geistlichen mal. Oder haben Sie nur telefoniert?

Zeuge Günter Stengel: Nur telefoniert und habe dann gleich einen Termin ausgemacht. Also, nicht lange hin und her, sondern gleich Tag darauf einen Termin, und, ich glaube, kurze Zeit später hat der Geistliche angerufen: Jawohl, er hätte den Stauffenberg erreicht, und das klappt. Ich könnte kommen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): In der Mail - ohne dass ich es Ihnen jetzt wörtlich vorhalten kann; aber ich habe es noch einigermaßen in Erinnerung - steht, dass Sie zunächst als Weg der Kontaktaufnahme vereinbart hätten, dass Sie hinfahren zu dem Geistlichen, also nach Flein, wo Sie auch waren, der Geistliche versucht, Stauffenberg anzurufen, und wenn er ihn erreicht, Ihnen dann den Hörer in die Hand drückt in der Hoffnung, er redet dann mit Ihnen. War das ursprünglich so, und warum war es dann anders?

Zeuge Günter Stengel: Es kann sein, dass das so angedacht war, die Vorgehensweise. Das weiß ich nicht mehr genau. Ich weiß nur, dass es an diesem Tag zur Unterredung kam und wir diesen langen Vorlauf gar nicht brauchten, sondern das hat man dann -- ein Telefonat mit dem Geistlichen, der mit dem Stauffenberg, Termin ist okay; dann wieder Rückruf an meine Dienststelle: Haben wir gesagt: Jawohl, da kann ich auch, fahre ich zu Ihnen raus.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und dann gab es dieses vierstündige Gespräch mit den unterschiedlichen Themen?

Zeuge Günter Stengel: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay. - Letzte Frage von mir. Wir müssen irgendwie an dieses Buch kommen. Meine Vermutung ist ja, dass solche literarischen Größen auch mal im Selbstverlag produzieren. Dann findet man es auch nirgends. Haben Sie es jemals gesehen oder in der Hand gehabt? Woher haben Sie denn erfahren, dass der ein Buch publiziert oder ein Buch schreibt und das an Gott und die Welt schickt? Woher haben Sie das dann erfahren?

Zeuge Günter Stengel: Ich glaube, das habe ich vom BfV erfahren. Die haben so eine Buchlesemaschine auf bestimmte Wörter. Da war Arbeitsname - so ist es rausgekommen -- war mein Arbeitsname dabei.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ach, die sichten die Bücher, ob in Büchern irgendwas über LfV-Leute oder BfV-Leute steht?

Zeuge Günter Stengel: Wahrscheinlich hat er sich dorthin auch gewandt, an diese Stelle, und irgendeine Dienststelle hat das Buch dann von ihm zugeschickt bekommen. Ich weiß noch, dass dann ein Schreiben kam: Hier ist schon wieder ein Vermerk von diesem Stauffenberg, ein Buch geschrieben, und Sie vom LfV Baden-Württemberg sind persönlich genannt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber so was müsste doch auch irgendwo in den Akten des LfV zu finden sein. Also, jetzt sind wir ja in einem anderen offiziellen Vorgang. Quasi zum Eigenschutz der Behörde werden Bücher im Prinzip durchguckt: Wird irgendwo einer unserer Mitarbeiter enttarnt? Sie haben ja alle Arbeitsnamen, sind zwar keine V-Leute, aber haben Arbeitsnamen. Wenn das der Fall ist, gibt es eine kurze Meldung an das jeweilige Landesamt: Achtung, in diesem oder jenen Buch wird Herr oder Frau XY genannt. - Ist so das Verfahren?

Zeuge Günter Stengel: Ja, so muss das gewesen sein. Ich weiß, dass in dem Buch --

Es sind auch viele Politikernamen genannt worden und LfV Baden-Württemberg. Er schreibt dann, was ich damals zu einer bestimmten Sache angeblich geredet habe, und dann hat er sich an den MAD gewandt, und der hätte gar das Gegenteil von mir gesagt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Jetzt müssen wir präzise bleiben, Herr - - Sie haben das Buch nie in der Hand gehabt.

Zeuge Günter Stengel: Nein, ich habe es nie in der - - Aber ich habe - ich kann mich jetzt erinnern - einen Bericht gelesen, wo es um dieses Buch ging und, ja, dass da mein Arbeitsname drin war.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das war der Anlass, dass es Ihnen in Erinnerung blieb, dass Ihnen mitgeteilt wird: Da gibt es ein Buch auf dem Markt, da werden Sie mit Arbeitsnamen quasi genannt und beschrieben?

Zeuge Günter Stengel: Ja.

(Armin Schuster (Weil am Rhein)
(CDU/CSU): Was für ein Bericht?)

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich weiß nicht, wie eine WE-Meldung oder irgend so was.

(Armin Schuster (Weil am Rhein)
(CDU/CSU): Von wem kam der Bericht?)

Zeuge Günter Stengel: Bitte?

(Armin Schuster (Weil am Rhein)
(CDU/CSU): Von wem kam der Bericht über das Buch?)

- Ich meine, vom BfV.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gut. Wir haben ja nachher noch jemanden da, der sich mit den normalen Arbeitsabläufen eigentlich am besten auskennen müsste. Den können wir ja dann auch noch mal fragen, ob es da ein eingespieltes Verfahren gibt, wie mit solchen Verdachtshinweisen oder - - „Verdacht“ ist falsch - aber so Enttarnungshinweisen oder -gefahren umgegangen wird, ob es so ein standardisiertes Verfahren gibt und Sie dann benachrichtigt werden.

Titel hat man Ihnen nie gesagt. Können Sie sich auch nicht erinnern?

Zeuge Günter Stengel: Nein. Im Gegensatz zu anderen Begriffen ist mir das nicht im Gedächtnis geblieben.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Werden dann solche Bücher asserviert? Ich meine, die Behörden heben ja im Zweifel alles auf, was nur irgendwie ein bisschen relevant ist. Oder meinen Sie, gescannt und gelesen, dann weggeschmissen?

Zeuge Günter Stengel: Das weiß ich nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wissen Sie nicht.

Zeuge Günter Stengel: Kann ich nichts dazu sagen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also, wir werden uns auf die Suche machen müssen. Vielleicht können wir das Buch noch irgendwo auftreiben. Ansonsten habe ich keine Fragen mehr.

Zeuge Günter Stengel: Ich kann nur sagen, dass das Buch unter seinem Klarnamen veröffentlicht worden ist und nicht unter „Stauffenberg“. Das weiß ich noch.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir gehen dem auf jeden Fall noch mal nach. Ich denke, das ist klar heute Abend. Herr Stracke hat noch Fragen.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Nachdem ja das Buch immer mehr in das Zentrum zu rücken scheint: Herr Zeuge, mich würde einfach das Jahr 2005 noch mal interessieren. Dort hat nach unserem Aktenstand Ihr Informant sich an den Herrn Vorsitzenden gewandt gehabt, damals in seiner Funktion als Vorsitzender des Innenausschusses. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat hier eine Stellungnahme abgefordert gehabt - so ergibt sich das aus dem Aktenstand - und hat hier einen Bericht vonseiten des Landesamtes gewünscht. Waren Sie bei dieser Berichterstellung in irgendeiner Weise involviert?

Zeuge Günter Stengel: Das war mein Bericht, welcher noch übrig war. Nach der Vernichtung oder nach der Klarstellung wurde ein Bericht, Kurzbericht gemacht. Den

habe ich fälschlicherweise - das ist mir schlimm angerechnet worden - ans BfV geschickt. Das war dieser Bericht.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Sie haben das direkt ans BfV hochgereicht, in Umgehung eigentlich des normalen Ablaufes innerhalb der Hierarchie des Hauses?

Zeuge Günter Stengel: Ja. Es war Freitagmittag, 16 Uhr. Der Kollege hat angerufen und gesagt: Ich bin in der Bredouille. Am Dienstag kommt der Abgeordnete, und der hat eine To-do-Liste, und da war dieser Name, wo von mir NADIS gespeichert ist, drauf. - Ich habe mich dann hinreißen lassen - Fehler -, es ihm gleich hinzuschicken. Aber es war nicht NfD, es war nicht vertraulich.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Welche Folge hat denn das eigentlich gehabt innerhalb des Hauses?

Zeuge Günter Stengel: Bitte?

Stephan Stracke (CDU/CSU): Dass Sie jetzt hier direkt jenseits der Hierarchie das dann eigentlich gleich an das BfV berichten, hatte das irgendeine Folgewirkung? Sind Ihre Vorgesetzten auf Sie zugegangen, haben gesagt: „Was soll denn das?“, oder wurde einfach gesagt: „Ganz normal, beim Zeugen S. kennen wir so was“?

Zeuge Günter Stengel: Also, mir ist gesagt worden, dass ein Schreiben das Landesamt nur verlassen kann, wenn Politiker tangiert sind, wenn das, bevor es hinausgeht, von einem Justiziar geprüft wird. Das war hier natürlich nicht der Fall. Das war ein Fehler.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Hatte das für Sie irgendwelche Folgen?

Zeuge Günter Stengel: Ja, aber ich möchte jetzt nicht sagen: Alle Vorgesetzten sind schlecht, und ich bin gut. - Es hatte Folgen, ja. Aber da muss man durch, muss man durch.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Von meiner Seite bin ich damit beim Ende.

(Armin Schuster (Weil am Rhein)
(CDU/CSU): Eine Ergänzungsfrage!)

- Eine Frage noch vom Kollegen Schuster.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Schuster, bitte.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Stengel, war das für Sie unangenehm, dass man den Arbeitsnamen in dem Buch fand?

Zeuge Günter Stengel: Nein.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das war in der Behörde kein Problem?

Zeuge Günter Stengel: Kein Problem, nein.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hat die SPD-Fraktion Fragen? - Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Zwei noch. - Herr Stengel, ist das nicht ein ungewöhnlicher Vorgang, wenn Sie mit Ihrem Arbeitsnamen in einem Buch auftauchen, oder kam das öfter vor?

Zeuge Günter Stengel: Ich meine, so in der ganzen Zeit waren es schon fünf Bücher, wo mein Arbeitsname auftauchte. Ich war viel im Wirtschaftsschutz unterwegs, und ich war davor lange V-Mann-Führer im ehemaligen Jugoslawien. Da kam es schon mal vor, dass der - - Also, zum Beispiel im kosovo-albanischen Bereich war es schon so, dass der Name mal in den Publikationen auftaucht.

Dr. Eva Högl (SPD): Sie waren ja über 30 Jahre beim Verfassungsschutz.

Zeuge Günter Stengel: Nicht ganz.

Dr. Eva Högl (SPD): Ist ja fünfmal nicht allzu viel. Mich wundert, dass Sie dann das Buch nicht kaufen und nachlesen, was da über Sie drinsteht. Also, ich bin so neugierig. Hat Sie das gar nicht interessiert, was da drinsteht?

Zeuge Günter Stengel: Nein, für mich war das abwegig, was dieser Mann sagt oder so nachaufarbeitet. Das hat mich nicht interessiert. Dieses Thema war für mich abgeschlossen.

Dr. Eva Högl (SPD): Okay. - Sagen Sie, Herr Stengel, wir haben ja viele Fragen, und es gibt ja auch viele Widersprüche. Es gibt auch viele Personen, die das nicht so bestätigen, was Sie gesagt haben. Wir wollen ja herausfinden, was da so dran ist. Könnte es denn auch sein, dass Sie sich irren oder dass Ihre Erinnerung doch nicht so ist, wie Sie glauben sich zu erinnern? Kann das auch sein, dass Sie sich irren und möglicherweise das auch gar nicht so war?

Zeuge Günter Stengel: Das ist natürlich eine schwierige Frage. Ich habe festgestellt, dass trotzdem nach acht Jahren und so einem noch Sachen nachträglich einfallen, wo man dann sagen kann: Okay, das kann auch da sein. - Zum Beispiel, wo ich zu dieser Befragung gefahren bin, war August 2003, 38 Grad im Schatten. Ich parke unter einem Baum und lasse mein Dach oben offen und komme zurück, steht das Auto in der Sonne, und es geht nicht mehr zu; das Schiebedach geht nicht mehr zu. Das sind dann solche Sachen, wo einem dann auch wirklich nach Jahren wiederkommen, wenn man sich intensiv mit dieser Sache beschäftigt. Das war jetzt in diesem Fall so.

Irren, ja - - Ich will auch gar nichts behaupten. Meine Intention war, das LKA über diese Person zu verfügen, dass der gesagt hat, er hätte Erkenntnisse dort in den neuen Bundesländern im Rechtsbereich und die hätte er kennengelernt während seiner Haftzeit im Gefängnis. Da hätte er die kennengelernt, und daraus hätte sich all das ergeben. Diesen Sachverhalt wollte ich nicht untergehen lassen, sondern dieser Sonderkommission beim LKA sagen: Hier ist einer, guckt euch den mal an. - Ist was dran, ist okay. Wenn nicht, dann hat man einen Sachverhalt weniger.

Dr. Eva Högl (SPD): Vielen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die FDP hat noch Fragen. - Herr Kollege Wolff, bitte.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Herr Stengel, nur noch mal zu dem Buch zurück. Wir suchen gerade, sofern es online möglich ist, danach. Aber ganz kurz: Wissen Sie ungefähr, wann das rausgekommen sein könnte, ob das schon länger unterwegs war? - Keine Ahnung mehr?

Zeuge Günter Stengel: Nein, tut mir leid.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wissen Sie, ob diese Person jetzt nicht nur Ihnen gegenüber, auch sonst gelegentlich Künstlernamen verwendet hat oder auch ansonsten als Autor aufgetreten ist?

Zeuge Günter Stengel: Das traue ich ihm zu. Ich weiß es nicht. Aber das traue ich ihm zu. Diese ganze Anbahnung war ja auch irgendwie - - Okay.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also, es kann sein, dass es ein anderer Name ist als der, den wir jetzt möglicherweise gesehen haben?

Zeuge Günter Stengel: Ich meine, das Buch sei unter seinem Namen - -

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Unter seinem eigenen Namen?

Zeuge Günter Stengel: Ja, eigenem Namen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Hat er selber auch so gesagt: „Ich habe das veröffentlicht“? Andere Bücher - - Hat er sonst noch andere Themen angegriffen?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege Wolff, darf ich mal intervenieren? - Er hat bisher nicht gesagt, dass der ihm gesagt hat, dass er ein Buch geschrieben hat, sondern er hat das vom BfV gehört.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ja, okay.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da kam bisher noch nicht vor, dass die den Namen - -

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Herr Ströbele, vielleicht hat der Zeuge aber trotz-

dem noch ein paar Auskünfte über das Buch.
Wie dick ist das?

(Dr. Eva Högl (SPD): Er hat es doch
nicht gesehen!)

Sie sagten gerade, er hat mehr darüber ge-
schrieben, er hat auch mehr geschrieben. Zu
welchen Themen?

Zeuge Günter Stengel: Das Hauptthema
war Mossad. Das muss in der Familie ein
Thema sein, das schon den Vater und seine
Brüder oder seine ganze Verwandtschaft - -
Hier sieht einer Verschwörung, weil oftmals
sein Vater von diesem - - mit dem zusammen
das Geschäft habe und dann rausgedrängt
wurde - - hat der Vater das offenbar über-
nommen, und der Sohn auch. Aber es war
beim Polizeiposten Wernau sehr bekannt,
dass er - -

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ent-
schuldigung, in welchem Polizeiposten?

Zeuge Günter Stengel: Ich meine,
Wernau.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wer-
nau.

Zeuge Günter Stengel: Wernau, Kreis
Esslingen, ja.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ja,
kenne ich. - Okay, vielen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr
Kurth, bitte.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Nur
noch mal zum Abgleich: Wann haben Sie
vom BfV über das Buch erfahren, in welchem
Zeitraum ungefähr?

Zeuge Günter Stengel: Das muss in
dem Zeitraum gewesen sein, wo die Sache
mit dem Innenausschuss war, in dem Dreh.
Aber ich kann das nicht - - Es sind über diese
Person und zu diesem Zeitraum bei mir un-
gefähr zehn Meldungen von irgendwelchen
Dienststellen eingegangen, dass er hier wie-
der publiziert hat und aufgetreten ist und
wieder - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also,
es war nach dem Gespräch offensichtlich, es
war nach 2003.

Zeuge Günter Stengel: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Und
bis maximal spätestens?

Zeuge Günter Stengel: Würde ich sa-
gen, 2005.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Bis
2005. - Jetzt noch mal ganz kurz zu der Auf-
tragsübernahme; nur damit ich das noch mal
richtig verstehe. Das war vorhin ein bisschen
unübersichtlich. Also, der Geistliche hat sich
an das Landesamt gewendet mit der Bitte - -

Zeuge Günter Stengel: Nein, ans Lei-
tungszentrum beim Innenministerium Baden-
Württemberg.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): So.
Dann hat das - -

(Zuruf: Lagezentrum!)

- Das Lagezentrum.

Zeuge Günter Stengel: Lagezentrum, ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Dann
hat das Landesamt das übernommen und
hat dann gesagt: „Wir schicken jetzt Sie dort-
hin, um mit dem zu sprechen“?

Zeuge Günter Stengel: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Und
der Grund war, weil es auch um Mossad
ging, oder?

Zeuge Günter Stengel: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das
war der Hauptgrund?

Zeuge Günter Stengel: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das
war auch der Hauptbestandteil des Gesprä-
ches?

Zeuge Günter Stengel: Nein. Der
Hauptbestandteil des Gespräches war dieses
Kennenlernen im Gefängnis und was sich

daraus ergeben hat und das Ausbaldowern der Commerzbank in Heilbronn. Ich habe gesagt: Sagen Sie mir doch mal, wie es in der Commerzbank aussieht und so. - Er konnte mir dann genau sagen, warum zwei Ausgänge nach vorne zur Schnellstraße - - Da kann man gut wegfahren, und auf der Hinterseite ist die Fußgängerzone, da kann man dann zu Fuß schnell abtauchen. Er wurde offenbar gelobt von seinen neuen Freunden, als sie gesehen haben, dass er einen guten Riecher hatte, um hier was auszubaldowern.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Hat er was gesagt, in welchem Gefängnis er war?

Zeuge Günter Stengel: Ich meine, Bruchsal.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wo?

Zeuge Günter Stengel: Bruchsal.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Bruchsal. Hat er was gesagt, mit wem er da gesprochen hat, abgesehen dass es - -

Zeuge Günter Stengel: Das waren Mithäftlinge aus seiner Haftzeit, wenn ich Sie jetzt richtig verstanden habe, -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja, ja.

Zeuge Günter Stengel: - die er anschließend nach der Haftzeit besucht hat und die dann auch zu ihm gekommen sind.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Erinnern Sie sich noch, wann diese Haftzeit war?

Zeuge Günter Stengel: Das muss Ende 2002, 2001 - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wegen welcher Delikte waren die Mithäftlinge - -

Zeuge Günter Stengel: Schwerer Raub.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hat die Linksfraktion noch Fragen? - Die Grünen? - Dann würden wir zur nächsten Runde ansetzen. Die Union. Herr Binninger, bitte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich habe auch nur noch eine Frage, Herr Stengel, auf die ich gerade eben gestoßen bin. Ich bitte um Nachsicht, dass ich es jetzt ein bisschen in die Länge ziehe. Wir haben - an den Vertreter von Baden-Württemberg - die Erfüllung des Beweisbeschlusses noch bekommen und aus dem PC rausgelassen, vom 11. September 2012.

(Zuruf von RD Harald Georgii (BT))

- Okay. Egal, wir haben es. - Wir haben damit auch die Namen der Funktionsträger, die uns interessieren, auch der Juristen. „Leitungsstab“ hieß das, glaube ich, damals bei Ihnen. In diesem Papier, wo uns überwiegend Namen mitgeteilt werden, bin ich zumindest jetzt auf einen Satz noch mal gestoßen. Ich glaube, da müssen wir einfach noch mal - auch nachträglich - anfordern, um Dinge zu objektivieren.

Da steht also, dass man jetzt noch mal die Sache auch überprüft hat: Kann das sein mit dem Hinweis? Liefert das Ansätze? Was auch immer. Steht da ja auch dabei.

... bei dem am 12.01.2012 geführten Gespräch mit zwei Ermittlern der SOKO Parkplatz

- also, das ist ein Vermerk aus dem LfV; ich habe falsch angefangen mit dem Satzbau -

... war ... anwesend, bei dem den Ermittlern Einsicht in den Vermerk vom 12.08.2003 gegeben wurde.

Ist das der Vermerk, den Sie eben nach dem Treffen wohl geschrieben haben, -

Zeuge Günter Stengel: Ja, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): - in dem aber wahrscheinlich - so sagen Sie - die Worte „NSU“ nicht vorkommen, sondern entweder „Mossad“ oder - - Aber es gibt ihn noch, neun Jahre danach. Das ist ja nicht ganz uninteressant. Ich denke, wir werden ihn uns auch noch mal vorlegen lassen.

Zeuge Günter Stengel: Okay.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das war jetzt eher eine Feststellung als eine Frage, Herr Binninger. - Der Vertreter des

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BW-9, Blatt 5.

Landes Baden-Württemberg. Herr Fahrner, bitte.

Dr. Matthias Fahrner (Baden-Württemberg): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich wollte nur ganz kurz noch mal nachfragen, weil Sie es gerade gesagt hatten: ist aus dem PC rausgelassen worden. Können Sie vielleicht noch sagen, wann das dem Sekretariat zugegangen ist, also ob dieser Vermerk - Entschuldigung, Beweisbeschluss - tatsächlich zugegangen ist, wie das aussieht?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, der Sachverhalt konnte geklärt werden: Das Dokument, was wir jetzt hier unten als Tischvorlage zur Verfügung gestellt haben, ist vonseiten des Innenministeriums Baden-Württemberg am Dienstagabend um 18.30 Uhr im Sekretariat eingegangen. Man muss dazu sagen, dass wir den entsprechenden Beweisbeschluss auch erst am Dienstag gefasst haben.

(Dr. Eva Högl (SPD): Super!)

Ich will sagen - wir haben gerade geguckt -: Es ist offenkundig so gewesen, dass das Sekretariat dieses Dienstagabend eingegangene Dokument nie verschickt hat. Ich bitte aber, zu beachten, dass die Arbeitsbelastung gerade aktuell extrem ist. Also, ich würde da jetzt den Mitarbeitern keinen Vorwurf machen wollen.

(Zuruf des Abg. Clemens Binninger (CDU/CSU))

Gibt es weitere Fragen an den Zeugen? Darf ich fragen, ob gewünscht - -

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da wird man prompt bedient mit der neuen Regierung in Baden-Württemberg! - Gegenruf des Abg. Clemens Binninger (CDU/CSU): Bedient sind wir, das ist wahr! - Gegenruf des Abg. Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie trauern Herrn Mappus hinterher, das weiß ich!)

Darf ich denn fragen, ob es noch den Bedarf gibt, den Zeugen im Rahmen einer nicht-öffentlichen Sitzung zu befragen?

(Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ja! - Zuruf von Dr. Matthias Fahrner (Baden-Württemberg))

- Ist das so, Herr Wolff? - Herr Fahrner, war das jetzt noch eine Anmerkung sachdienlicher Art, oder wollen Sie die - -

Dr. Matthias Fahrner (Baden-Württemberg): Herr Vorsitzender, das war nur die Anregung, ob man eben noch sozusagen den Zeugen fragen wollte, weil eben, wie gesagt, ... (akustisch unverständlich) nicht-öffentlich kein Problem ist, usw.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte?

Dr. Matthias Fahrner (Baden-Württemberg): Ich sagte, weil diese Befragung im Status nichtöffentlich, weil es ja sozusagen um Klarnamen von Mitarbeitern geht, für uns in diesem Fall kein Problem ist. Deswegen war die Frage, ob Interesse - - die Anregung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gut. Also, es gibt jedenfalls mindestens seitens einer Fraktion im Ausschuss den Wunsch, die Zeugenbefragung im Rahmen einer nichtöffentlichen Sitzung fortzusetzen.

(Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Das wird nicht lang!)

Das werden wir tun.

Hinweis an die Öffentlichkeit: Wir gehen nicht davon aus, dass es lange dauert, so dass wir in absehbarer Zeit den vierten und letzten Zeugen des Abends bzw. Tages hören werden. Aber ich bitte um Verständnis, dass wir jetzt erst mal Nichtöffentlichkeit herstellen müssen. Danke.

(Unterbrechung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 21.58 Uhr - Folgt Sitzungsteil Zeugenvernehmung, Nichtöffentlich)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Öffentlich:
22.12 Uhr)

**Vernehmung des Zeugen
Johannes Schmalzl**

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen die Beweisaufnahmesitzung im Rahmen einer öffentlichen Zeugenvernehmung fort. Ich begrüße als vierten und letzten Zeugen des Tages Herrn Regierungspräsidenten Johannes Schmalzl.

Alle wissen, es dürfen hier keine Tonbandaufzeichnungen, keine Fotos und keine Filmaufnahmen gemacht werden. Herr Schmalzl, die einzige Institution, die hier eine Tonbandaufnahme der Vernehmung heute Abend fertigt, ist der Deutsche Bundestag, und zwar zu dem ausschließlichen Zweck, die Erstellung des Stenografischen Protokolls vorzubereiten. Das heißt, wenn das Protokoll erstellt ist, wird die Aufnahme auch gelöscht und keineswegs archiviert.

Nach Erstellung des vorläufigen Protokolls wird Ihnen dieses übermittelt, und Sie haben dann eine Frist von zwei Wochen, innerhalb derer Sie Ergänzungen oder Korrekturen gegebenenfalls geltend machen können.

Herr Schmalzl, ich stelle fest, Sie sind ordnungsgemäß geladen worden. Die Ladung haben Sie am 28. August erhalten. Die Aussagegenehmigung des Innenministers von Baden-Württemberg datiert vom 9. August 2012.

Bevor wir zur Vernehmung kommen, habe ich Sie zunächst formal zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf etwaige strafrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige nämlich, der vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung

Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer heutigen Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestufteten Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann und die weitere Befragung einstufen kann. - Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Johannes Schmalzl: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann, Herr Schmalzl, darf ich Sie bitten, sich dem Ausschuss mit vollständigem Namen, mit Angabe des Alters und des Berufs vorzustellen sowie uns mitzuteilen, ob die für Ihre Ladung verwendete Anschrift nach wie vor aktuell ist.

Zeuge Johannes Schmalzl: Mein Name ist Johannes Schmalzl. Ich bin 47 Jahre alt, bin Präsident des Regierungspräsidiums Stuttgart. Die Anschrift stimmt auch.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes haben Sie Gelegenheit, sich vor Ihrer Befragung im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Ich habe Sie eben gefragt, ob Sie davon Gebrauch machen möchten. Das wollen Sie. Deswegen erteile ich Ihnen hiermit das Wort.

Zeuge Johannes Schmalzl: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Gerne möchte ich das Wort vorab ergreifen, aber nicht inhaltlich einsteigen, weil es sonst, glaube ich, auch im Hinblick auf die Zeit zu viele Redundanzen gibt.

Ich kann nur noch einmal das Bedauern über diese Mordserie dieser rechtsterroristischen Gruppe unterstreichen. Die Fehler sind nicht entschuldbar. Mindestens muss man aus diesen Fehlern lernen. Deswegen

ist die Aufklärung wichtig, sind die Schlussfolgerungen wichtig.

Räumlich ging uns natürlich in Baden-Württemberg - wir kannten¹⁴ ja nicht den Zusammenhang mit¹⁵ der gesamten Mordserie - der Mord an der jungen Polizeibeamtin - das war in meinem letzten Amtsjahr als Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz - sehr, sehr nahe. Das Entsetzen über diese Gewalttat hat auch mich persönlich nicht mehr losgelassen. Im Nachhinein ist immer noch große Betroffenheit und große Hoffnung, dass die noch offenen Fragen doch noch im Zuge des laufenden Ermittlungsverfahrens geklärt werden können.

Ich selbst bin jetzt auch fast fünf Jahre nicht mehr im Amt als Verfassungsschutzpräsident, im neuen Amt¹⁶. Deswegen habe ich - darauf möchte ich eingangs auch hinweisen - meine persönliche Erinnerung auch¹⁶ durch kursorische Durchsicht von manchen Akten und durch zwei Gespräche mit der Präsidentin des Landesamtes für Verfassungsschutz aufgefrischt. Ich war auch einmal im Innenministerium und habe dort auch Akten kursorisch durchgesehen. - Vielen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Schmalzl, wir hatten gerade hier als Zeugen Herrn Stengel, der lange Jahre - das hat sich zeitweise auch überschritten mit Ihrer Amtszeit - tätig war im Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg. Können Sie sich an Herrn Stengel erinnern und auch an Gespräche mit ihm?

Zeuge Johannes Schmalzl: Ja, ich kann mich an Herrn S. als Mitarbeiter erinnern. Er hat sich ja selbst entsprechend vorgestellt. Ich habe ihm die Ruhestandsurkunde persönlich überreicht¹⁶, habe meinen Terminkalender¹⁶ auch noch mal überprüft. Allerdings würde ich jetzt, wenn ich weitere Ausführungen zu seiner Person machen würde, den Blick in meine Aussagegenehmigung auch¹⁶ riskieren. Das wären personenbezogene Angaben. Wenn Sie sie vielleicht zur Einschätzung benötigen, warum er damals auch¹⁶ in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit gekommen ist¹⁶, dann kann ich darauf gerne eingehen, aber natürlich nicht in öffentlicher Sitzung, weil das personenbezogene Angaben wären.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Da aus meiner Sicht jedenfalls eine Auskunft von Herrn Schmalzl zur möglichen Glaubwürdigkeit des Zeugen Stengel nicht gänzlich irrelevant sein könnte, würde ich schon vorschlagen, zum Ende - nicht jetzt, aber zum Ende - der Befragung von Herrn Schmalzl noch mal kurz in nichtöffentliche Beratung einzutreten, wenn Sie einverstanden sind.

Ich würde dann zunächst - auch mit Blick auf die fortgeschrittene Zeit - die Befragung durch die Fraktionen eröffnen wollen, gegebenenfalls selber noch nachher in öffentlicher Sitzung einige ergänzende Fragen stellen. Das Wort hat zunächst für die Unionsfraktion der Kollege Schuster.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Schmalzl, ich wollte zunächst einmal, wie bei jedem Verfassungsschutzpräsidenten oder Ex, die Frage stellen, auch wenn es hier um einen Polizistenmord ging und das nicht von vornherein erkennbar war: Können Sie mal generell Ausführungen dazu machen, welche Verbindungen Ihr Amt zu diesem Fall hatte, zur Soko „Parkplatz“, eventuell zur BAO „Bosporus“? Was ist Ihnen erinnerlich als Bezug in Ihrer Amtszeit zu diesen Vorkommnissen?

Zeuge Johannes Schmalzl: Herr Abgeordneter, die Frage könnte jetzt etwas den zeitlichen Rahmen beanspruchen. Aber ich verstehe das so, dass ich ja durchaus, weil ich auf mein Statement verzichtet habe, dann auch etwas ausführlicher einsteigen darf. Bitte unterbrechen Sie mich dann.

Es ist in der Tat so, dass ja bekannt ist¹⁷ - das war auch zu meiner Amtszeit von August 2005 bis Dezember 2007 so -, dass alle¹⁸ Sicherheitsbehörden eben¹⁷ das Thema Rechtsterrorismus, so wie wir es heute jetzt erkennen, von der Definition her, nämlich ein nachhaltig geführter Kampf zur Durchsetzung rechtsextremistischer Ziele mittels Anschlägen¹⁷, nicht erkannt haben. Es ist ja weiterhin auch bekannt, dass in den Analysen, auch im Nachgang zum Fall Wiese im Jahre 2003, nicht ausgeschlossen wurde, dass Einzelpersonen ebendiesen Fall zum Anlass nehmen könnten, um Anschläge zu verüben. Die Schlussfolgerung war einfach¹⁷ eine verstärkte Beobachtung und eine Übereinkunft auch¹⁷ - das war auch in meiner Amtszeit so -, eben dann¹⁷ konkrete Gefährdungslagen auch unmittelbar an die Polizei zu melden.

¹⁴ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 3)

¹⁵ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 3)

¹⁶ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 3)

¹⁷ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 3)

¹⁸ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 3)

Wir hatten keine Hinweise in Baden-Württemberg auf diese Terrorgruppe, auf den¹⁹ NSU, weder vom BFV noch von den regionalen, in erster Linie mal im Blick befindlichen Landesämtern in Sachsen und Thüringen. Wir wussten nichts von dieser Terrorgruppe.

Ich kann auch sagen - in meiner Amtszeit war das auch so -, dass das Thema Rechtsterrorismus, obwohl wir als Landesamt in Baden-Württemberg die Abteilungsbezeichnung „Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus“ hatten, bei diesen Bund-Länder-Tagungen einschließlich der Polizei so gut wie keine Rolle spielte. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass es dort mal eine Tagung gegeben hätte. - Das vielleicht vorweg.

Ich bin überzeugt, mit dem Wissen von heute würde vieles ganz anders gemacht. Wir hatten in Baden-Württemberg selbst - auch das ist eine wichtige Feststellung - keine Hinweise auf konspirative Gruppen innerhalb von zum Beispiel Kameradschaften, die uns auf Trapp gehalten haben, innerhalb von sonstigen Vereinigungen, Gruppen, die es angelegt hätten auf das systematische Sammeln von Daten des politischen Gegners, oder geschweige denn auch Hinweise auf Anschlagplanungen, Waffen, Sprengstoff. Das hatten wir nicht in Baden-Württemberg.

Jetzt war es so, dass wir natürlich im Zuge dieser verstärkten Auseinandersetzung - ich kann dazu auch gerne noch was sagen, zum Thema Rechtsextremismus¹⁹ - mit dem Rechtsextremismus in jeder Schattierung schon eine Stimmung¹⁹ hatten, die uns auch an der einen oder anderen Stelle¹⁹ Sorgen gemacht hat, auch im Polizeibereich. Sie wissen, dass wir eine Mischung aus Prävention und Repression gefahren haben, besonders in Baden-Württemberg. Auch¹⁹ die Zusammenarbeit¹⁹ mit der Polizei war aus meiner Sicht sehr gut. Aber¹⁹ daraus resultierte, dass man eben auch repressiv gegen neonazistische Vereinigungen vorging, aber¹⁹ besonders gegen die Skinhead-Szene und vor allem auch die Musikszene. Schlüsselkatalysator, Klebmittel, Nachwuchsgewinnung, das waren die Stichworte oder sind die Stichworte¹⁹, die man da¹⁹ nennen muss.

Entsprechend gab es auch¹⁹ - das ist auch aktenkundig - dann¹⁹ gegen Staatsschutzbeamte in Baden-Württemberg anonyme Schreiben. Ich darf aus einem mal zitieren:

Wenn ihr uns nicht hassen lasst,
dann wird es Naziterror geben.

Auch Bullen haben Kind und Frau.
(?)

Von daher war das¹⁹ nie ganz ausgeschlossen, dass hier entsprechend agiert wird. Aber es gab keine gezielten Hinweise¹⁹.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Darf ich mal zwischenfragen? - Herr Schmalzl, das LKA hat also bei Ihnen nie konkret nachgefragt nach rechtsextremistischen oder terroristischen Erkenntnissen, um in dem Fall etwas zu erhellen?

Zeuge Johannes Schmalzl: Ich war jetzt noch fast¹⁹ in der Vorgeschichte etwas¹⁹ zu dem Fall. Es ist in der Tat so, dass wir eine enge Zusammenarbeit hatten zwischen Verfassungsschutz und Polizei, die dann konsequenterweise natürlich auch für diesen¹⁹ Fall fortgesetzt wurde.

Ich darf doch daran erinnern, dass wir uns allein¹⁹ ja schon von dem einen oder anderen Landesamt¹⁹ unterscheiden, dass wir rund 50 Prozent Polizeivollzugsbeamte in den Reihen haben. Es gab einige Landesämter - das ist mir aus meiner Amtszeit erinnerlich -, die konsequent¹⁹ diese Personalentwicklung nicht betrieben haben. Das heißt, wir haben in dem Bewusstsein, dass der Verfassungsschutz niemals eine Nischenbehörde sein darf, auf eine gezielte Personalentwicklung und einen Personalaustausch zwischen Verfassungsschutz und Polizei hingearbeitet.

Wir haben einen Verbindungsbeamten beim Landeskriminalamt gehabt, der auf meine Initiative nicht nur für den Islamismus dann mehr¹⁹ zuständig war, sondern auch für alle¹⁹ Phänomenbereiche, was sich absolut ausgezahlt hat. Wir haben gegenseitige Hospitations- und Informationsbesuche. Ich sage es an der Stelle vorweg, weil¹⁹ in der Tat in der Folgezeit wir¹⁹ selbst aktiv geworden sind, weil uns dieses schreckliche Verbrechen wirklich auch¹⁹ erschüttert hat und wir von uns aus tätig geworden sind. Das Landeskriminalamt kam im Rahmen der normalen Besprechungen natürlich auch auf die Mitarbeiter zu. Vieles lief dort im informellen Wege. Wenn es irgendwelche Hinweise gegeben hätte, hätten wir sie transportiert. Aber es hat dieses Anstoßes von außen nicht bedurft. Ich darf das an der¹⁹ Stelle sagen. Es ist, glaube ich, auch aus den Unterlagen ersichtlich.

¹⁹ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 3)

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Können Sie uns konkret sagen, wenn es des Anstoßes nicht bedurft hat: Was haben Sie getan?

Zeuge Johannes Schmalzl: Ja. Ich habe noch am Tatabend angeordnet, dass wir alle Quellen des Landesamtes für Verfassungsschutz aus allen Phänomenbereichen befragen, einschließlich der Werbevorgänge. Später gab es dann²⁰ ein Schreiben auch²⁰ vom BfV über das BKA zu uns. Dort haben wir dann²⁰ Fehlanzeige erstattet. Es gab einen Hinweis aus dieser Aktion heraus, der, glaube ich, auch bekannt ist. Das war ein Hinweis in der Tat einer Quelle aus dem Rechtsbereich, Skin - im Allgemeinen zuverlässig, allerdings vom Hörensagen -, auf zwei Personen in einem Dorf mit „Schwarz“ Punkt, Punkt, Punkt - davor oder danach - in der Nähe zu Heilbronn. Begründung: ein Racheakt wegen einer polizeilichen Durchsuchung.

Das hat mich in der Tat sofort alarmiert. Sobald ich das auf dem Tisch hatte, haben wir das ans Innenministerium gemeldet, an meine zuständige Aufsichtsabteilung. Es gab noch innerhalb von wenigen Stunden ein Gespräch mit dem Inspekteur der Polizei in Baden-Württemberg. Ich habe dann später nachgefragt²⁰. Ja, diese Spur, die sich dann im Ergebnis als nicht zielführend herausgestellt hat, wurde dann in die Arbeit der Soko eingespeist, und ich habe mich auf die professionelle Polizeiarbeit insoweit dann²⁰ verlassen. Also, das war die Folge aus dieser Aktion.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich hätte Sie sowieso danach gefragt. In dem Zusammenhang: Unterstellen wir mal, dass ein anderes Bundesland - LKA, LfV-Behörde - in Baden-Württemberg eine V-Person führt: Gehörte das damals dann zu den Spielregeln, dass Sie das gewusst hätten?

Zeuge Johannes Schmalzl: Also - -

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Stellen Sie sich mal vor, in Baden-Württemberg, vielleicht sogar im Großraum Stuttgart, führt eine andere Landesbehörde, Landeskriminalamt oder Landesamt für Verfassungsschutz, eine V-Person. Nehmen wir mal einen rechtsextremistischen Bereich. Gehörte es damals zu den Spielregeln, dass Sie das dann gewusst hätten?

Zeuge Johannes Schmalzl: Das könnte ich nicht zu 100 Prozent bestätigen. Es würde eigentlich zu den Spielregeln gehören. In der Tat sprechen Sie hier darauf an, dass auch die Polizei natürlich²⁰ im präventiven Bereich tätig ist und auch hier verdeckte Einsätze macht. Wenn sie nicht besondere Gründe hätte, was es auch durchaus geben kann, dann hätte ich mich darauf verlassen, dass diese Information dann auch transportiert wird.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Können Sie sich erinnern, dass in Ihrer Amtszeit so etwas vorkam, dass ein anderes Amt sich an Sie gewandt hat, ein anderes Bundesland: „Ich führe bei euch eine V-Person“?

Zeuge Johannes Schmalzl: Nein, das ist mir nicht Erinnerlich.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. - Jetzt sind ja zwei Polizeibeamte in einer Art und Weise angegriffen worden, dass man, wenn man jetzt alles fachmännisch abrastert, einfach über Terrorismus auch kommen muss und das Argument zumindest betrachten muss: Versucht man da Symbole des Staates unter Umständen anzugreifen, so wie der ganze Tathergang war? - Ist das bei Ihnen im Amt ein Gedanke gewesen, wenn Sie alle möglichen Umstände durchgespielt haben, dass es sich um einen terroristischen Akt handeln könnte?

Zeuge Johannes Schmalzl: Wenn man vom Rathaus kommt, ist man bekanntlich immer schlauer. Deswegen ist die Frage jetzt²⁰ nicht ganz einfach für mich zu beantworten, aus der heutigen Sicht und aus der damaligen Sicht²⁰. Aber dadurch, dass wir - vielleicht im Unterschied zu anderen - in allen Phänomenbereichen Nachforschungen angestellt haben, ist das Bestreben ersichtlich, dass wir uns nicht vorzeitig in der Tat verengen. Das, was uns im Nachhinein bekannt ist, vielleicht was man auch unter Fehler oder Sackgasse subsumieren könnte, was einem vielleicht den Blick vernebelt hat - - Also, ich habe das damals nicht ausgeschlossen; sonst hätte ich nicht diese Bitte an die²⁰ Beschaffungseinheiten gegeben.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Jetzt gibt es aber, zumindest ausweis-

²⁰ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 3)

lich unserer Akten hier - das ist MAT A BW-4/1, Anlage 13 - einen konkreten Informationsaustausch zwischen dem LKA Baden-Württemberg und dem LfV in Bezug auf türkischen Extremismus. Da finden wir etwas. Aber das ist das Allereinzige, was wir finden, im Vergleich zu der Aussage, die Sie machen: Wir waren da ganz breit aufgestellt.

In den Akten finden wir tatsächlich nur eine Kommunikation über das Thema türkischer Extremismus. Das ist ja bei einem Polizistenmord auch nicht verwerflich, dass die jetzt nicht sofort beweisen können, dass es auch Rechtsterrorismusüberlegungen gab. Ich will nur gerne sehr konkret von Ihnen wissen: Könnten wir jetzt bei Ihnen im Amt auch über diese Überlegungen, die Sie angestellt haben wollen zum Thema Rechtsterrorismus, auch etwas Konkretes finden? Gab es da konkrete Aufträge? Sie wären wahrscheinlich der erste Verfassungsschützer, der hier belegen könnte, dass er das sofort im Fokus hatte. Aber da reicht mir jetzt nicht die Aussage von Ihnen, dass Sie alles auf dem Schirm hatten. Das hätte ich dann schon gerne belegt, so wie in dem Fall.

Zeuge Johannes Schmalzl: Gut. Also, es gibt, auch wenn es nicht konkret gerichtet war²¹ auf einen Phänomenbereich - - Das Erschreckende war diese Gewaltbereitschaft, die ich so bis dato nicht erlebt hatte und später erst wieder beim Amoklauf in Winnenden im neuen Amt dann erleben musste. Das hat es verboten, dass man irgendetwas ausgeschlossen hat. Deswegen diese Bitte an alle Bereiche, in alle Richtungen zu forschen, sage ich einmal.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Johannes Schmalzl: Aber das war jetzt nicht so, dass ich den Riecher gehabt hätte oder andere, dass es in Richtung Terrorismus gegangen wäre. Ich glaube, dass gerade dieser Austausch mit der Polizei dann²¹ sehr schnell gezeigt hat, dass man sich vielleicht auch durch den vermeintlichen Glauben an die Naturwissenschaften - Stichwort DNA-Spuren - zu sehr verengt hat. Aber am Anfang war es in der Tat diese Betroffenheit²¹ noch am Abend, dass wir²¹ alle Bereiche²¹ gebeten haben. Und es gab auch dieses Ergebnis daraus, was dann resultierte. Es gab auch Besprechungen innerhalb des Amtes.²¹

Sie müssen sich vorstellen - wir waren ein Landesamt, das zu 50 Prozent aus Polizeibeamten besteht -, wie groß die Betroffenheit da war. Und da hat es auch keiner Anweisung des Präsidenten bedurft, die dann pflichtschuldigst abgearbeitet worden wäre, sondern das war so, dass ich mich eigentlich darauf verlassen habe, dass das zu 100 Prozent abgeprüft wird, auch wenn das vielleicht nicht immer gleich dokumentiert wurde; denn man hat es ja en passant gemacht.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Dann mache ich einmal einen konkreten Vorhalt, wo Sie hätten vielleicht klarer werden können.

Ein Jahr, bevor Sie das Amt übernommen haben, im Jahr 2004, gab es - jetzt muss ich gerade einmal gucken; das ist Seite 37 - eine Tagung des Bundesamtes für Verfassungsschutz, aus dessen Ergebnis es dann eine Schrift gab: „Entwicklung deutscher Rechtsextremisten von 97 bis Mitte 2004“. In dieser Schrift kam aufgrund einer Zulieferung des LfV-Thüringen die Gruppe Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe vor. An dieser Tagung - kann ich jetzt nur vermuten; müssten Sie mir bestätigen - hat Baden-Württemberg wahrscheinlich teilgenommen.

Ein Jahr vorher hat der Herr S., der gerade eben da saß, in Ihrem Amt einen der drei Namen genannt im Zusammenhang mit dem Thema NSU. Also, er nannte zumindest NSU in seinem Bericht, Mundlos und Thüringen.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagt er! - Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Behauptet er!)

- Sagt er. Deswegen mache ich ja den Vorhalt. - Er sagt, dass es in Ihrem Amt dann Vorgesetzte gab, die das nicht als plausibel eingeschätzt haben, juristisch nicht verwertbar und deshalb nicht nur löschenswert, sondern löschenspflichtig.

Da das doch eine Diskussion war - so wie er das darstellt -, die man in Erinnerung behalten müsste, frage ich mich jetzt: Wenn die alle so aufmerksam waren, wie Sie gesagt haben, müsste es ja ein Jahr später eigentlich einen Aha-Effekt gegeben haben, zumindest in der Abteilung „Spionageabwehr rechts“. Wenn das nicht passiert ist, dann hätte ich aber zumindest gerne gewusst, wie stark Sie sich selbst mit dem Thema auseinandergesetzt haben, weil besagter Herr

²¹ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 3)

Stengel bei Ihnen ja zu einem wahrscheinlich für ihn eher unangenehmeren Gespräch war, weil er diese Informationen ohne Dienstwegabsicherung ans BfV gegeben hat. Die Umstände hätte ich gerne einmal von Ihnen erläutert, weil das ist doch schon ein Ansatzpunkt, wo ich jetzt keinen Vorwurf mache. Nur, wir suchen natürlich nach Möglichkeiten - Sie haben recht: nachträglich -: Wie hätte man den Dingen auf die Spur kommen können? Oder auch: Wo hat es Versäumnisse gegeben?

Zeuge Johannes Schmalzl: Ich war ja von August 2005 an im Amt. Ich kann nur sagen: In dieser Zeit ist mir nichts Derartiges von dem von Ihnen besagten Herrn S. bekannt geworden. Ich kann es auch nicht glauben. Aber das ist ein subjektiver Schluss meinerseits aus der Lebenserfahrung heraus, die ich Ihnen gerade eben geschildert habe. Ich kann es mir schlicht nicht vorstellen. Aber, in der Tat, was vorher und später war, da bin ich, glaube ich, dann doch der falsche Ansprechpartner. Ich kann nur entsprechend den Fakten und meiner Erinnerung sagen: Das hat zu meiner Zeit keine Rolle gespielt.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das heißt, Herr Stengel war nie bei Ihnen zu einem Gespräch? Wo ich den Eindruck hatte, dass ihm das sehr unangenehm war, weil er da vermutlich mindestens eine scharfe Ermahnung bekommen hat, dass er einen Vorgang ans BfV abgegeben hat, ohne sich vorher die juristische Absicherung in Ihrem Amt eingeholt zu haben. Er sagt, er hätte deshalb sogar bei Ihnen antreten müssen, und das hörte sich sehr stark nach Kritikgespräch an.

Zeuge Johannes Schmalzl: Also, Stand jetzt - Fehlbarkeit immer auch mit gesprochen²² - kann ich mich nicht daran erinnern,²² an ein solches Gespräch, dass es²² in meiner Amtszeit gelaufen wäre.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Und den gesamten Vorgang kennen Sie auch nicht?

Zeuge Johannes Schmalzl: Nein.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Also, Sie wissen nicht, dass in Ihrem

Amt einmal ein Mitarbeiter sagte: „Ich habe einen V-Mann, der behauptet: Mundlos, NSU, Thüringen“? Das Ganze wurde in Ihrem Amt eher als unplausibel verworfen, er musste das löschen. Das wissen Sie also nicht?

Zeuge Johannes Schmalzl: Hat in meiner Amtszeit nach meiner Erinnerung keine Rolle gespielt.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Er muss ja irgendwann bei Ihnen gewesen sein.

Zeuge Johannes Schmalzl: Also, ich habe - - Herr Stengel oder²² Herr S. war in der Abteilung 4 bei mir. Das ist²² Wirtschaftsschutz und Spionageabwehr. Und ich kann mich in der Tat daran erinnern - aber das war guter Brauch -, dass ich ihm die Ruhestandsurkunde überreicht habe. Da ist ein 20-Minuten-Termin in meinem Kalender drin²². Aber an ein irgendwelches²² Konfliktgespräch kann ich mich nicht erinnern.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Er sagt, es war 2008 - oder 05?

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): 2005! - Hans-
Christian Ströbele (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): 2005!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wollen Sie fortfahren, Herr Schuster? - Was denn jetzt?

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Aber er hat den Namen Schmalzl gesagt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Binninger greift ein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Vielleicht nur zur Klarstellung, damit die Frage eventuell noch einmal beantwortet werden kann: Der Vorfall selber mit diesem Hinweisgeber war ja 2003. Das war noch Amtszeit Rannacher. Und er sagt vorher, er war 2005 beim Nachfolger Schmalzl zum Gespräch und erinnert sich deshalb so gut daran, weil er auch zur gleichen Zeit damals Innenausschussvorsitzender war, und das kann erst ab 2005 gewesen sein.

²² siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 3)

Das sind die zwei Zeiträume, um die es geht: einmal eindeutig Rannacher und einmal wahrscheinlich ganz zu Beginn der Amtszeit und zu seinem Ende möglicherweise. Oder wann war die Pensionierung?

Zeuge Johannes Schmalzl: Also mir nicht erinnerlich, zumindest von der Zielrichtung her, wie Sie es gesagt haben. Ich habe viele Gespräche geführt. Ich habe auch Personalentwicklungsgespräche mit fast dem ganzen Amt geführt; aber ein solches mit der Zielrichtung²³ von Ihnen beschriebenes Gespräch²³ ist mir nicht erinnerlich. Ich möchte es aber auch nicht gänzlich ausschließen. Da bin ich dann insoweit fehlbar.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Na ja, aber Sie würden sich ja jetzt daran erinnern, wenn Sie ein Gespräch geführt hätten, wo der Herr Stengel ermahnt wurde, einen Vorgang an das BfV abgegeben zu haben, wo es um Themen ging wie Mundlos, der in Ihrer NADIS-Datei von Ihnen gespeichert wurde. Der wurde ja ermahnt, weil er das getan hat. Daran würden Sie sich wahrscheinlich jetzt erinnern, weil der Name Mundlos ist ja nicht irgendein Name.

Zeuge Johannes Schmalzl: Bei der Vielzahl der Vorgänge möchte ich nicht sagen, dass ich mich automatisch daran erinnern würde. Aber wenn es von großem Gewicht gewesen wäre und ich hätte es damals auch erkannt, dann würde ich mich vielleicht daran erinnern. Aber Fakt ist: Ich erinnere mich an dieses Gespräch nicht, kann es aber auch nicht zu 100 Prozent ausschließen. Sie müssen wissen, dass man als Behördenleiter durchaus auch viele Konfliktgespräche mit dem einen oder anderen führt, um Konflikte zu lösen. Und da ist nicht jedes Gespräch dann auch erinnerlich.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. - Dann will ich mal den Komplex wechseln: Der *Stern* titelte irgendwann mal: „Mord unter den Augen des Gesetzes“. - Nein, nicht irgendwann, am 1. Dezember 2012 [sic!]. Da wurden etliche Behauptungen aufgestellt, wer angeblich an der Theresienwiese mit im Spiel war. Jetzt fällt mir beim Durchsehen der Akten auf, dass die beteiligten Behörden immer wieder gefragt werden, ob im Kontext des betreffenden Falles oder im Kontext eines DIA-Einsatzes dort beispielsweise Observationen stattgefunden

hätten, und es wird klar von allen Behörden - LKA, LfV - gesagt: Nein. - Glaube ich.

Aber ich stelle die Frage anders. Ich frage Sie gar nicht, ob es einen Kontext gab zu dem Fall Kiesewetter/Arnold oder zu DIA, sondern mich interessiert: Gab es überhaupt einen LfV-Einsatz an diesem Tag irgendwo im Großraum Stuttgart, ob Observation oder was auch immer? Denn wer observiert, der kann ein Ziel haben im Stadtteil XY und landet dann, wenn er die Zielperson wirklich verfolgt in einem ganz anderen Fall, trotzdem räumlich in der Nähe. Wir haben ja einige Aussagen - die bringe ich Ihnen gleich noch mal -, wo man sich fragt: Was sind das für Meldungen, dass da LfV-Mitarbeiter doch an dem Tag unterwegs waren? Haben Sie das geprüft? Gab es ohne Kontext zu diesem Fall an diesem Tag im Großraum Heilbronn einen Einsatz Ihrer Behörde?

Zeuge Johannes Schmalzl: Also, wir wären ein schlechtes Amt, wenn wir keine Einsätze machen würden. Selbstverständlich waren - das setze ich einfach voraus - an diesem Tag viele unterwegs. Das heißt, man muss ja differenzieren: Was sind operative Einsätze?

Was ausgeschlossen ist, ist im Großraum Heilbronn, dass eine Observationsgruppe der operativen Abteilung 5 des Landesamts für Verfassungsschutz im Einsatz war. Das ist geprüft und ausgeschlossen. Aber das wurde nach meiner Amtszeit geprüft von meiner Nachfolgerin, sehr gewissenhaft, aufgrund dieser Anfrage. Ich selbst würde spontan wie Sie denken, weil wir waren²³ in der Hochphase der Sauerland-Gruppe, wo²³ auch das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg stark involviert war, ich selbst auch persönlich involviert war.

Von daher: Natürlich gab es operative Einsätze, immer, das ganze Jahr über. Die Kollegen machen auch an Weihnachten und an Silvester keine Pause. Aber was man festgestellt hat für den Raum Heilbronn, das war, dass²³ ein Werber sich²³ an diesem Tag auf den Weg gemacht hat. Wir sind also in der Vorphase der Quellengewinnung. Es gibt dort Werber; das ist spezialisiert worden²³ bei mir in der operativen Abteilung²³. Und der hatte in der Tat eine Verabredung in Heilbronn aus dem Bereich Islamismus, aber nicht mit den von der *Stern*-Anfrage umfassten Personen, definitiv nicht.

Meine Nachfolgerin hat dann - so wurde es mir versichert in dem Gespräch - sehr

²³ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 3)

gewissenhaft versucht, die Sache aufzuklären. Man hat die Fahrtenbücher kontrolliert. Man hat die Arbeitszeiterfassung zum Beispiel kontrolliert und hat selbst die Telefonabrechnungen kontrolliert. Und es hat sich allein schon aufgrund des Fahrtenbucheintrags und auch der Einvernahme des Mitarbeiters herausgestellt, dass er erst um 15 Uhr, also eine Stunde nach der Tat, nach Heilbronn auf dem Weg war. Von daher konnte man das auch ausschließen.

Mir ist die Geschichte insoweit nicht erklärbar, die dieser Anfrage dieses journalistischen Magazins zugrunde lag. Ich kann es mir nicht erklären, und ich glaube, so manch anderer auch nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich würde bitten, Herr Schuster, dass Sie die Befragung in der nächsten Runde fortsetzen, weil das Fragerecht erst einmal zur SPD-Fraktion wechselt. Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Vielen Dank. - Schönen guten Abend, Herr Schmalzl! Ich möchte einmal in eine ganz andere Richtung fragen, und zwar: Waren Sie zu irgendeinem Zeitpunkt einmal befasst oder sind Sie einmal kontaktiert worden von der BAO „Bosporus“ in Sachen der Mordserie?

Zeuge Johannes Schmalzl: Nein, es gab keine gezielte Kontaktierung. Ich kann mich daran nicht erinnern. Es kann sein, dass natürlich irgendein Kollege das im Rahmen einer Amtsleitertagung einmal am Rande oder unter einem Punkt, der nur ein Land betraf, angesprochen hat. Aber wir waren insoweit dort - - Ich kann mich nicht daran erinnern, dass ich gezielt dort involviert gewesen wäre.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber Ihnen war ja die Mordserie bekannt und bewusst. Und es kam ja dann im Frühjahr 2006 mit der neuen Fallanalyse auch die neue Ermittlungsrichtung auf, dass es Täter sein könnten mit einem rassistischen Motiv, aus der rechtsextremen Szene oder so. Ist Ihnen das noch in Erinnerung, dass das auch einmal erörtert wurde oder Gegenstand von Besprechungen oder Anfragen war?

Zeuge Johannes Schmalzl: Nein, weil Baden-Württemberg - man kann heute sagen: mit Ausnahme der letzten, schreck-

lichen Tat - ja nicht beteiligt war²⁴, betroffen war.

Dr. Eva Högl (SPD): Haben Sie sich irgendwie - ich weiß gar nicht, wie ich das jetzt zu später Stunde genau formulieren soll - mal mit der Mordserie befasst, und haben Sie vielleicht zu irgendeinem Zeitpunkt mal einen Zusammenhang hergestellt mit dem Mord an Michèle Kiesewetter? Also, Ihnen war ja die Mordserie bewusst, und dann kam der Mord an Michèle Kiesewetter. Gab es für Sie irgendwie eine Veranlassung - manchmal hat man ja spontane Ideen oder so -, mal darüber nachzudenken, dass das zusammenhängen könnte?

Zeuge Johannes Schmalzl: Aus heutiger Sicht, leider nein.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, das ist klar. Aus heutiger Sicht wissen wir alle viel mehr, aber - -

Zeuge Johannes Schmalzl: Das war in Heilbronn natürlich - ich habe es angedeutet - viel schwieriger zu erkennen letzten Endes²⁴; im Nachhinein, klar²⁴. Ich glaube, das weiß auch die Polizei letzten Endes²⁴, dass man manche Ermittlungsansätze vielleicht hätte etwas offener gestalten sollen. Aber nein, es gab bei uns nicht sofort die Überlegung: Das hat was²⁴ miteinander zu tun.

Dr. Eva Högl (SPD): Sie haben eben zitiert, dass auch Vertreterinnen und Vertreter von staatlichen Institutionen, insbesondere auch Polizei, durchaus im Visier von Rechtsextremen waren und auch als Opfer in Betracht kamen. Hat das bei Ihrer Beteiligung, also bei den Erkenntnissen, die Sie geliefert haben, bei den Mordermittlungen eine Rolle gespielt? Gab es da auch mal Gedanken und Überlegungen, dass es auch Rechtsextreme sein könnten, die gezielt eine Polizistin als Mordopfer ausgesucht haben?

Zeuge Johannes Schmalzl: Nein. Wenn ich vorhin gesagt habe, dass wir am Anfang in alle Richtungen ermittelt haben, was - - Ich kann das²⁴ Schreiben vom LfV Baden-Württemberg gerne zitieren, das ja da herumging²⁴:

Eine bereits am Tatabend angeordnete Befragung von allen Quellen des LfV Baden-Württemberg aus allen Phänomenbereichen des

²⁴ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 3)

Verfassungsschutzes verlief bis zum heutigen Tag negativ. Die Quellen des LfV Baden-Württemberg sind sensibilisiert und angewiesen, Informationen schnellstmöglich zu melden. Sollten hier Hinweise eingehen, werden sie unverzüglich nachgemeldet. (?)

Das ging ans Innenministerium und auch an die Polizeidienststellen. Aber sehr schnell hat sich dann eben eine Verengung herausgestellt. Ich selbst - - Mich hat es auch nicht losgelassen.

Dr. Eva Högl (SPD): Was verstehen Sie unter „Verengung“, Herr Schmalzl?

Zeuge Johannes Schmalzl: Ja, dass man entsprechend eine Täterin gesucht hat aufgrund der DNA-Spur, wo sich dann auch das Ganze in eine Richtung verengt hat, die aus heutiger Sicht, sicherlich auch aus Sicht der Polizei, vielleicht nicht glücklich war, und es vielleicht zu viel Zeit gebraucht hat, um aus dieser Gasse dann auch wieder herauszukommen.

Mich hat es nicht losgelassen. Ich war ja ab Jahresanfang 2008²⁵ dann Regierungspräsident²⁵ und insofern natürlich noch mit²⁶ befasst, wenn auch nicht operativ, weil die Landespolizei²⁶ gehört bis zum heutigen Tag - auch die Heilbronner PD - zum Regierungspräsidium Stuttgart²⁶. Nur, damit kein falscher Eindruck entsteht: Die operative Schiene ist zum Glück immer eine andere gewesen. Da bekommen wir dann von der operativen Arbeit natürlich nichts mit.²⁶

Ich bin nachts dann²⁶ auch mal in Heilbronn Streife mitgefahren - wie das viele machen, ich glaube, auch Abgeordnete hin und wieder -, und ich habe mir da ganz bewusst Heilbronn ausgesucht. Es wird Sie nicht überraschen, dass dort die Streifenbeamten, ganz einfache Menschen²⁶, die ihren Nachtdienst gemacht haben, mit einem kribbeligen Gefühl - mit mir zusammen besonders²⁶ - in kroatische oder in serbische Kneipen gegangen sind, weil man dort natürlich so eine reisende Balkan-Gewalttäterin gesucht hat. Das war so ein bisschen²⁶ das, was ich unter „Blick verstellen, verengen“ meine.

Ich glaube, das hat sich dann sehr schnell eben dann auch²⁶ in diese Richtung bewegt, dass man gar nicht mehr anders gedacht hat. Ich konnte auch irgendwann mal einen ganz kurzen Blick in die Soko-Räume werfen. Da²⁷ war diese DNA-Spur, wo man eben die gan-

zen Taten in ganz Europa aufgestellt hat und dieser Spur nachgegangen ist. Deswegen haben dort - wie wir heute wissen - die Ansätze im Bereich Rechtsterrorismus keine Rolle gespielt.

Dr. Eva Högl (SPD): Nachdem Sie gesagt haben, dass alle Ihre Quellen, also aus allen Phänomenbereichen, befragt werden sollten: Was kamen denn da für Erkenntnisse zurück? Kam da irgendetwas zurück? Hatte irgendjemand irgendwelche Hinweise?

Zeuge Johannes Schmalzl: Ja, es war diese eine besagte Spur - dieser eine Hinweis; die Polizei redet von Spur, wir reden von Hinweisen -, die eine Erkenntnis, die von einer Rechtsquelle kam, die im Allgemeinen zuverlässig berichtet hat, aus dem Skin-Bereich, mit diesem Hinweis auf zwei mögliche Täter aus einem Dorf in der Nähe von Heilbronn. Begründung: Racheakt, weil dort eine polizeiliche Durchsuchung war.

Als ich diesen Hinweis in den Händen hielt, hat man sofort abgeklärt: Welche Informationen können wir daraus an die Polizei geben, sodass sie dort²⁶ auch²⁶ mit arbeiten können innerhalb der Soko²⁶? Und dann habe ich das persönlich auch²⁶ getan, indem ich eben²⁶ ins Innenministerium gefahren bin. Es gab dort ein Treffen mit dem zuständigen Abteilungsleiter - wir haben das Trennungsgesuch für den Verfassungsschutz - und dem Inspekteur der Polizei - das ist der Stellvertreter des Landespolizeipräsidenten, wenn Sie so wollen -, wo wir diesen Sachverhalt noch am gleichen Tag der Erkenntnis übergeben haben. Ich habe ja vorher berichtet letzten Endes²⁶, dass dieser Spur²⁶ gewissenhaft nachgegangen wurde und sie sich nicht als nicht zielführend herausgestellt hat. Weitere Hinweise sind mir nicht bekannt oder erinnerlich.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich möchte abschließend noch einmal eine Frage stellen insgesamt zum Rechtsextremismus in und um Heilbronn - oder auch vielleicht etwas größer gefasst, in Baden-Württemberg. Vielleicht können Sie dazu auch ein paar Ausführungen machen, dass unser Bild sich abrundet.

Zeuge Johannes Schmalzl: Frau Abgeordnete, ich bin Ihnen sehr dankbar für diese Frage, weil man sich ja in der Tat ein Gesamtbild erarbeiten möchte um die Frage:

²⁵ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 3)

²⁶ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 3)

²⁷ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 3)

Tut man genug im Bereich der Aufklärung oder - auch aus polizeilicher Sicht - der Bekämpfung des Rechtsextremismus?

Baden-Württemberg ist keine Insel der Seligen gewesen. Wenn dieser Eindruck haften bleiben würde, dann wäre er falsch. Es waren²⁸ erhebliche Anstrengungen²⁸, die die Sicherheitsbehörden, aber auch die Politik unternommen haben. Ich darf daran erinnern, dass in Baden-Württemberg die Republikaner mit einer satten Prozentzahl von über 10 Prozent 1992 in den Landtag gewählt wurden und vier Jahre darauf noch einmal mit 9 Prozent in den Landtag geschickt wurden. Es ist letzten Endes gelungen - wobei sich da, glaube ich, keiner die Federn an den Hut heften sollte; aber es ist gelungen -, durch viel Aufklärung auch in diesem Bereich, gesamtgesellschaftliche Entwicklungen²⁸ diesen politischen Bereich der Parteienlandschaft kleinzuhalten²⁸ in Baden-Württemberg²⁸. Das war aus unserer Sicht schon ein Erfolg. Das war nicht ganz ohne²⁸. Auch in Baden-Württemberg hatten²⁹ die Republikaner charismatische Figuren²⁸ und durchaus auch die Chance, wieder in den Landtag zu kommen.

Wir haben die NPD unter 1 Prozent halten können. Wir haben Augenmerk darauf gelegt - das galt für das gesamte Land -, dass wir geistige Brandstifter²⁸ des Rechtsextremismus in Baden-Württemberg haben²⁸. Das sind Verlage²⁸, das ist die Gesellschaft für freie Publizistik. Da sind manche von denen - - Da gab es das Jobwunder dann²⁸ in den²⁸ neuen Ländern²⁸. Auch heute würde man sagen, diesen Spuren vielleicht noch viel stärker - dieses Personengeflecht²⁸; wir müssen²⁸ stärker personenbezogen denken - nachzugehen²⁸. Es sind alleine zwei aus diesem Umfeld der Publizistik, auch des Verlagswesens, die dann²⁸ beim parlamentarischen Beratungsdienst der NPD in Sachsen im Landtag angeheuert haben, als Referenten der Fraktion²⁸.

Die größte Sorge haben uns eben²⁸ die gewaltbereiten Rechtsextremisten gemacht und hier insbesondere natürlich die - - Zu meiner Amtszeit gab es einen Anstieg der rechtsextremistischen Gewalt, und wir haben uns dann überlegt: Wie schaffen wir es, das zurückzudrängen?²⁸

Und sehr schnell²⁸ war die Skinhead-Musikszene. Wir haben viele Bands in Baden-Württemberg im Fokus gehabt. Hier kann man schon sagen, dass wir in Zusammenarbeit mit der Polizei auf der einen Seite versucht haben, präventiv zu wirken, aufzuklä-

ren. Wir haben eine eigene Skin-Broschüre herausgebracht, die vielen Menschen geholfen hat, auch wo man in der Schule etwas vermitteln konnte²⁸. Gleichzeitig ist es uns gelungen, auch große Konzerte mit 450 Besuchern aufzulösen, mit der Polizei zusammen.

Sie kennen, glaube ich, die Strukturen im Bereich der rechtsextremistischen Skinhead-Szene ganz gut. Heute lacht die Jugend darüber. Damals kam das Handy auf. Die konspirative Verabredung über SMS war der Hit²⁸. Man hat Vortreffs gemacht. Wir haben es immer wieder rausgekriegt und haben genau gewusst, dass das auch eine Geschäftsidee ist. Deswegen haben wir in guter Kooperation mit der Polizei versucht, als erstes die Kasse und vielleicht die Musikinstrumente zu beschlagnahmen oder die CDs, die dort verkauft wurden³⁰. Wir sind dort bis an die Grenzen gegangen²⁸. Wenn Konzerte unter freiem Himmel waren, dann wurde mal ein Landwirt zu Hilfe gerufen, der noch schnell das Feld gedüngt hat.

Wir waren also wirklich sehr kreativ; aber es hat eines auch hervorgerufen: dass sich diese Szene immer konspirativer verhalten hat. Man hat es²⁸ als Privatparty dann²⁸ getarnt. Da nützt dir²⁸ dann auch die Vermieteransprache nichts, weil man gedacht hat, es ist eine Geburtstagsparty und dergleichen.

Im neonazistischen Bereich war das genauso. Erinnern Sie sich²⁸ daran, dass wir²⁸ Durchsuchungsmaßnahmen gemacht haben²⁸ nach dem „Blood & Honour“-Verbot, wo es²⁸ auch in meiner Amtszeit große Durchsuchungen gegeben hat²⁸, auch in Baden-Württemberg. Das blieb nicht ohne Folgen. Das heißt, die Szene hat sich noch mehr zurückgezogen. Und - das darf man ja auch in der öffentlichen Sitzung ansprechen - wie schwierig es ist, hier in diese Strukturen dann²⁸ vorzustoßen, das kennen wir aus dem islamistischen Terrorismus und Extremismus, und das galt hier genauso.

Deswegen ist es enorm schwer, in diese konspirativen Strukturen dann auch vorzustoßen.²⁸ Das ist genau die²⁸ Gratwanderung. Je kleiner die Gruppe, umso mehr wird von einer solchen³⁰ Person erwartet, was aber rechtlich dann auch wieder nicht geht; sonst kriegt man den nächsten Ärger, wenn man sich an Straftaten und dergleichen beteiligt²⁸. Also, das war diese große Herausforderung des Rechtsextremismus²⁸.

Ich kann die Schulhof-CD nur erwähnen, wo wir immer darauf gehofft haben: Ja, da²⁸

²⁸ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 3)

²⁹ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 3)

³⁰ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 3)

³¹gab es dann den Beschlagnahmebeschluss vom Amtsgericht Stendal, wo man geguckt hat und dann zugeschlagen hat bei uns³¹. Ich glaube, es wird jetzt immer mehr deutlich - auch wenn man sich die handelnden Figuren³¹ anschaut und das nachliest; es war auch in den Verfassungsschutzberichten³¹ -, dass es absolut richtig war, sich auf diesen Bereich der Skin-Musik zu konzentrieren.

Wir haben dann sehr frühzeitig erkannt, dass sich dieser Bereich auch ein Stück weit irgendwann mal wieder erledigen wird und ins Internet verlagern wird. Deswegen hat es mich sehr gefreut, dass ich auch von der Landesregierung damals Geld bekommen habe zum Aufbau eines Internetkompetenzzentrums gerade für diesen Bereich, nicht nur den Islamismus, sondern auch den Rechtsextremismus³¹.

Das war der Weg, den wir gegangen sind. Aber es war natürlich immer eine Gratwanderung. Der gewaltbereite Rechtsextremismus, der war immer auch in Baden-Württemberg existent. Wir waren uns nur damals ziemlich sicher, dass wir gut aufgestellt sind, auch mit Zugängen - nach wie vor -, oder sagen wir es einmal so: in diesem Bereich im Vergleich zu anderen Ländern ordentlich aufgestellt sind - das ist im Schwäbischen schon eine sehr hohe Stufe des Erfolgs, dass wir ordentlich aufgestellt waren -, um in Erfahrung hätten bringen können, wenn es eine vergleichbare terroristische Gruppe mit baden-württembergischen Wurzeln gegeben hätte³¹. Aber das zu behaupten, ist auch anmaßend, weil es immer noch eine Restunsicherheit geben kann aufgrund der Konspirativität.

Dr. Eva Högl (SPD): Habe ich noch ein bisschen? - Herr Schmalzl, vielen herzlichen Dank für diese ausführliche Darlegung der Situation in Baden-Württemberg. Vielleicht darf ich Sie zwei Dinge noch fragen.

Es hat auch bei der Befragung von ehemaligen Kollegen von Ihnen eine Rolle gespielt, wieso die Expertise beim Verfassungsschutz ist. Sagte Ihnen das etwas, dass auch im Zuge der Radikalisierung von Rechtsextremen bzw. auf der Schwelle auch zum rechtsextremen Terror das Thema Bekennerschreiben keine Rolle spielt und sich auch Einzelpersonen eher zusammenfinden und weniger das Modell einer braunen RAF bei rechtsextremem Terror kennzeichnend ist? Hatten Sie da irgendwelche Erkenntnisse, wie rechtsextremer Terror so aus-

sieht? Ich frage das einfach so generell, was Sie für Erkenntnisse hatten.

Zeuge Johannes Schmalzl: Im Nachhinein war es ein Fehler; aber das Thema Rechtsterrorismus war nicht präsent in meiner Amtszeit³¹. Und ich glaube, das galt nicht nur für den Verfassungsschutz, das galt für die Polizei, es galt auch für den investigativen Journalismus, der sonst immer sehr gut informiert ist. Es war bei allen so.

Das Thema Bekennerschreiben ist etwas, was die polizeiliche Arbeit natürlich prägt³¹. Es gibt Gruppen, die das in manchen Phänomenen machen, um sich zu brüsten. Es ist also nicht so, dass es dort in meiner Amtszeit irgendeine Expertise gegeben hätte, die mich umgeworfen hätte - jetzt sage ich das³² einmal so -, dass man hier die und die Voraussetzungen hat im Bereich des Rechtsterrorismus. Das ist mir nicht bekannt.

Dr. Eva Högl (SPD): Dann würde ich gern noch eine Frage stellen. Uns hat ja hier auch die Tatsache beschäftigt, dass zwei Polizeibeamte oder möglicherweise sogar mehr Mitglied im Ku-Klux-Klan waren. Ich wusste, bis das herauskam - das gebe ich ganz offen zu -, gar nicht, dass wir da eine deutsche Sektion hatten. Was waren denn Ihre Erkenntnisse zum Thema Ku-Klux-Klan? Wie aktiv war der, und hatten Sie den auch auf dem Schirm?

Zeuge Johannes Schmalzl: Auf dem Schirm war er natürlich beim Landesamt für Verfassungsschutz, aber in meiner Zeit mit einer eher abgeschlossenen Sichtweise, sprich: Die Gruppe war nicht mehr präsent, aber man wusste, dass da was war. Und jetzt im Nachhinein - im Übrigen so viel zur Aktenvernichtung - war es ja auch gut so, dass das Landesamt für³² Verfassungsschutz Baden-Württemberg ebendiese Akten nicht vernichtet hatte, sondern dass sie dann³¹ in den vorbildlichen Bericht des Herrn Innenministers eingeflossen sind. Aus meiner Sicht kann ich es nur in die Worte bringen: Da fällt mir nichts mehr dazu ein. Wer einer solchen rassistischen Organisation angehört, der hat, glaube ich, im Staatsdienst nichts verloren.

Dr. Eva Högl (SPD): Das teile ich uneingeschränkt. - War Ihnen damals bekannt, dass Polizeibeamte da Mitglied sind, oder war das für Sie auch eine neue Erkenntnis, jetzt im Nachhinein?

³¹ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 3)

³² Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 3)

Zeuge Johannes Schmalzl: Das war für mich eine neue Erkenntnis.

Dr. Eva Högl (SPD): Hatten Sie V-Leute im Ku-Klux-Klan?

Zeuge Johannes Schmalzl: Ich kann ja nur für meine Amtszeit reden, und da war die Gruppe nicht mehr präsent.

Dr. Eva Högl (SPD): Da war die schon vorbei.

Zeuge Johannes Schmalzl: Aber ich kann nur sagen: Im Jahre, als das aufkam³³ - - Die Verfassungsschutzbehörden haben das immer auch³³ zum Beobachtungsobjekt erhoben: vorher Prüffall, dann Beobachtungsobjekt. Und in Baden-Württemberg ist es nur durch Erkenntnisse des Landesamts für Verfassungsschutz, nachdem man die Personen identifiziert hat, die an diesem Treffen teilgenommen haben, überhaupt bei der Polizei aktenkundig geworden. Das Ganze³³ hat das alles überhaupt erst aufgelöst.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Herr Tören, bitte.

Serkan Tören (FDP): Sie haben vorhin die rechtsextreme Szene in Baden-Württemberg beschrieben und Ihren Kampf dagegen. Gab es denn auch irgendwelche Verbindungen der Szene dort nach Thüringen?

Zeuge Johannes Schmalzl: Jetzt bin ich wieder ein Stück aus der heutigen Sicht heraus analysierend und komme zum Ergebnis: Man hätte der einen oder anderen Verbindung mehr Aufmerksamkeit widmen müssen. Das sage ich an der Stelle selbstkritisch. Es gab Verbindungen; Personen sind in die neuen Länder gegangen, kamen aus den neuen Ländern wieder zurück. Ich möchte das Ganze jetzt nicht so sehr aus der heutigen Perspektive schildern, weil das sicherlich auch Gegenstand der Ermittlungen des Generalbundesanwaltes ist, und kann nur sagen, dass da manche, die eben in den neuen Ländern aktiv waren, bei uns plötzlich wieder aktiv waren. Aus heutiger Sicht muss man hier zwingend den Austausch zwischen den Ämtern verbessern.

Es gab ja diese Immobiliengeschichte,³³ aus der Zeitung bekannt, die mir damals

überhaupt nicht bekannt war, mit Brandt, der diesen Grunderwerb in der Nähe von Heilbronn getätigt hat. Ich habe dem Thema Immobilienerwerb³³ wirklich viel Zeit gewidmet. Die NPD hat auch bei mir, in einem Dorf im Ostalbkreis, versucht, einen Gasthof zu erwerben, über einen Strohmann aus Österreich, sodass man erst spät darauf kam³⁴. Ich war sehr oft vor Ort und habe da mit Gemeinderäten, mit der Öffentlichkeit im Dorf - das war Thema im Dorf, einem kleinen Dorf: Wir werden jetzt plötzlich Zentrum des Rechtsextremismus - gesprochen, habe aufgeklärt und dergleichen³³, und wir wären der Spur³³ sicherlich auch mehr nachgegangen, wenn wir es gewusst hätten. Wir wussten diesen Sachverhalt schlichtweg nicht.

Oder nehmen Sie³³ eine Rechtsanwältin, die auch heute wieder eine Rolle spielt, die Stellvertreterin von Wohlleben im Kreisverband Jena der NPD war. Wir wissen heute viel mehr, als wir damals wussten. Auch das Thema „Blood & Honour Sachsen“ spielt eine Rolle, auch die Querverbindungen zu den Skin-Bands. Ich nehme mal „Noie Werte“, eine Band, die es immer geschafft hat, bei mir unterhalb dieser strafbaren Schwelle zu bleiben, weil dort, wie wir heute wissen, zwei Rechtsanwälte mitgespielt haben; das wussten wir damals auch schon. Aber es ist in der Tat so, dass sie dort ihr juristisches Wissen genutzt haben, um zum Beispiel die Texte noch unterhalb der Strafbarkeitsschwelle zu formulieren. Das hat natürlich auch gewisse Frusterlebnisse gebracht, wenn die Staatsanwaltschaft von uns gebeten wurde, das rechtlich zu prüfen, und sie kam zum Ergebnis: Es ist nicht strafbar. Dann musste man wieder umdenken und die Dinge neu erfinden.

Also, es gibt sehr wohl Querbezüge, auch nach³⁴ Thüringen und Sachsen. Für mich sind zwei Dinge wichtig, wo wir auch sagen: Da haben wir keine hundertprozentige Kenntnis³³. Das eine: Es gibt sicherlich die Skin-Konzerte. Ich habe vorhin mal eine Zahl genannt: bei uns ein Skin-Konzert³³, das die Polizei aufgelöst hat, mit 450 Besuchern, die auch aus Frankreich, der Schweiz und Österreich kamen.³³ Das würde mich wundern, wenn dort die Szene nicht weit gefahren wäre, um zu solchen Konzerten zu kommen. Ich vermute das mal, aber ich habe jetzt keine gezielten Erkenntnisse in diese Richtung. Und es gab³³ auch im Rechtsextremismusbereich gezielte Organisationen, die im Neonazibereich angesiedelt waren. Das ging

³³ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 3)

³⁴ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 3)

ja bei uns bis in die Kameradschaften in diese Richtung, dass man versucht hat, Skinhead-Szene, Neonazikameradschaften und die NPD zusammen zu Familientreffen zu bringen. Da kann es durchaus auch sein, dass es hier einen stärkeren Austausch gab, als wir damals wussten. Es gab und gibt Querbezüge. Die rechtsextremistische Szene ist, wie jede andere Szene auch, mobil.

Serkan Tören (FDP): Eine kurze Nachfrage habe ich noch. Ist die Mordserie jemals auf Bund-Länder-Tagungen angesprochen worden? Haben Sie mal auf Bund-Länder-Tagungen über die Mordserie gesprochen?

Zeuge Johannes Schmalzl: Ich rede von meiner Amtszeit, und in dieser Amtszeit, nein.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Herr Zeuge, ein paar grundsätzliche Fragen. Die Anbahnung von V-Leuten, die - das hatten wir ja öfter diskutiert - auch über den Tisch des Leiters der Behörde geht oder eben auch nicht: Wie ist das in Ihrer Behörde gewesen? Haben Sie über die V-Leute, die angeworben worden sind, Bescheid gewusst?

Zeuge Johannes Schmalzl: Ich habe in der Tat Bescheid gewusst über die Werbungsversuche, wenn sie ein gewisses Stadium erreicht haben, und ich habe auch einmal im Jahr mit den Beschaffungsbereichen sogenannte Quellenbewertungsrunden durchgeführt, um zum Beispiel politische Vorgaben berücksichtigen zu können, Stichwort - jetzt mal hier angesprochen - NPD-Verbot. Da muss man das auch berücksichtigen. Das kann man nicht bei jedem Beschaffer voraussetzen. Da muss man auch klare Vorgaben machen, was den Rückzug zum Beispiel aus gewissen Organisationen angeht.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ist denn aus Ihrer Sicht vorstellbar, dass ein Behördenleiter eines Verfassungsschutzes keine Kenntnisse über V-Leute in seiner Behörde hat, keinerlei Kenntnisse?

Zeuge Johannes Schmalzl: Ich tu mich da schwer, weil meine Fantasie ist unbegrenzt³⁵ in diesen Dingen³⁵, und es kann durchaus sein, dass es solche Ämter gibt, die

vielleicht eine andere Arbeitsphilosophie haben.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ist es denn vorstellbar, dass ein Leiter einer Behörde eigene V-Leute hat - einen V-Mann oder mehrere -, von denen niemand im Haus sonst Bescheid weiß?

(Heiterkeit)

- Wir nennen hier ausdrücklich keine Namen.

Zeuge Johannes Schmalzl: Für mich ist das geradezu unvorstellbar; aber es ist anscheinend passiert.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das wissen wir ja nicht. Das versuchen andere Untersuchungsausschüsse herauszukriegen. Aber gut.

Andere Frage: Wenn bei Ihnen der MAD aktiv war - in seinem Bereich natürlich -, wie war denn da die Zusammenarbeit? Haben Sie denn dem MAD zum Beispiel Hinweise gegeben, wenn junge Leute aus dem rechts-extremen Milieu eingezogen worden sind und dann entsprechend in eine Kaserne nach Baden-Württemberg kamen?

Zeuge Johannes Schmalzl: Der Sinn dieser Zusammenarbeit würde sich nur so daraus schließen lassen. Wenn ich Erkenntnisse habe - in der Tat in dem benannten Fall - und ich gebe diese Erkenntnisse nicht weiter, dann würde ich mich in der Tat fragen, ob ich etwas falsch mache, es sei denn, es sind besondere Umstände des Einzelfalles da, dass ich³⁵ diese Information meine³⁵ zurückhalten zu müssen. Ich würde bei uns voraussetzen, dass die Zusammenarbeit auf der Arbeitsebene - das kriege ich als Amtsleiter nicht mit, aber auf der Arbeitsebene - eigentlich gut läuft. Dafür hat man ja auch einen regelmäßigen Austausch und trifft sich und kennt sich und informiert sich.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ist das automatisiert, ist das regelmäßig, dass man Listen zum Beispiel abgleicht, oder ist das auf Anfrage, auf Anforderung oder situationsgebunden, also: „In diesem Jahr haben wir zwei, die gehen, und im nächsten Jahr wissen wir jetzt von keinem, der geht“, oder wie kann man sich das vorstellen?

³⁵ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 3)

Zeuge Johannes Schmalzl: Jetzt bin ich hier sehr vorsichtig, weil das bei uns in Baden-Württemberg sicherlich kein Massenphänomen war. Von daher würde ich mal vermuten, dass man, wenn ein Einzelfall da war, dem auch nachgegangen ist.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ein Soldat in einer Kaserne ist ja in einem besonderen Unterstellungsverhältnis, in einem besonderen Dienstverhältnis, und es wurde verschiedentlich versucht, Soldaten, die möglicherweise oder offensichtlich aus dem rechtsextremen Milieu waren, als V-Leute anzuwerben. War das bei Ihnen auch so? Haben Sie das auch bewusst genutzt, dass er dann in einer anderen Situation ist und vielleicht besser ansprechbar ist, auch durch einen ganz anderen Nachrichtendienst, nicht durch Ihren eigenen, sondern durch einen anderen?

Zeuge Johannes Schmalzl: Das ist mir nicht erinnerlich. Aber ich glaube auch, dass vielleicht die Situation in den neuen Ländern zu einer gewissen Zeit nicht ganz vergleichbar ist mit der baden-württembergischen Situation³⁶.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Dann sagten Sie vorhin - Sie müssen mich vielleicht korrigieren, wenn ich es falsch sage -, dass Sie vorrangig Mitarbeiter aus dem Polizeidienst haben, also aus unterschiedlichen Polizeieinheiten, wenn man so möchte. In anderen Landesverfassungsschutzämtern wird das anders gehandhabt. Habe ich das so weit richtig verstanden?

Zeuge Johannes Schmalzl: Das macht jedes Land anders. Ich kann mir operative Einheiten, die nicht oder nicht größtenteils aus dem Polizeibereich kommen, schlicht nicht vorstellen, weil sich für mich die Frage der Ausbildung hier sehr schnell³⁷ stellt. Deswegen ist es guter Brauch, gute Tradition in Baden-Württemberg, dass man zum Beispiel in die operativen Abteilungen Polizeibeamte holt - nicht nur, aber zum größten Teil. In der Auswertung war das zu meiner Amtszeit eher gemischt: Da waren dann eher Eigene, weil es ja auch³⁷ sehr viele Akademiker sind³⁷, die sich mit dem Rechtsextremismus, zum Beispiel auch mit der Theorie³⁷, auskennen. Dort ist es nicht der Regelfall. Aber³⁷ im Bereich der Beschaffung und der operativen Abteilung haben wir³⁷ gute Erfahrungen gemacht in Baden-Württemberg, und ich kann nur sagen,

auch später³⁷. Man spricht eine Sprache, man tauscht sich aus, man kennt sich auch, und es hat auch tatsächliche Auswirkungen auf den Arbeitserfolg.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Eine letzte Frage.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. Eine Frage noch in der Runde.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Jetzt auch auf das Thema abgestellt: Wenn man in einem Landesverfassungsschutzamt auf die Idee kommt: Wir könnten eine kleine Einheit des LKA mit in unserem Hause unterbringen - kurze Wege -, und diese kleine Einheit nutzt Erkenntnisse des Verfassungsschutzes, um dann entsprechend den Polizeibehörden Erkenntnisse herüberzugeben, wie stehen Sie so einer Idee gegenüber? Wie würden Sie sie bewerten? Oder ist das bei Ihnen vielleicht auch der Fall gewesen?

Zeuge Johannes Schmalzl: Da kommt die klassische Juristenantwort: Es kommt drauf an. Also, ich kann es regeln. Wir hatten einen ständigen Verbindungsbeamten des Landesamtes für Verfassungsschutz beim LKA und haben dort gerade im Bereich des Islamismus, aber auch zunehmend im Bereich des Rechtsextremismus gute Erfahrungen damit gemacht. Aber er hat mir nicht alles erzählt, was die Polizei wusste, auch wenn er einmal die Woche bei mir oder in der Abteilungsleiterrunde berichtet hat. Er muss dann wissen: Was kann ich transportieren und was kann ich nicht transportieren? Umgekehrt haben wir darauf geachtet, als im Bereich Internetkompetenzzentrum der Betrieb - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Bitte noch mal.

Zeuge Johannes Schmalzl: Wir haben in Baden-Württemberg, im Landesamt für Verfassungsschutz, ein Internetkompetenzzentrum gegründet, von dem auch die Polizei profitiert hat. Aber dort muss das Trennungsgebot auch berücksichtigt werden. Es kann natürlich nicht sein, dass der Polizeibeamte in alle Computer reingucken kann und auf alle Daten des Verfassungsschutzverbundes zugreifen kann; das geht natürlich nicht. Das muss man sicherstellen, das muss man ge-

³⁶ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 3)

³⁷ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 3)

währleisten; denn die rechtlichen Vorgaben sind nun einmal so, dass man sie auch einhalten muss.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ich bedanke mich herzlich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur Linksfraktion. Frau Pau, bitte.

Petra Pau (DIE LINKE): Ja, erst einmal guten Abend! Sie haben vorhin gesagt, dass das Potenzial oder der Rechtsterrorismus nicht erkannt wurde. An der Stelle möchte ich gern anknüpfen. Wir wissen heute, dass das Trio sich öfter in Ludwigsburg, in Stuttgart und auch Heilbronn aufgehalten haben soll und dass in der zerstörten Wohnung in Zwickau Stadtpläne dieser Städte gefunden wurden. Hätten Sie aus heutiger Sicht eine Idee, mit welchen Kreisen das Trio in diesen Städten Kontakt gesucht und gehabt haben könnte?

Zeuge Johannes Schmalzl: Das gehört jetzt, glaube ich, zum engsten Bereich des Ermittlungsverfahrens der Bundesanwaltschaft, und ich denke, dort ist es auch richtig angesiedelt. Wenn ich wüsste, was man dort getan hat, dann hätte ich meine Hinweise, glaube ich, auch schon weitergegeben. Ich glaube, das ist³⁸ Kern des laufenden Ermittlungsverfahrens.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut, dann versuche ich es noch einmal andersrum: Sind Ihnen Personen und Gruppierungen aus dem Umfeld von „Blood & Honour“ und „Combat 18“ in Baden-Württemberg sowie andere Gruppierungen bekannt, die rechtsterroristische Neigungen offenbaren und Ankerpunkt für den NSU hätten sein können?

Zeuge Johannes Schmalzl: In der von Ihnen beschriebenen Weise, nein. Also, wir hatten keine Ahnung von dieser schrecklichen Terrorzelle - das habe ich ja letzten Endes dargelegt -, und ich könnte mir das auch heute nicht vorstellen. Aber noch einmal: Ich glaube, das ist genau das, wo wir uns im Kernbereich der Motivsuche bewegen, und es ist sicherlich nicht meine Aufgabe, darüber zu spekulieren.

Petra Pau (DIE LINKE): Mir geht es auch mehr um Ihre Expertise, was im Land Baden-Württemberg - Sie haben ja vorhin recht kenntnisreich dargestellt, was sich da in diesem Bereich entwickelt. Ansonsten: Der Vertreter des Generalbundesanwaltes sitzt ja hier und steht uns hilfreich zur Seite, wenn wir da irgendwo in die Ermittlungen hineinfragen und womöglich Probleme schaffen. – Gut.

Für das Protokoll noch mal: Ich habe Sie vorhin richtig verstanden, dass Sie bis zum Auffliegen des Trios und bis zu den Presseanfragen, die es dazu gegeben hat, keinerlei Kenntnisse hatten, dass Tino Brandt in den Jahren 2004 bis 2008 im Bundesland Baden-Württemberg ein Haus erworben haben soll und vor allen Dingen dort auch gelebt haben soll?

Zeuge Johannes Schmalzl: In meiner Amtszeit hatte ich keine Kenntnis davon bekommen.

Petra Pau (DIE LINKE): Dann kommen wir zu einem Komplex, der eben hier auch schon einmal eine Rolle gespielt hat: Stichwort Ku-Klux-Klan. Es soll so sein, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz seit den 1990er-Jahren regelmäßig über den Ku-Klux-Klan in Deutschland und die Aktivitäten einzelner Gruppen informiert hat und auch alle Landesämter jeweils darüber in Kenntnis gesetzt hat. Können Sie sich daran erinnern, und ist Ihnen in diesem Zusammenhang ein V-Mann „Corelli“ in Erinnerung, oder die Berichte eines V-Mannes „Corelli“?

Zeuge Johannes Schmalzl: Nein. Ich sagte vorhin, dass es zu meiner Amtszeit, ab August 2005, keine Rolle mehr gespielt hat. Die Gruppe galt als aufgelöst. Und entsprechend gab es da auch keine Berichte, keine Besprechungen.

Petra Pau (DIE LINKE): Mir geht es jetzt nicht nur um die Gruppe, die in Baden-Württemberg agiert hat, sondern wir haben ja dieses Phänomen durchaus bundesweit gehabt, und zumindest höre ich und lese ich an anderer Stelle auch, dass sich das Bundesamt sehr wohl mit diesen Dingen befasst hat und, so wie sich das gehört, das nicht nur für sich behalten hat, wie vielleicht die eine oder andere Information, sondern diese Informationen auch tatsächlich allen Landes-

³⁸ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 3)

ämtern weiter zur Verfügung gestellt hat. Deshalb frage ich noch mal nach.

Zeuge Johannes Schmalzl: Ja, das hoffe ich doch sehr. Das ist die Aufgabe des Bundesamtes.

Petra Pau (DIE LINKE): Aber es ist Ihnen nicht zur Kenntnis gelangt und ist Ihnen nicht präsent?

Zeuge Johannes Schmalzl: Nein, in meiner Amtszeit nicht.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut, dann kommen wir noch einmal zurück. Wir haben ja schon über die zwei Polizisten, die jetzt auch im Bericht, den uns das Land Baden-Württemberg vorgelegt hat - - und die im Umfeld von Michèle Kiesewetter tätig waren, gesprochen. Ist Ihnen denn zu Ihrer Amtszeit bekannt geworden, dass es im Land Baden-Württemberg gegebenenfalls weitere Polizisten oder auch andere Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes gegeben hat, die zum Ku-Klux-Klan mehr oder weniger lange gehört haben?

Zeuge Johannes Schmalzl: Nein, in meiner Amtszeit nicht. - Also, nach meiner Erinnerung.

Petra Pau (DIE LINKE): Und Ihnen ist auch nicht bekannt geworden, dass es vor Ihrer Amtszeit weitere Fälle neben diesen zweien, die ja nun öffentlich bekannt sind, gegeben hat?

Zeuge Johannes Schmalzl: Nein, in meiner Amtszeit wusste ich nur grob, dass es da etwas gegeben hat; aber es galt für mich als erledigt, wenn man so will, wobei ich dann auch immer vorsichtig bin, weil die Gruppe eigentlich nachrangig ist, wie wir heute wissen. Die organisieren sich mal da und mal dort und mal in jener Gruppe, und von daher würde ich nie ausschließend sagen, dass einer von einer solchen Gruppe in eine neonazistische Gruppe wechselt. Aber da ist mir persönlich konkret nichts in Erinnerung.

Petra Pau (DIE LINKE): Wie gesagt: Mir geht es im Moment konkret um Polizisten oder Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes.

Zeuge Johannes Schmalzl: Nein.

Petra Pau (DIE LINKE): Nicht. Gut. - Auch wenn die Aktivitäten dieser Gruppe offensichtlich zu Beginn Ihrer Amtszeit schon eingeschlafen waren oder irgendwie am Abebben waren, ist Ihnen denn etwas bekannt, wohin - also jetzt nicht die Polizisten, die ja schon wieder raus waren - die im Ku-Klux-Klan in Baden-Württemberg aktiven Mitglieder - - in welche rechtsextremen Strukturen die gegebenenfalls übergegangen sind?

Zeuge Johannes Schmalzl: Das war auf der Fachebene sicherlich Thema, aber es ist letzten Endes nicht zu mir durchgedrungen. Aber ich glaube schon, dass man nachverfolgt hat, auch nach der Auflösung³⁹, wo sich der eine oder andere hin entwickelt hat. Aber es ist nichts, mit dem ich mich jetzt als Amtsleiter, in der Erinnerung, die ich heute habe, beschäftigt hätte. Aber ich setze es einmal voraus, dass man die weiter im Blick behalten hat, weil³⁹ die Ideologie streift so schnell keiner ab.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut. - Dann in dem Zusammenhang: Sie haben ja vorhin auch Strukturen, die über diese Zeit hinaus gewirkt haben, aufgezählt. Können Sie uns aus Ihrer Erinnerung etwas zu Aktivitäten von Gruppierungen, die nach dem Konzept beispielsweise von „Combat 18“ im Land Baden-Württemberg gehandelt haben, sagen?

Zeuge Johannes Schmalzl: Nein, das kann ich Ihnen spontan nicht sagen. Ich bin auch vorsichtig mit zu vielen Vergleichen, weil wir einfach unterschiedliche Entwicklungen haben. Ich glaube, ich habe vorhin die Herausforderung Rechtsextremismus in unserem Bundesland beschrieben. Und allein in unserem Bundesland Baden-Württemberg sind die Herausforderungen wieder ganz andere als zum Beispiel in Sachsen oder in Thüringen gewesen.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut. - Ich verlege mich dann mal auf die zweite Runde und gebe an die Kollegen von den Grünen weiter.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Fragerecht. Herr Kollege Ströbele.

³⁹ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 3)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Schmalzl, zu einem ganz anderen Komplex. Ich weiß nicht, ob Sie dazu selber Kenntnisse haben, aber ich frage einmal als Erstes: Haben Sie in Ihrer Zeit - Sie sind ja Ende 2007 ausgeschieden -, also im letzten halben Jahr davor, davon gehört oder dienstlich erfahren, dass Ihr Amt eine Quelle geführt hat, die im rechten Bereich Informationen gesammelt hat, aber hin und wieder auch bei den Linken? Diese Quelle soll dann danach noch viele Jahre tätig gewesen sein; ich frage Sie aber jetzt erst mal zu der Zeit, als Sie da waren.

Zeuge Johannes Schmalzl: Spontan ist mir das nicht erinnerlich, wobei ich an der Stelle jetzt die Gelegenheit nutze, um natürlich deutlich zu machen, dass man bei Quellen immer besonders vorsichtig sein muss, gerade im Rechtsbereich, und immer gut daran tut, diese Informationen dann⁴⁰ natürlich auch abzuprüfen. Das ist das Standardgeschäft, dass man nicht nur allein auf das setzt, was einem Quellen erzählen, und das ist sicherlich eine besondere Herausforderung im Rechtsextremismus, weil die deswegen noch keinen Eid auf die Landesverfassung oder auf das Grundgesetz schwören. Deswegen kann man an der Stelle theoretisch auch nicht ausschließen, dass sich eine Quelle dann auch⁴⁰ ganz normal verhält, wie in ihrer Gruppe üblich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie wissen jetzt von einem konkreten Fall nicht?

Zeuge Johannes Schmalzl: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe das jetzt „Quelle“ genannt. Man kann es auch vielleicht Vertrauensperson oder so nennen. Ich will mich mit Ihnen nicht über die Bezeichnung unterhalten, sondern über eine Person, eine weibliche Person, von der Informationen dieser Art gekommen sind. Wissen Sie aber nicht?

Zeuge Johannes Schmalzl: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.

Zeuge Johannes Schmalzl: Also, wir unterscheiden die V-Leute.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich weiß.

Zeuge Johannes Schmalzl: Das ist eine dauerhafte Zusammenarbeit; aber Sie wissen es bestens. Und der Informant hat eher eine lose Beziehung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Aber beides nicht. - Ist Ihnen bekannt, dass es sehr viel später, also Jahre später, nachdem Sie da längst ausgeschieden sind, einmal zu - ich sage mal - erheblicher Arbeit bei Ihnen im Amt und auch beim LKA und anderen geführt hat, weil behauptet worden ist, von dieser Quelle oder von dieser Informantin seien Informationen gegeben worden, zum Beispiel nach dem Mordanschlag und insbesondere im Zusammenhang mit dem im Krankenhaus befindlichen Polizisten?

Zeuge Johannes Schmalzl: Dieser Sachverhalt ist mir in meiner Amtszeit nicht bekannt geworden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, der soll auch später erst so bekannt geworden sein.

Zeuge Johannes Schmalzl: Ja, es gab jetzt, im Zuge der Vorbereitung, einen Hinweis von einem Herrn G., der in der Tat - - aber, ich⁴⁰ glaube⁴⁰, hinreichend vielleicht⁴⁰ von Ihnen auch⁴⁰ eingeordnet werden kann, den ich jetzt hier in öffentlicher Sitzung auch⁴⁰ nicht beschreiben müsste.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Dr. Fahrner hat sich zu Wort gemeldet, der Vertreter des Landes Baden-Württemberg.

Dr. Matthias Fahrner (Baden-Württemberg): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich will da jetzt auch nicht sozusagen reingrätschen oder Ähnliches. Ich will nur eben zu bedenken geben, dass wir, wenn wir uns hier einer konkreten mutmaßlichen Quelle nähern, die auch möglicherweise in einem Bereich ist, der - sage ich mal jetzt - nicht in dem klassischen Bereich ist, wo wir uns eigentlich befunden haben, einfach ein Problem haben. Sie wissen es, Herr Strö-

⁴⁰ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 3)

bele - Sie sind lange genug im Geschäft -, dass wir natürlich aufpassen müssen, wenn etwaige Quellen identifiziert werden oder Ähnliches. Das hat mit - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tu ich ja gar nicht!

Dr. Matthias Fahrner (Baden-Württemberg): Dann würde nur - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Zeuge hat jetzt von Herrn G. geredet; von dem habe ich ja noch gar nicht geredet.

Dr. Matthias Fahrner (Baden-Württemberg): Ja, gut.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das will ich hier auch nicht tun.

Dr. Matthias Fahrner (Baden-Württemberg): Ich will nur sagen: Es geht nicht um die Frage des Ob. Es geht durchaus um die Frage der Einstufung und der Nichtöffentlichkeit. Da bitte ich Sie um Verständnis, dass wir, wenn wir da weiter sprechen, einfach aufpassen müssen, dass wir nicht sozusagen in einen Bereich kommen, wo es schwierig wird.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte ja nur wissen, ob der Zeuge vielleicht später, als er sich damit befasst hat, aufgrund der Akten oder Gespräche oder was auch immer - vielleicht auch beides -, dazu Informationen bekommen hat. Da hat er gesagt: Ja, dazu weiß er allgemein. Weiter will ich da gar nicht eindringen.

Was mich jetzt nur interessiert - ich habe auch die vielen Akten dazu gelesen und will da jetzt gar nicht in die Einzelheiten einsteigen, sondern will Sie nur fragen -: Haben Sie Kenntnis darüber, ob es dort Informationen, also Berichte gibt, wo man nachprüfen könnte, ob das richtig ist, was dann später behauptet worden ist, Berichte im Amt, vielleicht, weil Sie darüber informiert waren?

Zeuge Johannes Schmalzl: Ich habe nur aus den Akten ebendiesen Sachverhalt grob zur Kenntnis genommen, habe verifiziert,

dass es nicht mit meiner Amtszeit zusammenhängt, und von daher - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein halbes Jahr ungefähr.

Zeuge Johannes Schmalzl: Ja, aber nicht mehr in meiner Amtszeit, und deshalb bitte ich einfach um Verständnis, dass ich mich dazu auch gar nicht äußern kann.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, okay. Da wissen Sie nichts. Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann kommen wir zur zweiten Runde. Herr Schuster, bitte.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Schmalzl, wir waren stehen geblieben bei der Frage, ob das LfV Baden-Württemberg an dem besagten Tag im Einsatz war - in welchem Einsatz auch immer -, und Sie sprachen von einem Werber. Ich vermute, das soll der sein, der auch das Fahrtenbuch ausgefüllt hat mit: 15 Uhr Abfahrt von Stuttgart nach Heilbronn. Das betrachte ich mal als abgeschlossen.

Jetzt habe ich ein weiteres Schriftstück hier, eine E-Mail, MAT A BW-6.* Da schreibt - es ist geschwärzt, ich weiß nicht - ein Mitarbeiter des LfV Baden-Württemberg an die Frau Bube, Cc an den Pressesprecher, es hätte einen Kontakt gegeben mit dem Pressesprecher des LfV Bayern, wo man sich abgestimmt hat - in dem Telefonat - über die Anfrage des *Stern*. Da wurde also ausgetauscht zwischen den beiden, die da telefoniert haben, wer da was sagt. Die Bayern sagen: Das werden wir alles „ins Reich der Fabeln verweisen“, dass da Bayern vor Ort waren, und das entspreche auch den Tatsachen. Und dann fällt der Satz von dem baden-württembergischen LfV-Beamten/-Beamtin:

Herrn

soundso - den Namen kenne ich auch nicht - aus Bayern

wurde die beabsichtigte Antwort des Innenministeriums Baden-Württemberg zur Kenntnis gegeben. Gegenüber Herrn

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet MAT A BW-6, Blatt 1012.

soundso

wurde die Anwesenheit von Herrn

soundso

nicht erwähnt.

Das klingt so, als wenn irgendein LfV-Mitarbeiter oder irgendein Herr soundso dann doch irgendwie in einem örtlichen Zusammenhang stand. Kennen Sie diesen Vorgang, also nicht diesen Vorgang, sondern den da vor Ort? Können Sie sich da einen Reim drauf machen?

Zeuge Johannes Schmalzl: Nein. Aber vielleicht bin ich da in der Tat der falsche Ansprechpartner. Aber ich möchte es jetzt mal allgemein erklären, dass man sich bemüht, wenn hier ein solcher Vorwurf im Raum steht - und das war ein Vorwurf, der selbst mich vom Stuhl gewischt hat, als ich das zum ersten Mal gelesen habe: Mord unter den Augen des Verfassungsschutzes -, dass man hier versucht, dem natürlich wirklich konkret nachzugehen und zu schauen: "Ist da irgendetwas dran?", getreu unserer Erkenntnis: Man kann gar nichts ausschließen irgendwo⁴¹; man lernt ja auch ein Stück dazu. Aber in dem Fall, glaube ich, war es einfach gewissenhaft, und man wollte nur die seriösen Informationen weitergeben. Aber das ist jetzt meine Wertung. Ich glaube, die hilft Ihnen an der Stelle einfach⁴¹ nur bedingt weiter.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Na ja, Sie waren der Amtsleiter am Tattag. Es könnte ja sein, dass Sie von einem Einsatz eines Herrn Kenntnis haben, dessen Anwesenheit zumindest gegenüber den Bayern mal nicht erwähnt wurde. Ist Ihnen aber nicht erinnerlich?

Zeuge Johannes Schmalzl: Nein. Mir ist nur⁴¹ im Zuge jetzt⁴¹ der Aktenkenntnis, der oberflächlichen Aktenkenntnis, wirklich klar geworden: Man hat sich⁴¹ intensiv bemüht, wirklich⁴¹ diesen Vorwurf auszuräumen. Ich glaube, es ist auch jetzt mal⁴¹ durch die amerikanische Seite klaggestellt, dass hier nichts für diese Geschichte spricht, und da verlasse ich mich darauf. Ich denke, das ist die richtige Einschätzung, dass dieses Thema eher in das Reich - - jetzt bin ich wieder vorsichtig - dass dieses Thema vielleicht durch Fakten nicht belegt werden kann, wie es von

diesem Magazin dann auch⁴¹ der Öffentlichkeit präsentiert wurde.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das hier kommt nicht vom *Stern*; das ist interner Mailverkehr vom LfV Baden-Württemberg, das hat also nicht ein *Stern*-Mitarbeiter behauptet:

Gegenüber Herrn

soundso - das ist dann der Bayer; Entschuldigung an die Bayern -

wurde die Anwesenheit von Herrn

soundso

nicht erwähnt.

Zeuge Johannes Schmalzl: Gut. Ich versuche das jetzt mal einfach einzuordnen. Der Vorwurf war ja, dass hier eine operativ arbeitende Gruppe, eine Observationsgruppe, am Werk ist und zuschaut oder vielleicht gerade Pause macht⁴¹ auf der Theresienwiese⁴¹ und dergleichen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Eben.

Zeuge Johannes Schmalzl: Man hat einfach versucht, zielführend dem nachzugehen, und dann meldet man vielleicht nicht jeden, der vielleicht gerade in Tuttingen oder so unterwegs war. Ich kann es mir nur so erklären, dass man versucht hat, das gewissenhaft aufzuarbeiten und auszuräumen. Und da verlasse ich mich eigentlich auch darauf. Aber das ist meine Wertung, die Ihnen an dem Punkt nicht weiterhilft, weil es ja nicht von mir aufgearbeitet wurde.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Also, heißt - Fazit -: Das Einzige, an das Sie sich erinnern können, ist dieser vermeintliche Werber, der an dem Tag um 15 Uhr von Stuttgart nach Heilbronn gefahren sein will. Frage: Ausweislich des Fahrtenbuchs oder seiner Erinnerung?

Zeuge Johannes Schmalzl: Ich weiß, dass der⁴¹ an diesem Nachmittag dort unterwegs war, weil an mich die Information kam⁴¹, nachdem nachmittags die Nachrichtenlage zusammenbrach mit dem Polizistinnenmord und dem Mordversuch an dem Polizeikollegen - - und⁴¹ dass dann mir⁴¹ geschildert wurde: Es war ein Mitarbeiter einer Abteilung dort,

⁴¹ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 3)

und der kam auf dem Rückweg nicht mehr raus, weil er in diese Polizeikontrolle dann auch⁴² hineingeraten ist, und er kam⁴² ewig zu spät⁴². Das war einfach im Wege der Führungsinformation, dass diese Information zu mir kam. Das ist der einzige Vorgang, der mir im Zusammenhang mit dem Raum Heilbronn oder - ich nehme Ihre Worte - mit dem Großraum Heilbronn in Erinnerung ist.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. - Letzte Frage. Ganz anderer Komplex. Der Onkel von Michèle Kiesewetter war ja selbst Polizist in Thüringen und hat bei einer Vernehmung mal angegeben, dass er einen Zusammenhang zwischen der Tat in Heilbronn und der Mordserie „Ceska“ vermutete. Nach heutiger Lesart kann man das ja als Volltreffer bezeichnen. Hatten Sie von dem Umstand jemals Kenntnis? Wussten Sie, dass es diesen Vorfall gab, dass der Onkel diese Vermutung hatte?

Zeuge Johannes Schmalzl: Nein.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das war's.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur SPD-Fraktion.

Dr. Eva Högl (SPD): Nein, danke. Wir haben alles klären können.

Vorsitzender Sebastian Edathy: FDP? Herr Wolff?

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ebenfalls nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Linksfraktion?

Petra Pau (DIE LINKE): Zwei Fragen noch. - Herr Schmalzl, in der Adressliste des Uwe Mundlos, die schon 1998 in Jena gefunden wurde, sind auch vier Telefonnummern in Ludwigsburg verzeichnet. Können Sie etwas zu den Personen sagen? Sind sie beim Landesamt für Verfassungsschutz in Baden-Württemberg bekannt? - Das ist natürlich jetzt in der Rückschau nur möglich, spielte auch in der Presse jetzt schon mal eine Rolle.

Zeuge Johannes Schmalzl: Da bin ich wieder vorsichtig⁴³. Mit dem Blick nach links bitte ich einfach um Verständnis, dass das Ganze im Kern des Ermittlungsverfahrens läuft. Mir war das nicht bekannt.

Petra Pau (DIE LINKE): Dann ein nächster Versuch. Sie haben ja vorhin eindrucksvoll, wie gesagt, schon aufgezählt, was Ihnen an Gruppierungen bekannt war und wer da so unterwegs war und welches Potenzial da durchaus auch schlummern könnte. Waren Ihnen denn zu Ihrer Amtszeit und darüber hinaus engere Verbindungen oder Bezüge zu Neonazigruppierungen in Thüringen oder Sachsen durch Vertreter dieser Gruppierungen bei Ihnen im Land bekannt?

Zeuge Johannes Schmalzl: Ich habe schon darauf hingewiesen, dass im Bereich der - sage ich mal - geistigen Brandstifter - - das ist auch nachlesbar in den Verfassungsschutzberichten - - also die intellektuelle Seite, die man nicht unterschätzen darf, dass die in die neuen Länder wechselte. Der Vorsitzende dieser Gesellschaft für freie Publizistik war ein gewisser Herr Molau,⁴² im NPD-Bundesvorstand⁴². Also, in meiner Amtszeit wussten wir, dass es da Querbeziehungen gibt. Aber⁴² darüber hinausgehend konkrete Verbindungen, habe ich vorhin angedeutet - - Das ist, glaube ich, eine der Lehren, die man aus dem Ganzen ziehen muss, dass man - das gilt für Polizei wie für die Nachrichtendienste - viel mehr auch⁴² personenbezogen arbeiten muss. Aber diese Schlussfolgerung müssen Sie, glaube ich, aus den Erkenntnissen dieser Befragungen ziehen.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut. - Meine letzte Frage: Welche politischen Aktivitäten sind Ihnen bzw. dem Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg eigentlich von dem ehemaligen Chef von „Blood & Honour Deutschland“ bekannt geworden, der ja seit 2002 in Baden-Württemberg lebt?

Zeuge Johannes Schmalzl: Da kann ich nur jetzt mal⁴² unterstellen, dass wir Erkenntnisse dazu hatten; aber bitte sehen Sie es mir nach, dass ich mich nach fünf Jahren jetzt daran nicht mehr erinnern kann. Aber es hätte mich auch über rascht, wenn wir, gerade weil eigentlich⁴² „Blood & Honour“ - habe ich ja vorhin erwähnt, auch die⁴² Exekutivmaßnahmen, die in meiner Zeit liefen, allerdings

⁴² siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 3)

⁴³ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 3)

von der Justiz und von der Polizei - - aber dass man dort eigentlich ganz gute Erkenntnisse gesammelt hatte, die dann auch in das Gerichtsverfahren einfließen. Aber ich kann mich da jetzt nicht konkret an einzelne Personen aus meiner Amtszeit erinnern.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Haben die bündnisgrünen Mitglieder noch Fragen? - Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Bündnisgrünen haben keine Fragen und kündigen an, dass sie um 24 Uhr gehen werden, und sagen Ihnen als Sozialdemokrat, dass Arbeitstage von 15 Stunden für uns sicherlich zumutbar sind, dass wir hier aber auch Beschäftigte haben - ja! - und wir wirklich einmal überlegen sollten, was wir denen eigentlich zumuten: zwei Sitzungstage, und den Tag dazwischen haben sie auch durchgearbeitet.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gut, ich dachte Sie haben jetzt gerade Ihre eigene Altersteilzeit angekündigt.

(Heiterkeit bei CDU/CSU und FDP)

Herr Wieland, es ist - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wusste, dass Sie das falsch verstehen werden und wollen; aber ich bewerte hier auch nicht die Fragen der wertvollen Kolleginnen und Kollegen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist doch vollkommen klar.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das liegt mir fern.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sicher.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wir gehen um 24 Uhr.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir müssen uns natürlich auch - - Natürlich hatten wir heute wieder einen Tag, der von gewissen Überraschungen geprägt war, die uns auch zeitlich - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, ich kündige an: Wenn Sie das nicht machen - -

Wir führen hier einen Achtstundentag ein; da kann mal eine Überstunde dabei sein. Wenn Sie das nicht machen, werde ich mich an den Präsidenten wenden und werde sagen, dass das so nicht geht. Sie haben vielleicht von meinem guten Ruf gehört: Ich habe schon in anderen Untersuchungsausschüssen das durchgesetzt. Bei jedem Gericht dieser Welt würde ich durchsetzen, dass, wenn morgens um 9 Uhr angefangen wird, abends um 19 Uhr Schluss ist.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich würde einfach die Empfehlung machen, dass wir darauf achten, die Vernehmung des Zeugen zügig zu beenden, und im nächsten Obleutegespräch die Sache klären.

(Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):
Also, jetzt habe ich aber schon mal die Frage - -)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wolff.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Entschuldigung. Aber wer te Kollegen - -

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir können hier übernachten! Das ist mir egal!)

- Darum geht es nicht; aber wir müssen auch zusehen, dass wir in dem Zeitbudget, das wir haben, vernünftigerweise Aufklärungsarbeit machen können.

(Dr. Eva Högl (SPD): Wir könnten schon fertig sein!)

Und dann sage ich auch ganz offen: Das macht auf mich, ehrlich gesagt, ein bisschen einen albernem Eindruck.

Ich habe aber noch das Interesse, die nichtöffentliche Sitzung mit dem Zeugen - - noch die Informationen zu bekommen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es geht ja um die Frage der Glaubwürdigkeit des Zeugen Stengel. Wir können uns nur in nichtöffentlicher Sitzung anhören, was Herr Schmalzl dazu meint. Ich würde sagen, bevor wir ihn jetzt wegen weiterer zehn Minuten nichtöffentlicher Sitzung ein zweites Mal in den Ausschuss einladen, ziehen wir das eben noch durch. Kann ich denn einmal kurz - - Vielleicht schaffen wir das ja bis 12 Uhr. - Kann ich denn einmal fragen: Gibt es noch Fragebedarf der Fraktionen in öf-

fentlicher Sitzung? Union? - Nein. SPD? -
Nein. FDP, Linke, Grüne? - Nein.

Dann ist hiermit der öffentliche Teil der
Befragung des Zeugen Schmalzl abge-
schlossen. Ich bitte, die Nichtöffentlichkeit
herzustellen, und dann stellen wir noch ein,
zwei Fragen zu anderen Gesichtspunkten.
Wir wollen jetzt hier die ohnehin strapazierte
Geduld einiger Mitglieder des Ausschusses
nicht übermäßig in Anspruch nehmen.

(Schluss des Sitzungsteils Zeugen-
vernehmung, Öffentlich: 23.55 Uhr -
Folgt Fortsetzung des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Nichtöffent-
lich)



Baden-Württemberg

LANDESKRIMINALAMT

60

Deutscher Bundestag
2. Untersuchungsausschuss

08. Okt. 2012

521 5455/6

Landeskriminalamt BW · Postfach 50 07 29 · 70337 Stuttgart

Sekretariat des 2. Untersuchungsausschusses
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Datum 05.10.2012

Name Mögelin

Telefon 0711 5401-2010

Fax 0711 5401-2015

E-Mail axel.moegelin@polizei.bwl.de

Geschäftszeichen

(Bitte bei Antwort angeben)


**Stenografisches Protokoll der 29. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses
am 13. September 2012**

Ihr Schreiben 19. September 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus meiner Sicht ergibt sich bei vier Passagen im Protokoll (Entwurf) Änderungsbedarf:

1. Seite 19 – zweiter Absatz:

Im Protokoll:

Zeuge Axel Mögelin: Wir hatten ja erst mal die Opferwaffen. Und wenn Sie vier Jahre – ist ja nicht so lang – an so einem Fall arbeiten (...)

Aus Erinnerung:

Wir hatten ja erst mal die Opferwaffen. Und wenn Sie vier Jahre – ich ja nicht so lang – an so einem Fall arbeiten (...)

Es könnte sich um einen Hör- bzw. Übertragungsfehler handeln. Ich bitte dies an Hand der Aufzeichnung zu überprüfen.

2. Seite 42 – fünfter Absatz:

Im Protokoll:

Zeuge Axel Mögelin: *Ja, gut. (...). Dort sucht es ein Sachverständiger (...)*

Aus Erinnerung:

Ja, gut. (...). Dort untersucht es ein Sachverständiger (...)

Es könnte sich um einen Hör- bzw. Übertragungsfehler handeln. Ich bitte dies an Hand der Aufzeichnung zu überprüfen.

3. Seite 51 – erster Absatz:

Im Protokoll:

der sogenannte Sabach-Klan (?)

Richtige Schreibweise:

der sogenannte Sabac-Klan

4. Seite 54 – 19 Absatz:

Im Protokoll :

Es gibt, was der Abgeordnete Binninger (..), datierend auf jeden Fall vor 2004 wegen Umbaumaßnahmen. Darauthin hat man (..)

Hinweis:

Ich kann aus der Erinnerung nicht mehr mit Sicherheit sagen, ob ich das Wort „Darauthin“ so verwendet habe. Ich bitte dies an Hand der Aufzeichnungen zu überprüfen. Ich weise darauf hin, dass es keinen unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang zwischen der Datierung des Fotos und dem Auffinden der Stadtpläne etc. im Brandschutt gibt. Richtig wäre eine Formulierung wie beispielsweise „Daneben“ oder „Darüber hinaus“.

Mit freundlichen Grüßen


Axel Mögelin

Korrekturen und Ergänzungen des Zeugen EStA Christoph Meyer-Manoras

Anlage 2

2. Untersuchungsausschuss

61

[29. Sitzung am 13.09.2012 - Zeugenvernehmung: Öffentlich] - Vorläufig

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und was gab es dann für eine Reaktion?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Ja, lassen Sie es mich ruhig ausführen. Die erste Reaktion, als ich von dieser uwP-Spur erfuhr und davon, dass es eine Frau sein muss, war, weil ich wirklich erfahren bin, was Schwurgerichtsverfahren angeht: Frauen sind normalerweise nicht die typischen Täterinnen für so eine Tat. Also habe ich zu diesem Moment schon gedacht: Das kann ich mir gar nicht vorstellen.

Im Laufe der Zeit -- Also, die Wissenschaftler haben aber immer gesagt: Irrtum ausgeschlossen. Das ging noch bis Ende Dezember 2008, und da gab es zwischendrin auch Überprüfungen dieser Spur. Es gab im April 2008 zum Beispiel auch eine Überprüfung durch das Kriminaltechnische Institut des Landeskriminalamtes, und da wurden - ich weiß nicht ganz genau - 300 oder 500 Blindproben überprüft, mit negativem Ergebnis. Ich weiß, dass ich gerade im Jahr 2008 - ich kann es aber zeitlich nicht einordnen - der Frau Dr. Seichert (?) wirklich Löcher in den Bauch gefragt habe.

Ich muss allerdings auch sagen: Also, die Spurentreffer haben mich schier verzweifeln lassen. Also, ich habe tatsächlich immer mehr gezweifelt, und zwar schon relativ frühzeitig. Nur, was will man machen? Kriminalistisch wurde es eigentlich immer absurder. Es kam irgendwann mal der Punkt, wo man sagen musste: Das kann kriminalistisch eigentlich nicht mehr sein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und dann, als dieser Punkt kam?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Als dieser Punkt kam, da muss ich sagen, da habe ich -- Ich würde nicht sagen, dass es, wie es dann weiterlief, jetzt ein Fehler gewesen wäre. Aber was mein Fehler war: Ich hätte darauf dringen sollen, dass der Öffentlichkeit gesagt wird, aus kriminalistischer Sicht kann es eigentlich nicht sein; wir wissen allerdings nicht, wo der Fehler ist, und wir können die Ermittlungen deswegen auch nicht einstellen. Stellen Sie sich mal vor, diese Wattestäbchen, die verunreinigt waren, wären zwei Wochen später im Zusammenhang mit dem Mord an einem Kind aufgetaucht, und wir hätten gesagt: Nein, wir machen überhaupt nichts mehr. - Das wäre meiner Meinung nach nicht gegangen. Aber ich

hätte offensiv der Öffentlichkeit -- Oder: Ich hätte darauf hinwirken müssen - ich selber hätte es gar nicht machen müssen -, dass man der Öffentlichkeit sagt: Wir haben erhebliche Zweifel, und das kann aus kriminalistischer Sicht eigentlich nicht sein, und wir arbeiten mit Hochdruck dran, um den Fehler herauszufinden.

Ich muss allerdings auch sagen: Ich habe es nicht für möglich gehalten, dass es mit einer Verschmutzung der Wattestäbchen zu tun hat. Ich habe mittlerweile schon viel komplizierter gedacht. Ich habe gedacht: Es ist ein prinzipielles Problem der DNA-Analytik, weil -- Ich habe selber Biochemie-Leistungskurs gehabt, und wenn irgendwo ein Fehler auftritt, sind das erste, woran man denkt, Verunreinigungen, immer. Aber man hat auch daran gedacht - also, das muss ich zur Ehrenrettung sagen -, man hat an Verunreinigungen gedacht; aber man ist letztendlich nicht dahintergekommen, und der Grund lag auch darin, dass wir aus Österreich bis zum März oder Februar 2009 - nageln Sie mich jetzt nicht auf den genauen Termin fest - die Information hatten, dass sie exakt die gleichen Wattestäbchen verwendet haben, also, dass es keine unterschiedlichen in den Fällen gibt. Und deswegen sind wir auch nicht dahintergekommen. Später wurde uns dann mitgeteilt, dass das ein Irrtum ist. Nein, halt, umgekehrt - ich habe mich versprochen, nein, nein -: Sie haben uns mitgeteilt, dass sie unterschiedliche Wattestäbchen verwendet haben, und im Februar oder März 2009 haben sie uns dann mitgeteilt, dass sie doch immer die gleichen Wattestäbchen von der gleichen Firma verwendet haben. - Da habe ich mich versprochen, Entschuldigung.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hat diese Phantoms spur dazu geführt, dass man - so haben wir heute ja schon einen Zeugen vernommen - eigentlich offenkundige Ermittlungsmaßnahmen, die man schon prioritär bewerten muss, nicht oder erst sehr verzögert gemacht hat? Da will ich ganz konkret fragen: Wenn ich im unmittelbaren Umfeld eines Mordes alle Videoaufzeichnungen vom Tatort sicherstelle, dann verstehe ich nicht, warum man eine strukturierte - nicht mal schnell reinschauen ins Video: „Läuft jemand rum mit zwei Waffen?“; das wäre ja eh unrealistisch - Auswertung dieser Videos erst drei Jahre nach der Tat gemacht hat. War das mit Ihrem Wissen, oder hatten Sie da

2. Untersuchungsausschuss

[29. Sitzung am 13.09.2012 - Zeugenvernehmung: Öffentlich] - Vorläufig

62

nicht nachgefragt, oder war das abgestimmt mit der Soko-Leitung, mit der ersten?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Also, über solche Details wusste ich nicht Bescheid. Aber generell kann man sagen: Selbstverständlich haben die Ermittlungen, also die Fehlermittlungen in Sachen uWP nicht gerade die Ermittlungen gefördert. Das muss man schon sagen. Aber da wir das Pech hatten, dass wir eigentlich überhaupt keine heiße Spur hatten, war das natürlich ohne Auswirkung, also Gott sei Dank ohne Auswirkung. Aber dass deswegen entscheidende Spuren liegen geblieben wären, also, die ich aus meiner Sicht -- Sie sind vielleicht anderer Auffassung. Aber aus meiner Sicht sind deswegen keine entscheidenden Spuren liegen geblieben.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Bei den Videoaufnahmen - ich glaube, so viel darf ich sagen, Herr Christeleit - hören wir jetzt ja nur, dass noch nicht alles dem Ausschuss zur Verfügung steht, weil die eine oder andere Videoaufnahme noch für das Ermittlungsverfahren benötigt wird. Also da -- Klar, Sie wussten nicht, nach wem Sie suchen; aber ein Beweismittel war wohl schon dabei enthalten.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Das kann natürlich durchaus sein. Gerade wenn man solche Beweismittel sicherstellt, dann sind die gerade dann wichtig, wenn man einen Tatverdächtigen hat, so wie die Situation nach dem 04.11. sich eben auch darstellt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Jetzt fiel mir auf, dass man bei der Überprüfung des Umfeldes des Opfers, was man ja bei jeder Mordermittlung macht oder bei vielen Ermittlungen, ermittelt hat, dass Frau Kiese-wetter eine private E-Mail-Adresse hatte bei Yahoo, einem Anbieter aus den USA, und es unterlassen oder sogar bewusst nicht für notwendig erachtet wurde, diesen E-Mail-Account quasi offenzulegen über den Anbieter, dass man weiß, was fand da an E-Mail-Verkehr statt. War das mit Ihrem Wissen, haben Sie das mitgetragen und, wann ja, warum?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Das habe ich mitgetragen. Der Grund lag darin,

dass diese Yahoo-Adresse offensichtlich schon seit Jahren stillgelegt war. Also keiner von den Bekannten, von den Freunden, von den Verwandten kannte diese E-Mail-Adresse.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, aber Sie kannten ja nicht alle Bekannten und Freunde. Von denen, die Sie angesprochen haben. Aber es wäre ja denkbar, dass sie mit jemandem E-Mail-Kontakt pflegt, der gerade nicht in diesem Kreis ist. Und deswegen ist die Adresse hochinteressant.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Kann ich natürlich ^{nicht} ausschließen. Ich selber meine nicht, dass sie hochinteressant ist; aber --

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber wäre es nicht der Mühe wert gewesen, zu sagen, man macht ein Rechtshilfeersuchen an Yahoo, USA: „Schickt uns alles, was jemals über diesen E-Mail-Account abgewickelt wurde“?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Also, ich kann Ihnen nur sagen, dass es damals so entschieden wurde, dass es für mich plausibel war und eigentlich auch nach wie vor noch plausibel ist. Jede Eventualität kann ich natürlich nicht ausschließen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Haben Sie das entschieden, oder kam die Polizei mit dem Vorschlag: Wir würden es gern lassen, tragen Sie es mit? Oder wie muss ich mir das vorstellen?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Also, wir waren uns einig; Soko und Staatsanwaltschaft waren sich einig. Aber das lief telefonisch. Es war jetzt also nichts, was jetzt lange durchdacht wurde. Das kann ich nicht behaupten, und ich kann Ihnen auch nicht sagen, an welchem Tag es war.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nach 18 Monaten war es dann erledigt, weil dann wurde ja alles gelöscht, weil er dann ja 18 Monate inaktiv war, sodass wir nie erfahren werden, ob in diesem E-Mail-Account irgendwann mal eine interessante Mail gewesen wäre, die vielleicht weitergeholfen hätte oder was auch immer. Das bleibt jetzt offen.

2. Untersuchungsausschuss

[29. Sitzung am 13.09.2012 - Zeugenvernehmung: Öffentlich] - Vorläufig

63

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Halte ich für extrem unwahrscheinlich. Aber das ist meine Einschätzung.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber eine rein subjektive Meinung, die Sie jetzt nicht belegen können, sondern einfach Meinung gegen Meinung. Ich könnte jetzt sagen: „Ich halte es für interessant“, aber ich kann es auch nicht belegen, und Sie können Ihre Position ja auch nicht belegen. Es hat mich nur verwundert, dass man in einem Mordfall, wo man - da haben Sie ja selber drauf hingewiesen - so gar nichts hat, nichts, was sich zu einer heißen Spur entwickelt, solche Möglichkeiten dann auf die Seite legt. Das war für mich überraschend.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Also gerade, wenn Sie so ein Ermittlungsverfahren haben, wo es sozusagen in alle Richtungen geht, dann haben Sie so eine Fülle von Ermittlungsansätzen, dass Sie wirklich genau überlegen müssen: Was ist sinnvoll, und was ist nicht sinnvoll? Und wenn ich mich in diesen viererhalb Jahren nicht doch an der einen oder anderen Stelle geirrt habe, dann wäre ein Wunder geschehen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Dann?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Dann wäre ein Wunder geschehen. Das ist ein so hochkomplexes Verfahren, dass ich selbstverständlich - davon bin ich überzeugt -, wenn man genauer nachschaut, an der einen oder anderen Stelle eine falsche Entscheidung getroffen habe.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Fällt Ihnen da etwas Bestimmtes ein, wo Sie jetzt heute mit dem Wissen -

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Also mir ist --

Clemens Binninger (CDU/CSU): - wir sind ja alle schlauer - sagen: Da habe ich jetzt ein bisschen ein schlechtes Gefühl.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Ich kann Ihnen einen Punkt nennen; der ist mir erst vor ein paar Tagen aufgefallen, bei der Vorbereitung auf diese Sitzung. Sagt Ihnen die Zeugenvernehmung Liselotte Walz (?) was?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, die war heute schon -- ohne Namen allerdings, weil wir die Namen der Zeugen weglassen.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Ja, das ist aber -- Ich finde es gut, ich sehe das ein, dass man es eigentlich weglassen soll. Nur --

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ihre Wahrnehmung war Thema.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Aber wie mache ich es Ihnen begreiflich, was ich meine? Das ist gar nicht so einfach. Ich muss das ja umschreiben.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Versuchen Sie es mal.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Eine 74-Jährige, die eine Beobachtung am Kiosk Theresienwiese gemacht hat. Sie wissen, dass ich von diesen Zeugen, die Beobachtungen gemacht haben im Wertwiesenpark - mit blutverschmierten Armen usw. - nicht viel halte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, das ging aus den Akten deutlich hervor.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Ja, richtig.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was wir nicht ganz verstanden haben, wenn ich meine Einschätzung gleich dazu geben darf.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Das werde ich auch noch erläutern. So, auf jeden Fall, was die Zeugin W. angeht, da habe ich immer gesagt Ja, gut, das könnte irgendwie vom Ablauf, so gezielt dieser Ablauf auch war -- Also, meiner Meinung nach haben wir, was die Tat angeht, eine Sonderkonstellation, und zwar: Sie ist einerseits geplant und andererseits auch spontan. Es ist also nicht so -- Ich bin davon überzeugt, die Täter lagen nicht auf der Lauer, möglicherweise über mehrere Stunden oder vielleicht sogar Tage, sondern ich bin überzeugt, Mundlos und Böhinhardt -- Also reden wir nicht lange drum herum: Die beiden sind für mich die Täter. Also, wenn die beiden leben würden, würde ich sie mit Sicherheit anklagen, und die würden auch mit Sicherheit verurteilt; da

J.v.

2. Untersuchungsausschuss
 [29. Sitzung am 13.09.2012 - Zeugenvernehmung: Öffentlich] - Vorläufig

64

gibt es überhaupt gar keine Frage. Aber auf jeden Fall: Diese beiden haben meiner Meinung nach vor einiger Zeit oder vor längerer Zeit den Entschluss gefasst, eine Tat in dieser Art zu begehen, bei guter Gelegenheit. Und dann haben sie zufällig die gute Gelegenheit erkannt und haben dann zugeschlagen.

So, aber jetzt kommen wir auf die Zeugin W. zurück: Die Zeugin W. hat ja angegeben, dass sie eine osteuropäisch aussehende Person, die sie dann auch widersprüchlich mit Phantombild bezeichnet -- Also, Widersprüche sind da ohne Ende drin. Aber das ist gar nicht der entscheidende Punkt. Ich habe immer gesagt: Das könnte doch sein, dass der eine Täter, der auf der Fahrerseite war, früher fertig ist mit der Beutesicherung und schon mal zum Auto, zum Fluchtfahrzeug geht, wegfährt, und der andere, der --

Clemens Binninger (CDU/CSU): Der muss hinterherrennen?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Hm?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und der andere muss hinterherrennen?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Und der andere rennt hinterher. Aber es ist noch keinem aufgefallen, dass die Frau, die Zeugin W., diese Beobachtung -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Noch mal macht?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: - niemals gemacht haben kann.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Warum nicht?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Das kann ich Ihnen erklären: Die Zeugin hat gesagt, dass sie drei Schüsse gehört hat. Vielleicht irre ich mich; vielleicht waren es auch nur zwei. Aber ich meine, sie hätte „drei“ gesagt, dass sie drei Schüsse gehört hat, und sie konnte sagen - Sie ist ja mit dem Auto in Richtung Otto-Konz-Brücke gefahren -, an welcher Stelle sie die Schüsse gehört hat. Dann wurde das rekonstruiert, dass sie in dem Moment, wo sie den möglichen Tatverdächtigen gesehen hat, dann stand Karlsruher Straße/Ecke Theresienstraße.

(Hier muss was fehlen)

Man hat die Strecke gemessen, und es waren 40 Sekunden. Wenn zwischen Schussabgabe und der Beobachtung 40 Sekunden liegen und die Entfernung vom Trafohäuschen bis zum Kiosk circa zwischen 300 und 400 Meter liegt, dann würde dieser Tatverdächtige noch nicht einmal dort stehen, selbst wenn er direkt nach Schussabgabe losgelaufen wäre. Ich erinnere nur daran: Michael Johnson hält den Weltrekord über 400 Meter, und das sind 43,18 Sekunden. Und wie Michael Johnson sah der Tatverdächtige definitiv nicht aus. Das heißt: Diese Zeugin ist komplett wertlos.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sind Sie da sicher?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Ganz sicher.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Darf ich was entgegenhalten, auch wenn wir hier keine Fach --

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Das merke ich nach fünfeinhalb Jahren.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Da frage ich mich: Wie vernagelt muss ich die ganze Zeit gewesen sein?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, ich habe mir dort Ihre Bewertungen angesehen. Sie haben ja auch gesagt -- Es geht ja insgesamt um mehrere Zeugen, die quasi fortgesetzt in südliche Richtung -

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Und diese Bewertung ist falsch, die ist falsch.

Clemens Binninger (CDU/CSU): - und die zusammenhängend was gesehen haben, was sich ergänzt. Die Polizei sagt: Die Zeugenaussagen ergänzen sich. Da geht es ja auch um das Einstiegen in ein Auto, und Sie haben ja auch gesagt, für das Zurücklegen der Strecke vom obersten Feld bis zum Tatort braucht man 25 Minuten. Also bleibt für die Wahrnehmung nur der Zeitraum 14.00 bis 14.10 Uhr als Beispiel oder 14.12 Uhr. Da die Wahrnehmungen aber länger gedauert haben, kann das alles nicht sein. Dass aber jemand in ein Auto steigt, zum Wohnmobil

2. Untersuchungsausschuss

[29. Sitzung am 13.09.2012 - Zeugenvernehmung: Öffentlich] - Vorläufig

67

auch das Eigenartige: Alle, die direkt auf der Theresienwiese waren, da gibt es keinen Einzigen, der den Schuss gehört hat. Auf der anderen Seite, bei den Bahngleisen, da gab es wiederum Zeugen, die die Schüsse gehört haben, aber auf der Theresienwiese selber niemand.

(Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):
Darf ich dazu mal eine Frage stellen?)

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich habe sowieso keine Fragen mehr, Herr Vorsitzender.

(Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):
Dann meine Zwischenfrage!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Zunächst: Gibt es noch weiteren Fragebedarf in dieser Runde von der Union?

Stephan Stracke (CDU/CSU): Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage des Kollegen Kurth. - Bitte sehr.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das hatte ich nämlich auch überlegt: Warum sehen und hören die einen nichts, und die anderen können was sehen - zumindest ein Zeuge - und was hören. Sie waren ja vor Ort; ich war nicht vor Ort. Das Trafohäuschen ist ein bisschen auf einer Anhöhe sozusagen, ein bisschen höher gelegen, und die Wiese ein bisschen tiefer?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Ja, also wenn, dann höchstens -- Nein, ich glaube nicht, also eher -- Es ist alles eine Ebene.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Die Fahrradfahrer, die unten fahren, könnten die nach oben gucken in dieses --

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Nein, der Fahrradweg ist etwas erhöht. Der Fahrradweg ist etwas erhöht; aber das Trafohäuschen ist -- Das Beste wäre natürlich -- Sie haben doch mit Sicherheit eine Übersichtskarte, wo man es sich anschauen könnte.

(Zuruf: Liegt uns vor!)

-Haben Sie schon gesehen, also gut.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt jetzt zur SPD-Fraktion. - Frau Dr. Högl, bitte.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich habe an Sie, Herr Meyer-Manoras, keine Fragen. Ich habe alle meine Fragen klären können in der Vernehmung von Herrn Mögelin. - Vielen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, dann hätte jetzt das Fragerecht die FDP-Fraktion. Herr Tören.

Serkan Tören (FDP): Ja, das ist eigentlich schon von dem Kollegen gestellt worden. Ich will aber noch mal nachhaken, nachfragen. Ich habe jetzt so den Eindruck, es gab sehr viele Unstimmigkeiten für Sie in der Zusammenarbeit mit der Polizei. Ist das so? Sehen Sie das auch so, oder --

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Das ist komplett falsch. Ich kann Ihnen sagen: Ich habe mit allen drei Soko-Leitern das beste Verhältnis - nach wie vor. Und ich muss auch sagen: Wenn man sich die Zeit anschaut, dass wir viereinhalb Jahre lang ermittelt haben und in zwei Punkten mal wirklich unterschiedlicher Auffassung waren, nur in zwei Punkten richtig --

Serkan Tören (FDP): Welche sind das?

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Das habe ich doch vorhin schon gesagt. Das war einmal die Geschichte Vögele(?) - da ging es darum, ob eine Telefonüberwachung stattfinden soll -, und das Zweite waren die Phantombilder. Das waren die zwei Punkte, wo ein Dissens da war. Aber dieser Dissens hat nicht zu dauerhafter Verstimmung oder sonst irgendetwas geführt. Die Zusammenarbeit war mit der Soko, egal unter welcher Leitung, bestens. Und wenn ich mir überlege, dass man viereinhalb Jahre lang ermittelt und völlig erfolglos ermittelt hat, muss ich sagen, es ist geradezu erstaunlich. Andere Sokos und Staatsanwaltschaften, die wetzen da meistens schon die Messer. Also, wir haben uns blendend verstanden. Und dass man mal unterschiedlicher Auffassung ist, das ist einfach normal. Und wenn man sich vielleicht auch mal an einem Tag fetzt, ist das auch völlig normal. Also, ich kann nur sagen: Die Zusammenarbeit war bestens.

2. Untersuchungsausschuss

68

(29. Sitzung am 13.09.2012 - Zeugenvernehmung: Öffentlich) - Vorläufig

Serkan Tören (FDP): Okay. - Sonst sind alle Fragen so weit geklärt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die Linksfraktion kann jetzt fragen. Frau Pau, bitte.

Petra Pau (DIE LINKE): Ja, guten Tag! Ich bin jetzt etwas überrascht, dass es so schnell ging; aber wir werden das hinkommen. - Und zwar habe ich eine Frage, die hatte uns vorhin schon bei der ersten Zeugenbefragung überrascht: Ich habe mich gewundert, dass Sie so lange gezögert haben, intensivere Ermittlungen im persönlichen Umfeld von Frau Kiesewetter anzustrengen. Nun haben wir ja inzwischen das Wissen von heute und nicht von damals. In den anderen Mordfällen hat man am Anfang fast ausschließlich im persönlichen Umfeld der Opfer ermittelt, und diejenigen von uns, die das noch nicht wussten, haben gelernt, dass ein Großteil von solchen Verbrechen tatsächlich auch ihren Ursprung im persönlichen Umfeld finden, dass das also gerechtfertigt ist. Insofern wüsste ich gern von Ihnen, warum Sie gerade bei Frau Kiesewetter darauf verzichtet haben, hier Ermittlungen entsprechend anzustellen, noch dazu, wo Sie ja vorhin gesagt haben, Sie sind davon ausgegangen, es war in jedem Fall eine geplante und gezielte Tat.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Ja, aber geplant nicht in dem Sinne, dass das gezielt diesen Opfern galt, sondern es galt gezielt der Polizei oder Staatsvertretern. Das ist jedenfalls meine Meinung. Aber Sie haben natürlich vollkommen recht: Die Situation in normalen Mord- und Totschlagsfällen ist so, dass der oder die Täter eigentlich immer aus dem persönlichen Verhältnis kommen. Das ist übrigens auch einer der Gründe, warum unsere Aufklärungsquote so hoch ist. Sobald Fälle so sind wie der Fall hier, ist unsere Aufklärungsquote, glaube ich - das hat wahrscheinlich noch keiner ausgerechnet -, aber wahrscheinlich denkbar schlecht. Es gibt viele Morde, wo man keine rechte Idee hat, wer der Täter sein könnte. Denken Sie zum Beispiel mal an den Mordfall ~~Olof~~ Palme - bis zum heutigen Tag nicht geklärt. Denken Sie an die RAF-Morde seit 85; da ist kein einziger geklärt. Das sind die Gründe, die letztendlich dazu führen.

Aber um auf Ihre Frage noch mal zurückzukommen - die habe ich nämlich natürlich

noch nicht beantwortet -: Also, ich selber habe mich da jetzt nicht so in die Ermittlungen eingemischt, dass ich gesagt habe: Also ihr müsst jetzt im persönlichen Umfeld starke Ermittlungen anstellen. - Allerdings ist es klar - und das gehört natürlich auch zur Routine eines solchen Falles -: Es wurde das persönliche Umfeld von dem Geschädigten, der überlebt hat - den Namen nenne ich jetzt bewusst nicht -, und der Frau Kiesewetter selbstverständlich durchleuchtet, keine Frage. Aber allein die Charakteristik der Tat hat uns eigentlich dazu geführt, dass es keine Beziehungstat ist. Weil, wenn es eine reine Beziehungstat --

Petra Pau (DIE LINKE): Also, ich habe jetzt -- Das „gezielt“ übersetzen Sie mit „gezielt Polizistin/Polizist, Vertreter des Staates“ und nicht „Frau Kiesewetter“.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Ja, so ist es.

Petra Pau (DIE LINKE): Darf ich Ihnen ins Wort fallen? Nur zur Erklärung: Auch wenn die Kollegen jetzt nicht so viele Fragen hatten, ich habe nur eine eingeschränkte Zeit, um zu fragen. Deswegen würde ich da gerne auch gleich noch mal hineingehen.

Wenn Sie sagen, „gezielt eine Polizistin oder ein Polizist“, dann verwundert mich erst recht, warum sehr früh ausgeschlossen wurde, dass diese Tat einen extremistischen oder terroristischen Hintergrund haben kann, weil wir wissen ja nicht erst seit heute, sondern schon seit vielen Jahren, dass beispielsweise Neonazis sehr wohl nicht nur Migrantinnen und Migranten zum Ziel ihrer Straftaten haben, sondern gerade auch Polizistinnen und Polizisten. Das ist ja nicht der erste Mord oder auch Anschlag auf eine Polizistin oder einen Polizisten gewesen.

Zeuge Christoph Meyer-Manoras: Also, einen Mordanschlag in dieser Form, glaube ich, gab es in der Bundesrepublik noch nie.

Petra Pau (DIE LINKE): Ich reiche Ihnen das gerne nach, was wir hier leider auch an ermordeten Polizisten seit 1990 durch Neonazis haben. Leider fehlt mir jetzt im Moment die Zeit dafür.

ist die Aufklärung wichtig, sind die Schlussfolgerungen wichtig.

Räumlich ging uns natürlich in Baden-Württemberg - wir ^{Konnten} wissen ja nicht den Zusammenhang ^{mit} auch der gesamten Mordserie - der Mord an der jungen Polizeibeamtin - das war in meinem letzten Amtsjahr als Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz - sehr, sehr nahe. Das Entsetzen über diese Gewalttat hat auch mich persönlich nicht mehr losgelassen. Im Nachhinein ist immer noch große Betroffenheit und große Hoffnung, dass die noch offenen Fragen doch noch im Zuge des laufenden Ermittlungsverfahrens geklärt werden können.

m. neuem Amt und Ich selbst bin jetzt auch fast fünf Jahre nicht mehr im Amt als Verfassungsschutzpräsident, ~~im neuen Amt~~. Deswegen habe ich - darauf möchte ich eingangs auch hinweisen - meine persönliche Erinnerung ~~auch~~ durch kursorische Durchsicht von manchen Akten und durch zwei Gespräche mit der Präsidentin des Landesamtes für Verfassungsschutz aufgefrischt. Ich war auch einmal im Innenministerium und habe dort auch Akten kursorisch durchgesehen. - Vielen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Schmalzl, wir hatten gerade hier als Zeugen Herrn Stengel, der lange Jahre - das hat sich zeitweise auch überschritten mit Ihrer Amtszeit - tätig war im Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg. Können Sie sich an Herrn Stengel erinnern und auch an Gespräche mit ihm?

Zeuge Johannes Schmalzl: Ja, ich kann mich an Herrn S. als Mitarbeiter erinnern. Er hat sich ja selbst entsprechend vorgestellt. Ich habe ihm die Ruhestandsurkunde persönlich ^{und} überreicht, ^{als bezogen} habe meinen Terminkalender ~~auch~~ noch mal überprüft. Allerdings würde ich jetzt, wenn ich weitere Ausführungen zu seiner Person machen würde, den Blick in meine Aussagegenehmigung ~~auch~~ riskieren. Das wären personenbezogene Angaben. Wenn Sie sie vielleicht zur Einschätzung benötigen, warum er damals ~~auch~~ in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit ~~gekommene~~ ^{versetzt wurde} gekommen ist, dann kann ich darauf gerne eingehen, aber natürlich nicht in öffentlicher Sitzung, weil das personenbezogene Angaben wären.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Da aus meiner Sicht jedenfalls eine Auskunft von Herrn Schmalzl zur möglichen Glaubwürdigkeit des Zeugen Stengel nicht gänzlich irrelevant sein könnte, würde ich schon vorschlagen, zum Ende - nicht jetzt, aber zum Ende - der Befragung von Herrn Schmalzl noch mal kurz in nichtöffentliche Beratung einzutreten, wenn Sie einverstanden sind.

Ich würde dann zunächst - auch mit Blick auf die fortgeschrittene Zeit - die Befragung durch die Fraktionen eröffnen wollen, gegebenenfalls selber noch nachher in öffentlicher Sitzung einige ergänzende Fragen stellen. Das Wort hat zunächst für die Unionsfraktion der Kollege Schuster.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Schmalzl, ich wollte zunächst einmal, wie bei jedem Verfassungsschutzpräsidenten oder Ex, die Frage stellen, auch wenn es hier um einen Polizistenmord ging und das nicht von vornherein erkennbar war: Können Sie mal generell Ausführungen dazu machen, welche Verbindungen Ihr Amt zu diesem Fall hatte, zur Soko „Parkplatz“, eventuell zur BAO „Bosporus“? Was ist Ihnen erinnerlich als Bezug in Ihrer Amtszeit zu diesen Vorkommnissen?

Zeuge Johannes Schmalzl: Herr Abgeordneter, die Frage könnte jetzt etwas den zeitlichen Rahmen beanspruchen. Aber ich verstehe das so, dass ich ja durchaus, weil ich auf mein Statement verzichtet habe, dann auch etwas ausführlicher einsteigen darf. Bitte unterbrechen Sie mich dann.

Es ist in der Tat so, ~~dass ja bekannt ist~~ das war auch zu meiner Amtszeit von August 2005 bis Dezember 2007 so -, dass ~~die~~ ^{alle} Sicherheitsbehörden ~~eben~~ das Thema Rechtsterrorismus, so wie wir es heute jetzt erkennen, von der Definition her, nämlich ein nachhaltig geführter Kampf zur Durchsetzung rechtsextremistischer Ziele mittels Anschlägen, nicht erkannt haben. Es ist ja weiterhin auch bekannt, dass in den Analysen, auch im Nachgang zum Fall Wiese im Jahre 2003, nicht ausgeschlossen wurde, dass Einzelpersonen ebendiesen Fall zum Anlass nehmen könnten, um Anschläge zu verüben. Die Schlussfolgerung war ~~einfach~~ eine verstärkte Beobachtung und eine Übereinkunft ~~auch~~ - das war auch in meiner Amtszeit so -, ~~eben~~ ^{dann} konkrete Gefährdungslagen auch unmittelbar an die Polizei zu melden.

* in der konkreten Form dieser Gruppe

Wir hatten keine Hinweise in Baden-Württemberg auf diese Terrorgruppe, auf den NSU, weder vom BFV noch von den regionalen, in erster Linie mal im Blick befindlichen Landesämtern in Sachsen und Thüringen. Wir wussten nichts von dieser Terrorgruppe.

Ich kann auch sagen - in meiner Amtszeit war das auch so -, dass das Thema Rechtsterrorismus, obwohl wir als Landesamt in Baden-Württemberg die Abteilungsbezeichnung „Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus“ hatten, bei diesen Bund-Länder-Tagungen einschließlich der Polizei so gut wie keine Rolle spielte. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass es dort mal eine Tagung gegeben hätte. - Das vielleicht vorweg.

Ich bin überzeugt, mit dem Wissen von heute würde vieles ganz anders gemacht. Wir hatten in Baden-Württemberg selbst - auch das ist eine wichtige Feststellung - keine Hinweise auf konspirative Gruppen innerhalb von zum Beispiel Kameradschaften, die uns auf Trapp gehalten haben, innerhalb von sonstigen Vereinigungen, Gruppen, die es angelegt hätten auf das systematische Sammeln von Daten des politischen Gegners, oder geschweige denn auch Hinweise auf Anschlagplanungen, Waffen, Sprengstoff. Das hatten wir nicht in Baden-Württemberg.

Jetzt war es so, dass wir natürlich im Zuge dieser verstärkten Auseinandersetzung - ich kann dazu auch gerne noch ^{et} sagen, zum Thema Rechtsextremismus - mit dem Rechtsextremismus in jeder Schattierung schon eine ^{Herausforderung} Stimmung hatten, die uns auch an der einen oder anderen Stelle Sorgen gemacht hat, auch im Polizeibereich. Sie wissen, dass wir eine Mischung aus Prävention und Repression gefahren haben, besonders in Baden-Württemberg. ^{ausführen} Auch die Zusammenarbeit mit der Polizei war aus meiner Sicht sehr gut. ^{Aber} Daraus resultierte, dass man eben auch repressiv gegen neonazistische Vereinigungen vorging, ^{aber} besonders gegen die Skinhead-Szene und vor allem auch die Musikszene. Schlüsselkatalysator, Klebemittel, Nachwuchsgewinnung, das waren die Stichworte ^{oder sind die Stichworte}, die man ~~da~~ nennen muss.

Entsprechend gab es ^{auch} - das ist auch aktenkundig - ~~dann~~ gegen Staatsschutzbeamte in Baden-Württemberg anonyme Schreiben. Ich darf aus einem mal zitieren:

Wenn ihr uns nicht hassen lasst,
dann wird es Naziterror geben.

Auch Bullen haben Kind und Frau.
(?)

Von daher war ~~das~~ nie ganz ausgeschlossen, dass hier entsprechend agiert wird. Aber es gab keine gezielten Hinweise. ^{auf rechts terroristische Aktivitäten einer baden-württembergischen Gruppe.}

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Darf ich mal zwischenfragen? - Herr Schmalzl, das LKA hat also bei Ihnen nie konkret nachgefragt nach rechtsextremistischen oder terroristischen Erkenntnissen, um in dem Fall etwas zu erhellen?

Zeuge Johannes Schmalzl: Ich war jetzt noch ~~fest~~ in der Vorgeschichte, ^{etwas zu dem konkreten} Fall. Es ist in der Tat so, dass wir eine enge Zusammenarbeit hatten zwischen Verfassungsschutz und Polizei, die dann konsequenterweise natürlich auch ⁱⁿ ⁱⁿ dieser Fall fortgesetzt wurde.

Ich darf doch daran erinnern, dass wir uns ^{allein} ja schon von dem einen oder anderen Landesamt unterscheiden, dass wir rund 50 Prozent Polizeivollzugsbeamte in den Reihen haben. Es gab einige Landesämter - das ist mir aus meiner Amtszeit erinnerlich -, die ^{so konsequent} diese Personalentwicklung nicht ^{betrieben} haben. Das heißt, wir haben in dem Bewusstsein, dass der Verfassungsschutz niemals eine Nischenbehörde sein darf, auf eine gezielte Personalentwicklung und einen Personalaustausch zwischen Verfassungsschutz und Polizei hingearbeitet.

Wir haben einen Verbindungsbeamten beim Landeskriminalamt gehabt, der auf meine Initiative nicht nur für den Islamismus ^{dann mehr} zuständig war, sondern auch für alle Phänomenbereiche, was sich absolut ausgezahlt hat. Wir haben gegenseitige Hospitations- und Informationsbesuche. Ich sage es an der Stelle vorweg, weil ^{wir} in der Tat in der Folgezeit ~~wir~~ selbst aktiv geworden sind, weil uns dieses schreckliche Verbrechen wirklich ^{auch} erschüttert hat und wir von uns aus tätig geworden sind. Das Landeskriminalamt kam im Rahmen der normalen Besprechungen natürlich auch auf die Mitarbeiter zu. Vieles lief dort im informellen Wege. Wenn es irgendwelche Hinweise gegeben hätte, hätten wir sie transportiert. Aber es hat dieses Anstoßes, von außen nicht bedurft. Ich darf das an ^{dieser} Stelle sagen. Es ist, glaube ich, auch aus den Unterlagen ersichtlich.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Können Sie uns konkret sagen, wenn es des Anstoßes nicht bedurft hat: Was haben Sie getan?

Zeuge Johannes Schmalzl: Ja. Ich habe noch am Tatabend angeordnet, dass wir alle Quellen des Landesamtes für Verfassungsschutz aus allen Phänomenbereichen befragen, einschließlich der Werbevorgänge. Später ^{kam auch} gab es dann ein Schreiben ^{auch} vom BfV über das BKA zu uns. Dort haben wir ~~dann~~ Fehlanzeige erstattet. Es gab einen Hinweis aus dieser Aktion heraus, der, glaube ich, auch bekannt ist. Das war ein Hinweis in der Tat einer Quelle aus dem Rechtsbereich, Skin - im Allgemeinen zuverlässig, allerdings vom Hörensagen -, auf zwei Personen in einem Dorf mit „Schwarz“ Punkt, Punkt, Punkt - davor oder danach - in der Nähe zu Heilbronn. Begründung: ein Racheakt wegen einer polizeilichen Durchsuchung.

Das hat mich in der Tat sofort alarmiert. Sobald ich das auf dem Tisch hatte, haben wir das ans Innenministerium gemeldet, an meine zuständige Aufsichtsabteilung. Es gab noch innerhalb von wenigen Stunden ein Gespräch mit dem Inspekteur der Polizei in Baden-Württemberg. Ich habe dann später nachgefragt. ^{da} Diese Spur, die sich dann im Ergebnis als nicht zielführend herausgestellt hat, wurde dann in die Arbeit der Soko eingespeist, und ich habe mich auf die professionelle Polizeiarbeit insoweit ~~dann~~ verlassen. Also, das war die Folge aus dieser Aktion.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich hätte Sie sowieso danach gefragt. In dem Zusammenhang: Unterstellen wir mal, dass ein anderes Bundesland - LKA, LfV-Behörde - in Baden-Württemberg eine V-Person führt: Gehörte das damals dann zu den Spielregeln, dass Sie das gewusst hätten?

Zeuge Johannes Schmalzl: Also - -

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Stellen Sie sich mal vor, in Baden-Württemberg, vielleicht sogar im Großraum Stuttgart, führt eine andere Landesbehörde, Landeskriminalamt oder Landesamt für Verfassungsschutz, eine V-Person. Nehmen wir mal einen rechtsextremistischen Bereich. Gehörte es damals zu den Spielregeln, dass Sie das dann gewusst hätten?

Zeuge Johannes Schmalzl: Das könnte ich nicht zu 100 Prozent bestätigen. Es würde eigentlich zu den Spielregeln gehören. In der Tat sprechen Sie hier darauf an, dass auch die Polizei ~~natürlich~~ im präventiven Bereich tätig ist und auch hier verdeckte Einsätze macht. Wenn sie nicht besondere Gründe hätte, was es auch durchaus geben kann, dann hätte ich mich darauf verlassen, dass diese Information dann auch transportiert wird.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Können Sie sich erinnern, dass in Ihrer Amtszeit so etwas vorkam, dass ein anderes Amt sich an Sie gewandt hat, ein anderes Bundesland: „Ich führe bei euch eine V-Person“?

Zeuge Johannes Schmalzl: Nein, das ist mir nicht erinnerlich.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. - Jetzt sind ja zwei Polizeibeamte in einer Art und Weise angegriffen worden, dass man, wenn man jetzt alles fachmännisch abrastert, einfach über Terrorismus auch kommen muss und das Argument zumindest betrachten muss: Versucht man da Symbole des Staates unter Umständen anzugreifen, so wie der ganze Tathergang war? - Ist das bei Ihnen im Amt ein Gedanke gewesen, wenn Sie alle möglichen Umstände durchgespielt haben, dass es sich um einen terroristischen Akt handeln könnte?

Zeuge Johannes Schmalzl: Wenn man vom Rathaus kommt, ist man bekanntlich immer schlauer. Deswegen ist die Frage ~~jetzt~~ ^{← ...} nicht ganz einfach für mich zu beantworten, [←] aus der heutigen Sicht [→] und ~~aus der damaligen Sicht~~. Aber dadurch, dass wir - vielleicht im Unterschied zu anderen - in allen Phänomenbereichen Nachforschungen angestellt haben, ist das Bestreben ersichtlich, dass wir uns nicht vorzeitig in der Tat verengen. Das, was uns im Nachhinein bekannt ist, vielleicht was man auch unter Fehler oder Sackgasse subsumieren könnte, was einem vielleicht den Blick vernebelt hat - - Also, ich habe das damals nicht ausgeschlossen; sonst hätte ich nicht diese Bitte an ^{die} Beschaffungseinheiten gegeben

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Jetzt gibt es aber, zumindest ausweis-

← was aus diesem Hinweis gemacht wurde.

lich unserer Akten hier - das ist MAT A BW-4/1, Anlage 13 - einen konkreten Informationsaustausch zwischen dem LKA Baden-Württemberg und dem LfV in Bezug auf türkischen Extremismus. Da finden wir etwas. Aber das ist das Allereinzige, was wir finden, im Vergleich zu der Aussage, die Sie machen: Wir waren da ganz breit aufgestellt.

In den Akten finden wir tatsächlich nur eine Kommunikation über das Thema türkischer Extremismus. Das ist ja bei einem Polizistenmord auch nicht verwerflich, dass die jetzt nicht sofort beweisen können, dass es auch Rechtsterrorismusüberlegungen gab. Ich will nur gerne sehr konkret von Ihnen wissen: Könnten wir jetzt bei Ihnen im Amt auch über diese Überlegungen, die Sie angestellt haben wollen zum Thema Rechtsterrorismus, auch etwas Konkretes finden? Gab es da konkrete Aufträge? Sie wären wahrscheinlich der erste Verfassungsschützer, der hier belegen könnte, dass er das sofort im Fokus hatte. Aber da reicht mir jetzt nicht die Aussage von Ihnen, dass Sie alles auf dem Schirm hatten. Das hätte ich dann schon gerne belegt, so wie in dem Fall.

Unsere Aktivitäten waren nicht nur

Zeuge Johannes Schmalzl: Gut. Also, ~~es gibt auch wenn es nicht konkret gerichtet war~~ auf einen Phänomenbereich ^{genauer}. Das Erschreckende war diese Gewaltbereitschaft, die ich so bis dato nicht erlebt hatte und später erst wieder beim Amoklauf in Winnenden ^{im neuen Amt dann} erleben musste. Das hat es verboten, dass man irgendetwas ausgeschlossen hat. Deswegen diese Bitte an alle Bereiche, in alle Richtungen zu forschen, sage ich einmal.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Johannes Schmalzl: Aber das war jetzt nicht so, dass ich den Riecher gehabt hätte oder andere, dass es in Richtung Terrorismus gegangen wäre. Ich glaube, dass gerade dieser Austausch mit der Polizei ~~dann~~ sehr schnell gezeigt hat, dass man sich vielleicht auch durch den vermeintlichen Glauben an die Naturwissenschaften - Stichwort DNA-Spuren - zu sehr verengt hat. Aber am ^{den} Anfang war es in der Tat diese Betroffenheit ^{das wir} noch am Abend, ~~dass wir~~ alle Bereiche ^{gebeten} haben. Und es gab auch dieses Ergebnis daraus, ~~was dann resultierte~~. ~~Es gab auch Besprechungen innerhalb des Amtes.~~

* um eine Quellenbefragung

Sie müssen sich vorstellen - wir waren ein Landesamt, das zu 50 Prozent aus Polizeibeamten besteht -, wie groß die Betroffenheit da war. Und da hat es auch keiner Anweisung des Präsidenten bedurft, die dann pflichtschuldigst abgearbeitet worden wäre, sondern das war so, dass ich mich eigentlich darauf verlassen habe, dass das zu 100 Prozent abgeprüft wird, auch wenn das vielleicht nicht immer gleich dokumentiert wurde; denn man hat es ja en passant gemacht.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Dann mache ich einmal einen konkreten Vorhalt, wo Sie hätten vielleicht klarer werden können.

Ein Jahr, bevor Sie das Amt übernommen haben, im Jahr 2004, gab es - jetzt muss ich gerade einmal gucken; das ist Seite 37 - eine Tagung des Bundesamtes für Verfassungsschutz, aus dessen Ergebnis es dann eine Schrift gab: „Entwicklung deutscher Rechtsextremisten von 97 bis Mitte 2004“. In dieser Schrift kam aufgrund einer Zulieferung des LfV-Thüringen die Gruppe Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe vor. An dieser Tagung - kann ich jetzt nur vermuten; müssten Sie mir bestätigen - hat Baden-Württemberg wahrscheinlich teilgenommen.

Ein Jahr vorher hat der Herr S., der gerade eben da saß, in Ihrem Amt einen der drei Namen genannt im Zusammenhang mit dem Thema NSU. Also, er nannte zumindest NSU in seinem Bericht, Mundlos und Thüringen.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagt er! - Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Behauptet er!)

- Sagt er. Deswegen mache ich ja den Vorhalt. - Er sagt, dass es in Ihrem Amt dann Vorgesetzte gab, die das nicht als plausibel eingeschätzt haben, juristisch nicht verwertbar und deshalb nicht nur löschtenswert, sondern löschenpflichtig.

Da das doch eine Diskussion war - so wie er das darstellt -, die man in Erinnerung behalten müsste, frage ich mich jetzt: Wenn die alle so aufmerksam waren, wie Sie gesagt haben, müsste es ja ein Jahr später eigentlich einen Aha-Effekt gegeben haben, zumindest in der Abteilung „Spionageabwehr rechts“. Wenn das nicht passiert ist, dann hätte ich aber zumindest gerne gewusst, wie stark Sie sich selbst mit dem Thema auseinandergesetzt haben, weil besagter Herr

Stengel bei Ihnen ja zu einem wahrscheinlich für ihn eher unangenehmeren Gespräch war, weil er diese Informationen ohne Dienstwegabsicherung ans BfV gegeben hat. Die Umstände hätte ich gerne einmal von Ihnen erläutert, weil das ist doch schon ein Ansatzpunkt, wo ich jetzt keinen Vorwurf mache. Nur, wir suchen natürlich nach Möglichkeiten - Sie haben recht: nachträglich -: Wie hätte man den Dingen auf die Spur kommen können? Oder auch: Wo hat es Versäumnisse gegeben?

Zeuge Johannes Schmalzl: Ich war ja von August 2005 an im Amt. Ich kann nur sagen: In dieser Zeit ist mir nichts Derartiges von dem von Ihnen besagten Herrn S. bekannt geworden. Ich kann es auch nicht glauben. Aber das ist ein subjektiver Schluss meinerseits aus der Lebenserfahrung heraus, die ich Ihnen gerade eben geschildert habe. Ich kann es mir schlicht nicht vorstellen. Aber, in der Tat, was vorher und später war, da bin ich, glaube ich, dann doch der falsche Ansprechpartner. Ich kann nur entsprechend den Fakten und meiner Erinnerung sagen: Das hat zu meiner Zeit keine Rolle gespielt.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das heißt, Herr Stengel war nie bei Ihnen zu einem Gespräch? Wo ich den Eindruck hatte, dass ihm das sehr unangenehm war, weil er da vermutlich mindestens eine scharfe Ermahnung bekommen hat, dass er einen Vorgang ans BfV abgegeben hat, ohne sich vorher die juristische Absicherung in Ihrem Amt eingeholt zu haben. Er sagt, er hätte deshalb sogar bei Ihnen antreten müssen, und das hörte sich sehr stark nach Kritikgespräch an.

Zeuge Johannes Schmalzl: Also, Stand jetzt ~~fehltbarkeit immer auch mit gesprochen~~ - kann ich mich nicht daran erinnern, ein solches Gespräch, ~~das es~~ in meiner Amtszeit gelaufen wäre.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Und den gesamten Vorgang kennen Sie auch nicht?

Zeuge Johannes Schmalzl: Nein.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Also, Sie wissen nicht, dass in Ihrem

Amt einmal ein Mitarbeiter sagte: „Ich habe einen V-Mann, der behauptet: Mundlos, NSU, Thüringen“? Das Ganze wurde in Ihrem Amt eher als unplausibel verworfen, er musste das löschen. Das wissen Sie also nicht?

Zeuge Johannes Schmalzl: Hat in meiner Amtszeit nach meiner Erinnerung keine Rolle gespielt.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Er muss ja irgendwann bei Ihnen gewesen sein.

Zeuge Johannes Schmalzl: Also, ~~ich habe Herr Stengel oder Herr S. war in der Abteilung 4 bei mir. Das ist Wirtschaftsschutz und Spionageabwehr. Und ich kann mich in der Tat daran erinnern - aber das war guter Brauch -~~, dass ich ihm die Ruhestands-urkunde überreicht habe. Da ist ein 20-Minuten-Termin in meinem Kalender ^{eingetragen}. Aber an ein ~~irgendwelches~~ Konfliktgespräch kann ich mich nicht erinnern.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Er sagt, es war 2008 - oder 05?

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 2005! - Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 2005!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wollen Sie fortfahren, Herr Schuster? - Was denn jetzt?

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Aber er hat den Namen Schmalzl gesagt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Binninger greift ein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Vielleicht nur zur Klarstellung, damit die Frage eventuell noch einmal beantwortet werden kann: Der Vorfall selber mit diesem Hinweisgeber war ja 2003. Das war noch Amtszeit Rannacher. Und er sagt vorher, er war 2005 beim Nachfolger Schmalzl zum Gespräch und erinnert sich deshalb so gut daran, weil er auch zur gleichen Zeit damals Innenausschussvorsitzender war, und das kann erst ab 2005 gewesen sein.

Das sind die zwei Zeiträume, um die es geht: einmal eindeutig Rannacher und einmal wahrscheinlich ganz zu Beginn der Amtszeit und zu seinem Ende möglicherweise. Oder wann war die Pensionierung?

Zeuge Johannes Schmalzl: Also mir nicht erinnerlich, zumindest von der Zielrichtung her, wie Sie es gesagt haben. Ich habe viele Gespräche geführt. Ich habe auch Personalentwicklungsgespräche mit fast dem ganzen Amt geführt; aber ein solches mit der Zielrichtung von Ihnen beschriebenes Gespräch ist mir nicht erinnerlich. Ich möchte es aber auch nicht gänzlich ausschließen. Da bin ich dann insoweit fehlbar.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Na ja, aber Sie würden sich ja jetzt daran erinnern, wenn Sie ein Gespräch geführt hätten, wo der Herr Stengel ermahnt wurde, einen Vorgang an das BfV abgegeben zu haben, wo es um Themen ging wie Mundlos, der in Ihrer NADIS-Datei von Ihnen gespeichert wurde. Der wurde ja ermahnt, weil er das getan hat. Daran würden Sie sich wahrscheinlich jetzt erinnern, weil der Name Mundlos ist ja nicht irgendein Name.

Zeuge Johannes Schmalzl: Bei der Vielzahl der Vorgänge möchte ich nicht sagen, dass ich mich automatisch daran erinnern würde. Aber wenn es von großem Gewicht gewesen wäre und ich hätte es damals auch erkannt, dann würde ich mich vielleicht daran erinnern. Aber Fakt ist: Ich erinnere mich an dieses Gespräch nicht, kann es aber auch nicht zu 100 Prozent ausschließen. Sie müssen wissen, dass man als Behördenleiter durchaus auch viele Konfliktgespräche mit dem einen oder anderen führt, um Konflikte zu lösen. Und da ist nicht jedes Gespräch dann auch erinnerlich.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. - Dann will ich mal den Komplex wechseln: Der *Stern* titelte irgendwann mal: „Mord unter den Augen des Gesetzes“. - Nein, nicht irgendwann, am 1. Dezember 2012 [sic!]. Da wurden etliche Behauptungen aufgestellt, wer angeblich an der Theresienwiese mit im Spiel war. Jetzt fällt mir beim Durchsehen der Akten auf, dass die beteiligten Behörden immer wieder gefragt werden, ob im Kontext des betreffenden Falles oder im Kontext eines DIA-Einsatzes dort beispielsweise Observationen stattgefunden

hätten, und es wird klar von allen Behörden - LKA, LfV - gesagt: Nein. - Glaube ich.

Aber ich stelle die Frage anders. Ich frage Sie gar nicht, ob es einen Kontext gab zu dem Fall Kiesewetter/Arnold oder zu DIA, sondern mich interessiert: Gab es überhaupt einen LfV-Einsatz an diesem Tag irgendwo im Großraum Stuttgart, ob Observation oder was auch immer? Denn wer observiert, der kann ein Ziel haben im Stadtteil XY und landet dann, wenn er die Zielperson wirklich verfolgt in einem ganz anderen Fall, trotzdem räumlich in der Nähe. Wir haben ja einige Aussagen - die bringe ich Ihnen gleich noch mal -, wo man sich fragt: Was sind das für Meldungen, dass da LfV-Mitarbeiter doch an dem Tag unterwegs waren? Haben Sie das geprüft? Gab es ohne Kontext zu diesem Fall an diesem Tag im Großraum Heilbronn einen Einsatz Ihrer Behörde?

Zeuge Johannes Schmalzl: Also, wir wären ein schlechtes Amt, wenn wir keine Einsätze machen würden. Selbstverständlich waren - das setze ich einfach voraus - an diesem Tag viele unterwegs. Das heißt, man muss ja differenzieren: Was sind operative Einsätze?

Was ausgeschlossen ist, ist im Großraum Heilbronn, dass eine Observationsgruppe der operativen Abteilung 5 des Landesamts für Verfassungsschutz im Einsatz war. Das ist geprüft und ausgeschlossen. Aber das wurde nach meiner Amtszeit geprüft von meiner Nachfolgerin, sehr gewissenhaft, aufgrund dieser Anfrage. Ich selbst würde spontan wie Sie denken, weil wir ^{waren} in der Hochphase der Sauerland-Gruppe, ^{warth} ^{beide} ^{war} auch das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg stark involviert war, ich selbst auch persönlich involviert war.

Von daher: Natürlich gab es operative Einsätze, immer, das ganze Jahr über. Die Kollegen machen auch an Weihnachten und an Silvester keine Pause. Aber was man festgestellt hat für den Raum Heilbronn, das war, dass ein Werber ^{sich} an diesem Tag auf den Weg gemacht hat. Wir sind also in der Vorphase der Quellengewinnung. Es gibt dort Werber, das ist ^{spezialisiert} ^{wor} ^{den} bei mir in der operativen Abteilung. Und der hatte in der Tat eine Verabredung in Heilbronn aus dem Bereich Islamismus, aber nicht mit den von der *Stern*-Anfrage umfassten Personen, definitiv nicht.

Meine Nachfolgerin hat dann - so wurde es mir versichert in dem Gespräch - sehr

gewissenhaft versucht, die Sache aufzuklären. Man hat die Fahrtenbücher kontrolliert. Man hat die Arbeitszeiterfassung zum Beispiel kontrolliert und hat selbst die Telefonabrechnungen kontrolliert. Und es hat sich allein schon aufgrund des Fahrtenbucheintrags und auch der Einvernahme des Mitarbeiters herausgestellt, dass er erst um 15 Uhr, also eine Stunde nach der Tat, nach Heilbronn auf dem Weg war. Von daher konnte man das auch ausschließen.

Mir ist die Geschichte insoweit nicht erklärbar, die dieser Anfrage dieses journalistischen Magazins zugrunde lag. Ich kann es mir nicht erklären, und ich glaube, so manch anderer auch nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich würde bitten, Herr Schuster, dass Sie die Befragung in der nächsten Runde fortsetzen, weil das Fragerecht erst einmal zur SPD-Fraktion wechselt. Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Vielen Dank. - Schönen guten Abend, Herr Schmalz! Ich möchte einmal in eine ganz andere Richtung fragen, und zwar: Waren Sie zu irgendeinem Zeitpunkt einmal befasst oder sind Sie einmal kontaktiert worden von der BAO „Bosporus“ in Sachen der Mordserie?

Zeuge Johannes Schmalz! Nein, es gab keine gezielte Kontaktierung. Ich kann mich daran nicht erinnern. Es kann sein, dass natürlich irgendein Kollege das im Rahmen einer Amtsleitertagung einmal am Rande oder unter einem Punkt, der nur ein Land betraf, angesprochen hat. Aber wir waren insoweit dort -- Ich kann mich nicht daran erinnern, dass ich gezielt dort involviert gewesen wäre.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber Ihnen war ja die Mordserie bekannt und bewusst. Und es kam ja dann im Frühjahr 2006 mit der neuen Fallanalyse auch die neue Ermittlungsrichtung auf, dass es Täter sein könnten mit einem rassistischen Motiv, aus der rechtsextremen Szene oder so. Ist Ihnen das noch in Erinnerung, dass das auch einmal erörtert wurde oder Gegenstand von Besprechungen oder Anfragen war?

Zeuge Johannes Schmalz! Nein, weil Baden-Württemberg - man kann heute sagen: mit Ausnahme der letzten, schreck-

lichen Tat - ja nicht ~~beteiligt war~~, betroffen war.

Dr. Eva Högl (SPD): Haben Sie sich irgendwie - ich weiß gar nicht, wie ich das jetzt zu später Stunde genau formulieren soll - mal mit der Mordserie befasst, und haben Sie vielleicht zu irgendeinem Zeitpunkt mal einen Zusammenhang hergestellt mit dem Mord an Michèle Kiesewetter? Also, Ihnen war ja die Mordserie bewusst, und dann kam der Mord an Michèle Kiesewetter. Gab es für Sie irgendwie eine Veranlassung - manchmal hat man ja spontane Ideen oder so -, mal darüber nachzudenken, dass das zusammenhängen könnte?

Zeuge Johannes Schmalz! Aus heutiger Sicht, leider nein.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, das ist klar. Aus heutiger Sicht wissen wir alle viel mehr, aber --

Zeuge Johannes Schmalz! Das war in Heilbronn natürlich - ich habe es angedeutet - viel schwieriger zu erkennen ~~letzten Endes~~; im Nachhinein, ~~klar~~. Ich glaube, das weiß auch die Polizei ~~letzten Endes~~, dass man manche Ermittlungsansätze vielleicht hätte etwas offener gestalten sollen. Aber nein, es gab bei uns nicht sofort die Überlegung: Das hat was miteinander zu tun.

Dr. Eva Högl (SPD): Sie haben eben zitiert, dass auch Vertreterinnen und Vertreter von staatlichen Institutionen, insbesondere auch Polizei, durchaus im Visier von Rechtsextremen waren und auch als Opfer in Betracht kamen. Hat das bei Ihrer Beteiligung, also bei den Erkenntnissen, die Sie zugeliefert haben, bei den Mordermittlungen eine Rolle gespielt? Gab es da auch mal Gedanken und Überlegungen, dass es auch Rechtsextreme sein könnten, die gezielt eine Polizistin als Mordopfer ausgesucht haben?

Zeuge Johannes Schmalz! Nein. Wenn ich vorhin gesagt habe, dass wir am Anfang in alle Richtungen ermittelt haben, was -- Ich kann ~~das~~ Schreiben vom LfV Baden-Württemberg gerne zitieren, ~~das ja da herunging~~.

Eine bereits am Tatabend angeordnete Befragung von allen Quellen des LfV Baden-Württemberg aus allen Phänomenbereichen des

* erscheint einem vieles & late

* aus einem dem Ausschluss bekannt

Verfassungsschutzes verlief bis zum heutigen Tag negativ. Die Quellen des LfV Baden-Württemberg sind sensibilisiert und angewiesen, Informationen schnellstmöglich zu melden. Sollten hier Hinweise eingehen, werden sie unverzüglich nachgemeldet. (?)

Das ging ans Innenministerium und auch an die Polizeidienststellen. Aber sehr schnell hat sich dann eben eine Verengung herausgestellt. Ich selbst - - Mich hat es auch nicht losgelassen.

Dr. Eva Högl (SPD): Was verstehen Sie unter „Verengung“, Herr Schmalzl?

Zeuge Johannes Schmalzl: Ja, dass man entsprechend eine Täterin gesucht hat aufgrund der DNA-Spur, wo sich dann auch das Ganze in eine Richtung verengt hat, die aus heutiger Sicht, sicherlich auch aus Sicht der Polizei, vielleicht nicht glücklich war, und es vielleicht zu viel Zeit gebraucht hat, um aus dieser Gasse dann auch wieder herauszukommen.

Mich hat es nicht losgelassen. Ich war ja ^{anfangs 2009} ~~am Jahresende~~ dann Regierungspräsident ~~zum Jahresanfang~~ und insofern natürlich noch mit befasst, wenn auch nicht operativ, weil die Landespolizei ^{direktion} gehört bis zum heutigen Tag - auch die Heilbronner PD - zum Regierungspräsidium Stuttgart ^{gehört}. Nur, damit kein falscher Eindruck entsteht: Die operative Schiene ist zum Glück immer eine andere gewesen. ^{oder} Da bekommen wir dann von der operativen Arbeit natürlich nichts mit.

* der Regierungspräsident ist hier nicht eingebunden.

Ich bin nachts ~~dann~~ auch mal in Heilbronn Streife mitgefahren - wie das viele machen, ich glaube, auch Abgeordnete hin und wieder -, und ich habe mir da ganz bewusst Heilbronn ausgesucht. Es wird Sie nicht überraschen, dass dort die Streifenbeamten, ~~ganz einfache Menschen~~, die ihren Nachtdienst gemacht haben, mit einem kribbeligen Gefühl ~~mit mir zusammen besonders~~ in kroatische oder in serbische Kneipen gegangen sind, weil man dort natürlich so eine reisende Balkan-Gewalttäterin gesucht hat. Das war ~~so ein bisschen~~ das, was ich unter „Blick verstellen, verengen“ meine.

Ich glaube, das hat sich dann sehr schnell eben ~~dann auch~~ in diese Richtung bewegt, dass man gar nicht mehr anders gedacht hat. Ich konnte auch irgendwann mal einen ganz kurzen Blick in die Soko-Räume werfen. Da ~~war~~ diese DNA-Spur, wo man eben die gan-

zen Taten in ganz Europa aufgestellt hat und dieser Spur nachgegangen ist. Deswegen haben dort - wie wir heute wissen - die Ansätze im Bereich Rechtsterrorismus keine Rolle gespielt.

Dr. Eva Högl (SPD): Nachdem Sie gesagt haben, dass alle Ihre Quellen, also aus allen Phänomenbereichen, befragt werden sollten: Was kamen denn da für Erkenntnisse zurück? Kam da irgendetwas zurück? Hatte irgendjemand irgendwelche Hinweise?

Zeuge Johannes Schmalzl: Ja, es war diese eine besagte Spur - dieser eine Hinweis; die Polizei redet von Spur, wir reden von Hinweisen -, die eine Erkenntnis, die von einer Rechtsquelle kam, die im Allgemeinen zuverlässig berichtet hat, aus dem Skin-Bereich, mit diesem Hinweis auf zwei mögliche Täter aus einem Dorf in der Nähe von Heilbronn. Begründung: Racheakt, weil dort eine polizeiliche Durchsuchung war.

Als ich diesen Hinweis in den Händen hielt, hat man sofort abgeklärt: Welche Informationen können wir daraus an die Polizei geben, sodass sie ~~da~~ ^{mit} arbeiten können ^{innerhalb der Soko}. Und dann habe ich das persönlich ~~auch~~ ^{eben} getan, indem ich ~~eben~~ ins Innenministerium gefahren bin. Es gab dort ein Treffen mit dem zuständigen Abteilungsleiter - wir haben das Trennungsgesuch für den Verfassungsschutz - und dem Inspekteur der Polizei - das ist der Stellvertreter des Landespolizeipräsidenten, wenn Sie so wollen -, wo wir diesen Sachverhalt noch am gleichen Tag der Erkenntnis übergeben haben. Ich habe ja vorhin berichtet ^{letzten Endes} dass dieser Spur ~~gewissenhaft~~ ^{gewissenhaft} nachgegangen wurde und sie sich nicht als nicht zielführend herausgestellt hat. Weitere Hinweise sind mir nicht bekannt oder erinnerlich.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich möchte abschließend noch einmal eine Frage stellen insgesamt zum Rechtsextremismus in und um Heilbronn - oder auch vielleicht etwas größer gefasst, in Baden-Württemberg. Vielleicht können Sie dazu auch ein paar Ausführungen machen, dass unser Bild sich abrundet.

Zeuge Johannes Schmalzl: Frau Abgeordnete, ich bin Ihnen sehr dankbar für diese Frage, weil man sich ja in der Tat ein Gesamtbild erarbeiten möchte um die Frage:

Tut man genug im Bereich der Aufklärung oder - auch aus polizeilicher Sicht - der Bekämpfung des Rechtsextremismus?

* bei der Aufklärung und Bekämpfung des Rechtsextremismus

Baden-Württemberg ist keine Insel der Seligen gewesen. Wenn dieser Eindruck haften bleiben würde, dann wäre er falsch. Es waren erhebliche Anstrengungen, die die Sicherheitsbehörden, aber auch die Politik unternommen haben. Ich darf daran erinnern, dass in Baden-Württemberg die Republikaner mit einer satten Prozentzahl von über 10 Prozent 1992 in den Landtag gewählt wurden und vier Jahre darauf noch einmal mit 9 Prozent in den Landtag geschickt wurden. Es ist letzten Endes gelungen - wobei sich da, glaube ich, keiner die Federn an den Hut heften sollte; aber es ist gelungen -, durch viel Aufklärung auch in diesem Bereich, gesamtgesellschaftliche Entwicklungen diesen politischen Bereich der Parteienlandschaft (kleinzuhalten) in Baden-Württemberg. Das war aus unserer Sicht schon ein Erfolg. Das war nicht ganz ohne. Auch in Baden-Württemberg haben die Republikaner charismatische ^{Personen} und durchaus auch die Chance, wieder in den Landtag zu kommen.

auch

Wir haben die NPD unter 1 Prozent halten können. Wir hatten Augenmerk darauf gelegt, das galt für das gesamte Land, dass wir „geistige Brandstifter“ des Rechtsextremismus in Baden-Württemberg haben. Das sind Verlage, das ist die Gesellschaft für freie Publizistik. Da sind manche von denen - Da gab es das Jobwunder dann in den neuen Ländern. Auch heute würde man sagen, diesen Spuren ^{hätte man mehr nachgehen sollen} vielleicht noch viel stärker dieses Personengeflecht; Wir müssen stärker personenbezogen denken - nachzugehen. Es sind alleine zwei aus diesem Umfeld der Publizistik, auch des Verlagswesens, die dann beim parlamentarischen Beratungsdienst der NPD in Sachsen im Landtag angeheuert haben, als Referenten der Fraktion.

* im gesamten Bereich des Rechts-Extremismus viel

Die größte Sorge haben uns ^{aber eben} die gewaltbereiten Rechtsextremisten gemacht und hier insbesondere natürlich die - Zu meiner Amtszeit gab es einen Anstieg der rechtsextremistischen Gewalt, und wir haben uns dann überlegt: Wie schaffen wir es, das zurückzudrängen? Schwerpunkt unserer Arbeit und sehr schnell war die Skinhead-Musikszene. Wir haben viele Bands in Baden-Württemberg im Fokus gehabt. Hier kann man schon sagen, dass wir in Zusammenarbeit mit der Polizei auf der einen Seite versucht haben, präventiv zu wirken, aufzuklä-

ren. Wir haben eine eigene Skin-Broschüre herausgebracht, die vielen Menschen geholfen hat, auch wo man in der Schule etwas vermitteln konnte. Gleichzeitig ist es uns gelungen, auch große Konzerte mit 450 Besuchern aufzulösen, mit der Polizei zusammen.

* auch in den Schulen bei der Aufklärungsarbeit geholfen hat. Wir haben viele Vorträge gehalten und uns präventiv sehr stark engagiert.

Sie kennen, glaube ich, die Strukturen im Bereich der rechtsextremistischen Skinhead-Szene ganz gut. Heute lacht die Jugend darüber. Damals kam das Handy auf. Die konspirative Verabredung über SMS war ^{das} eine Herausforderung. Man hat Vortreffs gemacht. Wir haben es immer wieder rausgekriegt und haben genau gewusst, dass das auch eine Geschäftsidee ist. Deswegen haben wir in guter Kooperation mit der Polizei versucht, als erstes die Kasse und vielleicht die Musikinstrumente zu beschlagnahmen oder die CDs, die dort verkauft werden. Wir sind dort bis an die Grenzen gegangen. Wenn Konzerte unter freiem Himmel waren, dann wurde mal ein Landwirt zu Hilfe gerufen, der noch schnell das Feld gedüngt hat.

Wir waren also wirklich sehr kreativ; aber es hat eines auch hervorgerufen: dass sich diese Szene immer konspirativer verhalten hat. Man hat ^{solche Konzerte} es als Privatparty dann getarnt. Da nützt ^{es} dann auch die Vermieteransprache nichts, weil man gedacht hat, es ist eine Geburtstagsparty und dergleichen.

Im neonazistischen Bereich war das genauso. Erinnern Sie sich daran, dass ^{bitte} wir [↳] Durchsuchungsmaßnahmen gemacht haben nach dem „Blood & Honour“-Verbot, wo es ^{gab} (auch in meiner Amtszeit) große Durchsuchungen gegeben hat, auch in Baden-Württemberg. Das blieb nicht ohne Folgen. Das heißt, die Szene hat sich noch mehr zurückgezogen. Und - das darf man ja auch in der öffentlichen Sitzung ansprechen - wie schwierig es ist, hier in diese Strukturen dann vorzustoßen, das kennen wir aus dem islamistischen Terrorismus und Extremismus, und das galt hier genauso.

Deswegen ist es enorm schwer, in diese konspirativen Strukturen dann auch vorzustoßen. Das ist ^{eine schräge} genau die Gratwanderung. Je kleiner die Gruppe, umso mehr wird von einer solchen Person erwartet, was aber rechtlich dann auch wieder nicht geht; sonst kriegt man den nächsten Ärger, wenn man sich an Straftaten und dergleichen beteiligt. Also, das war diese große Herausforderung des Rechtsextremismus, besonders auch in meiner Amtszeit

Ich kann die Schulhof-CD nur erwähnen, wo wir immer darauf gehofft haben: Ja, da

ein klarer Arbeitsschwerpunkt in Baden-Württemberg

Zum Glück

in diesen
Ermittlungsverfahren
der Bundesanwaltschaft

gab es ~~dann~~ den Beschlagnahmebeschluss vom Amtsgericht Stendal ^{der uns bei der Bekennerschreibung sehr sehr gequält hat und dann zugeschlagen hat bei uns.} Ich glaube, es wird jetzt immer mehr deutlich - auch wenn man sich die handelnden Figuren anschaut ~~und das nachliest, es war auch in den Verfassungsschutzberichten~~, dass es absolut richtig war, sich auf diesen Bereich der Skin-Musik zu konzentrieren.

Wir haben dann sehr frühzeitig erkannt, dass sich dieser Bereich auch ein Stück weit irgendwann mal wieder erledigen wird und ins Internet verlagern wird. Deswegen hat es mich sehr gefreut, dass ich auch von der Landesregierung damals Geld bekommen habe zum Aufbau eines Internetkompetenzentrums gerade für diesen Bereich, nicht nur den Islamismus, sondern auch den Rechtsextremismus ^{in Internet.}

Das war der Weg, den wir gegangen sind. Aber es war natürlich immer eine Gratwanderung. Der gewaltbereite Rechtsextremismus, der war immer auch in Baden-Württemberg existent. Wir waren uns nur damals ziemlich sicher, dass wir gut aufgestellt sind, auch mit Zugängen - nach wie vor -, oder sagen wir es einmal so: in diesem Bereich im Vergleich zu anderen Ländern ordentlich aufgestellt sind - das ist im Schwäbischen schon eine sehr hohe Stufe des Erfolgs, dass wir ordentlich aufgestellt waren -, um in Erfahrung hätten bringen können, wenn es eine vergleichbare terroristische Gruppe mit ^{wie die BSK} baden-württembergischen Wurzeln gegeben hätte. Aber das zu behaupten, ist auch anmaßend, weil es immer noch eine Restunsicherheit geben kann aufgrund der Konspirativität.

Dr. Eva Högl (SPD): Habe ich noch ein bisschen? - Herr Schmalzl, vielen herzlichen Dank für diese ausführliche Darlegung der Situation in Baden-Württemberg. Vielleicht darf ich Sie zwei Dinge noch fragen.

Es hat auch bei der Befragung von ehemaligen Kollegen von Ihnen eine Rolle gespielt, wieso die Expertise beim Verfassungsschutz ist. Sagte Ihnen das etwas, dass auch im Zuge der Radikalisierung von Rechtsextremen bzw. auf der Schwelle auch zum rechtsextremen Terror das Thema Bekennerschreiben keine Rolle spielt und sich auch Einzelpersonen eher zusammenfinden und weniger das Modell einer braunen RAF bei rechtsextremem Terror kennzeichnend ist? Hatten Sie da irgendwelche Erkenntnisse, wie rechtsextremer Terror so aus-

sieht? Ich frage das einfach so generell, was Sie für Erkenntnisse hatten.

Zeuge Johannes Schmalzl: Im Nachhinein war es ein Fehler; aber das Thema Rechtsterrorismus war nicht präsent in meiner Amtszeit. Und ich glaube, das galt nicht nur für den Verfassungsschutz, das galt für die Polizei, es galt auch für den investigativen Journalismus, der sonst immer sehr gut informiert ist. Es war bei allen so.

Das Thema Bekennerschreiben ist etwas, was die polizeiliche Arbeit ^{interessiert} natürlich prägt. Es gibt Gruppen, die das in manchen Phänomenen machen, um sich zu brüsten. Es ist also nicht so, dass es dort in meiner Amtszeit irgendeine Expertise gegeben hätte, die mich umgeworfen hätte - jetzt sage ^{das} ich einmal so -, dass man hier die und die Voraussetzungen hat im Bereich des Rechtsterrorismus. Das ist mir nicht bekannt.

Dr. Eva Högl (SPD): Dann würde ich gern noch eine Frage stellen. Uns hat ja hier auch die Tatsache beschäftigt, dass zwei Polizeibeamte oder möglicherweise sogar mehr Mitglied im Ku-Klux-Klan waren. Ich wusste, bis das herauskam - das gebe ich ganz offen zu -, gar nicht, dass wir da eine deutsche Sektion hatten. Was waren denn Ihre Erkenntnisse zum Thema Ku-Klux-Klan? Wie aktiv war der, und hatten Sie den auch auf dem Schirm?

Zeuge Johannes Schmalzl: Auf dem Schirm war er natürlich beim Landesamt für Verfassungsschutz, aber in meiner Zeit mit einer eher abgeschlossenen Sichtweise, sprich: Die Gruppe war nicht mehr präsent, aber man wusste, dass da was war. Und jetzt im Nachhinein - im Übrigen so viel zur Aktenvernichtung - war es ja auch gut so, dass das Landesamt Verfassungsschutz Baden-Württemberg ebendiese Akten nicht vernichtet hatte, sondern dass sie ~~dann~~ in den vorbildlichen Bericht des Herrn Innenministers eingeflossen sind. Aus meiner Sicht kann ich es nur in die Worte bringen: Da fällt mir nichts mehr dazu ein. Wer einer solchen rassistischen Organisation angehört, der hat, glaube ich, im Staatsdienst nichts verloren.

Dr. Eva Högl (SPD): Das teile ich uneingeschränkt. - War Ihnen damals bekannt, dass Polizeibeamte da Mitglied sind, oder war das für Sie auch eine neue Erkenntnis, jetzt im Nachhinein?

* weder bei mir, noch bei denjenigen, die örtlich zuständig waren und es hätten erkennen müssen.

Zeuge Johannes Schmalzl: Das war für mich eine neue Erkenntnis.

Dr. Eva Högl (SPD): Hatten Sie V-Leute im Ku-Klux-Klan?

Zeuge Johannes Schmalzl: Ich kann ja nur für meine Amtszeit reden, und da war die Gruppe nicht mehr präsent.

Dr. Eva Högl (SPD): Da war die schon vorbei.

Zeuge Johannes Schmalzl: Aber ich kann nur sagen: ~~(im Jahre, als das aufkam)~~. Die Verfassungsschutzbehörden haben ~~das~~ ^{immer auch} zum Beobachtungsobjekt erhoben: vorher Prüffall, dann Beobachtungsobjekt. Und in Baden-Württemberg ist es nur durch Erkenntnisse des Landesamts für Verfassungsschutz, nachdem man die Personen identifiziert hat, die an diesem Treffen teilgenommen haben, überhaupt bei der Polizei aktenkundig geworden. ~~Das Ganze~~ hat das alles überhaupt erst ausgelöst.

die Gruppe

* Die Arbeit der Verfassungsschutz

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Herr Tören, bitte.

Serkan Tören (FDP): Sie haben vorhin die rechtsextreme Szene in Baden-Württemberg beschrieben und Ihren Kampf dagegen. Gab es denn auch irgendwelche Verbindungen der Szene dort nach Thüringen?

Zeuge Johannes Schmalzl: Jetzt bin ich wieder ein Stück aus der heutigen Sicht heraus analysierend und komme zum Ergebnis: Man hätte der einen oder anderen Verbindung mehr Aufmerksamkeit widmen müssen. Das sage ich an der Stelle selbstkritisch. Es gab Verbindungen; Personen sind in die neuen Länder gegangen, kamen aus den neuen Ländern wieder zurück. Ich möchte das Ganze jetzt nicht so sehr aus der heutigen Perspektive schildern, weil das sicherlich auch Gegenstand der Ermittlungen des Generalbundesanwaltes ist, und kann nur sagen, dass da manche, die eben in den neuen Ländern aktiv waren, bei uns plötzlich wieder aktiv waren. Aus heutiger Sicht muss man hier zwingend den Austausch zwischen den Ämtern verbessern.

inzwischen
Es gab ja diese Immobiliengeschichte, aus der Zeitung bekannt, die mir damals

überhaupt nicht bekannt war, mit Brandt, der diesen Grunderwerb in der Nähe von Heilbronn getätigt hat. Ich habe dem Thema Immobilienwerb wirklich viel Zeit gewidmet. Die NPD hat auch bei mir, in einem Dorf im Ostalbkreis, versucht, einen Gasthof zu erwerben, über einen Strohmann aus Österreich, sodass man erst spät draufkam. Ich war sehr oft vor Ort und habe da mit Gemeinderäten, mit der Öffentlichkeit im Dorf, das war Thema im Dorf, einem kleinen Dorf: Wir werden jetzt plötzlich Zentrum des Rechtsextremismus - gesprochen, habe aufgeklärt und dergleichen, und wir wären der Spur sicherlich auch mehr nachgegangen, wenn wir es gewusst hätten. Wir wussten diesen Sachverhalt schlichtweg nicht.

* durch Rechts-extremisten

versucht haben - Klären

im Hinweis im Raum Heilbronn

* als weitere Beispiele für persönliche Verflechtungen

Oder nehmen Sie eine Rechtsanwältin, die auch heute wieder eine Rolle spielt, die Stellvertreterin von Wohlleben im Kreisverband Jena der NPD war. Wir wissen heute viel mehr, als wir damals wussten. Auch das Thema „Blood & Honour Sachsen“ spielt eine Rolle, auch die Querverbindungen zu den Skin-Bands. Ich nehme mal „Noie Werte“, eine Band, die es immer geschafft hat, bei mir unterhalb dieser strafbaren Schwelle zu bleiben, weil dort, wie wir heute wissen, zwei Rechtsanwälte mitgespielt haben; das wussten wir damals auch schon. Aber es ist in der Tat so, dass sie dort ihr juristisches Wissen genutzt haben, um zum Beispiel die Texte noch unterhalb der Strafbarkeitsschwelle zu formulieren. Das hat natürlich auch gewisse Frusterlebnisse gebracht, wenn die Staatsanwaltschaft von uns gebeten wurde, das rechtlich zu prüfen, und sie kam zum Ergebnis: Es ist nicht strafbar. Dann musste man wieder umdenken und die Dinge neu erfinden.

Also, es gibt sehr wohl Querbezüge, auch ^{nach} zwischen Thüringen und Sachsen. Für mich sind zwei Dinge wichtig, wo wir auch sagen: ~~Da haben wir keine hundertprozentige Kenntnis.~~ Das eine: Es gibt sicherlich die Skin-Konzerte. Ich habe vorhin mal eine Zahl genannt: ~~bei uns~~ ein Skin-Konzert, ^{bei uns} das die Polizei aufgelöst hat, mit 450 Besuchern, die auch aus Frankreich, der Schweiz und Österreich kamen. ~~Das würde mich nicht wundern, wenn dort die Szene nicht weit gefahren wäre, um zu solchen Konzerten zu kommen.~~ Ich vermute das mal, aber ich habe jetzt keine gezielten Erkenntnisse in diese Richtung. Und es gab ^{zwischen} auch im Rechtsextremismusbereich gezielte Organisationen, die im Neonazibereich angesiedelt waren. Das ging

ja bei uns bis in die Kameradschaften in diese Richtung, dass man versucht hat, Skinhead-Szene, Neonazikameradschaften und die NPD zusammen zu Familientreffen zu bringen. Da kann es durchaus auch sein, dass es hier einen stärkeren Austausch gab, als wir damals wussten. Es gab und gibt Querbezüge. Die rechtsextremistische Szene ist, wie jede andere Szene auch, mobil.

Serkan Tören (FDP): Eine kurze Nachfrage habe ich noch. Ist die Mordserie jemals auf Bund-Länder-Tagungen angesprochen worden? Haben Sie mal auf Bund-Länder-Tagungen über die Mordserie gesprochen?

Zeuge Johannes Schmalzl: Ich rede von meiner Amtszeit, und in dieser Amtszeit, nein.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Herr Zeuge, ein paar grundsätzliche Fragen. Die Anbahnung von V-Leuten, die - das hatten wir ja öfter diskutiert - auch über den Tisch des Leiters der Behörde geht oder eben auch nicht. Wie ist das in Ihrer Behörde gewesen? Haben Sie über die V-Leute, die angeworben worden sind, Bescheid gewusst?

Zeuge Johannes Schmalzl: Ich habe in der Tat Bescheid gewusst über die Werbungsversuche, wenn sie ein gewisses Stadium erreicht haben, und ich habe auch einmal im Jahr mit den Beschaffungsbereichen sogenannte Quellenbewertungsrunden durchgeführt, um zum Beispiel politische Vorgaben berücksichtigen zu können, Stichwort - jetzt mal hier angesprochen - NPD-Verbot. Da muss man das auch berücksichtigen. Das kann man nicht bei jedem Beschaffer voraussetzen. Da muss man auch klare Vorgaben machen, was den Rückzug zum Beispiel aus gewissen Organisationen angeht.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ist denn aus Ihrer Sicht vorstellbar, dass ein Behördenleiter eines Verfassungsschutzes keine Kenntnisse über V-Leute in seiner Behörde hat, keinerlei Kenntnisse?

Zeuge Johannes Schmalzl: Ich tu mich da schwer, weil meine Fantasie ist unbegrenzt in diesen Dingen, und es kann durchaus sein, dass es solche Ämter gibt, die

vielleicht eine andere Arbeitsphilosophie haben.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ist es denn vorstellbar, dass ein Leiter einer Behörde eigene V-Leute hat - einen V-Mann oder mehrere -, von denen niemand im Haus sonst Bescheid weiß?

(Heiterkeit)

- Wir nennen hier ausdrücklich keine Namen.

Zeuge Johannes Schmalzl: Für mich ist das geradezu unvorstellbar; aber es ist anscheinend passiert.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das wissen wir ja nicht. Das versuchen andere Untersuchungsausschüsse herauszukriegen. Aber gut.

Andere Frage: Wenn bei Ihnen der MAD aktiv war - in seinem Bereich natürlich -, wie war denn da die Zusammenarbeit? Haben Sie denn dem MAD zum Beispiel Hinweise gegeben, wenn junge Leute aus dem rechts-extremen Milieu eingezogen worden sind und dann entsprechend in eine Kaserne nach Baden-Württemberg kamen?

Zeuge Johannes Schmalzl: Der Sinn dieser Zusammenarbeit würde sich nur so daraus schließen lassen. Wenn ich Erkenntnisse habe - in der Tat in dem benannten Fall - und ich gebe diese Erkenntnisse nicht weiter, dann würde ich mich in der Tat fragen, ob ich etwas falsch mache, es sei denn, es sind besondere Umstände des Einzelfalles da, dass ich diese Information zurückhalten zu müssen. Ich würde bei uns voraussetzen, dass die Zusammenarbeit auf der Arbeitsebene - das kriege ich als Amtsleiter nicht mit, aber auf der Arbeitsebene - eigentlich gut läuft. Dafür hat man ja auch einen regelmäßigen Austausch und trifft sich und kennt sich und informiert sich.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ist das automatisiert, ist das regelmäßig, dass man Listen zum Beispiel abgleicht, oder ist das auf Anfrage, auf Anforderung oder situationsgebunden, also: „In diesem Jahr haben wir zwei, die gehen, und im nächsten Jahr wissen wir jetzt von keinem, der geht“, oder wie kann man sich das vorstellen?

Zeuge Johannes Schmalzl: Jetzt bin ich hier sehr vorsichtig, weil das bei uns in Baden-Württemberg sicherlich kein Massenphänomen war. Von daher würde ich mal vermuten, dass man, wenn ein Einzelfall da war, dem auch nachgegangen ist.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ein Soldat in einer Kaserne ist ja in einem besonderen Unterstellungsverhältnis, in einem besonderen Dienstverhältnis, und es wurde verschiedentlich versucht, Soldaten, die möglicherweise oder offensichtlich aus dem rechtsextremen Milieu waren, als V-Leute anzuwerben. War das bei Ihnen auch so? Haben Sie das auch bewusst genutzt, dass er dann in einer anderen Situation ist und vielleicht besser ansprechbar ist, auch durch einen ganz anderen Nachrichtendienst, nicht durch Ihren eigenen, sondern durch einen anderen?

Zeuge Johannes Schmalzl: Das ist mir nicht erinnerlich. Aber ich glaube auch, dass vielleicht die Situation in den neuen Ländern zu einer gewissen Zeit nicht ganz vergleichbar ist mit der baden-württembergischen ~~Zeit~~ *Situation.*

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Dann sagten Sie vorhin - Sie müssen mich vielleicht korrigieren, wenn ich es falsch sage -, dass Sie vorrangig Mitarbeiter aus dem Polizeidienst haben, also aus unterschiedlichen Polizeieinheiten, wenn man so möchte. In anderen Landesverfassungsschutzämtern wird das anders gehandhabt. Habe ich das so weit richtig verstanden?

Zeuge Johannes Schmalzl: Das macht jedes Land anders. Ich kann mir operative Einheiten, die nicht oder nicht größtenteils aus dem Polizeibereich kommen, schlicht nicht vorstellen, weil sich für mich die Frage der Ausbildung ~~hier sehr schnell~~ stellt. Deswegen ist es guter Brauch, gute Tradition in Baden-Württemberg, dass man zum Beispiel in die operativen Abteilungen Polizeibeamte holt - nicht nur, aber zum größten Teil. In der Auswertung war das zu meiner Amtszeit eher gemischt. Da waren dann ~~ehere~~ *auch* ^{gewächse} ~~ehere~~ ^{darunter} sehr viele Akademiker ~~sind~~, die sich ~~mit dem~~ ^{darunter} Rechtsextremismus, zum Beispiel ~~auch mit der Theorie~~ auskennen. ~~Dort ist es nicht der Regelfall. Aber~~ Im Bereich der Beschaffung und der operativen Abteilung haben wir ~~gute Erfahrungen gemacht in Baden-Württemberg, und ich kann nur sagen,~~

* mit Polizei-
vollzugsbeamten

~~auch später.~~ Man spricht eine Sprache, man tauscht sich aus, man kennt sich auch, und es hat auch tatsächliche Auswirkungen auf den Arbeitserfolg.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Eine letzte Frage.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. Eine Frage noch in der Runde.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Jetzt auch auf das Thema abgestellt: Wenn man in einem Landesverfassungsschutzamt auf die Idee kommt: Wir könnten eine kleine Einheit des LKA mit in unserem Hause unterbringen - kurze Wege -, und diese kleine Einheit nutzt Erkenntnisse des Verfassungsschutzes, um dann entsprechend den Polizeiabteilungen Erkenntnisse herüberzugeben, wie stehen Sie so einer Idee gegenüber? Wie würden Sie sie bewerten? Oder ist das bei Ihnen vielleicht auch der Fall gewesen?

Zeuge Johannes Schmalzl: Da kommt die klassische Juristenantwort: Es kommt drauf an. Also, ich kann es regeln. Wir hatten einen ständigen Verbindungsbeamten des Landesamtes für Verfassungsschutz beim LKA und haben dort gerade im Bereich des Islamismus, aber auch zunehmend im Bereich des Rechtsextremismus gute Erfahrungen damit gemacht. Aber er hat mir nicht alles erzählt, was die Polizei wusste, auch wenn er einmal die Woche bei mir oder in der Abteilungsleiterrunde berichtet hat. Er muss dann wissen: Was kann ich transportieren und was kann ich nicht transportieren? Umgekehrt haben wir darauf geachtet, als im Bereich Internetkompetenzzentrum der Betrieb - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Bitte noch mal.

Zeuge Johannes Schmalzl: Wir haben in Baden-Württemberg, im Landesamt für Verfassungsschutz, ein Internetkompetenzzentrum gegründet, von dem auch die Polizei profitiert hat. Aber dort muss das Trennungsgesetz auch berücksichtigt werden. Es kann natürlich nicht sein, dass der Polizeibeamte in alle Computer reingucken kann und auf alle Daten des Verfassungsschutzverbundes zugreifen kann; das geht natürlich nicht. Das muss man sicherstellen, das muss man ge-

währleisten; denn die rechtlichen Vorgaben sind nun einmal so, dass man sie auch einhalten muss.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ich bedanke mich herzlich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur Linksfraktion. Frau Pau, bitte.

Petra Pau (DIE LINKE): Ja, erst einmal guten Abend! Sie haben vorhin gesagt, dass das Potenzial oder der Rechtsterrorismus nicht erkannt wurde. An der Stelle möchte ich gern anknüpfen. Wir wissen heute, dass das Trio sich öfter in Ludwigsburg, in Stuttgart und auch Heilbronn aufgehalten haben soll und dass in der zerstörten Wohnung in Zwickau Stadtpläne dieser Städte gefunden wurden. Hätten Sie aus heutiger Sicht eine Idee, mit welchen Kreisen das Trio in diesen Städten Kontakt gesucht und gehabt haben könnte?

Zeuge Johannes Schmalzl: Das gehört jetzt, glaube ich, zum engsten Bereich des Ermittlungsverfahrens der Bundesanwaltschaft, und ich denke, dort ist es auch richtig angesiedelt. Wenn ich wüsste, was man dort getan hat, dann hätte ich meine Hinweise, glaube ich, auch schon weitergegeben. Ich glaube, das ist ~~im~~ Kern des laufenden Ermittlungsverfahrens.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut, dann versuche ich es noch einmal andersrum: Sind Ihnen Personen und Gruppierungen aus dem Umfeld von „Blood & Honour“ und „Combat 18“ in Baden-Württemberg sowie andere Gruppierungen bekannt, die rechtsterroristische Neigungen offenbaren und Ankerpunkt für den NSU hätten sein können?

Zeuge Johannes Schmalzl: In der von Ihnen beschriebenen Weise, nein. Also, wir hatten keine Ahnung von dieser schrecklichen Terrorzelle - das habe ich ja letzten Endes dargelegt -, und ich könnte mir das auch heute nicht vorstellen. Aber noch einmal: Ich glaube, das ist genau das, wo wir uns im Kernbereich der Motivsuche bewegen, und es ist sicherlich nicht meine Aufgabe, darüber zu spekulieren.

Petra Pau (DIE LINKE): Mir geht es auch mehr um Ihre Expertise, was im Land Baden-Württemberg -- Sie haben ja vorhin recht kenntnisreich dargestellt, was sich da in diesem Bereich entwickelt. Ansonsten: Der Vertreter des Generalbundesanwaltes sitzt ja hier und steht uns hilfreich zur Seite, wenn wir da irgendwo in die Ermittlungen hinein fragen und womöglich Probleme schaffen. -- Gut.

Für das Protokoll noch mal: Ich habe Sie vorhin richtig verstanden, dass Sie bis zum Auffliegen des Trios und bis zu den Presseanfragen, die es dazu gegeben hat, keinerlei Kenntnisse hatten, dass Tino Brandt in den Jahren 2004 bis 2008 im Bundesland Baden-Württemberg ein Haus erworben haben soll und vor allen Dingen dort auch gelebt haben soll?

Zeuge Johannes Schmalzl: In meiner Amtszeit hatte ich keine Kenntnis davon bekommen.

Petra Pau (DIE LINKE): Dann kommen wir zu einem Komplex, der eben hier auch schon einmal eine Rolle gespielt hat: Stichwort Ku-Klux-Klan. Es soll so sein, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz seit den 1990er-Jahren regelmäßig über den Ku-Klux-Klan in Deutschland und die Aktivitäten einzelner Gruppen informiert hat und auch alle Landesämter jeweils darüber in Kenntnis gesetzt hat. Können Sie sich daran erinnern, und ist Ihnen in diesem Zusammenhang ein V-Mann „Corelli“ in Erinnerung, oder die Berichte eines V-Mannes „Corelli“?

Zeuge Johannes Schmalzl: Nein. Ich sagte vorhin, dass es zu meiner Amtszeit, ab August 2005, keine Rolle mehr gespielt hat. Die Gruppe galt als aufgelöst. Und entsprechend gab es da auch keine Berichte, keine Besprechungen.

Petra Pau (DIE LINKE): Mir geht es jetzt nicht nur um die Gruppe, die in Baden-Württemberg agiert hat, sondern wir haben ja dieses Phänomen durchaus bundesweit gehabt, und zumindest höre ich und lese ich an anderer Stelle auch, dass sich das Bundesamt sehr wohl mit diesen Dingen befasst hat und, so wie sich das gehört, das nicht nur für sich behalten hat, wie vielleicht die eine oder andere Information, sondern diese Informationen auch tatsächlich allen Landes-

ämtern weiter zur Verfügung gestellt hat. Deshalb frage ich noch mal nach.

Zeuge Johannes Schmalzl: Ja, das hoffe ich doch sehr. Das ist die Aufgabe des Bundesamtes.

Petra Pau (DIE LINKE): Aber es ist Ihnen nicht zur Kenntnis gelangt und ist Ihnen nicht präsent?

Zeuge Johannes Schmalzl: Nein, in meiner Amtszeit nicht.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut, dann kommen wir noch einmal zurück. Wir haben ja schon über die zwei Polizisten, die jetzt auch im Bericht, den uns das Land Baden-Württemberg vorgelegt hat - - und die im Umfeld von Michèle Kiesewetter tätig waren, gesprochen. Ist Ihnen denn zu Ihrer Amtszeit bekannt geworden, dass es im Land Baden-Württemberg gegebenenfalls weitere Polizisten oder auch andere Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes gegeben hat, die zum Ku-Klux-Klan mehr oder weniger lange gehört haben?

Zeuge Johannes Schmalzl: Nein, in meiner Amtszeit nicht. - Also, nach meiner Erinnerung.

Petra Pau (DIE LINKE): Und Ihnen ist auch nicht bekannt geworden, dass es vor Ihrer Amtszeit weitere Fälle neben diesen zweien, die ja nun öffentlich bekannt sind, gegeben hat?

Zeuge Johannes Schmalzl: Nein, in meiner Amtszeit wusste ich nur grob, dass es da etwas gegeben hat; aber es galt für mich als erledigt, wenn man so will, wobei ich dann auch immer vorsichtig bin, weil die Gruppe eigentlich nachrangig ist, wie wir heute wissen. Die organisieren sich mal da und mal dort und mal in jener Gruppe, und von daher würde ich nie ausschließend sagen, dass einer von einer solchen Gruppe in eine neonazistische Gruppe wechselt. Aber da ist mir persönlich konkret nichts in Erinnerung.

Petra Pau (DIE LINKE): Wie gesagt: Mir geht es im Moment konkret um Polizisten oder Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes.

Zeuge Johannes Schmalzl: Nein.

Petra Pau (DIE LINKE): Nicht. Gut. - Auch wenn die Aktivitäten dieser Gruppe offensichtlich zu Beginn Ihrer Amtszeit schon eingeschlafen waren oder irgendwie am Abebben waren, ist Ihnen denn etwas bekannt, wohin - also jetzt nicht die Polizisten, die ja schon wieder raus waren - die im Ku-Klux-Klan in Baden-Württemberg aktiven Mitglieder - - in welche rechtsextremen Strukturen die gegebenenfalls übergegangen sind?

Zeuge Johannes Schmalzl: Das war auf der Fachebene sicherlich Thema, aber es ist letzten Endes nicht zu mir durchgedrungen. Aber ich glaube schon, dass man nachverfolgt hat, auch nach der Auflösung, wo sich der eine oder andere hin entwickelt hat. Aber es ist nichts, mit dem ich mich jetzt als Amtsleiter, in der Erinnerung, die ich heute habe, beschäftigt hätte. Aber ich setze es einmal voraus, dass man die weiter im Blick behalten hat, ^{denn} weil die Ideologie streift so schnell keiner ab.

* dieser Ku-Klux-Klan-Gruppierung

Petra Pau (DIE LINKE): Gut. - Dann in dem Zusammenhang: Sie haben ja vorhin auch Strukturen, die über diese Zeit hinaus gewirkt haben, aufgezählt. Können Sie uns aus Ihrer Erinnerung etwas zu Aktivitäten von Gruppierungen, die nach dem Konzept beispielsweise von „Combat 18“ im Land Baden-Württemberg gehandelt haben, sagen?

Zeuge Johannes Schmalzl: Nein, das kann ich Ihnen spontan nicht sagen. Ich bin auch vorsichtig mit zu vielen Vergleichen, weil wir einfach unterschiedliche Entwicklungen haben. Ich glaube, ich habe vorhin die Herausforderung Rechtsextremismus in unserem Bundesland beschrieben. Und allein in unserem Bundesland Baden-Württemberg sind die Herausforderungen wieder ganz andere als zum Beispiel in Sachsen oder in Thüringen gewesen.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut. - Ich verlege mich dann mal auf die zweite Runde und gebe an die Kollegen von den Grünen weiter.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Fragerecht. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Schmalzl, zu einem ganz anderen Komplex. Ich weiß nicht, ob Sie dazu selber Kenntnisse haben, aber ich frage einmal als Erstes: Haben Sie in Ihrer Zeit - Sie sind ja Ende 2007 ausgeschieden -, also im letzten halben Jahr davor, davon gehört oder dienstlich erfahren, dass Ihr Amt eine Quelle geführt hat, die im rechten Bereich Informationen gesammelt hat, aber hin und wieder auch bei den Linken? Diese Quelle soll dann danach noch viele Jahre tätig gewesen sein; ich frage Sie aber jetzt erst mal zu der Zeit, als Sie da waren.

Zeuge Johannes Schmalzl: Spontan ist mir das nicht erinnerlich, wobei ich an der Stelle jetzt die Gelegenheit nutze, um natürlich deutlich zu machen, dass man bei Quellen immer besonders vorsichtig sein muss, gerade im Rechtsbereich, und immer gut daran tut, diese Informationen ~~dann~~ natürlich auch abzu prüfen. Das ist das Standardgeschäft, dass man nicht nur allein auf das setzt, was einem Quellen erzählen, und das ist sicherlich eine besondere Herausforderung im Rechtsextremismus, weil die deswegen noch keinen Eid auf die Landesverfassung oder auf das Grundgesetz schwören. Deswegen kann man an der Stelle theoretisch auch nicht ausschließen, dass sich eine Quelle ~~dann auch~~ ganz normal verhält, wie in ihrer Gruppe üblich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie wissen jetzt von einem konkreten Fall nicht?

Zeuge Johannes Schmalzl: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe das jetzt „Quelle“ genannt. Man kann es auch vielleicht Vertrauensperson oder so nennen. Ich will mich mit Ihnen nicht über die Bezeichnung unterhalten, sondern über eine Person, eine weibliche Person, von der Informationen dieser Art gekommen sind. Wissen Sie aber nicht?

Zeuge Johannes Schmalzl: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.

Zeuge Johannes Schmalzl: Also, wir unterscheiden die V-Leute.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich weiß.

Zeuge Johannes Schmalzl: Das ist eine dauerhafte Zusammenarbeit; aber Sie wissen es bestens. Und der Informant hat eher eine lose Beziehung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Aber beides nicht. - Ist Ihnen bekannt, dass es sehr viel später, also Jahre später, nachdem Sie da längst ausgeschieden sind, einmal zu - ich sage mal - erheblicher Arbeit bei Ihnen im Amt und auch beim LKA und anderen geführt hat, weil behauptet worden ist, von dieser Quelle oder von dieser Informantin seien Informationen gegeben worden, zum Beispiel nach dem Mordanschlag und insbesondere im Zusammenhang mit dem im Krankenhaus befindlichen Polizisten?

Zeuge Johannes Schmalzl: Dieser Sachverhalt ist mir in meiner Amtszeit nicht bekannt geworden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, der soll auch später erst so bekannt geworden sein.

Zeuge Johannes Schmalzl: Ja, es gab jetzt, im Zuge der Vorbereitung, einen Hinweis von einem Herrn G., der in der Tat - ~~aber, ich glaube, ich~~ hinreichend ~~vielleicht~~ von Ihnen ~~auch~~ eingeordnet werden kann, den ich jetzt hier in öffentlicher Sitzung ~~auch~~ nicht beschreiben müsste.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Dr. Fahrner hat sich zu Wort gemeldet, der Vertreter des Landes Baden-Württemberg.

Dr. Matthias Fahrner (Baden-Württemberg): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich will da jetzt auch nicht sozusagen reingrätschen oder Ähnliches. Ich will nur eben zu bedenken geben, dass wir, wenn wir uns hier einer konkreten mutmaßlichen Quelle nähern, die auch möglicherweise in einem Bereich ist, der - sage ich mal jetzt - nicht in dem klassischen Bereich ist, wo wir uns eigentlich befunden haben, einfach ein Problem haben. Sie wissen es, Herr Strö-

soundso

wurde die Anwesenheit von Herrn

soundso

nicht erwähnt.

Das klingt so, als wenn irgendein LfV-Mitarbeiter oder irgendein Herr soundso dann doch irgendwie in einem örtlichen Zusammenhang stand. Kennen Sie diesen Vorgang, also nicht diesen Vorgang, sondern den da vor Ort? Können Sie sich da einen Reim drauf machen?

Zeuge Johannes Schmalzl: Nein. Aber vielleicht bin ich da in der Tat der falsche Ansprechpartner. Aber ich möchte es jetzt mal allgemein erklären, dass man sich bemüht, wenn hier ein solcher Vorwurf im Raum steht - und das war ein Vorwurf, der selbst mich vom Stuhl gewischt hat, als ich das zum ersten Mal gelesen habe: Mord unter den Augen des Verfassungsschutzes -, dass man hier versucht, dem natürlich wirklich konkret nachzugehen und zu schauen: "Ist da irgendetwas dran?", getreu unserer Erkenntnis: Man kann gar nichts ausschließen ~~irgendwo~~; man lernt ja auch ein Stück dazu. Aber in dem Fall, glaube ich, war es einfach gewissenhaft, und man wollte nur die seriösen Informationen weitergeben. Aber das ist jetzt meine Wertung. Ich glaube, die hilft Ihnen an der Stelle ~~einfach~~ nur bedingt weiter.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Na ja, Sie waren der Amtsleiter am Tattag. Es könnte ja sein, dass Sie von einem Einsatz eines Herrn Kenntnis haben, dessen Anwesenheit zumindest gegenüber den Bayern mal nicht erwähnt wurde. Ist Ihnen aber nicht erinnerlich?

erst jetzt
Zeuge Johannes Schmalzl: Nein. Mir ist ~~nur~~ im Zuge ~~jetzt~~ der Aktenkenntnis, der oberflächlichen Aktenkenntnis, ^{wirklich} wirklich klar geworden: Man hat sich ^{wirklich} intensiv bemüht, ^{wirklich} diesen Vorwurf auszuräumen. Ich glaube, es ist auch jetzt ~~mal~~ durch die amerikanische Seite klargestellt, dass hier nichts für diese Geschichte spricht, und da verlasse ich mich darauf. Ich denke, das ist die richtige Einschätzung, dass dieses Thema eher in das Reich -- jetzt bin ich wieder vorsichtig - dass dieses Thema vielleicht durch Fakten nicht belegt werden kann, wie es von

diesem Magazin ~~dann auch~~ der Öffentlichkeit präsentiert wurde.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das hier kommt nicht vom *Stern*; das ist interner Mailverkehr vom LfV Baden-Württemberg, das hat also nicht ein *Stern*-Mitarbeiter behauptet:

Gegenüber Herrn

soundso - das ist dann der Bayer; Entschuldigung an die Bayern -

wurde die Anwesenheit von Herrn

soundso

nicht erwähnt.

Zeuge Johannes Schmalzl: Gut. Ich versuche das jetzt mal einfach einzuordnen. Der Vorwurf war ja, dass hier eine operativ arbeitende Gruppe, eine Observationsgruppe, am Werk ist und zuschaut oder vielleicht gerade ~~Pause macht~~ auf der Theresienwiese und dergleichen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Eben.

Zeuge Johannes Schmalzl: Man hat einfach versucht, zielführend dem nachzugehen, und dann meldet man vielleicht nicht jeden, der vielleicht gerade in Tuttingen oder so unterwegs war. Ich kann es mir nur so erklären, dass man versucht hat, das gewissenhaft aufzuarbeiten und auszuräumen. Und da verlasse ich mich eigentlich auch darauf. Aber das ist meine Wertung, die Ihnen an dem Punkt nicht weiterhilft, weil es ja nicht von mir aufgearbeitet wurde.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Also, heißt - Fazit -: Das Einzige, an das Sie sich erinnern können, ist dieser vermeintliche Werber, der an dem Tag um 15 Uhr von Stuttgart nach Heilbronn gefahren sein will. Frage: Ausweislich des Fahrbuchs oder seiner Erinnerung?

Zeuge Johannes Schmalzl: Ich weiß, dass der ^{Werber} an diesem Nachmittag dort unterwegs war, weil ~~an mir~~ ^{ich} die Information ~~kam~~ ^{erhalten habe} nachdem nachmittags die Nachrichtenlage zusammenbrach mit dem Polizistinnenmord und dem Mordversuch an dem Polizeikollegen -- ~~mir~~ ^{mir} und dass dann ~~mir~~ ^{mir} geschildert wurde: Es war ein Mitarbeiter einer Abteilung dort,

und der kam auf dem Rückweg nicht mehr raus, weil er in diese Polizeikontrolle ~~dann~~ ^{es habe} auch hineingeraten ist, und er ~~kam~~ ^{kam} ewig zu spät. Das war einfach im Wege der Führungsinformation, dass diese Information zu mir kam. Das ist der einzige Vorgang, der mir im Zusammenhang mit dem Raum Heilbronn oder - ich nehme Ihre Worte - mit dem Großraum Heilbronn in Erinnerung ist.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. - Letzte Frage. Ganz anderer Komplex. Der Onkel von Michèle Kiesewetter war ja selbst Polizist in Thüringen und hat bei einer Vernehmung mal angegeben, dass er einen Zusammenhang zwischen der Tat in Heilbronn und der Mordserie „Ceska“ vermutete. Nach heutiger Lesart kann man das ja als Volltreffer bezeichnen. Hatten Sie von dem Umstand jemals Kenntnis? Wussten Sie, dass es diesen Vorfall gab, dass der Onkel diese Vermutung hatte?

Zeuge Johannes Schmalzl: Nein.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das war's.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur SPD-Fraktion.

Dr. Eva Högl (SPD): Nein, danke. Wir haben alles klären können.

Vorsitzender Sebastian Edathy: FDP? Herr Wolff?

Hartfrid Wolff (Reims-Murr) (FDP): Ebenfalls nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Linksfraktion?

Petra Pau (DIE LINKE): Zwei Fragen noch. - Herr Schmalzl, in der Adressliste des Uwe Mundlos, die schon 1998 in Jena gefunden wurde, sind auch vier Telefonnummern in Ludwigsburg verzeichnet. Können Sie etwas zu den Personen sagen? Sind sie beim Landesamt für Verfassungsschutz in Baden-Württemberg bekannt? - Das ist natürlich jetzt in der Rückschau nur möglich, spielte auch in der Presse jetzt schon mal eine Rolle.

Zeuge Johannes Schmalzl: Da bin ich wieder - ^{Vorsitzender} Mit dem Blick nach links bitte ich einfach um Verständnis, dass das Ganze im Kern des Ermittlungsverfahrens läuft. Mir war das nicht bekannt.

Petra Pau (DIE LINKE): Dann ein nächster Versuch. Sie haben ja vorhin eindrucksvoll, wie gesagt, schon aufgezählt, was Ihnen an Gruppierungen bekannt war und wer da so unterwegs war und welches Potenzial da durchaus auch schlummern könnte. Waren Ihnen denn zu Ihrer Amtszeit und darüber hinaus engere Verbindungen oder Bezüge zu Neonazigruppierungen in Thüringen oder Sachsen durch Vertreter dieser Gruppierungen bei Ihnen im Land bekannt?

Zeuge Johannes Schmalzl: Ich habe schon darauf hingewiesen, dass im Bereich der - sage ich mal - geistigen Brandstifter - - das ist auch nachlesbar in den Verfassungsschutzberichten - - also die intellektuelle Seite, die man nicht unterschätzen darf, dass die in die neuen Länder wechselte. Der Vorsitzende dieser Gesellschaft für freie Publizistik war ein gewisser Herr Molau, ^{der} im NPD-Bundesvorstand. ^{SAP} Also, in meiner Amtszeit wussten wir, dass es da Querbeziehungen gibt. ^{SAP} Aber darüber hinausgehend konkrete Verbindungen, habe ich vorhin angedeutet - - Das ist, glaube ich, eine der Lehren, die man aus dem Ganzen ziehen muss, dass man - das gilt für Polizei wie für die Nachrichtendienste - viel mehr ^{SAP} auch personenbezogen arbeiten muss. Aber diese Schlussfolgerung müssen Sie, glaube ich, aus den Erkenntnissen dieser Befragungen ziehen.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut. - Meine letzte Frage: Welche politischen Aktivitäten sind Ihnen bzw. dem Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg eigentlich von dem ehemaligen Chef von „Blood & Honour Deutschland“ bekannt geworden, der ja seit 2002 in Baden-Württemberg lebt?

Zeuge Johannes Schmalzl: Da kann ich nur ^{jetzt mal} unterstellen, dass wir Erkenntnisse dazu hatten; aber bitte sehen Sie es mir nach, dass ich mich nach fünf Jahren jetzt daran nicht mehr erinnern kann. Aber es hätte mich ^{gegen} auch überrascht, wenn wir, gerade weil ^{ich} eigentlich „Blood & Honour“ - habe ich ja vorhin erwähnt, auch ^{ich} die Exekutivmaßnahmen, ^{die} in meiner Zeit liefen, allerdings